

ZwischenRäume

Raumrelevante Implikationen der EU-Erweiterungen
in peripherisierten Gebieten Nordwestrusslands

Von der
Naturwissenschaftlichen Fakultät der
Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
zur Erlangung des Grades
Doktor der Naturwissenschaften
Dr. rer. nat.
genehmigte Dissertation
von
Dipl.-Geogr. Arne Sünemann
geboren am 05.07.1972 in Stadtoldendorf

Referent: Prof. Dr. Hanns Buchholz, Hannover
Korreferent: Prof. Dr. Daniel Göler, Bamberg

Tag der Promotion: 28. Juni 2007

*„[...] Europa ist im Fluß. Es ordnet sich neu, es definiert seine Grenzen, seine Übergangszonen, seine Zentren und Peripherien neu, seine Orte und seine Un-
Orte.“*

SCHLÖGEL (2005, S. 14)

„Wohin Russland geht und wofür es steht, ist nach wie vor eine offene Frage, die nicht durch Anlegen westlicher Messlatten welcher Art auch immer, sondern nur durch konkrete Analyse der konkreten Verhältnisse zu erkennen ist.“

EHLERS (2005, S. 12)

„Целую диссертацию можно было бы написать...“

Journalist in Murmansk im Rahmen eines Interviews

für Bibi

0. Zusammenfassung

Seit dem Zusammenbruch des bipolaren Ordnungssystems in Europa befindet sich das europäische Raumgefüge in einer anhaltenden Phase des Wandels. In den Raumwissenschaften werden diese Veränderungen seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf den unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen mit unterschiedlichen raumwissenschaftlichen Konzepten und Perspektiven beschrieben, analysiert und interpretiert.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit stehen die Aspekte der Entwicklung von „peripherisierten Gebieten“ im östlichen Europa an der Nahtstelle zwischen europäischem Wirtschaftsraum, europäischer Regionalentwicklung sowie russländischer Transformationsökonomie und Regionalentwicklung im Vordergrund. Es werden die Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen auf ihre Raumwirksamkeit hin untersucht.

Mit Hilfe des scheinbar simplen Zentrum-Peripherie Dualismus möchte der Autor mit der vorliegenden Arbeit einen Beitrag zu der aktuellen Diskussion über die Auswirkungen des räumlichen Wandels auf regionaler Ebene leisten. Im Kontext eines sozialwissenschaftlichen Raumkonzeptes, wird sich dem konstatierten räumlich funktionalen Wandel auf regionaler Ebene mittels einer Zentrum-Peripherie Perspektive angenähert. Das Zentrum-Peripherie Modell wurde dynamisiert, um ablaufende regionale Wandlungsprozesse im Kontext sich verändernder räumlicher und gesellschaftlicher Strukturen erfassen und beschreiben zu können. Statt der relativ statischen Begriffe „Zentrum“ und „Peripherie“ werden in der Arbeit die Begriffe „Peripherisierung“ bzw. „Zentralisierung“ verwendet.

Es wird davon ausgegangen, dass „Peripherisierungsprozesse“ sich in unterschiedlicher Intensität auf die ökonomischen, sozialen und kulturellen Funktionen von Regionen auswirken und zum räumlich funktionalen Wandel beitragen bzw. Auslöser eines räumlich funktionalen Wandels sein können. Mittels eines vergleichenden Fallstudienansatzes und unter dem Fokus von Peripherisierungen im Kontext des sich ändernden europäischen Raumgefüges, wurde der Versuch unternommen, herauszuarbeiten, welchen Einfluss Peripherisierungen auf die Raumentwicklung auf der regionalen Ebene haben können. Dazu wurden mit den Gebieten Kaliningrad und Murmansk zwei Gebiete ausgewählt, in denen sich aufgrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des bipolaren Ordnungssystems während der ersten Jahre der Transformation die ehemals festen und starren Zentrum-Peripherie Strukturen innerhalb der Sowjetunion zumindest zeitweise gelöst haben und sich möglicherweise neue Zentrum-Peripherie Strukturen etablieren konnten.

„Peripherisierungsprozesse“ sind Teil von „Zentralisierungsprozessen“. Es handelt es sich um mehrdimensionale Prozessbegriffe, die soziale, ökonomische, gesellschaftliche, kulturelle und räumliche Interaktionen beinhalten. In der folgenden Arbeit werden am Beispiel von erkannten Peripherisierungsprozessen die möglichen Interaktionen aufgezeigt und ihre Auswirkungen auf die regionale Entwicklung diskutiert.

0.1 Abstract

The focus of this thesis lies on the development perspectives of peripheral border regions among integration, adaptability and co-operation among the two main European powers centers the European Union and the Russian Federation.

The European spatial structure currently is in a state of change. On the European but also on the regional level former Centre-periphery relations disappear, new ones emerge and existing ones gain or lose intensity. The causes are, besides the process of integration and transformation in Eastern Europe, the changing economic and communication structures and processes of a post-modern society.

This thesis is written under a specific centre-periphery perspective, which includes factors as dependency and strong vertical 'top down' power structures on the Russian side and horizontal 'bottom up' power structures on the EU side. In contrast to regions in the EU, the processes of development in the Russian border regions do not precede within the scope of an integrated spatial draft. The area of Kaliningrad as well as the area of Murmansk have experienced specific functional connections between periphery and centre and have, possibly because of that, developed special structures which, in the course of transformation, opening and reinforced horizontal cooperation of the regions, affect the decision-making processes. These regions are in a special dependence and peripherality to the national and international level. These are reflected, for instance, in the closed or half-closed status of parts of the areas, or in the dominance of external enterprises and organizations, in particular of the military complex and in the field of exploitation and processing of mineral resources.

By discussing the factors within several key dimensions, which are relevant for spatial development in the Russian so called 'gateway regions' between the European economic space, European regional development as well as the Russian transformation economy in the two case studies Kaliningrad and Murmansk this thesis would like to find answers, which influence peripherisation processes have on regional development. It should be revealed, which strategies are developed within the two Russian regions reacting in a field of tension among the two European power centres. Therefore 25 interviews with regional actors (regional administration, politics, economy, science, media and military) and five interviews with external experts (Moscow, external Co-operation Coordinators) were made.

Keywords: regional development, peripherality, centre-periphery relations, regional functional processes of change, Russian Federation, European Union, border regions

Schlagwörter: Zentrum-Peripherie, Regionale Entwicklung, Russländische Föderation

Inhalt

	<i>Seite</i>
0. Zusammenfassung	IV
0.1 Abstract	V
1. Einleitung und Problemstellung	1
1.1 Vorüberlegungen	1
1.2 Ziel der Arbeit	3
1.3 Aufbau der Arbeit	4
1.4 Konzept der Arbeit	5
1.4.1 Peripherisierung als raumwissenschaftliche Forschungsperspektive: Ein Versuch der Konzeptionalisierung	5
1.5 Forschungsansatz und Forschungsfrage	6
1.5.1 Forschungsleitende Fragestellung	8
1.5.2 Forschungsthesen	8
1.5.3 Forschungsmethodik	9
1.5.3.1 <i>Der vergleichende Fallstudienansatz</i>	10
1.5.3.2 <i>Der regionale Bezug: Eine thematische Einführung</i>	11
1.5.3.3 <i>Der Systembruch als Auslöser des räumlich funktionalen Wandels</i>	13
1.5.4 Kurzdarstellung der gewählten Fallstudien: Von der „Terra incognita“ und „Terra interdicta“ zur „Brücke zwischen Ost und West“	14
1.5.4.1 <i>Das Gebiet Kaliningrad</i>	14
1.5.4.2 <i>Das Gebiet Murmansk</i>	15
1.5.4.3 <i>Zwei Regionen ein Ziel? Gemeinsamkeiten der ausgewählten Untersuchungsgebiete</i>	16
2. Peripherie ein Randphänomen	19
2.1 Vorüberlegungen	19
2.2 Zentrum und Peripherie im raumwissenschaftlichen Diskurs „westlicher“ Länder	20
2.2.1 Annäherung an ein unklares Begriffspaar	22
2.2.1.1 <i>Räumlich-physische, neutrale Assoziation: Peripherie im wörtlichen Sinne</i>	23
2.2.1.2 <i>Bedeutungsstränge des Peripheriebegriffes</i>	23
2.2.2 Die „Peripherie“ aus strukturalistischer Perspektive: Der ökonomisch funktionale Ansatz	28
2.2.3 Von der ökonomischen zur sozialen, kommunikativen Raumbildung: Der kultursoziologische Ansatz	28
2.2.4 Von der linear hierarchisch organisierten Struktur zur Netzwerkstruktur: „Zentrum-Peripherie“ Beziehungen aus praxisorientierter Perspektive	30
2.2.5 Kritik an der dualistischen Sichtweise von Räumen	33
2.2.5.1 <i>Schlussfolgerungen: Zentrum und Peripherie als geographischer Forschungsansatz</i>	34
2.2.5.2 <i>Definitionen und Operationalisierung der Begriffe „Peripherie“ und „Peripherisierung“</i>	34

3.	Raumordnung in der Sowjetunion: Wirklichkeit und Utopie	37
3.1	Auswirkungen der Raum- und Regionalplanung in der Sowjetunion	40
3.2	Zwischen Öffnung und Geschlossenheit: Gebiete mit „geschlossenen“ oder „halbgeschlossenen“ Status	41
4.	Untersuchungsmethodik	46
4.1	Vorüberlegungen	46
4.2	Wahl der Untersuchungsgebiete	47
4.3	Datenerhebung	48
4.3.1	Qualitative Datenerhebung	49
4.4	Experten- und Einzelinterviews	50
4.4.1	Auswahl der Interviewpartner	50
4.4.2	Die Einzelinterviews	51
4.4.3	Semantisches Differenzial	54
4.5	Spezifika der Textentstehung und Erhebungsproblematik	55
4.5.1	Transkription und Dokumentation	56
4.6	Inhaltsanalyse	57
5.	Der transnationale und nationale Kontext von Peripherisierungen auf regionaler Ebene	59
5.1	Vorüberlegungen: „Russland“ in „Europa“	60
5.2	Die Europäische Union: Zwischen Supranationalität und Intergouvernementalismus	61
5.3	„Russland“ und „Europa“: Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1997	64
5.4	Die Europäische Union und Russland ¹ : „Die Gemeinsame Strategie der EU für Russland“	65
5.4.1	Freundschaftsringe[n]: „Europas“ Strategien für „Russland“	66
5.5	Die Russländische Föderation und die Europäische Union: Die mittelfristige Strategie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der RF und der EU	68
5.6	Von der transnationalen Kooperation zur interregionalen Zusammenarbeit im nordöstlichen Europa	69
5.6.1	Kooperationsforen	69
5.6.2	Die nördliche Dimension der Europäischen Union	71

¹ Die Bezeichnungen Russländische Föderation und Russland werden gleichbedeutend verwendet.

5.7	Die RF und die EU zwischen nationalen Machtpolitiken und supranationaler Machtteilung	73
5.8	Die Russländische Föderation	75
5.8.1	Kurzer länderkundlicher Abriss	76
5.8.2	Zwischen Regionalismus und Zentralismus: Russlands Föderationsgefüge	80
5.8.3	Von der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zur Russländischen Föderation	81
5.8.4	Die Russländische Föderation heute	86
5.8.4.1	„The Empire strikes back“: Putins Rezentralisierung und Stärkung der föderalen Bürokratie	88
5.8.4.2	Russlands Wirtschaft im Aufschwung	90
5.8.4.3	Die sieben Föderalen Bezirke im ökonomischen Vergleich	92
5.8.4.4	Russlands demographische Krise	94
5.8.5	Der Nordwestliche Föderale Bezirk der Russländischen Föderation	96
6.	Kaliningrad und Murmansk: Zwei Gebiete der Russländischen Föderation im Veränderungsprozess zwischen Integration, Kooperation und Adaption	100
6.1	Fallbeispiel 1: Das Gebiet Kaliningrad – Doppelte Peripherie² im Zentrum Europas	103
6.1.1	Geographische Lage, Abgrenzung und naturräumliche Besonderheiten	106
6.1.2	Militärisches Zentrum und zivile Peripherie: Aspekte der Entwicklung des Gebietes nach 1945 bis 1991	107
6.1.3	„Hongkong an der Ostsee“ Zwischen Freier Wirtschaftszone und Sonderwirtschaftszone - Aspekte der Entwicklung zwischen 1991 und 2000	112
6.1.4	„In der Mausefalle“ ³ Harte Grenzen in einem Europa ohne Grenzen? Aspekte der Entwicklung nach 2000	115
6.2	Fallbeispiel 2: Das Gebiet Murmansk	119
6.2.1	Klimatische und naturräumliche Besonderheiten	120
6.2.2	Einholen und Überholen! Die Raumerschließung und Entwicklung des Gebietes in der Sowjetunion und während der Transformation	122
6.2.3	Militärische Dominanz und zivilwirtschaftliche Entwicklung	124
6.2.4	Der „ganz andere“ Norden Europas	127
6.2.5	Die geschundene Natur: Ein schweres Erbe	129
6.2.6	Die Nachbarn Norwegen und Finnland	131
6.2.7	Räumlich funktionaler Wandel: Alte und neue Potenziale der Region	133
6.3	Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen der Befragungen	137

²MOŠES 2003, S. 265, TIMMERMANN 2001, S. 1042

³siehe TIMMERMANN 2004, S. 49

6.3.1	Die Struktur der Befragungsgruppe	137
6.3.1.1	<i>Herkunft der Befragten</i>	138
6.3.2	Die sozioökonomische Situation in der jeweiligen Beispielregion aus Sicht der Befragten	139
6.3.3	Auswirkungen des Systembruchs seit 1991	140
6.3.4	Subjektive Wahrnehmung der befragten Akteure mittels Semantischem Differenzials	141
6.3.5	Regionale ökonomische Potenziale aus der Sicht der Befragten	142
6.3.6	Die wichtigsten regionale Probleme aus Sicht der Befragten	143
6.3.7	Einschätzung der EU und der föderalen Ebene der RF als interregionale Akteurszentren	147
6.3.8	Das Gebiet Kaliningrad und die SWZ	149
6.3.9	Die Frage der grenzüberschreitenden Kooperation und Integration	150
6.3.10	Die neue Form der Gouverneurswahl	152
6.3.11	Auswirkungen der ehemaligen und bestehenden Geschlossenheit der Gebiete auf die regionale Entwicklung	154
7.	Spielball oder Spielmacher? –Raumrelevante Implikationen von Peripherisierungsprozessen am Beispiel der Gebiete Kaliningrad und Murmansk im Kontext der EU-Erweiterungen 1995 und 2004	156
7.1	Mögliche Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen auf die regionale Entwicklung - Ergebnisse und Interpretation der Befragungen	156
7.1.1	Transformation und räumlich funktionaler Wandel	157
7.1.1.1	<i>Aufschwung und Wohlstand</i>	161
7.1.2	Bedeutungs- und Imagewandel des Militärs auf regionaler Ebene	162
7.1.2.1	<i>Demilitarisierung und Versorgungskrise</i>	163
7.1.2.2	<i>Regionale Strategien der Stabilisierung von militärischen Einheiten während der Krisenjahre am Beispiel Murmansk</i>	164
7.1.3	Die demographische Situation im Gebiet Murmansk	165
7.1.4	Kooperation und Integration auf regionaler Ebene	166
7.1.4.1	<i>Kooperations- und Integrationsformen und Transitproblematik im Gebiet Kaliningrad</i>	167
7.1.5	Macht und Ohnmacht	168
7.2	Determinanten von Peripherisierungsprozessen in den beiden Untersuchungsgebieten	170
7.2.1	Räumlich funktionaler Bedeutungswandel als Teil von Peripherisierungsprozessen	170
7.2.1.1	<i>Peripherisierung durch das föderale Zentrum</i>	172
7.2.1.2	<i>Peripherisierung durch die Europäische Union</i>	173
7.2.2	Ökonomische Faktoren der Peripherisierung	174
7.2.3	Militärische Faktoren der Peripherisierung	175

7.2.4	Administrative politische Faktoren der Peripherisierung	176
7.2.4.1	<i>Die regionale Exekutive zwischen Regionalismus und Zentralismus</i>	176
7.2.5	Historisch-genetische Faktoren der Peripherisierung	178
7.2.6	Querschnittsfaktor Grenzraum	180
7.2.7	Peripherisierung durch Wissen	182
7.3	„ZwischenRäume“ Kaliningrad und Murmansk?	183
7.3.1	Temporäre Peripherie oder „Einmal Peripherie – immer Peripherie? Der regionale Bezug: Konsequenzen für die Untersuchungsgebiete	185
7.3.1.1	<i>Peripherisierung als Herausforderung und Chance für die beiden Untersuchungsgebiete</i>	186
7.3.1.2	<i>„ZwischenRäume“</i>	189
7.3.2	Schlussbemerkung	190
8.	Literatur	191
8.1	Internetquellen, die im Rahmen der Arbeit Verwendung fanden	199
9.	Anhang	200
9.1	Liste der Interview- und Gesprächspartner in alphabetischer Reihenfolge	200
9.1.1	Codierung der Interviewpartner der Einzelinterviews in Kaliningrad 2005/06 und Murmansk 2006	201
9.2	Fragebogen für die Einzelinterviews (russisch)	203
9.2.1	Fragebogen Kaliningrad	204
9.2.2	Fragebogen Murmansk	206
9.2.3	Semantisches Differenzial	207
9.3	Übersetzung des Leitfadens bzw. Fragebogens für die Einzelinterviews (deutsch)	209

Abkürzungsverzeichnis

Neben den gängigen Abkürzungen wurden in der Arbeit folgende Abkürzungen verwendet:

Abkürzung	Bedeutung
ASSR	A utonome S ozialistische S owjetrepublik
BEAC	B arents E uro A rctic C ouncil (Barentsrat)
BEAR	B arents E uro A rctic R egion (Barentsseekooperation)
BSR	B altic S ea R egion (Ostseeraumkooperation)
CBSS	C ouncil of the B altic S ea S tates (Ostseerat)
CKD	C ompletely K nocked D own
EEA	E uropean E conomic A rea (25 EU-Mitgliedstaaten, sowie Bulgarien, Island, Liechtenstein, Norwegen, Rumänien und die Türkei)
ENP	E uropäische N achbarschafts p olitik
ENPI	E uropäisches N achbarschafts p olitik I nstrument
EU	E uropäische U nion
EWG	E uropäische W irtschafts g emeinschaft
FWZ	F reie W irtschafts z one
GUS (russ. SNG)	G emeinschaft u nabhängiger S taten
G8	Gruppe der sieben führenden Industrieländer plus der Russländischen Föderation und der Europäischen Kommission
IfL	Leibniz-Institut für L änderkunde
INTERREG	Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ab 2007 Ziel 3 Europäische territoriale Zusammenarbeit)
KPdSU	K ommunistische P artei d er S owjetunion
MSCo	M urmansk S hipping C ompany
NATO	N orth A tlantic T reaty O rganisation (Nordatlantisches Verteidigungsbündnis)
NRO	N ichtregierungs o rganisation
OSZE	O rganisation für S icherheit und Z usammenarbeit in E uropa

PCA	Partnership and Cooperation Agreement (Partnerschafts- und Kooperationsabkommen)
RF	Russländische Föderation
RFSSR	Russische Föderative Sozialistische Sowjetrepublik
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
SWZ	Sonderwirtschaftszone
TACIS	Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VN	Vereinte Nationen
WTO	World Trade Organisation
ZATO	Zakrytye Administrativno-Territorial'nye Obrazovanija (Geschlossene Administrative Territoriale Gebilde)

1. Einleitung und Problemstellung

Thematische Einführung, Fragestellung, Forschungsansatz

„Peripheries are produced and reproduced in the course of complicated economic, political, cultural and social processes taking place on various spatial scales. Peripheries mean different things in different places and for different people.”
(PAASI 1995, S. 255)

1.1 Vorüberlegungen

Die Grundlage - sozusagen die Initialzündung - für die vorliegende Arbeit bildet die Auseinandersetzung mit dem Zentrum-Peripherie Dualismus als Raumkategorie sowie die Auseinandersetzung mit der Verwendung des Peripheriebegriffes als Teil des Raumbildes in einigen Bereichen der Raumwissenschaften und insbesondere der neueren regionalgeographischen Forschungen. *„Die Begriffe 'Zentrum' und 'Peripherie' spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, die höchst unterschiedliche Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in regionaler Hinsicht zu analysieren und zu erklären“*, konstatierten HALLER und HÖLLINGER 1995 (S. 9) und die relativ häufige Verwendung der Begriffe in der regionalgeographischen Forschung scheint dieses zu belegen. Die Bandbreite der Begriffsverwendung ist sehr groß und vieldeutig. Das Zentrum-Peripherie Modell als Raumbild findet Verwendung sowohl im Vorstellungsraum, d. h. im imaginierten, konstruierten Raum auf individueller und gesellschaftlicher, kollektiver Ebene, als auch in der Abbildung des „Realraumes“, d. h. beispielsweise im Versuch der objektivierten Raumprojektionen, mittels Indikatoren in Karten oder wissenschaftlichen Texten. Die jeweiligen Teilbegriffe Peripherie und Zentrum sind einerseits alltagsweltliche Begriffe der subjektiven Raumbeschreibung, andererseits als Begriffe der scheinbar objektiven Kategorisierung von Raumeinheiten wissenschaftlich anerkannt. Der gesellschaftliche Hintergrund und die jeweiligen Wertvorstellungen des Raumbildners und des Betrachters bzw. der Betrachterin spielen bei dieser Raumbildung eine wichtige Rolle. Im Bereich des imaginären Raumbildes werden Peripherien durch Kommunikation über Bilder, Symbole und Produktion / Reproduktionen zumeist vom Zentrum aus konstruiert (rückständig, defizitär, provinziell, öde). Im Bereich der objektivierten Raumproduktion werden Peripherien zumeist auf der Basis von Indikatoren, die sich auf ökonomische, materielle Aspekte (Erreichbarkeit, Einkommen, Bevölkerungsdichte, Marktpotenzial) beziehen, ebenfalls konstruiert. In beiden Fällen geht der Vergleich, das Mass, vom Zentrum aus. Immer ist eine Wertung eine Kategorisierung mit der Verwendung des Modells verbunden. Hier setzt die vorliegende Arbeit an, indem sie versucht die analytische Verwendbarkeit des Zentrum-Peripherie Modells in der neueren regionalgeographischen Forschung an konkreten Beispielen zu hinterfragen.

Eine der wesentlichen Ausgangsfragen im Vorfeld der Arbeit war, die Frage nach dem analytischen Potenzial, das sich hinter der Zentrum-Peripherie Dichotomie bei unterschiedlichen Raumkonzepten (→ Peripherie - ein Randphänomen, S. 19ff) verbirgt und wie tragfähig das Zentrum-Peripherie Modell für neuere regionalgeographische Forschungen sein kann, insbesondere im Kontext eines sozialwissenschaftlichen Raumkonzeptes, das davon ausgeht, dass sich gesellschaftliche Entwicklung und Veränderung raumprägend und raumschaffend auswirken.

Räume sind komplexe Gebilde. Eindrücklich und anschaulich hat dieses Gerhard HARD in diversen Aufsätzen dargelegt. Die Größe und Lage eines Raumes, seine natürliche Ausstattung und Differenzierung sagen im Grunde wenig über sein Potenzial aus. Dieses hängt vielmehr von der Gesellschaft ab, die diesen Raum in Wert setzt, vom technischen Fortschritt, von den ökonomischen Möglichkeiten und der sozialen Organisationsform dieser Gesellschaft. Somit ändert sich das Potenzial von Räumen im Laufe der Zeit. Gesellschaftliche Veränderungen verändern Räume. Dabei sind Gesellschaften nicht losgelöst von ihrer Geschichte, von ihrer historischen Entwicklung zu betrachten. Die Funktion von Räumen ergibt sich durch das Handeln einer Gesellschaft. Sie agiert vor dem Hintergrund der Geschichte, ihrer Erfahrungen, ihrer traditionellen Lebensweise und prägt und verändert die Funktion von Räumen. Der Begriff „*traditionell*“ wird hierbei im Sinne von Gepflogenheit und Gewohnheit benutzt und beinhaltet in engerem Sinne die Erfahrungen der heutigen Bevölkerung sowie die teilweise überkommenen Verhaltensnormen, die, so die These, sich auf die zukünftige Entwicklungsrichtung auswirken und zu möglicherweise eigenen gesellschaftlichen Konzepten führen. Es findet ein „*räumlich funktionaler Wandel*“ im Kontext des gesellschaftlichen Wandels statt und möglicherweise kann dieser stattfindende Wandel mit Hilfe des Zentrum-Peripherie Modells beschrieben werden, wenn man davon ausgeht, dass räumlich funktionaler Wandel auch die sich verändernde Zentralität, beispielsweise Zentralisierungs- und Dezentralisierungsprozesse, die sich wandelnde Intensität räumlich funktionaler Anbindung an ein Zentrum und gegebenenfalls die Umorientierung zu einem neuen Zentrum, beinhaltet. Interessant sind die spezifischen Strukturen und Merkmale von Räumen als Teile gesellschaftlicher Prozesse und ihre Veränderung im Kontext sich wandelnder Einflussfaktoren.

Geht man davon aus, dass es Peripherien, oder besser Peripherisierungsprozesse, gibt (→ Peripherie - ein Randphänomen, S. 19ff), ergeben sich aus den theoretischen Überlegungen eine Fülle von weiteren Fragen und Beobachtungen im räumlichen Kontext. Es eröffnet sich ein Spektrum an Fragen, das gesellschaftliche, soziologische, politische und ökonomische Aspekte umfasst.

Exkurs I: Die Faktoren Zeit und Entwicklung

„'Entwicklung' legt es nahe, andere Welten unter dem Stigma des Defizits zu sehen, und sperrt sich, woanders den Reichtum der Alternativen zu uns selbst in den Blick zu nehmen.“
(SACHS, W., 1992, S. 30)

Während des Entstehungsprozesses der Arbeit hat sich, in Bezug auf die aktuellen raumbezogenen Entwicklungen, die Wahrnehmung des Faktors Zeit verändert. Während man historischen bzw. vergangenen Entwicklungen und ihren Ergebnissen einen entsprechenden zeitlichen Rahmen zugesteht – man denke nur an die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland – werden aktuelle Entwicklungen oftmals mit gewisser Ungeduld betrachtet. So werden langfristig tragfähige Strukturen, wie auch immer diese zu definieren sind (*siehe Zitat SACHS*), und Erfolge schon innerhalb weniger Jahre erwartet. Dieses gilt in besonderem Maße für die Transformation und die Integration des östlichen Europas. Plakative Formulierungen, wie „*Privatisierung gescheitert*“, „*Demokratisierungsbestrebungen am Ende*“, um nur zwei Beispiele zu nennen, finden sich in der Presse, aber auch vermehrt in wissenschaftlichen Publikationen. Neben Bilanzierungen bisheriger Entwicklungen suggerieren diese schnell das Ende oder gar das drohende Scheitern des eingeschlagenen Entwicklungspfad. Dabei ist Entwicklung, im Sinne einer langfristigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller (vgl. SEERS, 1974) kein linearer Prozess, der kontrolliert und vorhersehbar abläuft.

1.2 Ziel der Arbeit

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist der Versuch räumliche Auswirkungen von Orientierungs- und Entwicklungsprozessen in Regionen zu identifizieren, die aufgrund unterschiedlicher Faktoren, auf die im späteren Verlauf der Arbeit eingegangen wird, einem räumlich funktionalen Wandel unterliegen, „*objektiviert konstruiert*“ und/oder „*imaginiert*“ peripherisiert werden. Es soll die Raumwirksamkeit stattgefundenen und stattfindender Peripherisierungsprozesse anhand des sich vollziehenden räumlich funktionalen Wandlungsprozesses von Raumausschnitten im Zuge gesellschaftlicher Transformation diskutiert werden. Dazu wird die These aufgestellt, dass Prozesse der Peripherisierung zum räumlich funktionalen Wandel in Gebieten⁴ beitragen und Teil des Wandels sind. Anhand der Beschreibung des sich ändernden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Rahmens und der innerhalb und außerhalb dieses Rahmens freiwerdenden und existierenden ökonomischen, sozialen und organisatorischen Kräfte, die möglicherweise zu Peripherisierung führen, soll der räumlich funktio-

⁴ Statt dem Begriff Region wird bewusst der Begriff Gebiet gewählt. Hiermit soll die administrative Abgrenzung hervorgehoben werden, die den Untersuchungsraum ein- und begrenzt. Gebiet (*oblast*): Territorialeinheit in der RF. 49 der Föderationssubjekte sind Gebiete (*oblasti*). Die regionale Ebene der Fallbeispiele wird als Gebiet angesprochen.

nale Wandel beschrieben, gedeutet und im Kontext des Zentrum-Peripherie Diskurses innerhalb der Geographie diskutiert werden.

Im Kontext eines sozialwissenschaftlichen Raumkonzeptes ist die Verwendung einer Zentrum-Peripherie Perspektive sinnvoll, wenn eine direkte Abhängigkeit eines Gebietes bzw. einer Raumeinheit von zentralen administrativen Strukturen (strategische und ökonomische Bedeutung für ein Zentrum) der Vergangenheit und Gegenwart und/oder die direkte Intervention externer globaler Akteure, beispielsweise transnationaler Unternehmen oder Institutionen, unterstellt werden kann (→ Peripherie - ein Randphänomen, S. 19ff), so eine wichtige Ausgangsthese der vorliegenden Arbeit.

Um im Sinne der vorangegangenen Überlegungen Aussagen über Auswirkungen von Prozessen der Peripherisierung machen zu können, wurde ein Fallstudienansatz als fruchtbar erachtet. Am Beispiel zweier russländischer Grenzgebiete, die sich seit dem Systembruch 1991 und zunehmend seit den letzten Erweiterungen der Europäischen Union 1995 und 2004 in einem tiefgreifenden Bedeutungswandel befinden, werden Peripherisierungsprozesse untersucht und zwischen beiden Gebieten vergleichend in Beziehung zueinander gesetzt.

Der Fokus der Untersuchung liegt auf der regionalen und nationalen Ebene und weniger auf der lokalen Ebene. Aspekte, wie kommunale Selbstverwaltung, Städtepartnerschaften und -netze werden nur „randlich“ thematisiert. Hier wäre gegebenenfalls ein Ansatz für weitere Forschungstätigkeit.

Die gewählte Herangehensweise soll einerseits zum Verständnis der ablaufenden Prozesse, aus der Sicht der Peripherie heraus beitragen, andererseits soll sie eine kritische Auseinandersetzung mit dem in den Raumwissenschaften verwendeten Zentrum-Peripherie Modell ermöglichen und einen Beitrag zur Diskussion über die analytische Verwendbarkeit dieses Modells leisten.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Forschungsarbeit ist in neun Hauptkapitel unterteilt. Im ersten einleitenden Kapitel wird das Forschungsfeld aufgespannt, in dem sich das Vorhaben bewegt. Es wird ein kurzer Überblick über die Idee und Genese des Vorhabens und die Entwicklung der Fragestellung gegeben. Abschließend werden die beiden Fallstudien Kaliningrad und Murmansk kurz vorgestellt.

Das zweite Hauptkapitel beschäftigt sich mit den Definitionen und Theorien, die der Arbeit zugrunde liegen. Unterschiedliche Konzepte von „Zentrum“ und „Peripherie“ und Konnotationen des Peripheriebegriffes werden vorgestellt. In einem kurzen dritten Kapitel wird überblicksartig auf die Besonderheit der Raumplanung in der Sowjetunion und den Terminus des „geschlossenen Gebietes“ in der Sowjetunion und der Russländischen Föderation eingegangen, der für diese Arbeit von besonderer Bedeutung ist, spiegelt er doch eine besondere Form von Peripherisierung wieder. Im Vierten Kapitel wird die gewählte Untersuchungsmethodik erläutert.

Im Anschluss befasst sich das fünfte Kapitel explizit mit dem für die gewählten Fallstudien wichtigen externen und nationalen Akteurszentren, der Europäischen Union und der föderalen Ebene der Russländischen Föderation. Hier findet desweiteren eine regionale Einordnung der beiden Untersuchungsregionen im internationalen und nationalen Kontext statt. Das sechste Kapitel ist den beiden Fallstudien gewidmet und beinhaltet die Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen der Befragungen, die im anschließenden siebten Hauptkapitel analysiert und diskutiert werden. Den Abschluss bilden das Literaturverzeichnis und der Anhang.

Einführend werden kurz und zusammenfassend das Konzept, die Forschungsperspektive, die Methodik und der regionale Bezug der Arbeit skizziert, um einen Überblick über die Arbeit zu bekommen. Ausführlich werden diese Aspekte in den jeweiligen Kapiteln erläutert.

1.4 Konzept der Arbeit

In Abbildung 1 auf der folgenden Seite ist der Aufbau der Arbeit in Bezug auf das Forschungsdesign schematisch dargestellt. Den Ausgangspunkt bildet der räumlich funktionale Wandel, der, so eine These, durch Peripherisierungsprozesse beeinflusst wird. Den theoretischen Hintergrund bilden polarisationstheoretische und -gedanklich unterstützend- evolutionstheoretische Überlegungen, in Bezug auf „*Entwicklung*“ und „*Persistenz*“, auf die im zweiten Hauptkapitel der Arbeit kurz in Form eines Exkurses eingegangen wird (siehe Seite 35f). Methodisch wurde ein Fallstudienansatz gewählt. Ausgehend vom russländischen Gebiet Kaliningrad, an der Außengrenze der erweiterten EU, wurden vergleichende Untersuchungen im Gebiet Murmansk durchgeführt. Einzelinterviews mit regionalen Akteuren aus unterschiedlichen Handlungsfeldern bilden einen wichtigen empirischen Schwerpunkt der Arbeit.

1.4.1 Peripherisierung als raumwissenschaftliche Forschungsperspektive: Ein Versuch der Konzeptionalisierung

Um regionale Wandlungsprozesse im Kontext sich verändernder räumlicher und gesellschaftlicher Strukturen erfassen und beschreiben zu können, wurde das Zentrum-Peripherie Modell dynamisiert. Statt der relativ statischen Begriffe „*Zentrum*“ und „*Peripherie*“ werden in der vorliegenden Arbeit die Begriffe „*Peripherisierung*“ bzw. „*Zentralisierung*“ verwendet. Der Begriff „*Peripherisierung*“ als Gegenbegriff und Ergebnis von „*Zentralisierung*“ eignet sich besser zur Beschreibung der zu untersuchenden Prozesse, da er zum einen dynamisch und nicht statisch und fixiert ist, zum anderen den Prozess der Zentralisierung impliziert und sich gegen Begriffe wie „*Rand*“, „*Marginalität*“ oder „*strukturschwacher Raum*“, die oftmals synonym zum Begriff „*Peripherie*“ verwendet werden, abgrenzen lässt und die dem Begriff zumeist anhaftende negative Konno-

tation abschwächt⁵. Der Begriff „*Peripherisierung*“ lässt sich nur im Kontext starker werdender bzw. sich etablierender Zentren verwenden. Peripherisierungsprozesse sind Teil von Zentralisierungsprozessen. Es handelt sich um einen mehrdimensionalen Prozessbegriff, der sozial-räumliche Interaktion beinhaltet, reversibel und ergebnisoffen ist.

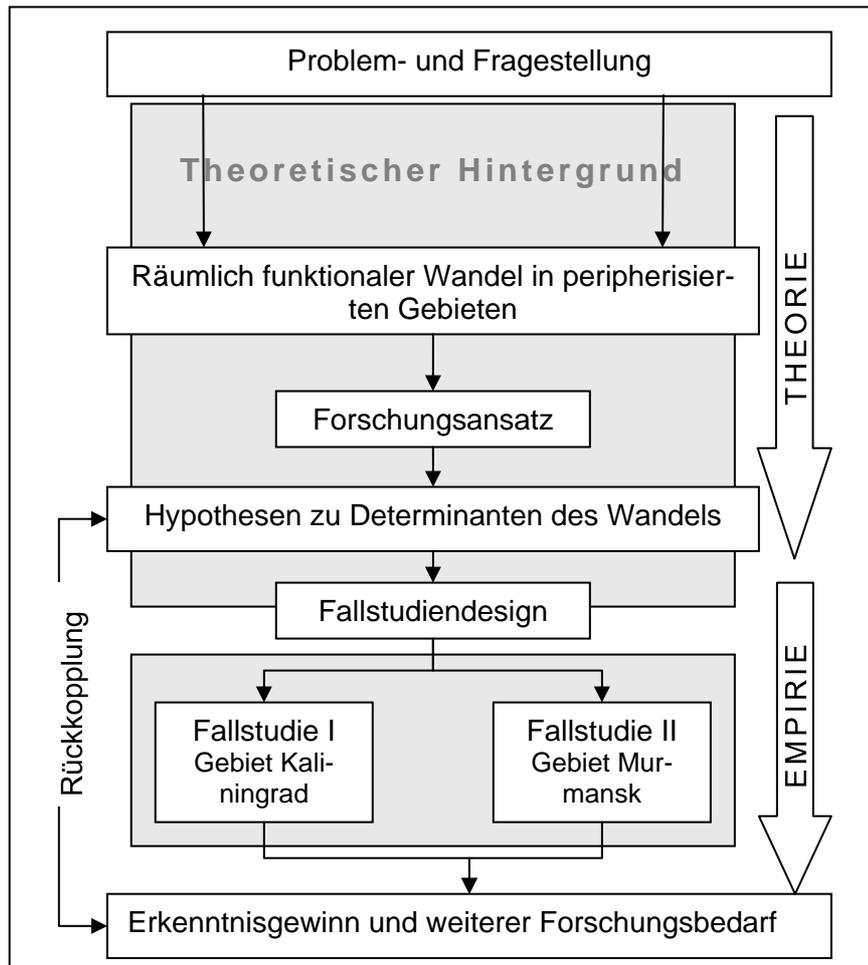


Abbildung 1: Aufbau der Arbeit (Entwurf: SÜNNEMANN 2006)

1.5 Forschungsansatz und Forschungsfrage

In den Raumwissenschaften werden Raumeinheiten häufig anhand von Indikatoren, zumeist sozioökonomischer Art, kategorisiert, bewertet und analysiert. Anhand von Raum-wirtschafts- und Entwicklungstheorien werden Erklärungsmuster für eine unterschiedliche Entwicklung gesucht. Schwache und starke Räume, Wachstumskerne, Zentren, Pole aber auch abgehängte, ländliche oder periphere Räume werden identifi-

⁵ Die ausführlichen Begriffsdefinitionen „*Peripherie*“ und „*Peripherisierung*“ findet sich auf Seite 34 der Arbeit.

ziert. Diese identifizierten Raumeinheiten werden in Beziehung und Abhängigkeit zueinander gesehen. Das Zentrum-Peripherie Modell ist ein Ansatz um Raumeinheiten zu beschreiben und zu analysieren. Die Simplifizierung durch die binäre Schematisierung Zentrum-Peripherie hat durchaus ihren Reiz, lassen sich Räume doch auf den ersten Blick prägnant und einfach kategorisieren. Doch wie jede Simplifizierung birgt der Zentrum-Peripherie Dualismus auch Gefahren, die es sich bewusst zu machen gilt. So verbergen sich hinter den Begriffen Peripherie und Zentrum nicht oder wenig hinterfragte Aspekte eines scheinbar simplen Raumbildes, die im zweiten Hauptkapitel (→ Peripherie – ein Randphänomen, S. 19ff) diskutiert werden.

Im Kontext regionalgeographischer Forschungen wurden im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Begriffspaar und auf der Grundlage der theoretischen Überlegungen, die im zweiten Hauptkapitel erläutert werden, folgende heranführende Hypothesen aufgestellt. Sie bilden die Grundlagen für die weiteren Überlegungen zum Forschungsansatz und für die Herausarbeitung der zentralen Fragestellung der Arbeit:

- **Zentren und Peripherien sind weder statisch noch absolut, sowohl in zeitlicher als auch in räumlicher Dimension. Sie sind somit mehrdimensional.**
- **Peripherien werden gemacht, d. h. keine Raumeinheit, Region ist per se peripher oder zentral, sondern immer im Rahmen von Bewertungsprozessen und Beziehungsverflechtungen.**
- **Zentrum-Peripherie Strukturen sind im höchsten Maße maßstabsabhängig.**
- **Es können Einflussfaktoren [Determinanten] für eine Peripherisierung benannt werden.**
- **Diese Einflussfaktoren wirken auf die regionale Entwicklung von Peripherien ein. Sie können extern oder intern sein.**
- **Wenn Peripherien gemacht werden, dann sind Akteure unterschiedlicher Maßstabsebene Schlüsselemente zum Verständnis von Peripherisierungsprozessen.**

1.5.1 Forschungsleitende Fragestellung

Die aufgestellten heranführenden Hypothesen führen zur forschungsleitenden Fragestellung der Arbeit:

- **Welchen Einfluss hat Peripherisierung auf die regionale Entwicklung von Regionen?**

Diese kann in folgende Teilfragen untergliedert werden:

- Laufen Peripherisierungsprozesse unterschiedlich ab und werden sie von der regionalen Ebene erkannt und gibt es Reaktionen auf diese Prozesse?
- Sind Zentrum-Peripherie Strukturen definiert (staatlich manifestiert) oder gibt es Prozesse der Neu- und Umorientierung (zentrifugale/zentripetale Kräfte)?
- Welche Möglichkeiten haben peripherisierte Gebiete, sich gegenüber und mit dem Zentrum [Zentren] zu entwickeln?
- Welche Auswirkungen haben frühere intensive Peripherisierungsprozesse auf die heutige Entwicklung von Regionen?

Antworten auf diese Fragen können, so die Annahme, mit Hilfe eines Fallstudienansatzes am ehesten in Regionen gefunden werden, die a) sich in einem Prozess des Wandels (fortschreitende Transformation) befinden, b) einer Peripherisierung bzw. extern verursachten Monostrukturierung unterlagen (z. B. Abschottung) c) sich in einer Phase der Öffnung und der zunehmenden Interaktionsmöglichkeiten mit erweiterten Handlungsräumen und -feldern befinden und d) im Spannungsfeld zweier supranationaler Zentren liegen.

1.5.2 Forschungsthese

Aufgrund der vorangegangenen Überlegungen, der vorangestellten Hypothesen und Beobachtungen wurde folgende weiterführende Forschungsthese in Bezug auf Zentrum-Peripherie Strukturen und peripherisierte Gebiete aufgestellt:

Peripherisierungsprozesse wirken sich in unterschiedlicher Intensität auf die ökonomischen, sozialen und kulturellen Funktionen von Regionen aus und tragen zum räumlich funktionalen Wandel bei.

Daraus abgeleitet ergeben sich folgende konkretisierte Annahmen, die es zu überprüfen gilt:

- Peripherisierte Gebiete stehen in einer besonderen Abhängigkeit in Bezug auf die nationale und internationale Ebene, wobei unter Abhängigkeit in erster Linie Interaktionen in einem hierarchischen System verstanden wird. Diese Abhängigkeit kann unterschiedlich ausgeprägt und vollständig oder sektoral sein (politische, administrative, ökonomische oder militärische Abhängigkeit). Das hierar-

chische System basiert auf politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen (fiskalischen) Machtunterschieden zwischen Machtzentrum und Peripherie. Dieses spiegelt sich beispielsweise in der Vereinnahmung von regionalen Einheiten auf der internationaler Ebene, einem besonderen Status (Förderstatus, geschlossenen bzw. halbgeschlossenen Status) oder in der Dominanz externer Unternehmen und des militärischen Komplexes wieder.

- Gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen sind pfadabhängig. Sich wandelnde Rahmenbedingungen eröffnen neue Perspektiven. Dies bedingt die Möglichkeit der Auswahl (*choice*) von Entwicklungsrichtungen (*evolutionary dynamic*). Es wird davon ausgegangen, dass die Richtungswahl aufgrund der Pfadabhängigkeit und der vorhandenen Abhängigkeitsstrukturen eingeschränkt ist.
- Die Abhängigkeiten werden u. a. von externen Akteuren (nationalen und internationalen) konstruiert und genutzt, um eigene Interessen durchzusetzen, bzw. zu unterstützen. Sie schränken das Spektrum der regionalen Entwicklung ein, bzw. lenken dieses in eine bestimmte Richtung.

1.5.3 Forschungsmethodik

Aufgrund der zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen war von Beginn der Arbeit an klar, dass es sich bei den Untersuchungen um exploratorisch orientierte Studien handeln wird, die in erster Linie qualitativ ausgerichtet sein werden und daher keine Ansprüche an ein positivistisches Verständnis von Repräsentativität stellen.

Der vorliegenden Forschungsarbeit liegt im Wesentlichen eine sozialwissenschaftliche bzw. in Teilen perzeptionsgeographische Methodik zugrunde. Dieses wird für die gestellten Forschungsfragen als sinnvoll erachtet, um einen räumlich funktionalen Wandel erfassen zu können. Dazu werden die Hypothesen aufgestellt, dass ein räumlich funktionaler Wandel durch erfassbare Einflussfaktoren (Determinanten) hervorgerufen wird und diese Einflussfaktoren auf Akteurshandeln beruhen (siehe Seite. 6).

Der perzeptionsgeographische Ansatz bezieht sich im Wesentlichen auf die wichtige Erkenntnis, dass nur ein Ausschnitt der räumlichen Wirklichkeit wahrgenommen wird, nicht der Raum als Ganzes. Was wahrgenommen wird hängt u. a. von der momentanen Aufmerksamkeit, vom momentanen räumlichen Geschehen, dem aktuellen Fokus, vom Interesse und nicht zuletzt von sozialen Faktoren ab. Das heißt, Räume werden selektiv wahrgenommen. Diese selektive Wahrnehmung wird bewertet und interpretiert und die Bewertungen und Interpretationen fließen in Aktionen ein. Das Verhalten hängt nicht von der objektiven Raumstruktur, sondern von der sehr subjektiven Wahrnehmung ab. Diese Grundannahme führt zu der verwendeten Methodik, die ab Seite 46ff im zweiten Hauptkapitel ausführlich beschrieben wird.

Den Kern der Empirie bilden Experten- und Einzelinterviews. Es wurden Gespräche mit fünfundzwanzig Vertretern regionaler Eliten aus fünf definierten Handlungsfeldern (Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien) geführt, die als Meinungs-

bildner und Schlüsselakteure der jeweiligen Region angesehen werden können. Des Weiteren wurden Gespräche mit externen Experten geführt.

In den empirischen Arbeiten wurde versucht, neben den gut mess- und abgrenzbaren sozioökonomischen Indikatoren, Verflechtungsmuster und Beziehungsgeflechte zwischen Zentrum und Peripherie aufzudecken und zu hinterfragen und die Frage nach möglichen Auswirkungen von Peripherisierung zu stellen. Auf der Grundlage der empirischen Ergebnisse wurde im Anschluss versucht, die Frage der analytischen Anwendbarkeit des Zentrum-Peripherie Modells zu diskutieren.

1.5.3.1 Der vergleichende Fallstudienansatz

Die in dieser Arbeit diskutierte Fragestellung nach den Auswirkungen von Peripherisierungen auf regionale Entwicklung kann methodisch in zwei Teilfragestellungen unterteilt werden, die stark miteinander verknüpft sind. Der eine Teilaspekt widmet sich methodischen und theoretischen Überlegungen im Bereich der analytischen Verwendbarkeit des Zentrum-Peripherie Modells. Der zweite, mehr anwendungsbezogene Teilaspekt befasst sich explizit mit der Problematik peripherisierter Gebiete und der Konsequenz von Peripherisierung für regionale Entwicklung an konkreten Beispielregionen. Aus diesem Grund wurde ein vergleichender Fallstudienansatz in Gebieten im Spannungsfeld zweier Ordnungssysteme, der Europäischen Union und der Russländischen Föderation gewählt.

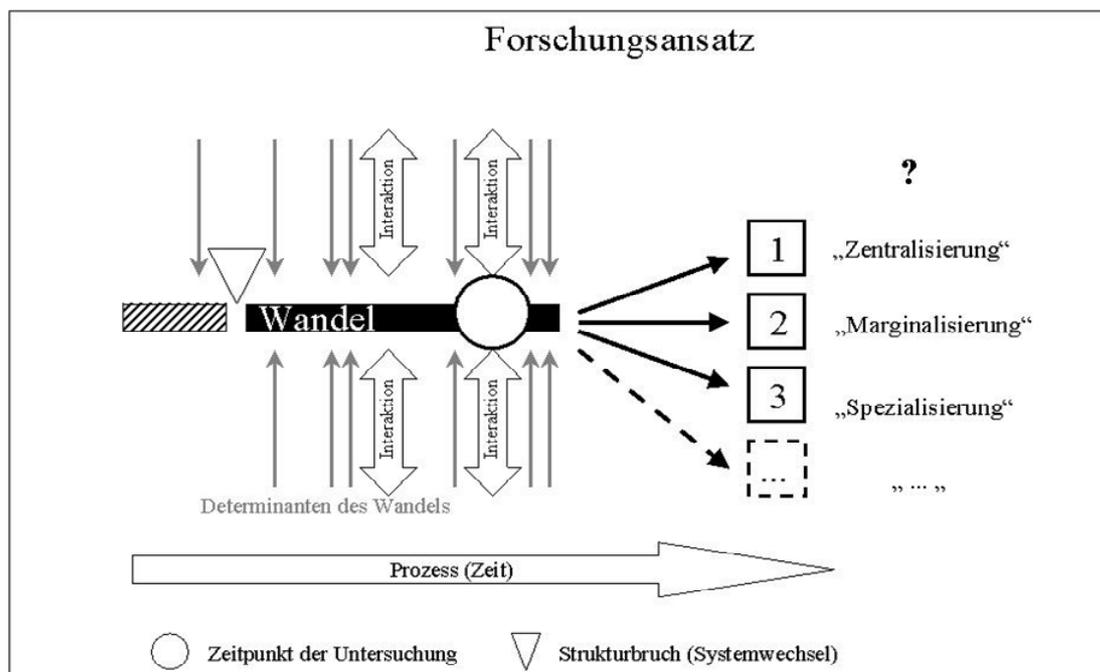


Abbildung 2: Forschungsansatz in Bezug auf die regionale Entwicklung (Entwurf: SÜNNEMANN 2005)

Im Rahmen der Fallstudien stehen die Aspekte der Entwicklung von peripherisierten Gebieten im östlichen Europa an der Nahtstelle zwischen europäischem Wirtschafts-

raum, europäischer Regionalentwicklung sowie russländischer Transformationsökonomie und Regionalentwicklung im Vordergrund. Diese Gebiete werden, inspiriert von Thomas SIEVERTS Begriff der „Zwischenstadt“ (SIEVERTS 1998) im Bereich der Stadt-Umlandforschung, im Rahmen der Arbeit als „Zwischenräume“ angesprochen.

Es werden die Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen, die man auch als Orientierungs- und Integrationsprozesse verstehen kann, auf ihre Raumwirksamkeit hin untersucht. In Abbildung 2 auf der vorangegangenen Seite wird der gewählte Forschungsansatz graphisch dargestellt. Die schematische Darstellung soll insbesondere die Einflussfaktoren auf die regionale Entwicklung deutlich machen. Dabei gilt es zu beachten, dass die lineare Darstellung des Wandlungsprozesses eine Kontinuität und Gleichmäßigkeit vorgibt, die so nicht abläuft. Vielmehr ist der Prozess von Brüchen und Schwankungen gekennzeichnet, die aus Gründen der schematischen Darstellung aber nicht abgebildet wurden.

Aufgrund der vorangegangenen Überlegungen wird davon ausgegangen, dass Zentrum-Peripherie Strukturen sich am ehesten in Gebieten untersuchen lassen, in denen die direkte Abhängigkeit von zentralen Strukturen (administrativ, kulturell, ökonomisch und politisch) nachgewiesen werden kann. Aus diesem Grund wurden zwei Gebiete ausgewählt, die in ihrer Entwicklungsgeschichte mehrfach peripherisiert wurden und durch ihren Status der „Geschlossenheit“ (vertiefend hierzu Seite 41ff) in starker Abhängigkeit zum Zentrum standen und stehen. Im Folgenden wird kurz und überblicksartig auf den regionalen Bezug eingegangen. Dieses wird bereits an dieser Stelle für sinnvoll erachtet, da einige wesentliche Spezifika der ausgewählten Gebiete, als Hintergrundinformation, in den theoretischen und methodischen Auseinandersetzungen in den folgenden Kapiteln von wesentlicher Bedeutung sind.

1.5.3.2 *Der regionale Bezug - Eine thematische Einführung*

Das europäische Raumgefüge befindet sich in einer Phase des Wandels. Grenzen haben mit dem Zerfall der Sowjetunion und heute im Zuge des europäischen Einigungsprozesses ihre Qualität verändert. Ehemalige Binnengrenzen wurden und werden zu Staatsgrenzen, Staatsgrenzen werden zu EU-Binnengrenzen, andere Grenzen zu EU-Außengrenzen. Auf europäischer, aber auch nationaler und regionaler Ebene lösen sich frühere Zentren-Peripherie Beziehungen, neue entstehen und andere nehmen an Intensität zu oder ab.

Die Ursachen hierfür können einerseits im Integrations- und Transformationsprozess Osteuropas, andererseits in den sich verändernden Wirtschafts- und Kommunikationsstrukturen und -prozessen einer postmodernen Gesellschaft gesehen werden. Diese Phänomene können auch in der Russländischen⁶ Föderation erkannt werden. Sie befindet sich in einer anhaltenden Phase des Umbruchs, der Neuorientierung und Konso-

⁶ Die Übersetzung des Wortes „rossijskij“ mit „rusländisch“ statt „russisch“ soll dem Leser die Beachtung nicht russischer, polyethnischer und multikultureller Zusammenhänge in der Russländischen Föderation als einem Vielvölkerstaat deutlicher machen (siehe LAPPO, HÖNSCH 2000, S. VI).

lidierung. Der Übergang vom sozialistischen System zu pluralistisch-marktwirtschaftlichen Strukturen ist bei Weitem nicht abgeschlossen. Politische Strukturen, ökonomische Abhängigkeits- und Beziehungsgefüge auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sowie soziale Netzwerke haben an Bedeutung verloren oder sich aufgelöst, neue etablieren sich. Die politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen föderalem Zentrum und den Peripherien werden neu definiert (BLAKKISRUÐ, HØNNELAND 2001, S. 213) und hinterfragt.

Der sich verändernde politische und ökonomische Rahmen eröffnet neue Handlungsspielräume und Perspektiven. So führte die anfängliche Machtdezentralisierung zu Verlagerungen von Kompetenzen und Funktionen auf die regionale Ebene (Subjekt-ebene⁷) und damit zu einem Bedeutungsgewinn der regionalen und lokalen Entscheidungsträger. Diese Machtdezentralisierung, die einmalig in der russischen Geschichte ist, ermöglichte die Etablierung neuer Formen politischer und ökonomischer Arbeitsteilung und Koordination (Vernetzung). Neben den großen Agglomerationen der Föderation wird die zunehmende Kooperation und Vernetzung russländischer Regionen mit dem europäischen Wirtschaftsraum besonders in den westlichen „Außenposten“ der Föderation spürbar, wobei die neuen Spielräume im Spannungsfeld der europäischen Integration und der russländischen Zentralmacht unterschiedlich schnell und intensiv genutzt werden.



Karte 1: Lage der Untersuchungsgebiete im nordöstlichen Europa (Entwurf: SÜNNEMANN 2005)

Insbesondere die industriell und militärisch geprägten Gebiete der Föderation, die in ein festes, zentralgesteuertes System integriert waren und damit wenig eigenen Handlungsspielraum besaßen, unterlagen mit Beginn der 1990er Jahre einem deutlichen Wandel, vor allem hervorgerufen durch die Lockerung bzw. die Aufhebung ihres Sonderstatus als geschlossenes, für Ausländer gesperrtes, militärisch dominiertes Gebiet (→ Zwischen Öffnung und Geschlossenheit, S. 41ff und Fallstudien, S. 100ff). Diese Besonderheit macht ehemals geschlossene Gebiete zu idealen Untersuchungsräumen für die oben skizzierten Forschungsfragen. Gerade in Gebieten, die während der

⁷ Die Russländische Föderation wird von 89 gleichberechtigten territorialen Einheiten „staatlichen Gebilden“, den so genannten Föderationssubjekten (*subjekty Rossiskoi Federazii*) gebildet, mehr dazu siehe S. 80f.

Zeit der Sowjetunion aus politischen und strategischen Gründen als „geschlossen“ oder „halb geschlossen“ galten, für Ausländer gesperrt, in ihrer zivilen regionalen Entwicklung gehemmt (vgl. RUDOLPH, 2004, S. 83f) und in den frühen 1990er Jahren von extremem Bedeutungswandel gekennzeichnet waren, vollzieht sich mit der einsetzenden und sich stabilisierenden regionalen Entwicklung jenseits der früheren Strukturen ein räumlicher Orientierungsprozess zwischen russländischer Zentralmacht und europäischem Wirtschaftsraum.

Aufgrund dieser Entwicklungen, ihrer Lage und Bedeutung sind die ehemals geschlossenen Gebiete Kaliningrad und Murmansk (→ Wahl der Untersuchungsgebiete, S. 47f) als direkte Nachbarn der erweiterten Europäischen Union von besonderem Forschungsinteresse und können aufgrund des relativ breiten Spektrums an Zukunftsalternativen und denkbaren Szenarien als Beispielregionen Modellcharakter haben.

Beide Gebiete waren ausgerichtet auf militärische Funktionen als „Sprungbrett“ und „Bollwerk“ der ehemaligen Sowjetunion gegenüber dem westlichen Europa. Die Entwicklungen in den beiden Gebieten Kaliningrad und Murmansk sind nicht nur von regionaler, sondern von internationaler Bedeutung. Aufgrund der sich drastisch verändernden Situation in den Gebieten, einerseits durch die Öffnung und die Dezentralisierung, andererseits als Teil des sich verändernden russländischen Ordnungssystems sowie in der Einflussphäre des europäischen Ordnungssystems der expandierenden EU, finden in diesen Gebieten nachweislich Orientierungs- und Veränderungsprozesse statt, die eine Untersuchung im Sinne der vorangegangenen Überlegungen möglich machen.

1.5.3.3 *Der Systembruch als Auslöser des räumlich funktionalen Wandels*

Der Zerfall der Sowjetunion, mit seinen gravierenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, führte zu einem Verlust der bis dahin geltenden politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen. Dies gilt in besonderem Maße für die betroffenen Staaten, aber auch für die bis dahin bipolare Politik der westlichen Länder außerhalb des kommunistischen Machtblocks. Durch diesen Systembruch, den es als Prozess zu verstehen gilt und der seinen Anfang in den 1980er Jahren nahm und mit der Auflösung der Sowjetunion 1991 seinen Höhepunkt erreichte, wurde ein anhaltender Wandel des europäischen Raumgefüges eingeleitet, der die Akteure auf unterschiedlichen Maßstabsebenen vor neue Herausforderungen stellte und bis heute stellt.

Mit dem NATO-Beitritt Polens und der Baltischen Staaten sowie der EU-Osterweiterung im Mai 2004 veränderte sich die Qualität der russländischen Westgrenze nachhaltig. Grenzen, als soziales Konstrukt im Sinne ESKELINENS (2000) und PAASIS (1999), ändern ihre Qualität und ihre Bedeutung. Dieses geschieht seit Anfang der 1990er Jahre immer wieder entlang der westlichen Grenze der Russländischen Föderation und zwar in struktureller, aber vor allem in mentaler Hinsicht. Die Grenze wird in ihrer Ambivalenz unterschiedlich wahrgenommen und für die jeweilige Argumentationslinie der Akteure instrumentalisiert. Aus der starren passiven Konfrontations-

linie, die in erster Linie auf Exklusion abzielte, ist ein dreidimensionaler aktiver Integrationsraum geworden. Aus einem exkludierenden Ansatz wurde ein integrativer Ansatz, wobei die Asymmetrien, beispielsweise im Kulturellen, im Sozialen und Ökonomischen, die sich auf beiden Seiten der Grenze herausgebildet haben und herausbilden, die Akteure vor neue Herausforderungen stellen. Dies gilt in besonderem Maße für die beiden gewählten Beispielgebiete. Zum besseren Verständnis des Forschungsansatzes und als Hintergrund für die folgenden theoretischen Überlegungen werden die Beispielregionen überblicksartig vorgestellt. Eine ausführlichere sozioökonomische Charakterisierung der Gebiete⁸ Kaliningrad und Murmansk findet sich im sechsten Kapitel der Arbeit ab Seite 100ff.

1.5.4 Kurzdarstellung der gewählten Fallstudien:

Von der „*Terra incognita*“ und „*Terra interdicta*“ zur „Brücke zwischen Ost und West“?

Der folgende Einschub soll dem Leser als möglicherweise erforderliche Hintergrundinformation in Bezug auf die beiden gewählten Fallstudien dienen. Die Kurzdarstellung soll schlaglichtartig einige wichtige Aspekte der gewählten Gebiete beleuchten, auch auf die Gefahr hin, dass einige Aspekte hier vorweggenommen werden könnten.

1.5.4.1 Das Gebiet Kaliningrad – neue Peripherie

Aufgrund seiner Lage und der Entwicklungen im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Unabhängigkeit Litauens ist das ca. 15 100 km² große Gebiet, das in etwa der Größe Schleswig-Holsteins entspricht, zu einer Exklave ohne direkte Landverbindung zum Kernland geworden und seit der EU-Osterweiterung im Mai 2004 umgeben von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Das Kaliningrader Gebiet nimmt damit und aufgrund seiner ehemaligen Geschlossenheit, Ausnahmen bilden die weiterhin geschlossenen Bereiche der Stadt Baltijsk und der Frischen Nehrung, eine Sonderstellung in der Russländischen Föderation (RF) ein. Knapp 940 000 Menschen leben in dem Gebiet, von denen ca. vierzig Prozent nicht im Gebiet geboren sind. Es ist Standort der Baltischen Flotte und seit 1996 Sonderwirtschaftszone (KNAPPE 2003, S. 40). Das Gebiet verfügt über drei staatliche und mehrere private Hochschulen sowie Fachhochschulen. Erklärtes Ziel der Regionalentwicklung ist es, über intensivere Ko-



Fotoreihe 1: Von links nach rechts: Kaliningrader Seehafen; Haus der Räte, das im Rahmen der Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum saniert wird und einer Nutzung zugeführt werden soll; neues Zentrum Kaliningrads: „Platz des Sieges“ mit Kathedralenneubau und geplanter Siegestsäule; Blick auf die Kurische Nehrung Richtung Rybačij, dem früheren Rositten.

⁸ Die administrative Einheit *oblast'* wird im Folgenden mit Gebiet übersetzt.

operationen mit der Europäischen Union einerseits und der zentralen Föderalregierung andererseits, eine positive regionale Entwicklung zu initiieren und gleichzeitig auf internationaler Ebene als „Pilotregion“ einen Beitrag zu einer verbesserten Kooperation zwischen der RF und der EU insgesamt zu leisten.

Das Gebiet Kaliningrad ist ein Gebiet, das von Brüchen gekennzeichnet ist und deren Hauptproduktionszweige, beispielsweise die Landwirtschaft und der militärisch-industrielle Komplex, mit dem Zerfall der Sowjetunion in eine schwierige Situation geraten sind. Auch wenn die militärische Präsenz in den letzten Jahren deutlich reduziert wurde, so ist nach wie vor der Einfluss des Militärs spürbar und beeinflusst zum Teil die wirtschaftliche Entwicklung.

1.5.4.2 Das Gebiet Murmansk – klassische Peripherie



Fotoreihe 2: Von oben nach unten: Hüttenwerk in Nikel' (2004); Wappen der Heldenstadt Murmansk (2000); Grenzpfahl (2005)

Im Gegensatz zu Kaliningrad spielt die Region, abgesehen vom tragischen Unglück des Atom-U-Bootes *Kursk* im Sommer 2000, oder neuerdings im Kontext der Energiepartnerschaft und der Erschließung des Erdgasfeldes Štokman in der Barentssee, keine große Rolle in der zentraleuropäischen Öffentlichkeit. Dies mag ihrer Lage im äußersten Nordosten des Kontinents und nördlich des Polarkreises geschuldet sein. Für die Russländische Föderation und auch zunehmend international ist das Gebiet aber von besonderer ökonomischer und ökologischer Bedeutung. Das Gebiet ist, im Gegensatz zum Gebiet Kaliningrad, reich an fossilen (Erdöl, Erdgas, Erze) und rezenten Rohstoffen (Fisch), die das Gebiet für nationale und ausländische Investoren interessant machen. Von steigender Bedeutung ist das Gebiet, ähnlich wie Kaliningrad, im Bereich des Transport- und Logistikwesens und der Fischerei, da die Häfen ganzjährig eisfrei sind.

Mit 144 900 km² ist das Gebiet knapp zehnmal so groß wie das Gebiet Kaliningrad. Im Gegensatz zu seinen nordischen Nachbarn ist das Gebiet mit ca. 873 000 Einwohnern, von denen 336 000 im Gebietszentrum Murmansk leben, relativ dicht besiedelt (siehe Tabelle 1, Seite 18). Im Gebiet Murmansk leben als indigenes Volk noch ca. 1 800 Saami (ca. 0,2% der Bevölkerung⁹).

Die Mehrzahl der Einwohner des Gebietes ist nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem in den 50er und 60er Jahren während des „Erzrausches“ und der Industrialisierung des Nordens in das Gebiet gezogen.

Ein wichtiges Problemfeld in der Region sind die enormen ökologischen Schäden, die aufgrund der Industrieproduktion aufgetre-

⁹ RosSTAT 2005a, S. 93

ten sind, sowie die ungelösten Probleme im Nuklearsektor. Offizielle Schätzungen gehen von ca. 19 000 km² durch Industrie dauerhaft geschädigter Fläche aus. Dies entspricht in etwa der Größe des Bundeslandes Sachsen.

Das Gebiet Murmansk ist eine Region mit traditionellen, auf Rohstoffen basierenden Industriezweigen (Montan-, Chemieindustrie sowie fischverarbeitende Industrie), die mit einer parallelen Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur (Transport, Logistik, Kommunikation) eine Weiterentwicklung erfahren haben.

Aufgrund seiner Lage wurde das Gebiet relativ spät besiedelt und industriell erschlossen. Die meisten Stadtgründungen sind aus dem 20. Jahrhundert. Die regionalen Produktionssysteme sind durch transnationale Unternehmen (Interros-Norilsk Nickel, SuAl, Severstal, Rosenergoatom und zunehmend auch Öl- und Gasunternehmen wie Gazprom, LUKoil und Rosneft) dominiert. Beim Gebiet Murmansk handelt es sich um eine Region, deren Wirtschaftsstruktur –sowjetisch geprägt– sich über vierzig Jahre kontinuierlich entwickelt hat und während der Transformation, mit Ausnahme einiger Branchen wie beispielsweise der Fisch verarbeitenden Industrie und temporären Brüchen in den 1990er Jahren aufgrund der internationalen Rohstoffnachfrage eine relative Stabilität aufweist.

1.5.4.3 *Zwei Regionen ein Ziel? Gemeinsamkeiten der ausgewählten Untersuchungsgebiete*

Beide Gebiete sind für die Russländische Föderation nicht nur wegen ihrer strategisch militärischen Lage von Bedeutung, sondern auch unter ökonomischen und außenpolitischen Gesichtspunkten. Das Gebiet Kaliningrad liegt in der prosperierenden Ostseeregion und könnte als Enklave in der Europäischen Union langfristig ökonomisch profitieren. Die möglichen negativen Auswirkungen der heutigen Situation im Gebiet Kaliningrad werden dagegen von der Föderation außenpolitisch genutzt. Das Gebiet Murmansk ist aufgrund seiner Bodenschätze und seines Hafens neben der weiterhin großen strategischen Bedeutung zunehmend zivilwirtschaftlich für die Föderation von Bedeutung.

Die Europäische Union hat mit ihrem integrativen Ansatz an beiden Gebieten ein politisches und ökonomisches Interesse. Das Interesse an stabilen sozialen und ökonomischen Verhältnissen in den angrenzenden Gebieten ist groß. Beide Gebiete können als „*Experimentierfeld*“ und „*Pilotregionen*“ für eine intensivere Kooperation zwischen der EU und der Russländischen Föderation gesehen werden, in denen die Interessen, aber auch eine unterschiedliche Wirtschafts- und Rechtskultur aufeinander treffen. Sie können trotz oder gerade wegen ihrer peripheren Lage von zentraler Bedeutung für ein friedliches und prosperierendes Europa werden (vgl. OLDBERG 2003, S. 270f). Trotz ihrer physisch geographischen Unterschiede haben beide Gebiete einige wesentliche Gemeinsamkeiten, die sie für einen gemeinsamen Fallstudienansatz interessant machen. Sowohl das Gebiet Kaliningrad, als auch Murmansk sind sowjetisch geprägte

bzw. überprägte Gebiete. Die russländische Geschichte Kaliningrads begann 1945, die Geschichte des Gebietes Murmansk Anfang des 20. Jahrhunderts.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion orientierten sich die Gebiete, meist auf Initiative der westlichen Nachbarländer, hier allen voran der skandinavischen Länder, Finnlands und zunehmend auch des Baltikums, schon früh nach Westen und gingen grenzüberschreitende Kooperationen, beispielsweise Kaliningrad in der Baltic Sea Region (BSR) oder Murmansk 1993 in der Barents Euro Arktischen Kooperation (BEAR), ein. Dies geschah trotz oder gerade wegen ihres Status als eingeschränkt zugängliche Gebiete und der abrupten Öffnung, da die Notwendigkeit einer schnellen ökonomischen Stabilisierung der Gebiete mit den dort stationierten Garnisonen auch im Interesse der Nachbarländer lag. Innerhalb kurzer Zeit hat sich die Bedeutung der Gebiete von Konfrontationsräumen des „Kalten Krieges“ zu Kooperationsräumen verschoben. Es bestehen Kooperationen auf multilateraler Ebene, beispielsweise im Rahmen der EU Strukturfonds, und auf bilateraler Ebene (Städtepartnerschaften etc.). Damit ist mit den nachweisbaren Orientierungs- und Veränderungsprozessen in den Gebieten, auf der Basis einer politisch und sozial vergleichbaren Ausgangssituation (ehemalige Geschlossenheit, sowjetisch geprägte neuere Entwicklungsgeschichte, Einflussbereich der Europäischen Union), eine wesentliche Voraussetzung für eine vergleichende Betrachtung gegeben.

Exkurs II: Eine Frage der Wahrnehmung

Das heutige Russlandbild in Deutschland ist geprägt von einer Asymmetrie, die sich nur schwerlich erklären lässt. In weiten Teilen der westlichen Medien und teilweise in der Wissenschaft wird ein eher negatives, bedrohliches Russlandbild gezeichnet, das in manchen Bereichen an Zeiten des Kalten Krieges erinnert und dieses nicht erst im Zuge der „Orangen Revolution“ oder der Gas-Krise zwischen Russland und der Ukraine im Jahr 2006. Bilder des Verfalls, des Chaos und des Dilettantismus auf gesellschaftlicher und administrativer Ebene sowie im Politischen Bilder des Imperialismus, des hegemonialen Anspruchs und der Unberechenbarkeit und Intransparenz, des Nebulösen, finden sich häufig in den deutschen Medien. In den Bereichen der deutschen Wirtschaft und der Politik sind nach 2000 dagegen, eher positivere Töne zu vernehmen. Da ist von Partnerschaft, Stabilität und Wachstum die Rede (GÖTZ 2006, S. 15). Es ist ein Hauch von Aufbruchstimmung zu spüren. Hier tritt ein wesentliches Grundproblem der Zusammenarbeit, aber auch der Konkurrenz zutage. Oftmals und da möchte sich der Autor explizit nicht ausschließen, werden zur Analyse und zur Einschätzung der ablaufenden Prozesse die eigenen konditionierten Wertvorstellungen und Normen als Maßstäbe angesetzt. Raumbilder werden konstruiert. Man begibt sich in ein Land, eine Region und fragt mehr oder weniger den eigenen Werte- und Normenkatalog ab, von Demokratie über Wirtschaftsethik bis hin zur Kultur. Hierbei werden freilich in erster Linie Defizite erkannt, deren Existenz hier auch nicht in Frage gestellt werden soll. Aufgrund dieser Vorgehensweise bleiben möglicherweise Entwicklungsansätze, beispielsweise einer anderen Gesellschaftsform als der Westlichen, basierend auf marktwirtschaftlichen und demokratischen Strukturen, unerkannt. In dieser Arbeit wird der Versuch unternommen, sich offen mit den Perspektiven der Entwicklung der Russländischen Föderation, im Kontext der gewählten Fragestellung, auseinander zusetzen.

Bezeichnung	Hauptstadt	Fläche (Tsd. km ²)	Bevölkerung (Tsd. Ew.)	Bevölkerungsdichte (Ew./km ²)	Anteil d. städt. Bevölkerung (in %)	Investitionen in Grundkapital (Rub./Kopf)	Hauptindustriezweige
Daten vom:			1.1.2004		01.01.2002	01.01.2004	2001
Republik Karelien	Petrozavodsk	172,4	703	4,1	74,3	17 919	Holzverarbeitende Ind., Lebensmittelind., Eisenerzgewinnung, Energieerzeugung
Republik Komi	Syktvykar	415,9	996	2,4	74,2	30 325	Ölförderung, Holz- und Papierverarbeitende Ind., Kohlebergbau, Energieerzeugung
Gebiet Arhangel'sk mit dem Autonomen Bezirk der Nenzen	Arhangel'sk	587,4	1 305	2,2	74,8	23 372	Holzverarbeitende Ind., Maschinenbau u. Metallverarbeitung, Erdölförderung
Gebiet Vologda	Vologda	145,7	1 245	8,5	68,4	33 294	Eisenerzgewinnung und chem. Industrie
Gebiet Kaliningrad	Kaliningrad	15,1	945	62,6	76,6	19 166	Fischverarbeitung, Gewinnung u. Verarbeitung v. Bernstein, Maschinenbau
Gebiet Murmansk	Murmansk	144,9	873	6,0	91,6	15 502	Buntmetallgewinnung, Lebensmittelind., Energieerzeugung, Chemische Ind.
Gebiet Novgorod	Velikij Novgorod	55,3	674	12,2	70,8	11 797	Chemische Ind., Lebensmittelind., Holz- u. Papierverarbeitende Ind., Maschinenbau u. Metallverarbeitung
Gebiet Pskov	Pskov	55,3	737	13,3	66,8	7 800	Maschinenbau u. Metallverarbeitung, Lebensmittelind., Energieerzeugung
Gebiet Leningrad	St. Petersburg	85,9	1 653	72,8	66,0	40 544	Lebensmittelind., Ölverarbeitende Ind., Holz-, Papierverarbeitende Ind., Energieerzeugung
Stadt St. Petersburg			4 600		100	22 552	Maschinenbau- u. Metallverarbeitung, Lebensmittelind., Energieerzeugung

Tabelle 1: Basisindikatoren der beiden Beispielgebiete im interregionalen Kontext

Quellen: ROSSTAT GOSKOMSTAT ROSSII 2005a, S. 39-40, S. 663, BRADE et. al. 2004, S.14 ff

2. Peripherie – ein Randphänomen

Theorie, Konzept, Definitionen

Das folgende Kapitel beschäftigt sich im ersten Abschnitt mit dem raumwissenschaftlichen Diskurs zu den Begriffen Zentrum und Peripherie in „*westlichen*“ Ländern und geht auf die unterschiedlichen Perspektiven und möglichen Bedeutungsstränge des Begriffes Peripherie ein. Im Weiteren wird auf die Besonderheit der Nichtverwendung des Begriffes bzw. des Begriffspaares im sowjetischen und postsowjetischen Kontext eingegangen, wobei vertiefend auf die Auswirkungen der sowjetischen Raumplanung im anschließenden Hauptkapitel, wenn es um die Spezifika der Russländischen Föderation geht, eingegangen wird (→ Zwischen Regionalismus und Zentralismus, S. 80ff). Aufbauend auf dieser ersten Beschreibung wird der Begriff bzw. das Begriffspaar Zentrum-Peripherie für die vorliegende Arbeit fruchtbar gemacht. Der Schwerpunkt der theoretischen Betrachtungen liegt in der Operationalisierung des Zentrum-Peripherie Konzeptes sowie der Definition der zur Anwendung kommenden Begriffe und in der Methodik.

Im Anschluss an die theoretischen Überlegungen wird auf die Besonderheit des Status eines „*geschlossenen Gebietes*“ in der Sowjetunion und in der Russländischen Föderation eingegangen, da dieses spezifische Merkmal ein wichtiges methodisches Kriterium für die Wahl der Fallstudien und die Ausgangsüberlegungen der Arbeit war.

2.1 Vorüberlegungen

Auf den Begriff „*Peripherie*“ stößt man in vielerlei unterschiedlichen Zusammenhängen, sei es in der Medizin, wenn es um periphere Körperteile oder Nervensysteme geht, oder in der Informations- und Telekommunikationsbranche beispielsweise bei Peripheriegeräten (FAX, Drucker, etc.). Der Begriff findet Verwendung in der Außen- und Sicherheits- und der Innenpolitik, der Entwicklungszusammenarbeit sowie auf unterschiedlichsten Maßstabsebenen. Seine Bedeutung reicht von der rein neutralen Beschreibung, Verortung, bis zur Wertung und Beurteilung. Er findet Verwendung im scheinbar realen als auch im imaginären Raumkonstrukt.

Im Allgemeinen kann unter dem Begriff Peripherie, der sich von dem griechischen Wort περιφέρεια herleitet neutral der äußere Bereich, das Umfeld, die Grenze eines Raumes oder einer Sache verstanden werden. Sobald der Begriff außerhalb des naturwissenschaftlich-technischen Bereiches Verwendung findet, sei es in der Politik, in der Soziologie oder in den Raumwissenschaften, wird es mit der Definition schwierig, denn hier differieren die Bedeutungen stark und die Unschärfe des Begriffes nimmt deutlich zu. Aus der Beschreibung, Verortung „*randlich, am Rande eines Systems*“ wird „*dezentral, abgelegen*“ der Begriff wird wertend und oftmals negativ benutzt. Hinzu kommt, dass der für die Wertung notwendige Maßstab, bzw. Bezug, oftmals für den Leser oder Betrachter unbekannt und ungenannt bleibt. Der wertende Begriff Peripherie macht nur

Sinn, wenn auch das Zentrum, also der Bewertungsmaßstab mitgeliefert wird. D. h., die Relation muss offen gelegt werden, wenn man den Begriff verwenden will. „*A periphery is 'peripheral' only in relation to some other unit or entity which is more 'central'.*“ (NAUSTDALSLID 1977, S. 215). Dieses gilt insbesondere für die Raumwissenschaften, die seit den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkt mit dem Begriff arbeiten und zunehmend nur einen Teil, entweder das Zentrum oder die Peripherie als Schlagwörter, thematisieren.

Ende der 1950er Jahre wurde im Zuge der Auseinandersetzung mit der Entkolonialisierung und der aufkommenden Entwicklungsländerdiskussion der Begriff Peripherie durch PREBISCH (1959) in den wissenschaftlichen Diskurs eingeführt, um Industrie- und Entwicklungsländer in ihrer Beziehung zueinander zu beschreiben. In den 70er Jahren wurden auch Strukturen innerhalb eines Landes als Zentrum-Peripherie Dichotomie beschrieben und FRIEDMANN erkannte und analysierte 1973 erstmals die Autoritäts- und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie. Das Begriffspaar fand nun zur Beschreibung von disparitären Strukturen und zeitgleich als Erklärungsansatz auf unterschiedlichen Maßstabsebenen auch außerhalb der Entwicklungsländerthematik Verwendung. Mit dem zunehmenden Einfluss der Europäischen Union auf das europäische Raumgefüge und den Strukturfonds wurde das Begriffspaar zu einem wichtigen Instrument, um Räume zu beschreiben und einzuordnen. Dabei spielen vor allem quantitative sozioökonomische Kriterien (Erreichbarkeit, Infrastrukturausstattung, etc.) eine wichtige Rolle.

Da sich die vorliegende Arbeit nicht explizit mit der Transformation an sich beschäftigt, sondern mit den Folgen der Transformation, d. h. mit Transformationseffekten, die sich räumlich niederschlagen, wird im Folgenden nicht näher auf den theoretischen Hintergrund der Transformation eingegangen, sondern an dieser Stelle auf die vorhandene raumwissenschaftliche Literatur (FASSMANN 1997, GÖLER 2004, RUDOLPH 2001 und STADELBAUER 2000) verwiesen, auf die sich das Transformationsverständnis dieser Arbeit stützt. Unter Transformation wird *der umfassende und aus historischer Perspektive außerordentlich schnelle Wandel der politischen und ökonomischen Strukturen ehemals sozialistischer Gesellschaften seit dem Ende der 1980er Jahre* (RUDOLPH 2001, S. 12) verstanden.

2.2 Zentrum und Peripherie im raumwissenschaftlichen Diskurs „westlicher“ Länder

Das folgende Unterkapitel widmet sich der Reflexion des Zentrum-Peripherie Begriffspaares in den Raumwissenschaften seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Als Einstieg in die Thematik soll mit Hilfe einer Satellitenkarte eine besondere Perspektive eingenommen werden, um sich der Thematik anzunähern.

Exkurs III: Europa bei Nacht

Bei der Betrachtung des zusammengestellten Satellitenbildes „*Europa bei Nacht*“ vom Sommer 2003 (Foto 1) werden Assoziationen beim Betrachter geweckt und automatisch Einordnungen vorgenommen, die weit über das Dargestellte hinausgehen und die Komplexität des Zentrum-Peripherie Begriffspaars andeuten sollen.



Foto 1 Europa bei Nacht Die zusammengestellte Aufnahme vom 15.08.2003 soll einen ersten visuellen Eindruck und Zugang zum Themenkomplex Zentrum-Peripherie ermöglichen und den Leser für die folgenden Überlegungen sensibilisieren. Mit der visuellen Umsetzung (kein originales Foto) und Bearbeitung des Satellitenbildes werden für den Betrachter Zentren und Peripherien durch den hell-dunkel Kontrast „konstruiert“.

Schnell kommt man zu einem möglichen Ergebnis, dass dort wo es dunkel ist, nichts los ist (Nordosteuropa, Sahara) und dieses korrespondiert scheinbar mit den eigenen Erfahrungswerten. Interpretationen werden vorgenommen und mit der Unterscheidung von hellen und dunklen Punkten, Flächen und Linien wird eine Wertung verbunden. Deutlich hebt sich das westliche Europa und insbesondere die Agglomerationsräume von den Britischen Inseln über die Beneluxstaaten, Paris, über das Ruhrgebiet und selbst über die Alpen (Schweiz) nach Italien („*Blaue Banane*“ als Raumkonstruktion) gegenüber dem östlichen Europa ab. Neben dem hell-dunkel Kontrast können beispielsweise Begriffe wie Dichte, Häufung, Intensität und Konzentration einerseits und punktuell, gestreut, diffus andererseits zur Beschreibung des Dargestellten verwandt werden.

Aufgrund bestimmten Vorwissens und des hell-dunkel Kontrastes findet eine Kategorisierung und Einordnung von Räumen, eine Raumbildung statt und damit befindet sich der Betrachter mitten im Prozess der Zentralisierung bzw. der Peripherisierung.

2.2.1 Annäherung an ein unklares Begriffspaar

Die Raumwissenschaften in den „westlichen“ Ländern bedienen sich schon seit den sechziger und siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts der Begriffe „Zentrum“ und „Peripherie“, um divergierende Entwicklungsprozesse zu beschreiben. Gerade in der heutigen Zeit wird der Zentrum-Peripherie Gegensatz oftmals genutzt, um entstandene asymmetrische Beziehungen und Disparitäten regionaler Systeme zu beschreiben und zu analysieren, ohne eindeutige Definitionen zu liefern. Dabei wird einerseits eine bestimmte Wahrnehmung von Räumen ausgedrückt, andererseits handelt es sich, insbesondere beim Begriffsteil „Peripherie“, um einen schwer fassbaren Begriff (vgl. beispielsweise NAUSTDALSLID 1983, S. 5), was die analytische Verwendbarkeit einschränkt, ihn aber umso attraktiver für Politik und Öffentlichkeit machen kann. Im folgenden Abschnitt soll sich anhand des Peripheriebegriffes und seiner Anwendung in den Raumwissenschaften mittels deutscher- und englischsprachiger Literaturquellen und Definitionen dem scheinbar simplen Dualismus von Zentrum und Peripherie angenähert werden.

"Der Peripheriebegriff [...] drückt zunächst einfach die Relation zwischen dem Zentrum oder Kernbereich eines Regionalsystems und seinen randnahen Zonen aus [...]. [...] Peripherien wären ferner Teilgebiete, die durch den volkswirtschaftlichen Verflechtungsprozess noch nicht oder nur ungenügend durchdrungen wurden. In diesem Falle sind ihre Merkmale z. B. das Fehlen eines genügend dichten Städtensystems, der Mangel an Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen, das Vorherrschen einfacher, einseitiger und extensiver Nutzungen, welche nur einen kleinen Teil der potenziellen Ressourcen in Wert setzen, sowie die Fernsteuerung vieler Wirtschaftseinrichtungen."

(RITTER 1998 S: 302)

"Der Begriff peripher [...] beinhaltet fehlende endogene Dynamik und Fremdsteuerung. Er bekommt, da diese Merkmale auf randlich zu Aktionszentren liegende Räume zutreffen, in der Geographie eine – vom Wort selbst her nahegelegte - räumliche Bedeutung, die verschleiert, dass die genannten Merkmale auch auf Räume und Siedlungen zutreffen können, die in enger Nachbarschaft zu Agglomerationen (Aktionszentren) liegen."

(LIENAU 1995, S. 155)

"To read the literature is to become quickly aware of the fact that centre and periphery have been employed to refer to both territories and population groups. Moreover, people have used very different criteria in classifying territories or populations as peripheral or central, and there is often disagreement on rank-orderings from one pole of the centre-periphery continuum to the other."

(ROKKAN & URWIN 1983, S. 1)

"Peripherer Raum: Neuerdings häufiger gebrauchter Ausdruck für 'ländlicher Raum' (insbesondere soweit er großstadt- und verdichtungsfern gelegen ist), mit dem die Assoziationen, die an diesen Begriff geknüpft sind, vermieden werden sollen. Mit der Bezeichnung peripherer Raum soll angedeutet werden, dass die hierzu gehörigen Gebiete im Sinne eines Zentrum-Peripherie-Modells relativ weit von den Verdichtungsräumen bzw. den wirtschaftlich aktiven Zentren eines Landes liegen und daher in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung benachteiligt sind."

(LESER 1997, S. 612)

Die große Verbreitung des Begriffspaares, bzw. der einzelnen Teilbegriffe „Zentrum“ oder „Peripherie“, impliziert oftmals eine zunehmende Differenzierung und Heterogenisierung der dabei verwendeten Konzepte. Die Konnotationen gehen weit auseinander.

Die Vermischung der unterschiedlichsten theoretischen Ausgangspunkte und Begründungen, warum Regionen peripher sind, macht eine Abgrenzung der unterschiedlichen Theorieansätze notwendig. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, sich dem Teilbegriff „*Peripherie*“, über eine generelle Reflexion des Begriffes und seiner unterschiedlichsten Konnotationen, anzunähern, wobei der Gegenbegriff „*Zentrum*“ immer mitgedacht werden soll.

2.2.1.1 *Räumlich-physische, neutrale Assoziation: Peripherie im wörtlichen Sinne*

Die Verwendung des Begriffes *Peripherie* verweist explizit auf die (Rand-) Lage innerhalb eines definierten räumlichen Systems. Der Begriff wird in seiner allgemeinen Wortbedeutung (über spätlat. *Periphēria* aus gr. *Periphēreia*, eigentlich „das Herumgehen, Umlauf“ zu *periphērein* „herumtragen“) gebraucht. Beispiele für die Anwendung finden sich in der Stadtgeographie. Randgebiete von Städten und Agglomerationsräumen werden als *Peripherien* des Stadtzentrums, des Ballungsraumes bezeichnet.

„Bezeichnung einer Lage, die als randlich zu einem Zentrum bzw. zu einem Kerngebiet zu bezeichnen ist. Es erfolgt z. B. die Suburbanisierung an der Peripherie der Verdichtungsräume.“
(LESER, et. al., 1993 S. 67)

„Die Peripherie wird [...] zum bevorzugten Standort autistisch anmutender Freizeitzentren und Shopping-Malls, deren Platzbedürfnisse in Innenstädten nicht mehr zu befriedigen sind. Schließlich siedeln sich in der Peripherie und im Agglomerationsgürtel von global vernetzten Städten wie Zürich international agierende Dienstleistungsbetriebe an.“
(EISINGER, A. 1999, S. 4)

Bei der räumlich-physischen Assoziation handelt es sich um eine synthetische, im Sinne von konstruiert, statisch, strukturalistisch, beschreibende, verortende Begriffsdefinition. Das Beziehungssystem zwischen Zentrum und Peripherie (Rand) ist bei der räumlich-physischen Assoziation nur flach und auf der räumlichen Ebene ausgeprägt. Dies ändert sich sobald dem Begriff Nebenbedeutungen, Konnotationen zugeschrieben werden, wie die folgenden Ausführungen darlegen.

2.2.1.2 *Bedeutungsstränge des Peripheriebegriffes*

Bei den folgenden Konnotationen wird der neutrale, topographische Begriff „*Peripherie*“ wertend aufgeladen. Der Begriff wird als Resultat von Interaktionen verstanden. Funktionale Aspekte finden Berücksichtigung. Neben der ordnenden, neutralen Begriffsverwendung wird der Raum hierarchisch nach seinen Funktionen strukturiert. Die ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen „*Zentren*“ und „*Peripherien*“ werden als Folge funktional sinnvoller Arbeitsteilung und räumlicher Differenzierung gesehen. Die Basis und den Anstoß bilden beispielsweise die Arbeiten von WEBER (1909) zur industriellen Standortlehre, CHRISTALLER (1933) mit seinen Untersuchungen über hierarchische Systeme zentraler Orte, oder v. THÜNEN (1875) im Bereich des Agrarsektors.

Konnotation 1:

Peripherie als räumlich soziales Merkmal (evaluative, räumlich-geographische Assoziation)

Aufbauend auf der allgemeinen Wortbedeutung beinhaltet der Begriff eine räumliche Distanz zum Zentrum, die Erreichbarkeit von Orten, bzw. naturräumliche Ungunst sowie daraus resultierende Disparitäten (vgl. beispielsweise KEEBLE, OWENS & THOMSON 1981, LUTTER, et. al 1992, SPIEKERMANN & WEGENER 1996, COPUS 1997). Der Begriff findet zumeist in einem entfernungs determiniertem Kontext Verwendung. Unter „*peripher*“ wird in erster Linie „*ländlich*“ und „*zentrumsfern*“ verstanden.

"A peripheral region is defined as a region with low accessibility. However, in addition to accessibility, many other criteria are used to delineate centres and peripheries in regional research. Notwithstanding this qualification, accessibility is clearly a key criterion of geographical peripherality and also of major importance in defining economic peripherality."

(SCHÜRMAN, TALAAT 2000, S. 6)

„Ein generelles Problem stellt die zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit dar, welche nicht nur die peripheren, meist ländlich geprägten Regionen betrifft sondern zunehmend auch dynamische Agglomerationsräume erfasst.“

(VORAUER-MISCHER 2004, S. 6)

Räumliche Eigenschaften werden definiert und identifiziert und als Erklärungsmuster für Standortstrukturen oder Standortmuster genutzt. Sozialwissenschaftliche Erklärungsdimensionen werden hingegen weitgehend vernachlässigt.

„Geradezu ein Leitmotiv der neueren regionalökonomischen Theorie ist die Untersuchung der Interaktionen zwischen Zentrum und Peripherie. Die Art dieser Interaktionen entscheidet darüber, ob die regionale Wirtschaftsentwicklung konvergiert oder divergiert. [...] [B]ei hohen Transportkosten, einem hohen Anteil standortgebundener Bevölkerung und einem geringen Ausmaß der Kostendepression dominieren die Zentrifugal-, im umgekehrten Fall die Zentripetalkräfte“.

(MÖLLER 2000, S. 366)

„Nicht jeder verlassene Bauernhof verwandelt sich bald in einen Zweitwohnsitz. Periphere, dünn besiedelte Gebiete können den landwirtschaftlichen Strukturwandel nur schwer bewältigen.“

(BM FÜR VERKEHR, BAU UND WOHNUNGSWESEN (heute BMVBS) 1996, S.23)

Insbesondere die Europäische Union bedient sich dieses Konnotationsansatzes. Als Beispiel sei die „*Nördliche Peripherie*“ genannt, auf die im Zusammenhang mit den Fallbeispielen später noch näher eingegangen werden wird.

„Nicht viel besser stehen in wirtschaftlicher Hinsicht einige Regionen an der nördlichen Peripherie der EU – zum Beispiel in Nordfinland und im Norden des Vereinigten Königreiches – da; [...]“

(EUREK 1999, S. 9)

„Diese strukturellen Schwächen können durch natürliche Einflussfaktoren, wie periphere oder schwer zugängliche Lage (Inseln, Berggebiete) oder klimatische Ungunst (mediterrane Gebiete, extrem dünn besiedelte Gebiete Nordskandinaviens), verstärkt werden.“

(EUREK 1999, S. 71-72 (290))

Der räumlichen Dimension wurde eine qualitative, interpretierend wertende Dimension hinzugefügt. Der Peripheriebegriff dient u. a. der Beschreibung räumlicher Entwicklungsunterschiede (vgl. KRÄTKE 1997, S. 29, COPUS 1999, S. 13) mittels Indikatoren, die sich auf ökonomische bzw. materielle Tatbestände beziehen (z. B. Erreichbarkeit, Beschäftigungsstruktur, Infrastrukturausstattung). Die theoretische Basis für analytische Überlegungen im Rahmen dieses „*Peripherietypus*“ sind zumeist neoklassische ökonomische Theorien, die sich an naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten orientieren (Gravitationsmodell, Zentralität = Masse) (vgl. auch v. THÜNEN 1826, WEBER 1909 oder CHRISTALLER 1933). Als ein Beispiel kann das Konzept von COPUS 2001, das in Abbildung 3 dargestellt ist, dienen. Hier werden drei Formen und Intensitäten von peripherer Benachteiligung definiert, die einander bedingen und verstärken können.

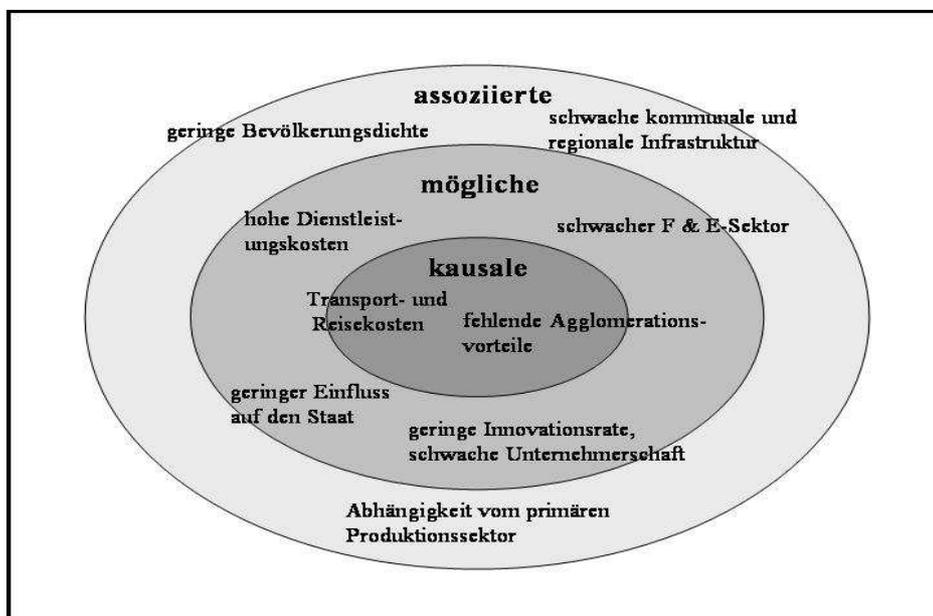


Abbildung 3: Elemente eines „konventionellen“ (räumlichen) Konzepts peripherer Benachteiligung nach COPUS 2001, S. 3

Ausgewählte ökonomische (BIP, Arbeitslosigkeit) oder akzessibilitätsbezogene¹⁰ (Reisezeit/-kosten, tägliche Erreichbarkeit) Indikatoren dienen der Typisierung von Regionen. Einige Autoren sprechen von „*peripherality indicators*“ und „*Peripherality Index*“ (vgl. COPUS oder KEEBLE, SPIEKERMANN, WEGENER).

Problematisch ist die geringe Tiefe der Analysen, da sie nur einen gut messbaren Teilaspekt (Dimension) der Realität erfasst.

„In long term, however, there is a need to re-examine the whole concept of 'generalised distance costs', and the way in which gravity model peripherality indices represent them. Although the subjective perceptions of peripherality which play a powerful part in determining the role of location in economic development probably lag behind changes in real accessibility and eco-

¹⁰ In diesem Fall werden unter Akzessibilität die technischen Voraussetzungen (Infrastruktur) subsumiert, nicht der Zugang zu Kommunikationsstrukturen und Netzwerken.

conomic disadvantage, the latter will increasingly revolutionise regional patterns of economic activity in Europe in the new millennium. New concepts of peripherality, and more direct indicators will be required within this context.
(COPUS 1999, S. 30)

Konnotation 2:

Peripherie und Macht (systembezogene interpretative Assoziation (aspatial peripherality))

Die Verwendung des Begriffes verweist explizit auf die politische und wirtschaftliche (Rand-) Position in einem asymmetrischen Beziehungssystem. Die Bedeutung des Wortes geht damit weit über ihren Ursprung hinaus. Neben der räumlichen Differenz werden kulturelle und strukturelle Differenzen als Erklärungsgrößen einbezogen. Insbesondere in der Entwicklungsländerforschung (Dependenztheorie) findet der Begriff Verwendung, um Unterschiede und Machtbeziehungen sowie Abhängigkeiten zu beschreiben. Besonders wichtig ist die Betonung der Tatsache, dass Zentrum-Peripherie Beziehungen sehr viel mit politischer und militärischer Macht (Aktionszentren) zu tun haben (HALLER, HÖLLINGER 1995, S. 15).

Die Stärke und zugleich Schwäche des Begriffs liegt in der Fähigkeit, Dominanzbeziehungen in einem vergleichsweise einfachen Bild auszudrücken, weil er in Zusammenhang mit „Zentrum“ gesellschaftliche Beziehungen auf eine Formel von Überlegenheit, Ausbeutung und Marginalisierung reduziert und diese dann in eine räumliche Projektion gießt. Dies kann die Ideologieanfälligkeit des Zentrum-Peripherie Schemas erhöhen und es damit seiner analytischen Tragfähigkeit berauben (vgl. CLAVAL 1980, S. 70).

"Peripherality generally connotes distance, difference and dependency. A typical periphery is geographically remote, economically lagging, dependent upon external political and industrial decision-making, and cultural obsolete."
(ESKELINEN, SNICKARS 1995, S. 1)

" 'Zentrum' sind jene Teilräume, die den Entwicklungspfad des Systems bestimmen und damit auch die Entwicklung der als 'Peripherie' bezeichneten abhängigen Teilräume. Zentrum und Peripherie bilden also miteinander ein System, das durch Autoritäts- und Abhängigkeitsbeziehungen gekennzeichnet ist."
(MAIER, TÖDTLING 2002, S. 98)

„In geographical terms a 'periphery' may be formally defined as one element in a spatial archetype in which the periphery is subordinate to the authority of the centre. Within this archetype the centre represents the seat of authority, and the periphery those geographical locations at the furthest distance from the centre, but still within the territory controlled from the latter.“
(ROKKAN & URWIN 1983, S. 2)

Die räumlich-physische Begriffsdefinition und die beiden genannten Konnotationsstränge existieren zeitgleich und schließen einander nicht aus. Die Übergänge bei der Begriffsverwendung sind fließend und aufgrund der oftmals „unscharfen“ Verwendung der Begriffe verwischen die Übergänge zwischen den Bedeutungssträngen.

Anhand der differenzierten Begriffsverwendung und der damit verbundenen unterschiedlichen Intensität des Peripheriebegriffes wird deutlich, dass es sich um einen

sehr komplexen und schwer fassbaren, aber auch flexibel anwendbaren Begriff zu handeln scheint. Dabei kommt es bei der jeweiligen Konnotation des Begriffes „*Peripherie*“ auf die vom Autor beabsichtigten Assoziationen an. SCHWARZE begreift die in den vorangegangenen Überlegungen beschriebene zunehmende Komplexität des Begriffes bzw. des Begriffsverständnisses als evolutionären Charakter (1996, S. 6, siehe Abbildung 4 unten).

Traditionelle Herangehensweisen an den Problembereich 'Peripherie' durch die Geographie (SCHWARZE 1996, S. 5)	
Phase I:	' <i>Deskriptive Welt</i> ' (bis ca. 1875, vor Etablierung als universitäre Disziplin)
Phase II:	' <i>Konkrete Welt</i> ' (1870-1930) = Positivistische Themendifferenzierung, Kausalforschung, Länderkunde, Faktoren und Kräfte
Phase III:	' <i>Strukturierte Welt</i> ' (1930-1970) = Hierarchien, Zentralität, Geopolitik, Definition elementarer Landschaftseinheiten
Phase IV:	' <i>Vernetzte Welt</i> ' (1970-?) = Verknüpfung verschiedener Ansätze unter Bezugnahme auf angrenzende Wissenschaften: -quantitative Ansätze (Mathematik, Soziologie, Wirtschaft) -strukturalistische Ansätze (Politik, Wirtschaft, Soziologie) -qualitative Ansätze (Psychologie, Geschichte, Soziologie)
Phase V:	' <i>Konstruierte Welt</i> ' (seit 1980) = Raum als Element, Ergebnis und Konstrukt von Kommunikation (Publizistik, Psychologie, Soziologie, Kulturanthropologie), Operativer Konstruktivismus, 'lange Wellen'

Abbildung 4: SCHWARZE unterteilte 1996 die jeweiligen Perspektiven in einer historisch-genetischen Herangehensweise als Phasen, die aber nicht abgeschlossen, sondern parallel existieren.
Quelle: SCHWARZE 1996, S.5

Die Notwendigkeit des jeweiligen Gegenparts (Zentrum-Peripherie) zieht sich durch alle Konnotationsstränge, obwohl in vielen regional geographischen Arbeiten häufig nur ein Teil des „*Zentrum-Peripherie*“ Systems aufgegriffen wird. Zumeist geht es entweder um Peripherien oder um Zentren. Der jeweils notwendige Gegenpart wird dem Leser oftmals vorenthalten. Dieser muss sich dann über die Informationen zum jeweiligen Begriff den Gegenpol konstruieren (vgl. BANGO 1998, S. 217).

Es drängt sich die Frage auf, auf welcher Grundlage die verschiedenen Konzeptionen von „*Zentrum-Peripherie*“ basieren, wenn doch kein Konsens über eine einheitliche Begriffsdefinition herrscht und auch nicht herrschen kann.

„*The concept of periphery is another example of the problem of 'taken for granted' spatial categories, although it is more dynamic and politically laden than many other ideas connected with space.*“

(PAASI 1995, S. 235)

2.2.2 Die „Peripherie“ aus strukturalistischer Perspektive: Der ökonomisch funktionale Ansatz

In den Raumwissenschaften basieren klassische binäre Zentrum-Peripherie Modelle einerseits auf wirtschaftswissenschaftlichen Theorien, insbesondere den polarisations-theoretischen Ansätzen (vgl. SCHÄTZL 2001, S. 189 ff; BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 72 f; MAIER & TÖDTLING 2002, S. 98 ff), andererseits basieren sie auf den Erklärungsansätzen der Politikwissenschaften im Rahmen der Entwicklungsländerthematik der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts und knüpfen an die Dependenz- und Imperialismustheorien (vgl. PREBISCH 1959; FRIEDMANN 1966) an. Deren wichtigste Grundthese das sich durch asymmetrische ökonomische Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie verstärkende strukturelle Ungleichgewicht ist (NOHLEN 1999, S. 317, MYRDAL 1974, S. 34f). Spätestens hier schwingen ganz bewusst ideologische Komponenten mit. Man kann zwischen zwei Sichtweisen und Erklärungsansätzen unterscheiden: Neben der funktional, liberalen Sichtweise MYRDALS, mit der Theorie der zirkulären und kumulativen Verursachung (MYRDAL 1974, S. 26ff) finden sich auch Erklärungsmodelle, die auf die Lehren von Marx zurückgehen und einer eher radikalen und strukturalistischen Sicht zu zuordnen sind, wie beispielsweise die Theorie des „*ungleichen Tausches*“ (*Unequal Exchange*). Beide Konzepte zur Erklärung von Zentrum-Peripherie Beziehungen gehen von strukturellen gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Zentrum und Peripherie aus, die im kapitalistischen Gesellschaftssystem begründet sind.

Durch die Einbeziehung von gesellschaftlichen Komponenten (FRIEDMANN 1966) und die Differenzierung der Maßstabsebene wird das System übertragbar auf polarisierende Entwicklungsprozesse außerhalb der Entwicklungsländerforschung. Dabei werden Zentrum-Peripherie Beziehungen als Resultat ökonomischen Handelns gesehen.

Der ursprünglich rein ökonomische Erklärungsansatz (vgl. PREBISCH 1959) hat sich damit erweitert, ist aber auch wesentlich komplexer geworden¹¹.

2.2.3 Von der ökonomischen zur sozialen, kommunikativen Raumbildung: Der kultursoziologische Ansatz

Aus der Kritik an den materialistischen Ansätzen wurden in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts kommunikative, konstruktivistische Ansätze entwickelt, die die nichtrationalen Aspekte der Zentrum-Peripherie Beziehungen stärker einbeziehen (vgl. beispielsweise ROKKAN & URWIN 1983). Zentrum-Peripherie Strukturen werden als Konstrukt und Ergebnis menschlichen Handelns und Kommunikation verstanden (vgl. SCHWARZE 1995, PAASI 1995). Die Frage nach der Identifizierung von

¹¹ Die Determinanten, die zur Kategorisierung von Räumen, der Einteilung von Zentrum oder Peripherie führen, sind von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Am Beispiel des Maßstabs soll dieses deutlich gemacht werden. Eine Kategorisierung auf kleiner Maßstabsebene, beispielsweise im europäischen Maßstab auf Nuts-2 Ebene, ist nur auf dieser Maßstabsebene und für die gewählten, meist quantitativen Indikatoren gültig. Werden die Prämissen (Maßstab, Rahmenbedingungen, Indikatoren) von den Akteuren verändert, ändert sich die Bewertung, je nach Ausgangslage der Betrachtung. Die Konsequenz daraus ist eine differenziertere und kontextbezogenere Betrachtung von als „*peripher*“ definierten Räumen.

Peripherie wird umformuliert in die Frage, wer mit welchen Interessen etwas als Peripherie beschreibt und kommuniziert. D. h., im Gegensatzpaar Zentrum-Peripherie spiegeln sich kommunikative Strukturen zum Nachteil eines Raumes bzw. einer räumlich definierten Gesellschaft (SCHWARZE 1996, S. 10). Zentren sind demzufolge keine Orte, sondern beispielsweise Organisationen, Personen oder Handlungszusammenhänge, die diese Definitionsmacht ausüben oder in denen sie ausgeübt wird. In der Konsequenz wird unter dem Begriff Peripherie die auf Personen bezogenen kumulierten Exklusionseffekte der unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsysteme verstanden. Die Interaktion dieser Zentren und Peripherien wirkt sich in Form von lokalisierbaren Folgen räumlich aus.

„Peripherien sind räumlich verortete Objekte eines fremdbestimmten und fremdbeschreibenden Kommunikationsprozesses.“

(SCHWARZE 1996, S. 12)

„Ein Raum ist heute nicht 'von sich aus' zentral oder von Bedeutung, sondern primär Ausdruck menschlicher Interaktionen und Repräsentant von Gruppe und Organisation.“

(HEINTEL 1998, S. 32)

Damit löst man sich vom ökonomischen Abhängigkeitsansatz und führt die Bildung eines Zentrum-Peripherie Systems auf die soziale Raumbildung zurück (vgl. auch BANGO 1998, 2003; SCHWARZE 1996, S. 10f). PAASI bezeichnet die Konstruktion von Peripherien in Anlehnung an SHIELDS als „*social spatialisation*“ (PAASI 1995, S. 236). Dem Raum werden soziale Attribute verliehen. Es findet eine „*Vermerkmalung von Räumen*“ statt. Dabei handelt es sich um Prozesse, die abhängig von den gesellschaftlichen Werten und Normen der Akteure, den äußeren und inneren Rahmenbedingungen sind. Soziale aber auch ökonomische Attribute werden auf den Raum projiziert (rückständig / innovativ, abgekoppelt / integriert, arm / reich, vormodern / postmodern, lernende Region, etc.). Die Differenzierung erfolgt durch Kommunikation.

Regionalisierende Ideologien und Rhetorik (z. B. Ab- und Ausgrenzung, wir/die Anderen) sind Ausdruck sozialer Raumbildung und damit der Zentralisierung und der Peripherisierung.

Ursachen für die Entstehung von Zentrum-Peripherie Systemen sind sowohl diskursive als auch nichtdiskursive Elemente, Praktiken und Prozesse. Das Begriffspaar erhält neue Dimensionen. Neben politischen, ideologischen und kulturellen Komponenten der Raumproduktion werden die unterschiedlichen räumlichen und gesellschaftlichen Ebenen (Maßstab) einbezogen, die unterschiedliche Macht- und Abhängigkeitsstrukturen hervorrufen.

Der Begriff Peripherie wird relativ verstanden. Die Prozesse der Peripherisierung sind fließend dynamisch, reversibel und abhängig von der Betrachtungsweise (Dimension).

„Social spatialisation is a result of both discursive and non-discursive elements, practices and processes. It is always a blend of scientific analysis, local and non-local spatial experience, operations of media, political struggle and ideologies. These are manifested differently (on different spatial scales).“

(PAASI, 1995 S. 236)

„There are no such things as purely spatial processes; there are only particular social processes operating over space.“
(MASSAY 1985, S. 11)

„A periphery is 'peripheral' only in relation to some other unit or entity which is more 'central'.“
(NAUSTDALSLID 1977, S. 215)

Das Konzept von Zentrum und Peripherie wird als eine sich auf den Zusammenhang beziehende, kontextbezogene Kategorie verstanden, nicht als technisches Instrument zur Klassifikation von Regionen, d. h. relativ und in Relation zum Gesamtzusammenhang, zum Zentrum und zum Entstehungsprozess (Diskurs) von Zentrum-Peripherie Systemen im Sinne einer „*social spatialisation*“. Dies wiederum bedeutet, dass es keine absolute und grundsätzlich festlegbare „*Peripherie*“ gibt.

„Es gibt keine Peripherie ohne Zentrum, und da das Zentrum als Punkt undefinierbar ist, ist auch die Peripherie nicht definierbar.“
(BANGO 1998, S. 223)

Relationen, Konstruktionen und Dekonstruktionen im Rahmen von Kommunikationsprozessen spielen bei der Verwendung des Begriffes eine wesentliche Rolle und erschweren die analytische Verwendbarkeit. Die begriffliche Unschärfe nimmt mit dem Bedeutungsgewinn und der Mehrdimensionalität des Begriffes zu.

„Peripheries are produced and reproduced in the course of complicated economic, political, cultural and social processes taking place on various spatial scales. Peripheries mean different things in different places and for different people.“
(PAASI 1995, S. 255)

2.2.4 Von der linear hierarchisch organisierten Struktur zur Netzwerkstruktur: „Zentrum-Peripherie“ Beziehungen aus praxisorientierter Perspektive

Die ökonomische und gesellschaftspolitische Entwicklung in Westeuropa seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts und die damit veränderten Rahmenbedingungen gaben den Anlass sich intensiver und mit geschärftem Blick und aus der Peripherie heraus mit der Zentrum-Peripherie Dichotomie auseinanderzusetzen. In einer Gesellschaft, in der Information und Kommunikation tragende Säulen einer funktionierenden Ökonomie und Gesellschaft sind, kann „*peripher*“ immer weniger räumlich verortet werden (vgl. auch PAASI, SCHWARZE). Vor dem Hintergrund eines sich ändernden europäischen Raumgefüges, dem fortschreitenden Transformationsprozess der ehemals sozialistischen Länder Europas und deren Integration in den westeuropäisch geprägten Wirtschafts- und Gesellschaftsraum, fanden, auf der Basis von Analysen der internen nationalen Peripherien, beispielsweise in Nordeuropa (PAASI, ESKELINEN & SNICKARS), oder in Österreich (HEINTEL), zunehmend praxisorientierte Ansätze des Zentrum-Peripherie Modells Verwendung. Dabei liegt der Fokus dieser Ansätze auf den Interdependenzen regionaler Systeme (politisch, ökonomisch, sozial) und der relevanten Akteure innerhalb dieser Systeme. Das Zentrum-Peripherie Modell wird als System ver-

standen und nicht als integraler Bestandteil von klassifizierenden Analysemodellen gesehen. Es wird genutzt, um lose im Laufe der Zeit entstandene asymmetrische Beziehungen (Abhängigkeiten) und Disparitäten regionaler Systeme zu beschreiben (ESKELINEN & SNICKARS 1995, S. 1).

Um den aktuell ablaufenden Prozessen Rechnung zu tragen und diese in die Zentrum-Peripherie Beziehungen integrieren zu können, regen ESKELINEN & SNICKARS eine netzwerkorientierte Betrachtung der Zentrum-Peripherie Systeme an. Sie begründen ihren Ansatz darin, dass die Definition von Zentrum-Peripherie bis zu dem Zeitpunkt unscharf war, ab dem die Begriffe zur Beschreibung einer geographisch zentralräumlichen Einheit (Zentrum) und einer davon abhängigen Peripherie verwandt wurden. Seitdem ist das Zentrum gleichbedeutend mit einem Knoten, einem räumlichen Verdichtungspunkt, in dem sich ökonomische und soziale Aktivitäten konzentrieren. Die „*Peripherie*“ bildet den territorial definierten Gegenpart (dünn besiedelt, mit kleinen Kernen von ökonomischer und sozialer Aktivität). Eine monodimensionale, hierarchische, statische Betrachtungsweise der Zentren-Peripherie Beziehungen wird der Problematik nicht gerecht und wird als unzureichend erachtet (vgl. auch HEINTEL 1998).

OKSA (1995) spricht von Schlüsseldimensionen, die die Entstehung von Zentrum-Peripherie Systemen verursachen. Diese ändern sich mit dem gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Wandel, der neue Rahmenbedingungen und Faktoren für die Bildung peripherer Räume mit sich bringt. Nicht mehr Entfernung in Kilometern, sondern die Schwäche von Netzwerkbeziehungen und die geringe Partizipation in wichtigen Entwicklungsströmen der Gesellschaft sind Ursache für eine Peripherisierung (OKSA 1995, S. 199, COPUS 2001 argumentiert ähnlich). Die Komplexität der Zentrum-Peripherie Beziehungen nimmt zu, die Zahl der Dimensionen vergrößert sich. Analog nehmen die Geschwindigkeit und die Flexibilität des Veränderungsprozesses (Peripherisierung/Konzentration) zu. Liefen die Prozesse in historischer Zeit langsamer ab, nimmt die Zahl der temporären Zentren (Events, politische Ereignisse, Sport) aufgrund von globaler Information und Interaktion zu.

Die Verwendung des Peripherie Begriffes ist daher nur noch dann sinnvoll, wenn darunter nicht in erster Linie ein Ort, sondern die auf Personen bezogenen kumulierten Exklusionseffekte der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Teilsysteme verstanden werden.

HEINTEL (1998) betont in seinem Buch „*Einmal Peripherie – immer Peripherie*“ die Möglichkeit der Veränderung peripherer Positionen von Regionen durch das aktive Handeln von Akteuren. Er thematisiert die Möglichkeit der Selbstorganisation von räumlich-gesellschaftlichen Akteuren bzw. Netzwerken im Spannungsfeld von Globalisierung und Regionalisierung (HEINTEL 1998, S. 11). Der Fokus liegt auf den Entscheidungsträgern, auf Akteuren, nicht auf Regionen und Raumeinheiten als Akteure. Martin HEINTEL löst seinen Ansatz von der rein hierarchischen Systemlogik einer Regionalpolitik der sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts und stellt die Potenzialabhängigkeit, die Fähigkeit ein System der Selbstorganisation zu initiieren und zu etablie-

ren in den Vordergrund seiner praxisorientierten Überlegungen (vgl. HEINTEL 1998, S. 33).

„Zentren und Peripherien sind kontextbezogen, sie stehen in einem dialektischen (gegensätzlichen) Verhältnis. Zentren und Peripherien subsumieren viele Komponenten, die in mannigfaltigen – oft schwer fassbaren – Facetten zum Ausdruck gebracht werden.“
(HEINTEL 1998, S. 17)

Martin HEINTEL vertritt die These, dass ein fortschreitender Integrationsprozess in ein marktwirtschaftlich orientiertes Weltsystem einerseits Peripheren auflöst, indem sie in den europäischen bzw. globalen Wirtschaftsraum eingebunden werden, andererseits neue Peripherien entstehen bzw. gegenwärtige gefestigt werden, indem sie weitgehend vom Wirtschaftsgeschehen abgekoppelt werden. Die Gründe der Abkopplung können nach seiner Ansicht in der regionalen Ökonomie (Standortfaktoren) oder in der Politik (z. B. schwer integrierbar, instabil) liegen (HEINTEL 1998, S. 20).

Existierende Handlungsmöglichkeiten (vgl. HEINTEL, ESKELINEN & SNICKARS) auf regionaler und lokaler Ebene können aufgrund von Information und Kommunikation (Netzwerkbildung) aktiviert, verbessert und ausgeschöpft werden.

Sind die Defizite, die seines Erachtens zumeist in der Kommunikation und Partizipation liegen, erkannt, können die Akteure aktiv in den Peripherisierungsprozess eingreifen und ihn positiv oder negativ beeinflussen. Voraussetzung dafür ist ein Mindestmaß an Organisation, Information und Kommunikation. Peripherisierung kann somit aus der Peripherie, also endogen, beeinflusst, bzw. gestoppt werden, so seine These.

2.2.5 Kritik an der dualistischen Sichtweise von Räumen

Zusammenfassend aus den vorangegangenen Überlegungen lässt sich Folgendes einschränkend für die analytische Verwendbarkeit des Zentrum-Peripherie Modells als Raumkategorisierung festhalten:

Komplexität des Zentrum-Peripherie Modells

Bei dem Dualismus handelt es sich nicht um eine starre Entweder-oder Kategorie. Spätestens mit der Heranziehung kommunikativer Prozesse als Ursache der Zentrum-Peripherie Dichotomie nimmt die Komplexität des Begriffspaares zu. Es ist mehrdimensional zu verstehen und kann weniger als Ergebnis (Fakt) als ein Prozess verstanden werden.

Mit den Begriffen können scheinbar vereinfacht und verständlich Dominanzbeziehungen und Hierarchien beschrieben und erklärt werden. Vor allem dieser Punkt macht den Dualismus Ideologie anfällig und lässt sich aufgrund seiner Plakativität und scheinbaren Schlichtheit leicht instrumentalisieren. Jedes Zentrum kann Peripherie sein und jede Peripherie Zentrum. Dies führt zu einem weiteren Kritikpunkt:

Interrelation der Maßstabsebenen

Mit zunehmender Maßstabsgröße lässt die analytische Fähigkeit des Zentrum-Peripherie Modells nach und die Komplexität nimmt zu. Auf der Meso- und Mikroebene verwischen die potenziellen Einflussgrößen. Je kleiner der Maßstab, desto mehr Einfluss nehmende bzw. potenziell Einfluss nehmende Zentren interagieren mit der „Peripherie“. Die Prozesse werden komplexer und spezieller. Hinzu kommt, dass mit dem Maßstabswechsel sich auch die Kriterien für Peripherien ändern können. Zentren auf der Mikroebene werden zu Peripherien der Meso- oder der Makroebene, wenn neue „mächtigere“ Zentren einbezogen werden.

Simplifizierung

Trotz der oben angesprochenen Komplexität der Begriffe wird mit ihrer Hilfe eine Simplifizierung betrieben. Das Zentrum-Peripherie Modell wird der Vielschichtigkeit der Interaktionen und der Implikationen nicht gerecht. Sachverhalte werden verkürzt und stark vereinfacht dargestellt.

Die Unterscheidung in Zentrum oder Peripherie beschreibt vereinfachend den konstruierten „IST-Zustand“ und nur bedingt das Verhältnis der Begriffe zueinander. Die Unterscheidung und Hierarchisierung tritt in den Vordergrund. Die Verwendung von Dualismen reduziert und konstruiert einen scheinbar objektivierten „IST-Zustand“, der es ermöglicht, Erklärungsansätze und Lösungen für bestimmte Sachverhalte zu formulieren.

Wenn man das Begriffspaar analytisch verwenden möchte, muss man sich der Einschränkungen und Unzulänglichkeiten dieses vereinfachenden Dualismus bewusst sein.

2.2.5.1 *Schlussfolgerungen: Zentrum und Peripherie als geographischer Forschungsansatz*

[A] periphery can also be described as an opportunity structure, that is, as a space offering several possibilities of action to those people living and working within it.“
(ROKKAN, S. & D. URWIN, 1983, S. 3)

Die vorgestellten Perspektiven und Bedeutungsstränge zeigen die unterschiedlichen Herangehensweisen bei der Verwendung des Peripheriebegriffes; vom rein deskriptiven Ansatz über den entwicklungstheoretischen Ansatz, der vor allem die ökonomischen Implikationen auf globaler Maßstabsebene thematisiert, bis zum handlungstheoretischen Ansatz, der Peripherien als soziales Konstrukt versteht und dadurch die Frage nach Handlungsmöglichkeiten der Peripherie zu lässt. Gemeinsam ist den Ansätzen der Dualismus. Zentrum und Peripherie machen nur gemeinsam Sinn. Ein als Peripherie charakterisierter Raum bedingt das Vorhandensein eines Zentrums. Dieses wird bei vielen Publikationen aber nur teilweise mitgeliefert und definiert und bleibt somit meistens diffus. Die Interaktionen und deren Auswirkungen, die Beschreibung der Abhängigkeiten und Machtbeziehungen zwischen beiden Kategorien werden häufig in den Raumwissenschaften nicht thematisiert. Das Zentrum-Peripherie Modell wird häufig auf eine rein ökonomisch verursachte Differenz reduziert. Dabei bietet, bei aller berechtigten Kritik, die Zentrum-Peripherie Perspektive, wie sie im Folgenden für die Arbeit vorgestellt wird, einen Zugang zur differenzierten, komplexen Beschreibung der ablaufenden Prozesse und ihrer räumlichen Auswirkungen in sich verändernden Ordnungssystemen.

2.2.5.2 *Definitionen und Operationalisierung der Begriffe „Peripherie“ und „Peripherisierung“*

Für die folgenden Überlegungen gilt festzuhalten, dass das Begriffspaar Zentrum-Peripherie als Konstrukt *„kommunikative[r] Strukturen zum Nachteil eines Raumes [der Peripherie]“* verstanden wird“ (SCHWARZE 1996, S. 10). Daraus resultiert in Anlehnung an PAASI, ESKELINEN und SCHWARZE folgende Definition von Peripherie:

Peripherien sind räumlich verortete Objekte eines fremdbestimmten und fremd beschreibenden Kommunikations- und Aushandlungsprozesses. Sie sind nicht abgekoppelt sondern integriert. Sie sind Teil der wirtschaftlichen und politischen Kommunikation, wobei die Spielregeln vom Zentrum bestimmt werden. Sie sind relational zum Zentrum, entstehen aus dem Zentrum heraus, werden vom Zentrum definiert und sind ohne dieses nicht existent. Peripherien stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Zentrum. Der Begriff Peripherie ist dynamisch maßstabs- und zeitabhängig (SMITH 1995, S. 60) zu verstehen, d. h. es handelt sich um ein dynamisches Konzept, das sich mit einem wechselnden Zusammenhang wandelt, und subjektiv vom Verwender abhängig ist.

Im Folgenden wird daher von *Peripherisierung* und *peripherisieren* gesprochen. Unterschiedliche Akteure und/oder Institutionen (extern/intern) mit unterschiedlichen Interessen der regionalen Entwicklung können unterschiedliche Zentren und Peripherien definieren. Peripherien sind mit ihrer Definition anfechtbar. Daher ist es wichtig den Kontext, in dem die Begriffe Zentrum und Peripherie gebraucht werden, offen zu legen.

Exkurs IV: Evolutionstheoretische Aspekte im Kontext der Systemtransformation

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten sind nicht gleichmäßig im Raum verteilt. Vielmehr variieren sie räumlich. Unausgeglichene Raumstrukturen und Raumungleichgewichte bestehen. Diese räumliche Diversität ist Ausdruck gesellschaftlichen Handelns. Sie ist aber weniger Ergebnis der natürlichen Raumausstattung, obwohl diese nicht gänzlich unerheblich sind (Ressourcenverteilung, Lagegunst, Erreichbarkeit, etc.), als Ergebnis unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns. „[...] [R]äumliche Disparitäten [sind] das Ergebnis räumlich differenziert wirkender sozialer Prozesse [...]“ (BATHELT, GLÜCKLER 2002, S. 63). In den Raumwissenschaften erfolgt die Abgrenzung und Unterscheidung oftmals pragmatisch und simplifizierend anhand von ausgewählten Struktur- (beispielsweise Einwohnerdichte, Agrarquote, Wirtschaftsstruktur) und Verflechtungsmerkmalen (Pendlerbeziehungen, Bedeutungsüberschuss). Wobei die Strukturmerkmale aufgrund ihrer besseren Messbarkeit überwiegen. Begründet werden die regionalen Unterschiede mit natürlichen und institutionellen Barrieren in strukturschwachen bzw. Gunstfaktoren und Akkumulationseffekten in strukturstarken Räumen. Existierenden räumlichen Ungleichgewichten wird somit eine gewisse Persistenz unterstellt (vgl. Polarisierungstheorie). Die ungleiche Entwicklung und mögliche Persistenz wird mit der Existenz von regional differierenden Entwicklungspfaden begründet. Strukturen, Erfahrungen und Entscheidungen wirken nach und beeinflussen die Entwicklungsrichtung und Dynamik. D. h., der spezifischen regionalen institutionellen und ökonomischen Entwicklung wird eine Pfadabhängigkeit unterstellt. Kulturelle Regeln und Werte beeinflussen die Wahrnehmung und Bewertung.

Gesellschaftlicher Wandel, selbst der tiefgreifendste, wird als pfadabhängig begriffen. In Bezug auf die Prozesse im östlichen Europa können beispielsweise die Strukturen, Institutionen, Beziehungsmuster und Praktiken aus der sozialistischen Zeit nehmen Einfluss auf die heutige Entwicklung, die sozioökonomischen Strukturen und Institutionen. Sie beinhalten historisch gewachsene Restriktionen und zugleich spezifische Chancen für jede neue Veränderung (BOHLE 2002, S. 30). BOHLE schreibt in Anlehnung an GRABHER und STARK: „Als entscheidende Hinterlassenschaften des sozialistischen Systems werden in dieser Forschungsperspektive die informellen Strukturen und Beziehungen, die sich als Reaktion auf die Rigidität und die Unzulänglichkeiten der planwirtschaftlichen Systeme herausgebildet haben, begriffen.“ Und weiter: „Während die formalen Institutionen des Staatssozialismus relativ schnell zusammengebrochen sind, stellen diese informellen Strukturen und Beziehungsmuster Ressourcen dar, die die Akteure im Transformationsprozeß nutzen können. (BOHLE 2002, S. 33)“.

Die Grundlage für diesen Ansatz ist sein Langfristcharakter sowie das hohe Maß an Einbeziehung ökonomischer und nichtökonomischer Beziehungen, die zu einem erweiterten Analysean-

satz für Zentren-Peripherie Strukturen unter Berücksichtigung der Pfadabhängigkeit führen soll, um insbesondere den Einfluss der Abhängigkeiten und Machtverhältnisse sowie der Akteursbeziehungen auf den räumlich funktionalen Wandel untersuchen zu können.

Das vorhandene Humankapital sowie die sich im Laufe der Zeit gebildeten „Gemeinschaften“ (*communities*), sind bei den ablaufenden Prozessen von Bedeutung und beeinflussen den Wandel, die Transformation im Sinne einer Pfadabhängigkeit (vgl. STORPER 2004, S. 9). In diesem Punkt bietet die Evolutionstheorie einen Ansatz, da die Bedeutung der in der Gesellschaft bestimmenden Institutionen und Gruppen, die Interdependenzen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat sowie die Information (im weitesten Sinne des Wortes) Berücksichtigung finden. Der Ansatz der Pfadabhängigkeit ermöglicht es, den ablaufenden Wandel als Prozess zu analysieren, in dem das Ziel nicht klar definiert ist und in dem die spezifischen historischen Entwicklungen Einfluss nehmen.

Das Forschungsvorhaben geht in Anlehnung an die Evolutionstheorie (vgl. beispielsweise LUNDVALL 1992 oder STORPER 1995) davon aus, dass es sich bei den beiden gewählten Gebieten um Regionen handelt, in denen die Entwicklungspfade und Möglichkeiten der Richtungswahl (*choices*) teilweise geöffnet sind und sich ggf. im Gegensatz zu etablierten Systemen neue Formen und Systeme entwickeln können (ROKKAN, URWIN 1983, S. 3). Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass die eingeschlagene Entwicklungsrichtung (*trajectory*) sich nicht immer an der optimalen Ausschöpfung der Möglichkeiten orientiert, sondern an den Rahmenbedingungen, beispielsweise dem institutionellen Druck (vgl. STORPER 1995, S. 204). Im vorliegenden Fall die unterstellte bewusste Peripherisierung von Gebieten.

3. Raumordnung in der Sowjetunion: Wirklichkeit und Utopie

„Begriffe wie 'Disparität', 'Problemgebiet', 'rückständiges Gebiet' oder auch nur 'peripherer Raum', die in der Raumordnungsdiskussion des Westens üblich sind, fehlten im sowjetischen Schrifttum lange Zeit.“
STADELBAUER 1996, S. 15

In der Sowjetunion mit ihrer Planwirtschaft gab es natürlich eine Territorialplanung und damit auch eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Raum und der räumlichen Ordnung des sowjetischen Territoriums, wobei wertende und differenzierende Begriffe sowie eine kritische Auseinandersetzung im sowjetischen wissenschaftlichen Schrifttum bis in die achtziger Jahre selten waren (STADELBAUER 1996, S. 15). So fällt eine analoge Analyse zum Vorangegangenen schwer. Aus diesem Grund wird sich hier vorrangig mit der Planung in der Sowjetunion und weniger mit dem theoretischen Kontext auseinandergesetzt. Staat und Wissenschaft lassen sich in der Sowjetunion nicht trennen. Im Rahmen der staatlichen Planungsprojekte waren eine Vielzahl großer staatlicher Projektierungs-, Planungs- und wissenschaftliche Forschungsinstitute beteiligt (siehe vertiefend BRADE, PERZIK, PITERSKI 1997, S. 65ff).

In der Sowjetunion gab es ein zweistufiges staatliches Planungssystem. Zum einen gab es die staatliche „regionale Direktivplanung“ (*direktivnoe regionalnoe planirovanie*), die die Planungsrichtlinien der kommunistischen Partei beinhaltete und fester integraler Bestandteil des zentralen Planungssystems der Volkswirtschaft der Sowjetunion war. In ihr wurden die Ziele der Territorialplanung für bestimmte Zeiträume festgelegt. Zum zweiten gab es die Regionalplanung (*rayonnaja planirovka*) in der konkrete Projekte auf der Grundlage der regionalen Direktivplanung planerisch (Kartenwerke) umgesetzt wurden (BRADE, PITERSKI 2002, S. 166). Diese Planwerke hatten oftmals aber nur Leitbildcharakter und standen hinter den Anforderungen vor allem des Industrieministeriums zurück. Parteipolitische und pragmatische Gründe standen im Vordergrund. Die Territorialplanung als Raumplanung trat hinter die staatliche Wirtschaftsplanung zurück. Sie war in erster Linie ein Instrument der Wirtschaftsplanung. „Die reale Entwicklung der Städte und Regionen stellte im Wesentlichen eine Widerspiegelung der Interessen der Fachressorts beziehungsweise einzelner einflussreicher Persönlichkeiten dar.“ (BRADE, PITERSKI 2002, S. 167). Das sowjetische Planungssystem war extrem zentralisiert und industrieorientiert. Moskau mit den entsprechenden Unionsministerien war das unumgängliche Zentrum innerhalb der Union. Ohne die Bewilligung aus Moskau waren keine größeren Investitionsvorhaben selbst in den Republikhauptstädten und Gebietszentren möglich. Entscheidungen wurden oftmals tausende von Kilometern vom Ort des Geschehens entfernt getroffen und die spezifischen regionalen Aspekte und Besonderheiten standen oftmals hinter den Vorstellungen der Partei und der Uni-

onsministerien zurück. Dies führte teilweise zu absurden Planungen, die an den realen Bedürfnissen vor Ort vorbeigingen.

Ideologie und Politik beeinflussten die Territorialplanung von Beginn an stark. Es war ein wesentliches Anliegen des Staates und politisches Instrument, das ehemals feudalistisch und agrarisch geprägte Land flächendeckend mit gigantischen Raumerschließungsprogrammen zu industrialisieren. „*Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes*“, so Lenin in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts¹². Da dieses volkswirtschaftlich utopisch war, wurden in den ersten Jahrzehnten unter ideologischen Aspekten punktuell und mit großem Aufwand an Menschen und Material Kraftwerke gebaut und industrialisiert. Die Herangehensweise war vor allem technisch geprägt. Ingenieurtechnische Überlegungen standen bei der Planung im Vordergrund. Integrative Ansätze, die die Interaktionen der unterschiedlichen Funktionen berücksichtigten, wurden vernachlässigt.

Die finanzielle Lage der Union ließ auch später nur eine Konzentration der Mittel auf einige ausgewählte Vorhaben zu. Eine flächendeckende Erschließung war de facto unmöglich. So fand eine punktuelle Raumnutzung und Erschließung statt (vgl. KLÜTER 2000, S. 13 oder das Generalsiedlungsschema der Sowjetunion in BRADE, PERZIK, PETERSKI 1998, S. 34). Bekannt geworden sind die so genannten Territorialen Produktionskomplexe (TPK) in denen regional gebündelte (Industrieknoten) Großprojekte im Umfeld eines Großkraftwerkes errichtet wurden. Ein wesentlicher Faktor und heutiges Problem der Planung war, die Vernachlässigung von Transport- und Energiekosten bei der Standortplanung großer Industrieanlagen und neuer Städte. Das Ergebnis war eine extrem transport- und energiekostenintensive Wirtschaft. Qualitative Vorteile standen bei der sowjetischen Territorialplanung gegenüber quantitativen Vorteilen zurück.

Als ein Beispiel für eine idealtypische räumliche Ordnung kann das multifunktionale Landnutzungssystem von RODOMAN (1974) für das Moskauer Umland angesehen werden (IOFFE, NEFEDOVA 1997, S. 273). Sein symmetrisches System aus den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts (siehe Abbildung 5 nächste Seite), das auf einem funktionalen Ansatz beruht, erinnert stark an v. THÜNEN und CHRISTALLER und beinhaltet, wenn auch nicht explizit benannt, ein räumliches Zentrum-Peripherie Modell. Neben den punktuellen Agglomerationen gibt es Ergänzungsräume, die Funktionen für die Zentren wahrnehmen (Versorgung, Erholung). Ausgangsüberlegung war eine möglichst starke Trennung zwischen stark verdichteten Räumen und Naturräumen (IOFFE, NEFEDOVA 1997, S. 274).

Interessanterweise gibt es aber bei diesem Polarisationsmodell, nur eine sehr abgeschwächte und nicht näher ausgewiesene Hierarchie des Siedlungssystems, wie es z. B. bei CHRISTALLER der Fall ist.

¹² GOELRO (*Gosudarstvennaja programma po elektrifikazii Rossii*) hieß das erste große Wirtschaftsprogramm der 20er und 30er Jahre, das die Elektrifizierung des gesamten Landes vorsah.

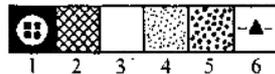
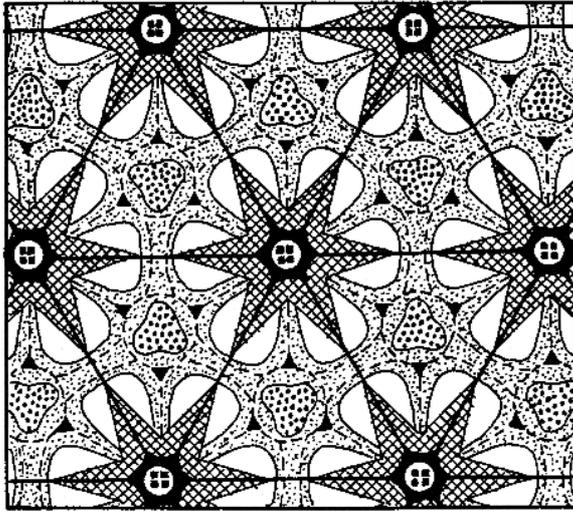


Abbildung 5: Idealtypische Raumordnung nach RODOMAN (1974) ursprünglich entwickelt für das Moskauer Hinterland mit einer eindeutigen Polarisation.

- 1: urbane architektonische Landmarken;
- 2: urbane Industrie- und Wohngebiete mit öffentlichen Versorgungseinrichtungen und Verkehrsinfrastruktur;
- 3: landwirtschaftlich intensiv genutzte Fläche;
- 4: Grünland, Wald, Jagdgebiete, und außerstädtische staatliche Parks;
- 5: Naturreservate;
- 6: Erholungs- und Wochenendhausgebiet und Wanderwege.

Quelle: IOFFE, NEFEDOVA 1997, S. 274

Ein weiteres Beispiel, dass auch in der Sowjetunion Räume, im Dienste der Planwirtschaft, kategorisiert wurden, wenn sie auch nicht explizit als Peripherie bezeichnet wurden, war die Ausweisung einer problemorientierten Raumkategorie, dem „*Hohen Norden*“ (*Krajnij Sever*). Hier wurde versucht, den außergewöhnlichen Anforderungen der Erschließung und Durchdringung der klimatisch ungünstigeren und weiten Landesteile vor allem unter technischen Aspekten Rechnung zu tragen (siehe auch GÖLER 2005, S. 39ff).

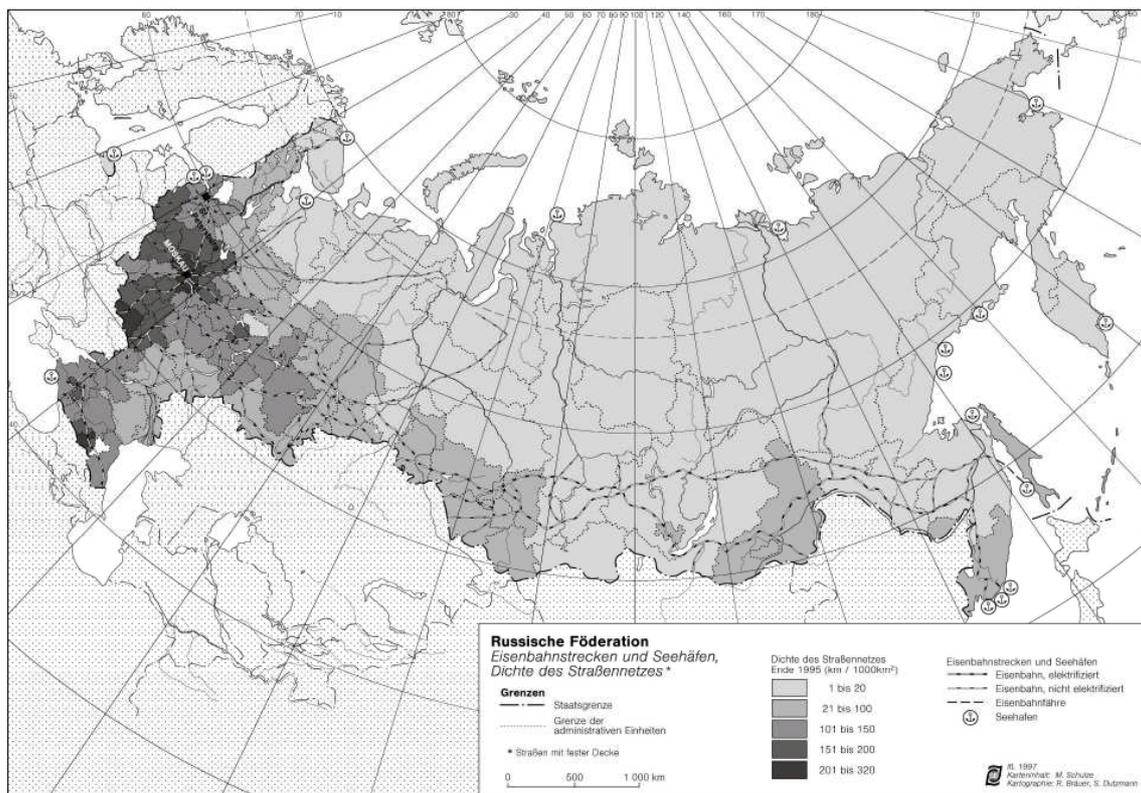
Die Raumordnung und Raumplanung war in erster Linie wirtschaftlich funktional ausgerichtet. Dies galt lange Zeit auch für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Territorialplanung (siehe RODOMAN). In den 1980er Jahren begann man sich im Zuge von *glasnost* in der wissenschaftlichen Diskussion expliziter mit Problemen regionaler Entwicklung auseinanderzusetzen und neben kritischen Beiträgen über Raumordnung und Regionalentwicklung in kapitalistischen Ländern entstanden vermehrt Beiträge zu Problemen der Regionalentwicklung in der Sowjetunion. Die Beschreibung unterschiedlicher Strukturmerkmale und der daraus resultierenden Problematik standen im Vordergrund. Wichtige Vertreter im Bereich der kritischeren Raumwissenschaften und vor allem der Geographie in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts waren Grigorij IOFFE und Andrej TREIVISH (vgl. AKADEMIJA NAUK SSSR 1989, S. 42ff und S. 92ff) und in Bezug auf den ländlichen Raum Tatjana NEFEDOVA (vgl. AKADEMIJA NAUK SSSR 1989, S. 167ff), die sich vermehrt und unter Berücksichtigung der westlichen Raumordnungsdiskussion mit dem Forschungsfeld auseinandersetzten (vgl. GRIZAJ, IOFFE, TREJVISCH 1991).

3.1 Auswirkungen der Raum- und Regionalplanung in der Sowjetunion

Alle Unionsrepubliken, autonomen Republiken und das autonome Gebiet sowie die Nationalkreise waren gegenüber Moskau in höchstem Maße abhängig. Dieses führte zur Verschleppung und Verzögerung wichtiger Investitionen sowie zur Notwendigkeit sich mit der Zentralmacht möglichst gut zu stellen, um die geforderte Erlaubnis zum Bau oder zur Umsetzung von Projekten zu erhalten. Eine besondere Form der direkten Abhängigkeit von zentralen Strukturen stellen die so genannten „geschlossenen Gebiete“ dar, auf die im Anschluss an dieses Kapitel explizit eingegangen wird.

Große Teile der Sowjetunion im asiatischen Teil, beispielsweise in Nord- und Mittelsibirien, in Jakutien und Burjatien, im Fernen Osten, in der kasachischen Steppe, nördlich der Alataugebirge und nordöstlich des Kaspischen Meeres, litten aufgrund ihrer naturräumlichen Verhältnisse unter erheblichen Entwicklungsdefiziten gegenüber Moskau und dem europäischen Teil der Sowjetunion. Wobei selbst der „ländliche Raum“ zwischen den Agglomerationen Moskau und St. Petersburg ebenfalls, trotz relativer Nähe zum Zentrum, als rückständiger betrachtet werden kann.

„[M]any Westerners do not realize that a sense of remoteness is far more acute in areas barely 150-250 km from Moscow and Saint Petersburg, for example, where the perception of living in the middle of nowhere belies the actual proximity to those population centers.“
LOFFE, NEFEDOVA 1997, S. 11



Karte 2: Anhand der Verkehrsinfrastruktur wird deutlich, wie groß die Entwicklungsunterschiede zwischen dem europäischen Teil der Föderation und dem asiatischen Teil waren und heute noch sind. Weite Teile Sibiriens und des Fernen Ostens sind nur punktuell erschlossen. Von einer flächendeckenden Erschließung kann keine Rede sein.

Quelle: BRADE, SCHULZE 1997, S. 58

Trotz staatlicher fokussierter Planung und Industrialisierung im Sozialismus, insbesondere auch von extrem strukturschwachen Gebieten, blieben die regionalen Ungleichheiten bis heute bestehen und die sowjetische Planung wirkt bis heute entscheidend nach. Die Karte des Straßen- und Schienenverkehrsnetzes der heutigen Russländischen Föderation als größter Nachfolgestaat der Sowjetunion zeigt die extremen Entwicklungsunterschiede innerhalb der Föderation in Bezug auf die Verkehrsinfrastruktur (siehe Karte 2, Seite 40).

Neben den beschriebenen großräumigen Raumkategorien und punktuellen TPK gab es in der Sowjetunion eine weitere räumliche Kategorie, die der „Geschlossenen Administrativen Einheiten“. Auf diese Sonderform, die es aber auch in anderen Staaten der Welt gab und gibt, wird im Folgenden eingegangen. Die Aufhebung dieses Sonderstatus in den Gebieten der Russländischen Föderation hat maßgeblich zu den eingesetzten Orientierungs- und Veränderungsprozessen auf regionaler Ebene ehemals geschlossener Gebiete beigetragen.

3.2 Zwischen Öffnung und Geschlossenheit: Gebiete mit „geschlossener“ oder „halbgeschlossener“ Status



Abbildung 6: Wappen der geschlossenen administrativen territorialen Einheit Severomorsk¹³ im Gebiet Murmansk

In der Sowjetunion wurden spezielle „geschlossene“ räumliche Einheiten gegründet, die aufgrund ihrer Lage und ihrer Funktion von besonderer Bedeutung und Staatsinteresse waren. Es handelte sich in erster Linie um hochspezialisierte Städte insbesondere im Bereich der Forschung und Hochtechnologie, des Nuklearsektors und des militärisch-industriellen Komplexes, einschließlich der Luft- und Raumfahrt sowie Garnisonsstandorte mit bedeutenden militärischen Anlagen (vgl. RUDOLPH 2004, S. 82ff., TICHONOV 1996, S. 1f.). Diese Einheiten unterlagen als so genannte Geschlossene Administrative Territoriale Einheiten (ZATO -

Zakrytye Administrativno-Territorial'nye Obrazovanija, im Englischen als *CATF – Closed Administrative-Territorial Formations* bezeichnet) einem besonderen Regime.

Die Einheiten bzw. Siedlungen galten als geheim und waren oft auf keiner öffentlich zugänglichen Karte verzeichnet. Sie waren durch ein verschärftes Sicherheitsregime von der Umgebung abgeschottet. Es gab Einschränkungen bei der Einreise mit entsprechenden Kontroll- und Sperrzonen und besondere Auflagen bezüglich der Migration. Für Ausländer waren diese Siedlungen grundsätzlich nicht zugänglich. Neben dem verschärften Sicherheitsregime zeichneten sich die Siedlungen durch eine Bevorzugung, beispielsweise bei der Versorgung mit Konsumgütern und bei staatlichen Investi-

¹³ Quelle: <http://gerb.murman.ru/region/severomorsk.shtml>, Zugriff: 06.09.2006

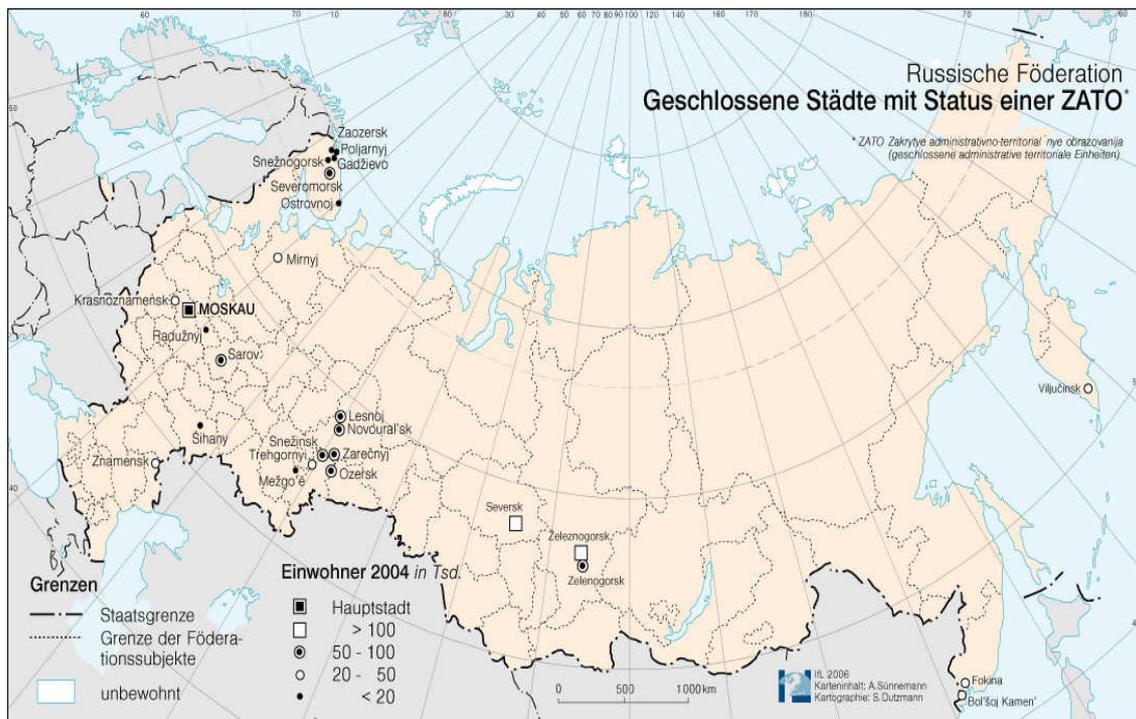
tionen, aus. In vielen Fällen waren sie aber auch einem erhöhten ökologischen Risiko ausgesetzt, das von ihrer speziellen Funktion (beispielsweise im Bereich der Nuklearforschung und -industrie oder der Nuklearstreitkräfte) ausging (LAPPO, POLJAN 1997, S. 4). Sie unterstanden direkt den entsprechenden zentralen Organen in Moskau und waren in gewisser Weise losgelöst von dem sie umgebenden regionalen Kontext (LAPPO, POLJAN 1997, S. 8, RUDOLPH 2004, S. 83f).

Die Siedlungen waren administrativ, ökonomisch und sozial innerhalb ihrer Region isoliert, gleichzeitig aber aufgrund ihrer direkten Zuordnung zu den entsprechenden Ministerien in Moskau national integriert. Die Siedlungen, ihre Unternehmen und Einrichtungen (Wohnsiedlungen, soziale Infrastruktur) waren direkt in die Hierarchie der zuständigen Ministerien eingebunden (RUDOLPH 2004, S. 83). RUDOLPH spricht in Anlehnung an KAGANSKIJ (2001) von „*Strukturen des Zentrums in der Peripherie*“. JØRGENSENS Definition von 2001, die sich auf das Gesetz über die ZATOs aus dem Jahr 1995 stützt, unterstreicht RUDOLPHS These. JØRGENSEN (2001, S. 199) definiert die ZATO wie folgt:

„[A CATF is] a territorial formation with bodies for local government, which contains within its boundaries industrial companies engaged in development, production, storage and use of weapons of mass destruction, preparation of radioactive materials or other material, military and other objects [...] for which a particular regime is established. This shall help secure the functioning of the city, to preserve state secrets and to maintain special conditions for the inhabitants.“

Aus dieser Beschreibung wird deutlich, wie abgeschlossen die Einheiten gegenüber ihrer Umgebung waren und sind. Ein ökonomischer und sozialer Austausch zwischen der zivilen Gebietsverwaltung und regionalen Ökonomie fand so gut wie nicht statt. Alle Steuereinnahmen und Abgaben der geschlossenen administrativen territorialen Einheiten gehen direkt über die föderale Ebene wieder in das lokale Budget der Einheit. Finanzielle und technische Unterstützung bekommen die Einheiten direkt aus dem föderalen Haushalt (JØRGENSEN 2001, S. 200). Dies führte insbesondere in der Phase des Zusammenbruchs der Sowjetunion und in den anschließenden Krisenjahren mit Versorgungsengpässen zu besonderen Problemen zwischen der Verwaltung der ZATO und der jeweiligen Gebietsverwaltung. Auf diesen Aspekt wird im Analysekapitel ab Seite 156ff näher eingegangen.

Neben den föderalen ZATO gab es noch weitere territoriale Einheiten, die ebenfalls aus strategischen Gründen gewissen Restriktionen unterlagen, die die zivile Entwicklung behinderten. Je nach Bedeutung gab es graduelle Abstufungen der Restriktionen. So waren beispielsweise die beiden Gebietszentren Kaliningrad und Murmansk aufgrund ihrer strategischen Lage und militärischen Bedeutung (Grenzregion und Hafenstadt) nur eingeschränkt zugänglich und für Ausländer gesperrt, wurden aber nicht als ZATO geführt. Noch heute gibt es an den Zufahrtsstrassen nach Murmansk Kontrollposten, die weiterhin die Ein- und Ausreise kontrollieren.



Karte 3: Neben den hier dargestellten Städten (wobei Moskau keine geschlossene Stadt ist), gibt es noch 18 Siedlungen mit dem Status einer Geschlossenen Administrativen Territorialen Einheit. In ihnen lebten 2004 nach offiziellen Angaben insgesamt ca. 142 000 Einwohner (Quelle: REGIERUNG DER RUSSLÄNDISCHEN FÖDERATION 2006¹⁴, ROSSTAT 2005, S. 82 ff.)

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion setzte eine „*Legalisierung*“ (LAPPO, POLJAN 1997, S. 7) der geschlossenen Siedlungen und in vielen Fällen auch eine „*Öffnung*“ ein. Es tauchten in den Statistiken und in den Karten Städte und z. T. Großstädte auf, die vorher offiziell nicht existierten.

Die Russländische Föderation übernahm die ZATO aus strategischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Gründen. In dem 1992 verabschiedeten Gesetz über die geschlossenen administrativen territorialen Einheiten wurden 47 Städte und Siedlungen aufgeführt (LAPPO, POLJAN 1997, S. 10). Sie lassen sich aufgrund der Zuordnung zu den entsprechenden Ministerien in zwei Haupttypen unterteilen. Zum einen in die Siedlungen, die dem Verteidigungsministerium unterstehen, und zum anderen in Siedlungen, die dem Ministerium für Atomenergie unterstellt sind, beispielsweise die Stadt Sarov, ehemals Arzamas-16 in der Republik Mordwinien oder Sverdlovsk-44, das heutige Novouralsk. Heute gibt es in der Föderation noch 43 Städte und Siedlungen, die den Status einer ZATO haben. Die fünfundzwanzig Städte mit dem Status einer ZATO sind in der Karte 3 dargestellt. In ihnen lebten 2004 mehr als 1,2 Mio. Menschen (ROSSTAT 2005a, S. 82ff, eigene Berechnungen). Für den Nordwestlichen Föderalen Bezirk sind in Tabelle 2 auf der folgenden Seite die ZATO und ihre jeweilige Einwohnerzahl dargestellt.

¹⁴ <http://npa.gov.garweb.ru:8080/public/default.asp?no=83489>, Zugriff: 22.06.2006

NORDWESTLICHER FÖDERALER BEZIRK			
Geschlossene administrative territoriale Einheiten 2005			
<i>Föderationssubjekt</i>	<i>Administratives Zentrum der ZATO</i>	<i>Siedlungstyp</i>	<i>Einwohner 2004¹⁵</i>
Gebiet Arhangel'sk	Mirnyj	Stadt	29 629
Gebiet Murmansk	Gadžievo (Skalistyj)	Stadt	15 586
	Zaozersk	Stadt	13 075
	Ostrovnoj	Stadt	4 806
	Poljarnyj	Stadt	17 729
	Severomorsk	Stadt	73 450
	Snežnogorsk	Stadt	13 478
	Vidjaevo	Siedlung	6 865

Tabelle 2: Geschlossene administrative territoriale Einheiten im Nordwestlichen Föderalen Bezirk 2005. Quelle: <http://npa-gov.garweb.ru:8080/public/default.asp?no=83489>

Bei den Siedlungen des Verteidigungsministeriums, die drei Viertel aller ZATOs ausmachen, handelt es sich in der Mehrzahl um Siedlungen mit bedeutenden Militärstützpunkten (Häfen, Erprobungs- und Versuchsanlagen oder Raketenstützpunkte). Unter diese Kategorie fallen auch die sieben geschlossenen Siedlungen im Gebiet Murmansk, die alle Marinestützpunkte der russländischen Nordflotte sind, bzw. Siedlungen und Städte der Soldaten und zivilen Mitarbeiter sowie deren Angehörigen (→ Falbeispiel 2: Das Gebiet Murmansk, S. 119ff).¹⁶

Die Begriffe „geschlossen“ bzw. „halb geschlossen“ werden in der Literatur unterschiedlich verwendet. Die Grenzen zwischen „geschlossen“, „halb geschlossen“ und „offen“ sind teilweise fließend. Da es sich bei den gewählten Untersuchungsregionen um Gebiete handelt, die aufgrund ihrer militärischen Bedeutung und Grenznähe mit Restriktionen belegt waren, wird im Kontext der vorliegenden Arbeit folgende Definition verwandt: Gebiete mit geschlossenem Status sind Siedlungen und Anlagen, die offiziell als ZATO definiert sind und einem verschärften Sicherheitsregime auf allen Ebenen (s. o.) unterliegen, z. B. die Flottenstützpunkte Poljarny, Ostrovnoi und Vidjaevo im Gebiet Murmansk. Gebiete mit halb geschlossenem Status sind Siedlungen denen Restriktionen in Bezug auf Einreise und Wohnsitz auferlegt sind, die aber mit Auflagen und erhöhtem administrativem Aufwand, beispielsweise Durchfahrtsgenehmigungen (*propusk*) zugänglich sind, wie beispielsweise die Hafenstadt Baltijsk im Gebiet Kaliningrad. Des Weiteren findet der Begriff „halb geschlossen“ Verwendung für die Situation der Gebietszentren Murmansk und Kaliningrad während der Zeit der Sowjetunion, da hier Restriktionen für das Gebiet (Grenznähe, Küstenregion) und insbesondere für die Gebietszentren galten. Ein weiteres Merkmal der „Geschlossenheit“ ist die direkte Interaktion mit der Zentralmacht und die direkte Einflussnahme des zuständigen Ministeriums, der Kontrollorgane bzw. des Militärs auf die lokale und regionale Entwicklung. Die Handlungsspiel- und Aktionsräume der regionalen Akteure (Administration, Unternehmen, Bevölkerung) werden durch die vorgegebenen restriktiven Rahmenbedingun-

¹⁵ Quelle: ROSSTAT 2005a, S. 82 ff

¹⁶ Quelle: <http://npa-gov.garweb.ru:8080/public/default.asp?no=83489>. Zugriff: 21.06.2006

gen eingeschränkt und sind auf die staatlich vorgegebenen Entwicklungsziele, in diesem Fall die Entwicklung der Militärstandorte sowie der Häfen und die Ausbeutung der strategisch wichtigen Ressourcen, fokussiert.

Aufgrund der Restriktionen, aber auch der besonderen Rolle in Bezug auf die Zentralmacht (Privilegien), kann davon ausgegangen werden, dass diese räumlichen Einheiten, die eine Form von „Geschlossenheit“ im o. g. Sinne aufwiesen und aufweisen, eine Entwicklung nehmen, die sich von der allgemeinen regionalen Entwicklung unterscheidet. Dies gilt auch für die beiden Untersuchungsregionen.

Auf die Auswirkungen dieser sehr speziellen Zentrum-Peripherie Beziehung wird im siebten Hauptkapitel näher eingegangen.



Foto 2¹⁷: Die Siedlung Vidjaevo nördlich von Murmansk. Eine der sieben ZATOs im Gebiet Murmansk mit 6800 Einwohnern (2004)¹⁸

¹⁷ Foto: <http://www.gov-murman.ru/mun/vidyaevo>; Zugriff: 06.09.06

¹⁷ Quelle: REGIERUNG DES GEBIETES MURMANSK (2006, online) <http://www.gov-murman.ru/mun/vidyaevo/>
Zugriff: 06.09.2006

¹⁸ Quelle: REGIERUNG DES GEBIETES MURMANSK (2006, online) <http://www.gov-murman.ru/mun/vidyaevo/>
Zugriff: 06.09.2006

4. Untersuchungsmethodik

„No method of data collection is perfect. Unstructured interviews and questionnaires produce different kinds of data, and it is up to you to decide which method, or combination of methods, is best.“
(BERNARD 1995, S. 287)

4.1 Vorüberlegungen

Eine erste Grundüberlegung, die zu der vorliegenden Arbeit und damit zur angewandten Methodik führte, war die Frage, was oder besser wer Regionen zu Peripherien macht und welche Auswirkungen dieses auf die so klassifizierten Regionen hat (→ Einleitung, S. 1ff und Schlussfolgerungen: Zentrum und Peripherie als geographischer Forschungsansatz, S. 34). Wenn man davon ausgeht, dass Peripherien „gemacht“ werden und „peripherisiert“ werden, d. h. durch Handlungen Regionen bewusst mit bestimmten Attributen belegt werden, dann sind Akteure auf unterschiedlichen Maßstabsebenen der Schlüssel für die Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen von Peripherisierung. Aus diesem Grund wurde der Fokus auf die Akteure gerichtet, die im Kontext der stattfindenden oder stattgefundenen Peripherisierungen handeln oder diese auslösen. Den Rahmen bilden Akteure bzw. Akteurszentren, die auf supranationaler bzw. nationaler Maßstabsebene agieren und peripherisieren. In der vorliegenden Arbeit werden diese Aktionszentren durch die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten und die Russländische Föderation als föderales Machtzentrum repräsentiert. Die zweite Ebene bilden regionale Akteure, insbesondere der Funktionselite in den peripherisierten Gebieten, die innerhalb dieses Rahmens agieren und reagieren und zur regionalen Entwicklung beitragen. Sie können als Experten Auskunft über die Auswirkungen von sich ändernden Abhängigkeitsbeziehungen geben.

Eine weitere Grundannahme dieser Arbeit, die in engem Zusammenhang mit der vorangestellten akteurszentrierten Herangehensweise steht, ist die selektive Raumwahrnehmung. Es wird davon ausgegangen, dass nur ein Ausschnitt der räumlichen Wirklichkeit wahrgenommen wird, nicht der Raum als Ganzes. Was wahrgenommen wird, hängt u. a. von der momentanen Aufmerksamkeit, vom momentanen räumlichen Geschehen, dem aktuellen Fokus, vom Interesse und nicht zuletzt von sozialen Faktoren ab. D. h., Räume werden selektiv wahrgenommen. Diese selektive Wahrnehmung wird bewertet und interpretiert und die Bewertungen und Interpretationen fließen in Aktionen ein. Das Verhalten hängt nicht von der objektiven Raumstruktur, sondern von der sehr subjektiven Wahrnehmung ab. Diese Grundannahme führt zu der verwandten Methodik in der u. a. unterschiedliche subjektive Raumwahrnehmungen mit Hilfe qualitativer Interviews untersucht werden.

4.2 Wahl der Untersuchungsgebiete

Es galt Untersuchungsregionen zu finden, die peripherisiert werden oder peripherisiert wurden. Identifiziert werden sollte eine Region jenseits der klassischen Lagemerkmale von Peripherien (→ Zentrum und Peripherie im raumwissenschaftlichen Diskurs, S. 20ff) und eine Untersuchungsregion, die aufgrund ihrer Lagemerkmale als extrem peripher eingestuft wird. Des Weiteren sollten die Regionen in einem vergleichbaren Kontext stehen. Das heisst, sie sollten sich möglichst innerhalb gleicher Rahmenbedingungen (rechtlich, gesellschaftlich, zeitlich) befinden. Mit den beiden russländischen Grenzgebieten Kaliningrad und Murmansk wurden zwei Gebiete identifiziert, die in den letzten 100 Jahren mehrfach einem intensiven Bedeutungswandel unterlagen und weiterhin unterliegen und als „*Randregionen*“ und ehemals geschlossene militärisch dominierte Gebiete mehrfach peripherisiert wurden und werden (→ Zwischen Öffnung und Geschlossenheit, S. 41ff). Ein wichtiges Kriterium für die Wahl der Fallbeispiele war ihre Wahrnehmung als Peripherien auf unterschiedlichen Maßstabsebenen, die von verschiedenen Akteuren unterschiedlicher Ebenen geprägt und vereinnahmt werden. Dabei wurde darauf geachtet, dass neben einer „*klassischen*“ entfernungs determinierten Peripherie am Rande der Ökumene auch ein Gebiet gewählt wurde, dass jenseits klassischer Ausprägungen sozusagen peripherisiert wird. Folgende weitere Kriterien spielten für die Wahl der Untersuchungsregionen eine Rolle:

- wird als Peripherie wahrgenommen
- globale, internationale und nationale Einflussnahme auf die Region (wirtschaftlich, politisch, sozial) mit unterschiedlichen Wertesystemen der externen Akteure
- regionale Wirtschaftsstruktur (Potenzial) vorhanden
- Bevölkerungs- und Akteursstrukturen, die durch ihre Zusammensetzung die Region stabilisieren können (Einwohnerzahl, Ausbildungsniveau, Institutionen)
- geringe autochthone Bevölkerung (Identität)
- Transformations- und Integrationsprozess
- Grenzregion in direkter Nachbarschaft zu prosperierenden Wirtschaftsräumen (EU oder Asiatisch-Pazifischer Raum)
- „*klassische*“ periphere Lage (Erreichbarkeit)

Weitere wichtige Faktoren die für die Wahl Kaliningrads und Murmansk sprachen, war die starke sowjetische Prägung. Die russländische, bzw. sowjetische Geschichte Kaliningrads begann 1945. Die Geschichte des Gebietes Murmansk begann Anfang des 20. Jahrhunderts. Das Gebiet Kaliningrad feierte 2006 sein sechzigjähriges Bestehen. Das Gebiet Murmansk wird 2007 den neunzigsten Jahrestag der Gebietsgründung feiern. Die Entwicklungsimpulse in den Gebieten gingen fast ausschließlich von der Zentralmacht aus und waren zumeist strategisch militärisch oder politisch motiviert. Während der Phase der Dezentralisierung in den 1990er Jahren hatten beide Gebiete aufgrund ihrer Lage an den Grenzen zum europäischen Wirtschaftsraum die Möglichkeit der interregionalen Kooperation. Vertiefend wird auf diese Aspekte im fünften und sechsten Kapitel der Arbeit ab Seite 59ff eingegangen.

4.3 Datenerhebung

Die Untersuchungsmethodik der vorliegenden Forschungsarbeit kann in zwei Phasen bzw. zwei methodische Pfade unterteilt werden, einem quantitativen und einem qualitativen, die eng miteinander verknüpft sind. Den grundlegenden Pfad bilden quantitative Methoden (Literaturstudium, Auswertung statistischen Materials, Dokumentenstudium, Medienanalyse), anhand derer die vorangestellten Thesen erarbeitet, Fragen definiert und verifiziert wurden (siehe Seite 8f). Der zweite Pfad, der im Wesentlichen auf einer qualitativen sozialwissenschaftlichen Methodik (Interviews) beruht, dient der Einordnung des Materials der quantitativen Phase und zur weiterführenden Analyse.

Erhebungsinstrument Datenquelle	Form	Analyseverfahren
Statistiken		Exploration
Literaturrecherche, Do- kumentenstudium		Exzerption
Zeitungsartikel		Textanalyse
Einzelinterview (regionale Akteure)	<ul style="list-style-type: none"> • strukturiert • teilstandardisiert • offene Fragen • direkte Begegnung 	Zusammenfassende Inhalts- analyse
Werkstattgespräch	<ul style="list-style-type: none"> • diskursiv • offen • analytisch 	Inhaltsanalyse
Experteninterview (ex- terne Experten)	<ul style="list-style-type: none"> • semistrukturiert • teilstandardisiert • offene Fragen • direkte Begegnung 	Inhaltsanalyse

Tabelle 3: Verwendete Erhebungsverfahren (verändert nach: MEIER KRUKER, RAUH 2005, S. 64)

In der quantitativen Erhebungsphase wurden Dokumente und Texte analysiert (siehe Tabelle 3) sowie Sekundärdaten, in erster Line statistisches Material, ausgewertet. Daten der regionalen Statistikämter der Gebiete Kaliningrad und Murmansk, sowie des staatlichen Statistikamtes der Russländischen Föderation und der Europäischen Union bildeten die Grundlage. Weitere Quellen bildeten die vorhandene und zugängliche Literatur. Zusätzlich wurden für das Fallbeispiel Murmansk Zeitungsartikel lokaler und regionaler Tages- und Wochenzeitungen herangezogen. Insgesamt wurden 729 Artikel aus fünf Lokalzeitungen aus dem Murmansk Gebiet und zwei nationale bzw. subnationale Internetzeitungen berücksichtigt. Die Lokalzeitungen *Murmansky Vestnik*, *Polar'naya Pravda*, *Khibinsky Vestnik*, *Kirovsky Rabochy* und *Dvazhdy Dva* lagen auszugsweise für den Zeitraum Mai 2003 bis September 2005 vor. Die Internetzeitung *Novosti Severo-Zapada* wurde im Zeitraum März 2004 bis Mai 2005, *Novosti Rossii* (<http://www.regnum.ru>) ab Mai 2005 berücksichtigt. Aufgrund der Vielzahl der Artikel und der Tatsache, dass die Artikel zumeist in einer englischen Übersetzung vorlagen, wurde auf eine tief greifende quantitative und qualitative Analyse verzichtet. Die Artikel

wurden lediglich nach Themenschwerpunkten kategorisiert und interpretiert. Sie sollen als eine Ausdrucksform der Raumwahrnehmung einen Zugang zu den aktuellen Vorgängen innerhalb des Gebietes ermöglichen und dienen unter anderem zur Präzisierung der Fragestellungen für die durchzuführenden Interviews. Das Heranziehen von Zeitungsartikeln, Kommentaren und abgedruckten Interviews für das Gebiet Murmansk wurde notwendig, um die fehlenden Informationen gegenüber dem Gebiet Kaliningrad, zu dem eine Vielzahl von Publikationen vorliegen, teilweise zu kompensieren, wobei die mediale Repräsentation des Gebietes nur einen ausgewählten Teil einer bestimmten Raumwahrnehmung widerspiegelt.

In der qualitativen Phase wurden ab 2004 erste explorative Gespräche mit ausgewählten regionalen und externen Akteuren durchgeführt, um die aktuelle, spezifische regionale Situation zeitlich und räumlich einordnen zu können. Zur weiteren Verifizierung wurden Gespräche mit Wissenschaftlern, die von außen Stellung zu den Prozessen in den Gebieten nehmen, geführt. Sie dienten, ebenso wie die Sekundärdaten, als Korrektiv, Explikation und Einordnungsrahmen für die 2005 und 2006 durchgeführten Experteninterviews.

Verschiedene qualitative und quantitative Messinstrumente wurden kombiniert, um die komplexen Orientierungsprozesse in den Untersuchungsregionen erkennen und interpretieren zu können und um der besonderen Problematik der Datenerhebung in den Gebieten Murmansk und Kaliningrad, auf die später noch näher eingegangen wird, Rechnung zu tragen. Qualitative und quantitative Ansätze kommen somit in ergänzender Weise zum Einsatz (vgl. KROMREY 2000, S. 508).

Anhand von qualitativen Interviews ausgewählter Akteure wurden Daten zum Verständnis der ablaufenden Veränderungsprozesse erhoben, mit deren Hilfe diese erklärt werden können. Dabei sind die Interviewten Teil des Handlungsfeldes, das den Forschungsgegenstand ausmacht. Sie sind Akteure im ablaufenden Prozess des funktionalen Wandels und Repräsentanten einer bestimmten Funktionselite bzw. Funktionsträger in dem jeweiligen Untersuchungsgebiet. Die mittels Experteninterview gewonnenen Daten sind nicht objektiv, sondern personen- und situationsbezogen. Sie benötigen eine inhaltliche und methodische Reflexion (BOGNER, MENZ 2002, S. 16). Für den qualitativen Ansatz werden folgende Voraussetzungen, im Sinne ATTESLANDER (1995) und FLICK (2002), als sinnvoll und notwendig erachtet: (1.) die Gegenstandsangemessenheit von Methoden und Theorien, d. h., die Anpassung der Methoden und Theorien an die örtlichen Gegebenheiten. (2.) die Berücksichtigung und Analyse unterschiedlicher Perspektiven und (3.) die Reflexion des Forschenden über die Forschung als Teil der Erkenntnis.

4.3.1 Qualitative Datenerhebung

Als wichtigstes Erhebungsverfahren der qualitativen Feldforschung wurde das strukturierte teilstandardisierte Experteninterview angewendet. Allen Befragten wurden die gleichen, nach Teilthemen strukturierten, Fragen gestellt (MEIER KRUKER, RAUH 2005,

S. 64). Die Zielgruppen der Interviews waren regionale Akteure aus den fünf definierten Handlungsfeldern Wissenschaft, Wirtschaft, Administration und Medien sowie dem Militär. Die angestrebte Analyse wurde darauf ausgerichtet, die Perspektiven der Befragten, als Impulsgeber und Mitgestalter des räumlich funktionalen Wandels in Erfahrung zu bringen. Das Interview kann als Feldforschungstechnik hier den Zugang eröffnen (SCHLEHE 2003, S. 73). Des Weiteren wurden Gespräche mit externen Experten geführt. Da diese sich von den Interviews methodisch unterscheiden, wird zwischen den Begriffen Einzelinterview für die durchgeführten Interviews mit regionalen Akteuren und Experteninterview für Interviews mit den externen Experten unterschieden (siehe Tabelle 3, S. 48). Hinzu kamen Werkstattgespräche mit externen Experten und Kollegen vor, während und nach der Erhebungsphase. Ziel dieser Gespräche war neben dem fachlichen Austausch, die Überprüfung und Diskussion der empirischen Ergebnisse und der verwandten Methodik sowie die Einordnung der Auswertung von Statistiken und Dokumenten. Zu diesem Zweck wurden mehrfach Gespräche mit deutschen, norwegischen, finnischen und russischen Wissenschaftlern und Experten geführt. Eine Liste der Gesprächspartner findet sich im Anhang. Die Erfahrungen der Experten fließen in den Auswertungsprozess der Einzelinterviews ein und wurden in die Analyse einbezogen (siehe Abb. 7, S. 52).

4.4 Experten- und Einzelinterviews

Im Gegensatz zu GLÄSER und LAUDEL (2004, S. 10f.) und MEUSER und NAGEL (2002, S. 72f) wurde eine erweiterte Definition des Begriffes Experteninterview verwandt. GLÄSER und LAUDEL schränken die Anwendbarkeit des Experteninterviews auf bereits abgelaufene soziale Prozesse oder soziale Situationen ein und „*bezeichnen diese Untersuchungen [...] als rekonstruierende Untersuchungen*“ (2004, S. 11). MEUSER und NAGEL plädieren in Anlehnung an DEXTER (1970) für möglichst offene Interviews (2002, S. 72). In der vorliegenden Arbeit, die explizit aktuelle Prozesse untersucht und in der eine standardisierte Form des Interviews zur Anwendung kommt, wird aus diesem Grund im Folgenden statt des Begriffes Experteninterview der Begriff Einzelinterview gewählt. Die Gründe für die gewählte Form des Interviews werden im Folgenden erläutert.

4.4.1 Auswahl der Interviewpartner

Der Interviewte ist Medium, nicht Objekt der Untersuchung, durch das Wissen erlangt wird (GLÄSER, LAUDEL 2004, S. 20). Die Person des Befragten ist irrelevant für die Auswertung, sie ermöglicht lediglich den Zugang zu dem Bereich, der von Interesse für die Forschungsarbeit ist (MEUSER u. NAGEL 2002, S. 85). Für die Wahl des zu Interviewenden ist das Forschungsziel, das Erkenntnisinteresse entscheidend. „*Wer (der gesuchte) Akteur ist, definiert sich in der Forschungspraxis immer über das spezifische*

Forschungsinteresse und die soziale Repräsentativität des Akteurs zugleich.“ (BOGNER, MENZ 2002, S. 41).

In Anlehnung an GLÄSER, LAUDEL 2004 und BOGNER, MENZ 2002 zur Definition des Experteninterviews wurden folgende Prämissen für die Wahl der Interviewpartner definiert:

- Die Interviewten nehmen eine besondere Stellung in den zu untersuchenden Prozessen ein.
- Sie haben sich, aufgrund ihrer Beteiligung, Expertenwissen über die zu untersuchenden Sachverhalte erworben (weisen einen forschungsrelevanten Wissensbestand auf); sind Angehörige der Funktionselite.
- Sie sind/waren aktiv an den zu untersuchenden Aushandlungsprozessen beteiligt.

Um zu möglichst aussagekräftigen Ergebnissen im Sinne der Fragestellung zu kommen, wurden Interviewpartner vor allem in Kaliningrad und ergänzend im Gebiet Murmansk aus folgenden fünf regionalen Handlungsfeldern befragt: Administration bzw. Verwaltung, Politik, regionale Wirtschaft, Wissenschaft und zusätzlich Presse und Militär. Insgesamt wurden fünfundzwanzig Einzelinterviews mit regionalen Akteuren, die als Träger regionaler Wissensbestände identifiziert werden konnten, geführt. Soziale Gruppen, Rentner, Familien, etc. wurden nicht befragt. Ebenso wurde die Gruppe der Nichtregierungsorganisationen ausgeklammert. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

4.4.2 Die Einzelinterviews

Die Einzelinterviews wurden als teilstandardisierte Interviews geführt. Zum einen diente die Standardisierung dazu, die Vergleichbarkeit der erhobenen Daten herzustellen. Eine Minimierung der Unterschiede in der Art und Weise, wie dieselbe Frage verschiedenen Gesprächspartner gestellt wird, sollte gewährleistet werden (vgl. SÖKEFELD 2003, S. 99). Zum anderen war die Verwendung eines teilstandardisierten Fragebogens für die Einzelinterviews der besonderen Situation vor Ort geschuldet. Die Interviews wurden aus organisatorischen und methodischen Gründen von verschiedenen Interviewern durchgeführt (→ Spezifika der Textentstehung, S. 55f). Im Vorfeld der qualitativen Erhebungsphase wurden intensive Gespräche mit Forschern geführt, die über Erfahrungen im Bereich der Befragungen in der Russländischen Föderation verfügen. Neben dem Austausch mit Kollegen am Leibniz-Institut für Länderkunde fanden Gespräche mit Dr. Valentin Korneev von der Universität Kaliningrad, Dr. Oleg Andreev vom Barents Center for Social Research, Dr. Tatiana Nefedova und Dr. Andrey Treyvish vom Geographischen Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften sowie Dr. Vesa Rautio von der Helsinki School of Economics statt. Ein wesentliches Resultat der Gespräche und der eigenen Erfahrungen vor Ort war die Stan-

standardisierung des Fragebogens und die Festlegung, dass die Befragungen im Wesentlichen durch erfahrene Kollegen durchgeführt werden sollten, um zu einem aussagekräftigen Ergebnis zu kommen und Ausfälle zu minimieren. Mögliche Verzerrungen durch verschiedene Interviewer wurden minimiert, waren aber nicht auszuschließen und wurden bei der Analyse berücksichtigt. Hinzu kam, dass in einigen Fällen die Fragen vorab an den Interviewpartner geschickt werden mussten, bevor dieser bereit war ein Interview zu führen.

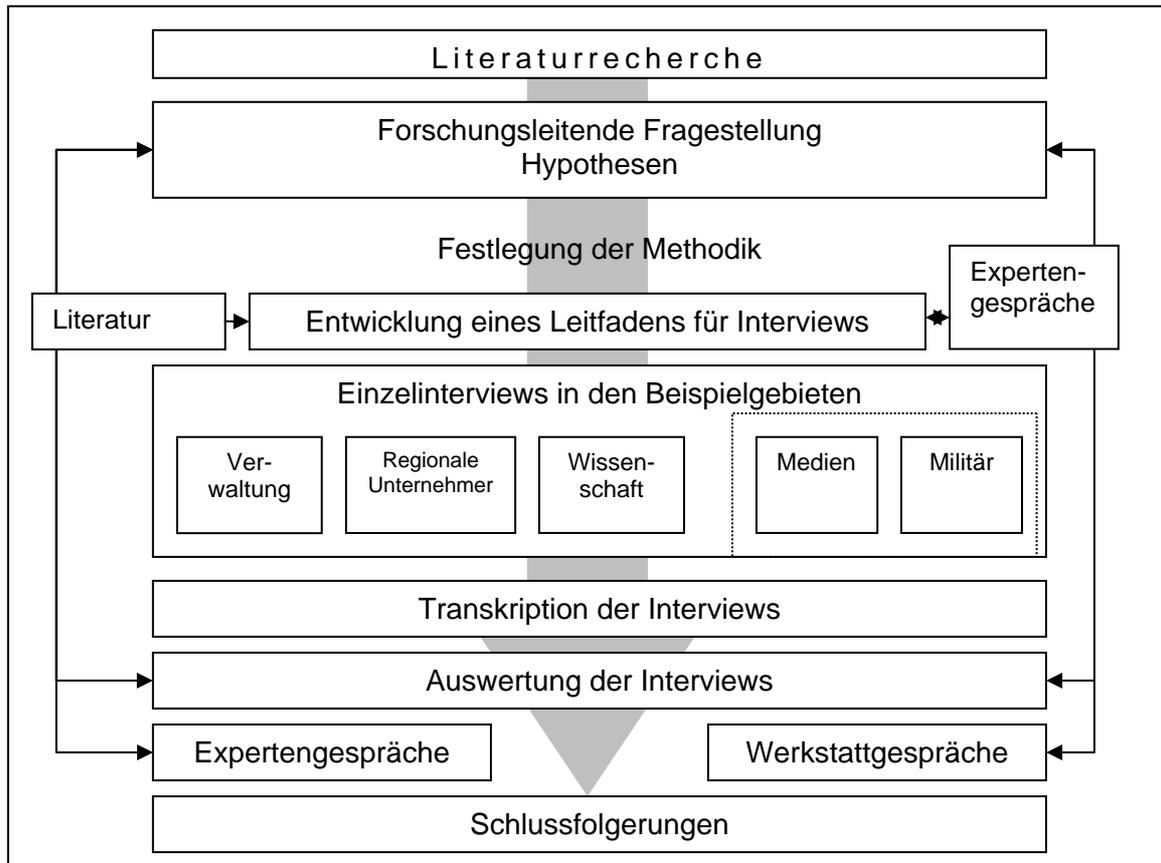


Abbildung 7: Ablaufschema der Einzelinterviews (Entwurf: SÜNNEMANN 2006)

Die Starrheit des Leitfadens wurde im Anschluss an das Interview durch ein abschließendes Gespräch abgemildert. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen bei der Datenerhebung in der Russländischen Föderation und insbesondere in ehemals geschlossenen Gebieten, kann davon ausgegangen werden, dass der bekannte Nachteil strukturierter Interviews, dass bereits aufgrund der Vorgaben und durch die Konstruktion des Fragebogens eine vom Forscher bewusste Eingrenzung der Thematik und Fokussierung durchgeführt wurde, zum Teil durch den Vorteil der Qualität der Daten kompensiert wird.

Voraussetzung für eine teilstandardisierte Befragung ist die Kenntnis des Forschungsfeldes und der Zielgruppe, die es zu befragen gilt. Dies gilt in besonderem Maße für Befragungen, die auf Wissen über Einstellungen, auf Werte oder kulturelles Wissen

zielen sowie bei Befragungen, die nach bestimmten Handlungen fragen (SÖKEFELD 2003, S. 100). Eine wesentliche Erfüllungsbedingung ist eine intensive und sorgfältige Vorbereitungsphase. Hier wurden durch die Kooperationspartner vor Ort und durch intensive Gespräche mit Experten am Leibniz-Institut für Länderkunde e. V. und mit den Arbeitsstützpunkten St. Petersburg und Moskau, mit finnischen Kollegen an der Universität Joensuu sowie durch verschiedene mehrwöchige Forschungsaufenthalte wichtige Beiträge zu der durchgeführten Forschung geleistet.

Um möglichen inhaltlichen Verschiebungen durch die Übersetzung der Fragebögen vom Deutschen ins Russische vorzubeugen, wurden die Fragebögen in enger Kooperation mit den russischen Partnern entwickelt. Die Auswertung fand am transkribierten Original statt. Folgende vier offene Fragetypen fanden bei den Einzelinterviews Verwendung:

o Zensusfragen	Wohnort, Alter, Schulbildung, Beruf vor 1991, heutiger Beruf
o Sondierungs- und Strukturelle Fragen	Stellung innerhalb der Akteursgruppe, Kooperationspartner, Arbeitsbereich
o Kontrast- und Konfrontationsfragen	Zielsetzung, Erfahrung mit Kooperation, Bedeutung
o Deskriptive Fragen	Alternativszenarien vorlegen

Tabelle 4: Angewandte Fragetypen bei den Einzelinterviews

Die Einzelinterviews waren weiterhin thematisch systematisiert (→ Fragebogen im Anhang, S. 203ff). Im ersten Themenblock wurden Fragen zur sozioökonomischen Entwicklung gestellt. Für die Fallstudie Kaliningrad kamen noch drei Fragen zur Sonderwirtschaftszone hinzu. Den dritten Block bildeten Fragen zur Einschätzung der Beziehungen zwischen der Russländischen Föderation und der EU und deren Einflussnahme auf regionale Entwicklungsprozesse. Im vierten Block wurden Fragen zu persönlichen Beziehungen, Netzwerken und Zusammenarbeit gestellt. Den Abschluss bildete der fünfte Block mit Fragen zur Person.

Befragt wurden Akteure auf der regionalen Ebene. Die föderative und die externe Ebene der Europäischen Union wurden nicht über Einzelinterviews, sondern über Experten- und Werkstattgespräche sowie Dokumente und Verträge erfasst.

Die Einzelinterviews wurden am Arbeitsort des jeweiligen Befragten durchgeführt und gestatteten damit auch einen Einblick in das Arbeitsumfeld des Befragten. Zudem fanden die Interviews damit in der gewohnten Arbeitsatmosphäre des Befragten statt.

Eine weitere empirische Grundlage dieser Arbeit bilden mehrere mehrwöchige Forschungsaufenthalte im Gebiet Murmansk (1999, 2000, 2004) und im Gebiet Kaliningrad (2005, 2006). Während dieser Aufenthalte sind auch die verwendeten Fotos entstanden.

4.4.3 Semantisches Differenzial

Als eine Methode zur Erfassung der persönlichen Einstellung der befragten Schlüsselakteure (n=25) gegenüber ihrem Gebiet wurde auf das Erhebungsinstrument des Semantischen Differenzials als Polaritätenprofil zurückgegriffen (siehe S. 141). Die Anwendungsmöglichkeit dieser sozialwissenschaftlichen Methodik besteht darin, die Reaktion der Interviewpartner auf bestimmte Sachverhalte und Phänomene oder Objekte, in diesem Fall die Wahrnehmung des eigenen Gebietes, zu bestimmen. Dabei werden mittels einer Skala, zumeist von eins bis sieben, zwei vorgegebene kontrastierende Begriffe (laut-leise, grau-bunt) von den Probanden zu einem bestimmten Sachverhalt eingeordnet. Das entstandene Polaritätsprofil hat aufgrund der geringen Fallzahl nur eine sehr geringe Aussagekraft und kann daher nur im Kontext der befragten Akteure verwandt werden.

Den interviewten regionalen Akteuren wurde im Anschluss an das Einzelinterview ein Wahrnehmungsbogen zum Regionalbewusstsein und zur Wahrnehmung des eigenen Gebietes vorgelegt. Dabei sollte innerhalb kurzer Zeit jeweils zwischen zwei dichotomen Begriffen eine Auswahl getroffen oder zumindest eine Tendenz festgestellt werden.

Der Grund für die Wahl dieser Methodik war, einerseits ein Korrektiv für eine Einschätzungsmöglichkeit der vorab gemachten Aussagen zu bekommen und andererseits die individuellspezifische Raumwahrnehmung der jeweiligen Akteure in Erfahrung zu bringen und mit den Raumwahrnehmungen aller Akteure zu vergleichen. Der verwendete Wahrnehmungsbogen findet sich im Anhang dieser Arbeit. Er war für beide Fallbeispiele identisch.

Abweichend von der Notwendigkeit der Dichotomie der Begriffspaare wurde als letztes Paar eine Entscheidung zwischen „*Russland*“ (Rossija, nicht Russländische Föderation) und „*Europa*“ verlangt. Dabei wurde im Vorfeld davon ausgegangen, dass sich hier keine eindeutige Unterscheidung treffen ließe, was sich bei der Auswertung aber als falsche Annahme herausstellte. Die analytische Verwendbarkeit dieses Differenzials beschränkt sich lediglich auf die befragten Akteure. Eine darüber hinaus gehende Aussagekraft liegt aufgrund der geringen Fallzahl nicht vor.

4.5 Spezifika der Textentstehung und Erhebungsproblematik

„Wer aber jemals in Russland geforscht hat, kennt die Verzweiflung, die einen hin und wieder befällt angesichts der Bürokratie und Willkür seitens der Behörden, der mitunter kaum zu entwirrenden Informationsknäuel, die mühsam aus unzähligen Quellen gespeist werden, deren Enden oft genug in einem noch größeren Erkenntnischaos münden.“
(BRADE 2002, S. 9)

Zu diesem deprimierenden Ergebnis kommt BRADE 2002 in ihrem Vorwort (Seite 9) und obwohl sich in den letzten Jahren, insbesondere nach dem Jahr 2000, die Bedingungen und das Umfeld für empirische Untersuchungen in der Russländischen Föderation stark verbessert haben und der Informationszugang (z. B. über das Internet¹⁹) auch für die regionale Ebene wesentlich erleichtert wurde, vermittelt das oben angeführte Zitat einen Eindruck über die Besonderheit der Feldforschung in der Russländischen Föderation. Um diesen beschriebenen Faktor zu minimieren, wurden die Interviews in enger Kooperation mit russischen Partnern vorbereitet und geführt. Für die Bereitschaft der Befragten war es von großer Bedeutung, dass sie von den russischen Partnern (Universität Kaliningrad und Universität St. Petersburg) angesprochen wurden. Oftmals und in besonderem Maße in der Verwaltung und Wissenschaft gilt weiterhin das Senioritätsprinzip, d. h., Gespräche werden offener und informativer, wenn sie von Personen geführt werden, die einen Status haben, der dem Interviewten gegenüber angemessen ist oder scheint. Die Einzelinterviews wurden daher von erfahrenen Kollegen geführt, bzw. die Interviewpartner wurden von den jeweiligen russischen Partnern angesprochen und vorbereitet. Die Einhaltung von Konventionen und Ritualen der Begegnung zwischen Interviewtem und Forscher waren oftmals der Schlüssel für den Erfolg. In den Fällen, in denen die Interviews von deutschen Kollegen geführt wurden, war auch eine russische Kollegin oder ein russischer Kollege des jeweiligen Kooperationspartners anwesend.

Im Gebiet Murmansk wurden die Interviews von Kolleginnen und Kollegen des Lehrstuhls für regionale Diagnostik und politische Geographie der St. Petersburger Staatlichen Universität im Rahmen von Feldpraktika im Juni 2006 geführt. Erste explorative Gespräche führte der Autor im September 2004 durch. Im Gebiet Kaliningrad wurden die Interviews im November 2005 und im Februar 2006 von Dr. Elke Knappe und Mitarbeitern der Russischen Staatlichen Immanuel Kant Universität Kaliningrad durchgeführt.

¹⁹ Im Anhang findet sich eine Liste der verwendeten Internetquellen.

4.5.1 Transkription und Dokumentation

Die Auswertung setzt die Transkription der protokollierten Interviews voraus. Die durchgeführten Interviews wurden digital aufgezeichnet und vollständig, wortgetreu transkribiert. Dies hat sich aufgrund der Fülle der relevanten Informationen als sehr sinnvoll erwiesen.

Da bei der Analyse inhaltliche Aspekte im Vordergrund stehen, wurde auf ein Notationssystem verzichtet. Pausen, Stimmlagen und sonstige nonverbale Elemente werden nicht zum Gegenstand der Interpretation gemacht (vgl. MEUSER u. NAGEL 2002, S. 83). Die Transkription erfolgte in der jeweiligen Sprache, d.h. in den meisten Fällen in Russisch. Die angefertigten Transkripte wurden anschließend mittels zusammenfassender Inhaltsanalyse übersetzt und ausgewertet. Sie sind archiviert und liegen im Original beim Leibniz-Institut für Länderkunde e. V. Leipzig, Abteilung Regionale Geographie bzw. als Kopie beim Autor.

Die in der Arbeit verwendeten subjektiven Einzelzitate sind als Originalzitate dokumentiert. Im laufenden Text der Arbeit wird eine umgangssprachliche Übersetzung verwendet, die den Sinn der gemachten Aussage nicht entstellt, aber zur Lesefreundlichkeit beiträgt. Originalzitate der Interviewten sind formal von Textziten abgehoben (Courier) und dienen in erster Linie der Illustration und der Beschreibung bestimmter Aspekte und weniger der Analyse:

Es gibt ein Sprichwort: „Besser der Kopf einer Fliege zu sein, als der Schwanz eines Elefanten“ oder „Besser der Erste im Dorf als der Letzte in der Stadt“. (KÖ₃)

Die Interviews wurden anonymisiert und in Kategorien eingeordnet, dabei wurde folgender Schlüssel aus zwei Buchstaben und einer Ziffer, die Ziffer bezeichnet den Fall (z. B. KÖ₂ = Kaliningrad Bereich regionale Ökonomie Fall 2), verwendet:

Code	Bedeutung
K	Kaliningrad
M	Murmansk
A	Administration, Verwaltung
Ö	regionale Wirtschaft
W	Wissenschaft, Universität
P	Presse
M	Militär

Tabelle 5: Codierung der Interviews

4.6 Inhaltsanalyse

Ausgewertet wurden die Einzelinterviews mittels Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse. Die Inhaltsanalyse wurde in abgewandelter Form auf die Forschungsfrage und insbesondere die spezifische Situation der Textentstehung (s. o.) abgestimmt. Anhand eines thematischen Vergleichs der individuellen Texte gilt es Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, um Aussagen über die spezifischen regionalen und gebietsübergreifend vergleichend über externe Einflussfaktoren des funktionalen Wandels treffen zu können. Die Analyse wurde am transkribierten Material in folgenden Schritten durchgeführt:

(1.) Zusammenfassung der einzelnen Texte

Die Extraktion und Zusammenfassung (Reduktion) konzentrierte sich auf den Textinhalt (inhaltliche Strukturierung). Formale Charakteristika der Gesprächsprotokolle treten gegenüber den Inhalten in den Hintergrund. Die Extraktion und Reduktion des Textes geschieht in deutscher Sprache und gibt texttreu und in eigenen Worten Meinungen, Urteile, Beobachtungen und Deutungen des Befragten wieder. Um die Vergleichbarkeit gewährleisten zu können, wurde der „verdichtete Text“ nach Abschluss der Zusammenfassung noch einmal überarbeitet.

(2.) Thematische Einordnung und Kategorisierung

Die reduzierten und verdichteten Texte wurden in diesem Schritt zusammengeführt und thematisch eingeordnet. Passagen der jeweiligen Interviews, in denen gleiche Themen behandelt werden, wurden zusammengestellt. Die Kategorien leiten sich direkt aus dem Material in einem Verallgemeinerungsprozess ab (siehe Tabelle 6, Seite 58). Die erste Textstelle bildet eine neue Kategorie. Der Text wurde daraufhin auf weitere passende Textpassagen untersucht. Relevante Textstellen, die nicht explizit in die vorangegangene Kategorie passten, bildete eine weitere Kategorie. Die Aussagen in den jeweiligen Kategorien wurden gewichtet und zu einer subjektiv gültigen Hierarchie systematisiert. Dabei fand eine Rücküberprüfung des Categoriesystems bezüglich der Richtung der Analyse statt, d. h. die vorgenommenen Zuordnungen wurden überprüft und gegebenenfalls einer Revision unterzogen. Erst nach dieser ersten textgebundenen Kategorisierung wurden die, aufgrund der Teilstandardisierung, vorgenommenen Vorformulierung der Kategorien (→ Experten- und Einzelinterview S. 50f) einbezogen, um die Gefahr eines Zirkelschlusses zu minimieren. Eine stete Reflektion und ggf. Überarbeitung des vorangegangenen Analyseschrittes war notwendig und unabdingbar.

(3.) Systematisierung und Generalisierung

Auf der Basis des bestehenden Categoriesystems wurde losgelöst vom ursprünglichen Textmaterial ein erweitertes Categoriesystem, ein Ordnungsschema, eine Systematisierung entwickelt und eine Generalisierung durchgeführt. Im Anschluss wurden die Ergebnisse der Analyse, die empirisch generalisierten „Tatbestände“ (MEUSER u. NA-

GEL 2002, S. 89), in Richtung der Hauptfragestellung interpretiert (MAYRING 2003, S. 50ff). Die zusammengefassten Aussagen werden ab Seite 137ff und die Ergebnisse im Analysekapitel ab Seite 156f dieser Arbeit vorgestellt.

Fall	Seite	Absatz (Frage)	Kategorie	Extraktion	Reduktion1 Generalisierung	Reduktion2 Schlussfolgerung
KA1	1	2	K4 Region- Zentren Beziehun- gen	Das Gebiet wurde „europäischer“, die Mentalität der Bevölkerung hat sich verändert. Damit erschwerten sich die Beziehungen zum „großen“ Russland	Zunehmende „Westorientierung“ der Bevölkerung führt zu Problemen mit dem nationalen Zentrum	Orientierungsprozesse und ihre Auswirkungen werden wahrgenommen

Tabelle 6: Auszug aus dem Categoriesystem der Inhaltsanalyse der Gespräche vom November 2005 und Februar 2006 im Gebiet Kaliningrad und vom Juni 2006 im Gebiet Murmansk.

5. Der transnationale und nationale Kontext von Peripherisierungen auf regionaler Ebene

Im Kontext der vorangegangenen theoretisch-methodischen Überlegungen wird im fünften Kapitel auf die unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen an konkreten Beispielen eingegangen, die für die Betrachtung des räumlich funktionalen Wandels auf regionaler Maßstabsebene und der sich wandelnden Zentrum-Peripherie Strukturen als bedeutend angesehen werden können. Da davon auszugehen ist, dass der Einfluss auf einen räumlich funktionalen Wandel auf die regionale Maßstabsebene, auf der sich die gewählten Fallstudien befinden, sowohl von externen Faktoren der transnationalen Maßstabsebene, als auch von internen Faktoren der nationalen und interregionalen Ebene abhängen, werden hier ausführlich wichtige Akteurszentren der unterschiedlichen Maßstabsebene vorgestellt, um im Analysekapitel die Einflussfaktoren beispielhaft an den zwei gewählten Fallstudien, den unterschiedlichen Akteurszentren zuordnen zu können.

Ausgehend von der internationalen und nationalen Maßstabsebene, auf der sich die beiden maßgeblich einflussnehmenden und rahmensetzenden Ordnungssysteme und Zentren, die Europäische Union (EU) und die Russländische Föderation (RF) befinden, wird, über die interregionale Ebene der grenzüberschreitenden Kooperation und der administrativen Einheit des föderalen Bezirkes „*Nordwest*“, auf die regionale Maßstabsebene eingegangen. Es wird der Versuch unternommen, unterschiedliche Perspektiven der Betrachtung von Zentrum-Peripherie Strukturen einzunehmen. So wird auf der internationalen bzw. nationalen Maßstabsebene der beiden Ordnungssysteme die Perspektive des Zentrums gewählt und aus der Sicht des jeweiligen Zentrums argumentiert. Auf der interregionalen und regionalen Ebene wird dagegen die Perspektive der Peripherie eingenommen.

Das Kapitel gliedert sich somit in mehrere räumliche und funktionale Betrachtungsschwerpunkte. Im ersten Abschnitt des Kapitels werden mit der Russländischen Föderation und der Europäischen Union und ihrer Politik die wichtigsten Zentren auf internationaler Maßstabsebene als wichtige Entscheidungsebenen im Peripherisierungsprozess beschrieben. Dabei wird in erster Linie die Sicht des jeweiligen Zentrums, d. h. der Föderation oder der Union auf die Peripherie wiedergegeben, wobei anzumerken gilt, dass die verwendeten Begriffe „Europäische Union“ und „Russländische Föderation“ der Vielschichtigkeit der Akteure und Interessen innerhalb dieser Zentren nur unzureichend gerecht werden und eine Simplifizierung stattfindet. Weder die EU noch die RF sind in ihren Zielen, Strategien und vor allem ihrer Politik als homogene Akteursgruppen ja gar Akteure zu verstehen. Bei den folgenden Betrachtungen wird sich in erster Linie auf offizielle Dokumente „*beider Seiten*“ gestützt, da diese die rechtlichen Grundlagen bilden und den Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und der Föderation setzen. Durch diese Dokumente lassen sich die unterschiedlichen Standpunkte und Interessen des jeweiligen Akteurszentrums zusammenfassen.

Anschließend wird auf die interregionale Ebene der Kooperation, anhand des Nordwestlichen Föderalen Bezirkes und die transnationale interregionale Ebene, eingegangen. Des Weiteren folgen eine regionale Einordnung der Untersuchungsgebiete anhand sozioökonomischer Indikatoren auf der Mesoebene sowie eine Charakterisierung der zwei Untersuchungsregionen im Kontext der vorangegangenen Überlegungen. Dabei wird auch auf historische Aspekte eingegangen, denen, wie bereits erläutert, ein gewisser Einfluss auf die heute ablaufenden Prozesse unterstellt wird.

5.1 Vorüberlegungen: „Russland in Europa“

In diesem Kapitel wird die Russländische Föderation als ein Akteurszentrum auf der europäischen Ebene betrachtet und in den Kontext des sich verändernden europäischen Raumgefüges eingeordnet.

Die Russländische Föderation ist als Staat in globale Vertrags- und Kooperationssysteme eingebunden (VN, G8, demnächst WTO). Sie ist Partner im Kampf gegen den Terror und übernimmt 2006 den Vorsitz der G8, der Gruppe der sieben führenden Industrieländer plus der RF und der Europäischen Kommission. Sie ist der größte und zunehmend auf globaler Ebene gewichtigste direkte Nachbar der EU und mit der EU-Osterweiterung haben sich die gemeinsamen Grenzen vervielfacht. Beide Seiten streben gute nachbarschaftliche Beziehungen an. Sowohl die Russländische Föderation als auch die Europäische Union haben ihre Vorstellung von partnerschaftlichen Beziehungen miteinander definiert und daraus unterschiedliche außenpolitische Strategien entwickelt, auf die es noch einzugehen gilt (siehe Seite 64ff). Eine Integration in die westliche Gemeinschaft EU wird politisch sowohl in der Föderation als auch in der Union zurzeit nicht thematisiert. Man hat sich auf den Terminus der „*strategischen Partnerschaft*“ geeinigt, wobei die konkrete und verbindliche Ausgestaltung dieser Partnerschaft oftmals an politische Grenzen zu stoßen scheint, sobald es zwischen der EU bzw. einem ihrer Mitgliedstaaten und der Föderation zu außenpolitischen Verstimmungen kommt oder sicherheitspolitische Aspekte relevant werden. Einige Gründe, die sich konkret auf die Entwicklung und einen räumlich funktionalen Wandel auf regionaler Ebene auswirken können, sollen hier aus Sicht der Föderation und aus Sicht der Union am konkreten Beispiel und mit bezug auf die gewählten Fallstudien Kaliningrad und Murmansk beleuchtet werden.

Für die erweiterte Europäische Union der 25 (Stand 10/2006) sind die Beziehungen zur Russländischen Föderation, nicht nur aufgrund der räumlichen Nähe, von großer Bedeutung. Dieses wird von der Union immer wieder betont und von einzelnen Mitgliedstaaten intensiv praktiziert. Zum einen liegt die Bedeutung in dem ökonomischen Potenzial, im Absatzmarkt, den Ressourcen, insbesondere im Bereich der Energie und in der direkten Nachbarschaft, zum anderen im Bereich der Sicherheitspolitik und in der Ausdehnung der EU auf die ehemals sowjetische bzw. russländische Einflussphäre im östlichen Europa (GANUŠENKO 1999, S. 6). Die neuen Mitgliedsstaaten 2004, bis auf

Zypern und Malta, haben jeweils ein ganz besonderes nicht unproblematisches Verhältnis zur Russländischen Föderation als Nachfolgestaat der ehemaligen Ordnungsmacht UdSSR, das die bisherige gemeinsame Außenpolitik der EU-15 in Bezug auf die Russländische Föderation verändern wird. Ein weiterer bereits angesprochener Faktor ist die größer gewordene räumliche Nähe zwischen der EU und der Föderation. Fünf der Mitgliedsstaaten der EU, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, haben eine gemeinsame Landgrenze mit der Föderation.

5.2 Die Europäische Union: Zwischen Supranationalität und Intergouvernementalismus

„[...] die EU [hat] zwar eine besondere Verantwortung für die gesamteuropäische Stabilität. Stabilität geben kann aber nur, wer selber stabil ist.“
VARWICK 2004, S. 94

Nach dem Zusammenbruch des bipolaren Ordnungssystems in Europa wurde die Europäische Union in den 1990er Jahren der maßgebliche regionale Ordnungsfaktor in Europa. Die Russländische Föderation, als größter Nachfolgestaat der Sowjetunion, konnte in dieser Zeit, aufgrund unterschiedlicher Faktoren, auf die ab Seite 75ff näher eingegangen wird, nur bedingt Einfluss auf die Entwicklung des neuen Raum- und Machtgefüges in Europa nehmen. Der Prozess der „Europäisierung“ durch die EU ist bei Weitem nicht abgeschlossen und auch das Ziel und die Intensität der Integrationsbestrebungen sind nicht klar definiert, wie beispielsweise die Diskussion um die Europäische Verfassung oder die Diskussionen um die Struktur-, Agrar- und Kohäsionspolitik zeigen.

Im Folgenden kurzen Abschnitt soll auf die Europäische Union als eines der externen Akteurszentren und als hinzugekommenes Zentrum in den sich wandelnden Zentrum-Peripherie Beziehungen mit den westrussländischen Gebieten, unter Berücksichtigung der russländischen Sicht, eingegangen werden. Die Institution EU als solche wird nicht ausführlich dargestellt. Hierzu liegen in erheblichem Umfang bereits sehr gute Darstellungen vor. Für konkrete Informationen sei beispielsweise auf die offizielle Internetseite der EU verwiesen (<http://www.europa.eu/>)²⁰.

Die Europäische Union, die aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erwachsen ist, ist ein Staatenverbund mit dem Ziel einer Union der Völker Europas, um Frieden, Stabilität und Prosperität zu sichern (Integration). Sie wurde gegründet (Stichwort: EGKS „*Montanunion*“ 1951), um einen Teil der nationalen Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen und um ein friedliches stabiles Miteinander zu gewährleisten. Teilbereiche der nationalstaatlichen Souveränität wurden, zugunsten einer Gemeinschaft mit

²⁰ <http://europa.eu/scadplus/leg/de/s90000.htm>, Zugriff 21.11.2006

eigenen Organen und spezifischen Entscheidungsprozessen, bewusst von den Mitgliedern aufgegeben. Damit wurde ein Prozess der „Entmonopolisierung vormals exklusiver nationalstaatlicher Kompetenzen“ (VARWICK 2004, S. 86) eingeleitet. Wobei nicht zwangsläufig das Ziel besteht, die Nationalstaaten in einer europäischen Instanz (supranationale Föderation), wie der EU, aufgehen zu lassen, sondern die Union sollte eine Ergänzungsfunktion mit weit reichenden Kompetenzen wahrnehmen. Hier besteht ein wesentlicher Unterschied zur Russländischen Föderation, der zu einigen Fehleinschätzungen und Missverständnissen, insbesondere auf russländischer regionaler Ebene, führen kann, auf die im Analysekapitel (Seite 156f) näher eingegangen werden wird.

[...] [.]the largely economic evolution of the Common Market into the European Community in the 1970s and 1980s and now into the more politically inspired European Union was bound up with a much more complex and halting entanglement of social, cultural and political as well as economic restructurings.“
(SMITH 1995, S. 59)

EUROPÄISCHE UNION			
Szenarien der Integrationsentwicklung			
	Staatswerdungs-Szenario	Erosions-Szenario	Muddling-through-Szenario
Organisationsform	starke Gemeinschaftsinstitutionen	schwache Gemeinschaftsinstitutionen	Gemeinschaftsorganisationen unter der Kontrolle der Mitgliedstaaten mit Autonomie in Teilbereichen
Problemlösungsfähigkeit	vergleichsweise hoch	vergleichsweise gering	unterschiedlich
Konsequenzen	Europa als Friedenszone mit Gestaltungskraft auch nach außen	Rückkehr alter Rivalitäten unter den europäischen Staaten Renationalisierung: Europa als Instabilitätsraum	komplizierte, mit sich selbst beschäftigte EU, die sowohl Zerfalls-, als auch Stabilisierungspotenzial hat

Tabelle 7: Mögliche Szenarien der Integrationsentwicklung der Europäischen Union.
Quelle: VARWICK 2004, S. 93

Mit der Erweiterung der Union auf 25 Mitglieder 2004 und dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens Anfang 2007 wird die Interessenvielfalt der Mitglieder weiter zunehmen und die Integrationsfähigkeit der EU auf eine harte Belastungsprobe gestellt²¹. Einerseits hat die europäische Ebene staatsähnliche Kompetenzen, andererseits wird ihr gleichzeitig von den Mitgliedstaaten die Staatsqualität abgesprochen. Neue und vor allem flexiblere Formen der Integration sind unausweichlich, wenn die Union ihre Handlungsfähigkeit behalten will. Dabei werden unterschiedliche Szenarien der möglichen Entwicklung der EU diskutiert. Diese reichen von der Staatswerdung, bis hin zu einem

²¹ Ein wirtschaftlicher Aspekt soll dieses illustrieren: Das Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftstandards der Mitgliedstaaten 2004 lag zwischen 43% (Lettland) und 227% (Luxemburg: Grenzgänger) des EU-25-Durchschnitts (Quelle: EUROSTAT 2005)

Szenario des „Durchwurstelns“ (siehe Tabelle 7 oben). Innerhalb der Mitgliedstaaten sind aus heutiger Sicht derzeit keine einheitliche Strategie und kein einheitliches Ziel bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung der EU erkennbar. Der Diskurs über die EU-Verfassung ist ein eindrückliches Beispiel für die unterschiedlichen Ziele, Ansprüche und Erwartungen der einzelnen Mitgliedstaaten an die Europäische Union.

Aus heutiger Sicht ist die Union vor allem ein starker internationaler ökonomischer Akteur und weniger ein politischer, obwohl sie zum zurzeit einzigen großflächigen Ordnungsraum in Europa geworden ist. Sie ist einerseits eine internationale Organisation, die durch die Aktivitäten ihrer Mitgliedstaaten bestimmt wird, andererseits hat sie sich immer mehr zu einem regulierend eingreifenden politischen System mit einer sich vergrößernden institutionelle Eigendynamik für ihre Mitglieder entwickelt (VARWICK 2004, S. 84). Dabei sind die institutionellen Strukturen, Funktionsweisen und Legitimationsgrundlagen der Union sehr komplex und unterschiedlich. Es gibt bei unterschiedlichen Politikfeldern unterschiedliche hierarchische Strukturen (Entscheidungskompetenzen) zwischen den Gemeinschaftsorganen und den Mitgliedsstaaten. In einigen Politikfeldern werden Maßnahmen auf der nationalen Ebene beschlossen, wobei die Politik an gemeinsamen Zielen ausgerichtet wird, oder es werden Maßnahmen europäisch beschlossen, wobei die formale Entscheidungskompetenz weiterhin bei den Nationalstaaten liegt. Bei anderen Politikfeldern (z. B. Geldpolitik) haben die einzelnen Nationalstaaten nur noch begrenztes Mitwirkungsrecht, hier liegen die Entscheidungskompetenzen weitgehend bei der EU.

Die EU wird einerseits auf globaler Ebene als Einheit und Akteur wahrgenommen, als großer bedeutender Wirtschaftsblock und auch als kulturelle Einheit (Europa als Kulturraum), andererseits wird die Vielschichtigkeit, die starke Subsidiarität und dadurch bedingte Komplexität insbesondere von russländischer Seite zunehmend als Schwäche empfunden und der EU wird ein Übermaß an Bürokratismus und Schwerfälligkeit in ihren Entscheidungsstrukturen unterstellt (siehe S. 147f). Im Folgenden soll auf die Beziehungen, die Intensität, die Instrumente und Ziele der Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation mit regionalem Bezug näher eingegangen werden.

Den wichtigsten außenpolitischen Eckpfeiler für die Beziehungen zwischen der Russländischen Föderation und der Union bildet die strategische Partnerschaft²² (siehe S. 60f), die sich auf insgesamt vier bilaterale Abkommen und unilaterale Politiken und Strategien, die die Ausgestaltung der Beziehungen betreffen, stützt. Bereits 1991 wurde das erste umfassende bilaterale Abkommen zwischen der RF und der EU im Bereich des TACIS-Programms²³ zur Unterstützung der Systemtransformation und wirtschaftlichen Stabilisierung geschlossen.

²² http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm, Zugriff: 04.10.2006

²³ TACIS=Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States

Das bei weitem wichtigste bilaterale Abkommen ist das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit (PCA Partnership and Cooperation Agreement) zwischen der EU und der RF aus dem Jahr 1997²⁴. Die wichtigsten unilateralen Dokumente sind zum einen die offizielle „*Mittelfristige Strategie der RF in Bezug auf die EU (2000-2010)*“ sowie die „*Gemeinsame Strategie der EU in Bezug auf Russland*“, beide aus dem Jahr 1999 und ab 2007, als Ersatz für die TACIS-Programme, die Nachbarschaftspolitik der EU.

Im Folgenden soll auf die einzelnen Vertragswerke kurz eingegangen werden, da sie die Position der Zentren zu einander und gegenüber den Untersuchungsgebieten widerspiegeln. Vorab wird kurz die Europäische Union als supranationaler Akteur, unter besonderer Berücksichtigung des russländischen Kontextes vorgestellt. Die Russländische Föderation wird ab Seite 75ff ausführlicher dargestellt.

5.3 „Russland“ und „Europa“: Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1997

„Auf beiden Seiten der künftigen EU-Grenze muss ein günstiges Wirtschaftsklima geschaffen werden, unter anderem durch Umsetzung von Wirtschaftsreformen in der Russischen Föderation und russische Anstrengungen zur Einbindung des Landes in die internationale Wirtschaft (durch Beitritt zur WTO) und der EU-Wirtschaft (durch die Initiative für den Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum).“
(aus dem zweiten Aktionsplan für die Nördliche Dimension 2004-2006, S. 2)

Das bisher bedeutendste Abkommen zwischen der RF und der EU ist das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit (*PCA Partnership and Cooperation Agreement*), das bereits 1994 unterzeichnet wurde und 1997 in Kraft getreten ist (Beschluss 97/800/EG, vom 30. Oktober 1997). Es regelt die rechtlichen Grundlagen für die Kooperation, ist auf zehn Jahre ausgelegt und läuft somit offiziell 2007 aus. Zurzeit wird gemeinsam an einem Nachfolgedokument gearbeitet. Das Abkommen basiert auf der Anerkennung der demokratischen Grundwerte, der Beachtung der Menschenrechte und den Prinzipien der freien und sozialen Marktwirtschaft. Die definierten Maßnahmen umfassen eine Vielzahl von Politik- und Handlungsfeldern in den Bereichen Handel und Dienstleistung, Wirtschaft und Investitionen, Wissenschaft und Technologie, Bildung und Weiterbildung, Energie, Kooperation im Bereich von Nukleartechnologie und Raumfahrt, Umwelt, Transport und Logistik, Kultur und Kriminalitätsbekämpfung. Im Zuge der EU-Erweiterung 2004 wurde das PCA auch auf die zehn neuen Mitglieder ausgedehnt. Das zurzeit noch geltende Abkommen definiert die gemeinsamen Ziele,

²⁴ http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=Decision&an_doc=1997&nu_doc=800, Zugriff: 03.10.2006
<http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r17002.htm>, Zugriff 13.11.2006

den institutionellen Rahmen und regelt die Kooperation auf Ebene der EU aber auch auf Ebene der Mitglieder der EU mit der RF. Die Ziele dieser Partnerschaft sind die Bereitstellung eines geeigneten Rahmens für den politischen Dialog, die Unterstützung der Bemühungen der RF zur Konsolidierung ihrer Demokratie und Entwicklung ihrer Wirtschaft, die Begleitung ihres Übergangs zur Marktwirtschaft und die Förderung von Handel und Investitionen. Das Abkommen soll eine Grundlage für die Kooperation in den Bereichen Gesetzgebung, Wirtschaft, Soziales, Finanzen, zivile Wissenschaft und Technik sowie Kultur bilden und regelt die grundlegenden Beziehungen auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Die Umsetzung des PCA insbesondere in Handelsfragen erwies sich als schwierig. Beispielsweise im Bereich von Schutzzöllen und Auflagen für die Einfuhr von Gütern aus der RF in die EU konnte keine adäquate Lösung gefunden werden. Ein wichtiges hochgestecktes Ziel des Abkommens war die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes mit dem Ziel einer gemeinsamen Freihandelszone, das zurzeit aber in weite Ferne gerückt zu sein scheint.

Bereits seit der Erarbeitung des PCA Mitte der 1990er Jahre wird das Abkommen verändert und angepasst (MADE 2004, S. 9f). Mehrfach mussten die Ziele neu definiert und teilweise revidiert werden. Im Jahr 2004 wurden, neben dem gemeinsamen Wirtschaftsraum, drei weitere so genannte „*Gemeinsame Räume*“ (*common spaces*) definiert. Damit besteht die Vision von „*der Wohngemeinschaft*“ der EU und der RF im gemeinsamen Haus Europa aus vier Räumen: 1.) dem Raum für Wirtschaft, 2.) dem Raum für Freiheit, Sicherheit und Justiz, 3.) dem Raum für Kooperation in Bezug auf die äußere Sicherheit sowie 4.) dem Raum für Forschung, Bildung und Kultur. Wobei zurzeit unter der Vision der gemeinsamen Räume weniger freier Transfer verstanden wird, sondern in erster Linie ein gemeinschaftlich erarbeiteter Rechtsrahmen, der den Austausch und die Beziehungen in den einzelnen Räumen regelt. Von einer „*Wohngemeinschaft*“ mit „*Gemeinschaftsräumen*“ sind die beiden Partner noch weit entfernt.

5.4 Die Europäische Union und „*Russland*“: „*Die Gemeinsame Strategie der EU für Russland*“

„Ein stabiles, demokratisches und prosperierendes Russland, das fest in einem geeinten Europa ohne neue Trennungslinien verankert ist, ist essentiell für einen dauerhaften Frieden auf dem Kontinent.“

(aus der „*Gemeinsamen Strategie der EU für Russland*“ 1999, S. 1²⁵)

Gute nachbarschaftliche Beziehungen zur Föderation sind von entscheidender Bedeutung für die EU als Wirtschafts- und Ordnungsraum nach innen und außen und zunehmend für die Außenpolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten auf der globalen Ebene.

²⁵ http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/com_strat/russia_99.pdf, Zugriff: 04.10.2006

ne. Im Jahr 1999 nahm der Europäische Rat, unter der deutschen Ratspräsidentschaft, die „*Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Russland*“, in der wichtige Ziele, Instrumente und Mittel sowie Aktionsbereiche im Einklang mit dem PCA formuliert wurden, an.

Die EU macht in ihrer Strategie erneut deutlich, dass, aus ihrer Sicht, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz sowie eine integrierte Bürgergesellschaft wesentliche Voraussetzungen für eine stabile und prosperierende Russländische Föderation sind und es diese Aspekte gezielt zu fördern gilt. Damit definiert die Union wesentliche Kriterien für eine zukünftige Kooperation, die sich von den Kriterien, die von der Föderation definiert wurden, in grundlegenden Punkten unterscheiden (vgl. S. 68ff).

In der Strategie der EU werden die Ziele und Angebote zur Unterstützung der Transformation des Landes zu einer demokratischen Marktwirtschaft definiert und die Motive der Union für eine Zusammenarbeit dargelegt. Diese Motive für eine engere Kooperation mit der Russländischen Föderation (RF) sind mehrdimensional. Sie umfassen 1.) ökonomische, 2.) sicherheitspolitische und 3.) ökologische Interessen. Erklärtes langfristiges Ziel der Strategie ist die Integration der RF in einen gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum, wie es bereits im PCA formuliert wurde. Dabei wird davon ausgegangen, dass die RF und die EU das „*gemeinsame Erbe europäischer Zivilisationen mit verbindenden Werten*“ in sich tragen (Gemeinsame Strategie der EU für Russland, S. 1²⁶) und dieses Erbe eine „*fruchtbare Basis*“ für eine enge Kooperation bildet.

5.4.1 Freundschaftsringe[n]: „Europas“ Strategien für „Russland“

*„Die EU betreibt keinen 'Regimewechsel'.
Sie hilft mit ihrer 'Soft Power' beim Systemwechsel.“
(FERRERO-WALDNER 2006, S. 8²⁷)*

Der Europäische Rat bestätigte Ende 2002, dass die Union die sich durch die Erweiterung 2004 bietende Chance nutzen sollte, die Beziehungen zu ihren neuen Nachbarstaaten auf der Grundlage gemeinsamer Werte (siehe EU-Charta der Grundrechte²⁸) auszubauen. Dabei sollte vor allem der möglichen Desintegration und wirtschaftlichen Destabilisierung einiger Nachbarländer der EU auch durch zunehmende Disparitäten gegenüber den EU-Mitgliedern, vorgebeugt werden. Hierzu soll in der Tradition des auslaufenden TACIS Programmes für die Transformationsländer des östlichen Europas ein Instrument der Stabilität und Prosperität für alle Nachbarländer der Union mit

²⁶ http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/com_strat/russia_99.pdf, Zugriff: 04.10.2006

²⁷ B. FERRERO-WALDNER am 26.1.2006 in ihrer Rede „Quo vadis Europa? Die EU im Zeitalter der Globalisierung“ in Salzburg. Online auf: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/43&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>. Zugriff: 10.11.2006

²⁸ Online auf: http://www.europarl.europa.eu/charter/default_de.htm. Zugriff: 14.11.2006

dem Ziel der Integration ohne Assoziation ins Leben gerufen werden. Die neue Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) soll, dank privilegierter Beziehungen, der direkten Nachbarländern, d. h. Ländern, die mit der EU eine Meeres- oder Landgrenze teilen, zu Wohlstand und Stabilität jenseits der Grenzen der EU verhelfen und so einen „*Ring von Freunden*“ um die Europäische Union schaffen. Dies gilt sowohl für den südlichen und östlichen Mittelmeerraum, den Schwarzmeerraum bis in den Kaukasus, als auch für die direkten Nachbarn im Osten Europas. Aus russländischer Perspektive könnte man von einem neuen „*Nahen Ausland*“²⁹ der Europäischen Union sprechen.

Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) legen die Union und die Partnerländer gemeinsame Prioritäten fest und nehmen diese in gemeinsam erarbeitete Aktionspläne auf. Die Prioritäten der mit den Partnern im Rahmen der ENP zu vereinbarenden bilateralen Aktionspläne konzentrieren sich auf zwei wesentliche Handlungsfelder: Erstens die gemeinsamen Werte, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Achtung der Menschenrechte und die Außen- und Sicherheitspolitik sowie zweitens Maßnahmen zur Annäherung in den Bereichen Wirtschaft und soziale Entwicklung, Handel und Binnenmarkt, Justiz und Inneres. Die ENP wird im Rahmen der geltenden Verträge und Abkommen und der bestehenden Gremien umgesetzt. Eine weitere Komponente der ENP besteht darin, Nachbarn miteinander zu vernetzen. Dies gilt sowohl im Bereich der technischen Infrastruktur, als auch im Bereich der Kommunikation und Kooperation.

Obwohl die Russländische Föderation ein direkter und vor allem der größte Nachbar der EU ist, war sie bis 2006 nicht Teil der ENP. Erst mit der Neufassung des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrumentes Ende 2006 ist sie als Partnerland aufgeführt (AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION vom 9.11.2006, S. 3³⁰). Zukünftig werden Projekte im Rahmen der strategischen Partnerschaft oder der Nördlichen Dimension (siehe S. 71f) als Ersatz der TACIS-Programme auch mit Mitteln aus dem ENP gefördert werden können. Damit könnten sich in den kommenden Jahren auf interregionaler Ebene neue Initiativen auf der Basis der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der RF entwickeln, die sich vor allem mit den interregionalen Aspekten befassen und thematisch auf bestimmte Handlungsfelder fokussiert sind. Diese neue Qualität der interregionalen Zusammenarbeit setzt aber von russländischer Seite eine Kompetenzverlagerung auf die regionale Ebene voraus.

Zurzeit befindet sich die Europäische Nachbarschaftspolitik und das neue Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENPI) in der Ratifizierungsphase durch die Mitgliedstaaten und die Nachbarländer, die sie umfassen soll. Sie wird aller Voraussicht nach 2007/08 im östlichen Europa das TACIS Programm ablösen.

²⁹ In der RF wird im allgemeinen zwischen dem „*Nahen Ausland*“, d. h. den 14 ehemaligen Unionsrepubliken der Sowjetunion und dem „*Fernen Ausland*“ unterschieden. Der Ausdruck „*Nahes Ausland*“ soll die Verbundenheit der RF mit diesen Staaten und auch ihren Hegemonialanspruch verdeutlichen.

³⁰ http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/oj_l310_de.pdf, Zugriff: 13.11.2006

5.5 Die Russländische Föderation und die Europäische Union: Die mittelfristige Strategie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der RF und der EU

The Russian Federation views the EU as one of its main political and economic partners and will strive to develop with it an intensive, stable and long-term co-operation devoid of expediency fluctuations."

(AUßENPOLITISCHES KONZEPT DER
RUSSLÄNDISCHEN FÖDERATION 2000, S. 5)

Das Gegenstück zur unilateralen Strategie der Union ist die „*strategija razvitija otnošenij Rossii s ES na srednesročnuju perspektivu (2000-2010)*“, d. h. die „*Mittelfristige Strategie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russländischen Föderation und der Europäischen Union*“ der Föderation³¹. Sie wurde ebenfalls 1999 kurz nach der Gemeinsamen Strategie der EU verabschiedet und beinhaltet die Position der RF bezüglich der Intensität der Kooperation. Sie kann sozusagen als „Antwort“ auf die gemeinsame Strategie der EU interpretiert werden. Die Strategie steckt die Grenzen der von russländischer Seite gewünschten Kooperation deutlich ab und ist im Gegensatz zur EU-Strategie, die vor allem idealistisch visionär und integrativ formuliert ist, pragmatisch, selbstbewusst und Russland (*Rossija*) fokussiert ausgerichtet. In ihr macht die Föderation deutlich, dass sie sich in ihrer Zusammenarbeit mit der EU auf gleicher Augenhöhe befindet. Sie definiert sich als eigenständiger Akteur mit eigener Einflussosphäre und Führungsansprüchen im Bereich der GUS. Die EU soll dieses anerkennen und der RF bei der Umsetzung dieses Anspruches behilflich sein. „*Die Entwicklung der Partnerschaft mit der EU sollte zu Russlands Rolle als führende Macht bei der Etablierung eines neuen Systems interstaatlicher politischer und ökonomischer Beziehungen im GUS-Raum beitragen*“ („[...] *razvite partnerstva s Evropejskim Sojuzom dolžno sodejstvovat' ukrepleniju Rossii v kačestve vedušej sily formirovanija novoj sistemy mešgosudarstvennyh političeskih i ékonomičeskih otnošenij na prostpanstve SNG.*“) (aus der *Mittelfristigen Strategie der RF, 1999 unter Punkt 1*). Damit wird deutlich, dass eigene Interessen und außenpolitische Einflussnahme Vorrang vor einer Integration haben. Die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit wird nur sehr oberflächlich thematisiert und es wird in der Strategie immer wieder auf die Notwendigkeit sektoraler Abkommen im Rahmen des PCA verwiesen. Wirtschaftliche Konsolidierung und Wachstum innerhalb der Föderation haben für die Russländische Regierung Priorität gegenüber den von der EU propagierten Werten (FISCHER 2006, S. 12).

In der Strategie wird unter dem ersten Punkt klargestellt, dass die Föderation für den Geltungszeitraum des Papiers keinen Beitritt oder eine Assoziation anstrebt, sondern die europäische Integration aus einer unabhängigen Position als „*Eurasischer Staat*“ („[...] *evroasiatskogo gosudartsva [...]*“) und „*Weltmacht auf zwei Kontinenten*“ („*Kak mirovaja deržava, raspoložennaja na dvuh kontinentah [...]*“; in Übereinstimmung mit ihren eigenen politischen Zielen, unterstützt. So wird die „*Wahrung der legitimen russi-*

³¹ online unter: http://www.delrus.cec.eu.int/ru/p_320.htm. Zugriff: 13.11.2006

schen Interessen bei der weiteren Erweiterung der EU [...]“ („obespečeniju zakonnyh interesov Rossii pri dal’nejšem rasširenii evropejskogo Sojuza [...]“) als Voraussetzung für die Zusammenarbeit formuliert. Es bestehen somit, in Bezug auf die Grundlagen der Kooperation, gravierende Unterschiede zwischen den beiden unilateralen Dokumenten.

Diese spielen aber im „*tagespolitischen Geschäft*“ der Zusammenarbeit aus pragmatischen Gründen nur eine untergeordnete Rolle. Sie machen aber die beiden unterschiedlichen Perspektiven und Standpunkte der beiden Partner deutlich und lassen einige Entscheidungen und Handlungen im Kontext der regionalen Ebene verständlicher erscheinen.

5.6 Von der transnationalen Kooperation zur interregionalen Zusammenarbeit im nordöstlichen Europa

Bisher wurden in erster Linie die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen der Russländischen Föderation und der Europäischen Union auf transnationaler Ebene dargestellt. Am Beispiel der wichtigsten interregionalen Kooperationsforen im nordöstlichen Europa und der Nördlichen Dimension der Europäischen Union, wird im folgenden Unterkapitel die interregionale Ebene der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union, bzw. „westlicher Länder“ und der Föderation mit Bezug auf die gewählten Fallstudien „Kaliningrad“ und „Murmansk“ beleuchtet. Sie sind die Foren in denen die jeweiligen vorgestellten Dokumente und Strategien mit Leben gefüllt werden.

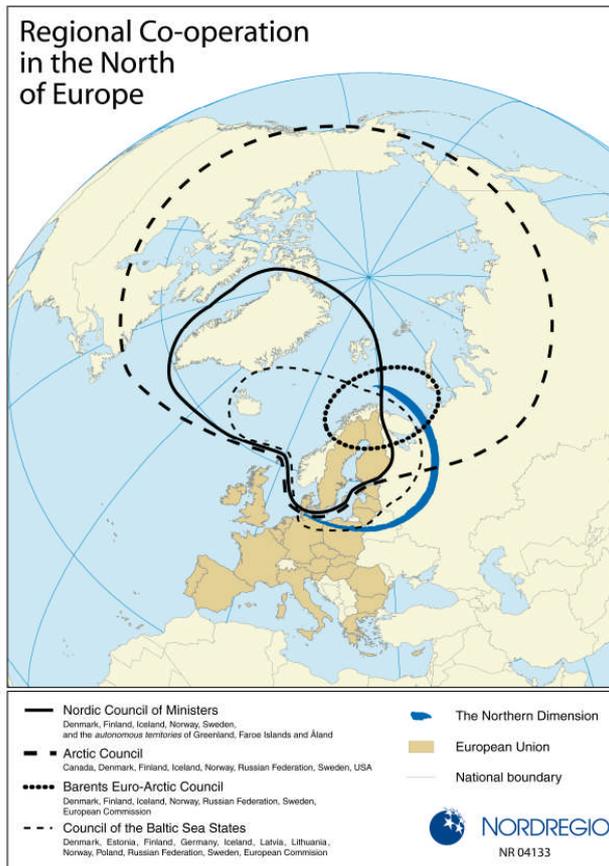
5.6.1 Kooperationsforen

Die wichtigsten multilateralen Foren der Kooperation zwischen der EU und der RF mit regionalen Bezug im Bereich der intergouvernementalen und multilateralen Zusammenarbeit sind der Ostseerat (CBSS), der Nordische Ministerrat, der Barentsrat (BEAC) und der Arktische Rat (siehe Karte 4 auf der nachfolgenden Seite).

Der Ostseerat setzt sich aus den Außenministern der Ostseeanrainerstaaten (Dänemark, Schweden, Finnland, Russland, Estland, Litauen, Lettland, Polen und Deutschland) sowie Norwegen und Island, aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Nordischen Rat, und der Europäischen Kommission zusammen. Er tagt jährlich und der Vorsitz wechselt periodisch. In ihm werden seit 1991 vor allem Fragen jenseits militärischer sicherheitspolitischer Probleme und Risiken erörtert, die den Ostseeraum betreffen (z. B. Umweltfragen oder Kriminalität) und er bietet somit ein Forum in dem die problematischen Sicherheitsfragen ausgeklammert werden können, um in anderen weniger sensiblen Handlungsfeldern kooperieren zu können.

Bei der Bewahrung und dem Schutz der Umwelt in der Arktis spielt der Arktische Rat die Hauptrolle. Er umfasst die acht arktischen Staaten Dänemark (Grönland), Finnland, Island, Kanada, Norwegen, die Russländische Föderation, die USA sowie Repräsentanten der arktischen Urvölker. Seine wichtigste Aufgabe besteht darin, verpflichtende

regionale Kooperationsprogramme für die vier prioritären Aktionsbereiche zu entwickeln: Naturschutz/ Schutz der Kulturdenkmäler, Schutz der marinen Ökosysteme, Überwachung der Umwelt und Zusammenarbeit zur Bewältigung von Umweltunfällen. Dabei stehen die Interessen der Ureinwohner und die Teilhabe der ortsansässigen Bevölkerung an sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung bei gleichzeitiger Erhaltung der Umwelt im Vordergrund.



Karte 4: Regionale Kooperationsräume im Norden.
Quelle: Nordregio 2006³²

Der Nordische Rat setzte sich ursprünglich aus Vertretern der skandinavischen Länder Dänemark, Island, Norwegen und Schweden zusammen. 1956 trat Finnland bei. Obwohl die Beschlüsse des Rates nicht bindend sind, folgen die Regierungen der Mitgliedsstaaten in der Regel den Empfehlungen des Nordischen Rates. Die Zusammenarbeit umfasst alle politischen Bereiche auf kultureller, sozialer, ökonomischer und gesetzgebender Ebene. Er bildet die stabile Säule aller anderen Kooperationsforen.

1993 begann die multilaterale Zusammenarbeit in der Barentssee Region (BEAR) und der Barentsrat wurde, analog zum Ostseerat, gegründet. Basierend auf einem Vertrag zwischen den skandinavischen Län-

dern, Finnland, der RF und der Kommission werden auf interregionaler Ebene transnationale Projekte durchgeführt. Durch dieses Forum können die russländischen Bemühungen um demokratische Reformen, Umweltschutz und eine nachhaltige Entwicklung in den fünf russländischen Mitgliedsregionen, den Gebieten Murmansk und Arhangel'sk, den Republiken Karelien und Komi sowie dem Autonomen Gebiet der Nenzen, unterstützt werden.

Neben den hier vorgestellten Kooperationsforen auf nationaler und supranationaler Ebene gibt es eine Vielzahl von Kooperationsforen auf interregionaler Ebene. Als Beispiel seien die regionalen Ebenen der Ostsee- und der Barentskooperation genannt. Sowohl in der Ostseeraumkooperation, als auch in der Barentsregion gibt es neben dem Ministerrat einen regionalen Rat, der sich aus den offiziellen Vertretern der jeweiligen

³² NORDREGIO 2006 auf <http://www.nordregio.se/>

Mitgliedsregionen zusammensetzt. Diese zweigeteilte Organisationsstruktur ermöglicht einen effizienten Austausch zwischen der nationalen und supranationalen Ebene und der regionalen Ebene. Dieses Kooperationsmodell vereint Außen- und Sicherheitspolitik, traditionelle bilaterale und multilaterale Kooperation, ebenso wie transnationale Regionalentwicklung mit „*bottom up*“ Charakter.

5.6.2 Die nördliche Dimension der Europäischen Union

„The Northern Dimension is a potentially significant step by the EU to project mutual security and prosperity eastward, while at the same time promoting the integration of northwest Russia, including St. Petersburg and Kaliningrad, into various mutually reinforcing structures to the west.“
(PICKERING 2000³³)

Mit dem Beitritt Schwedens und Finnlands 1995, der sogenannten „*Norderweiterung*“, bekam die Europäische Union eine nördliche Dimension, die die Staatengemeinschaft vor neue Herausforderungen stellte. Zum einen erstreckte sich die Union nun weit über den nördlichen Polarkreis bis in die subarktische Klimazone mit großflächigen marginalen³⁴ Gebieten. Zum anderen bekam die EU mit dem Beitritt eine erste direkte Außengrenze zur Russländischen Föderation und der Ostseeraum stand nun deutlich mehr im Einfluss und Fokus der Union. In der Europäischen Union reagierte man auf die neuen Anforderungen u. a. mit der Erweiterung ihrer Förderkulisse um die Ziel-6 Förderkategorie³⁵ und der Initiative der „*Nördliche Dimension*“, die 1997 erstmalig diskutiert und unter der Ratspräsidentschaft Finnlands 1999 eingeführt wurde. Im Folgenden wird anhand einiger Punkte des Aktionsplanes exemplarisch auf die europäische grenzüberschreitende Entwicklungspolitik und Kooperation mit der Russländischen Föderation eingegangen.

„Die Nördliche Dimension [...] ist heute ein sichtbarer Beweis für eine wirksame regionale Zusammenarbeit, die insgesamt zum Wohlstand der Europäischen Union und der benachbarten Regionen beiträgt.“

(aus dem zweiten Aktionsplan für die Nördliche Dimension 2004-2006, S. 2)

Die „*Nördliche Dimension*“ ist eine Kooperationsinitiative der EU-Mitgliedstaaten, zu denen seit 2004 auch Estland, Lettland, Litauen und Polen gehören, mit den weiteren EEA³⁶ Staaten Island und Norwegen sowie der Russländischen Föderation und der

³³ Thomas R. PICKERING, Under Secretary of State for Political Affairs (USA) in einer Rede am 19. Oktober 2000 während der Konferenz über Ostsee Sicherheit und Kooperation.

http://www.state.gov/www/policy_remarks/2000/001019_pickering_bssc.html. Zugriff: 20.12.2005.

³⁴ unter marginal wird in diesem Kontext eine naturräumlichen Benachteiligung, d. h. am Rand der Ökumene befindlich, verstanden.

³⁵ Ziel-6 (1995-1999): Förderkategorie für Gebiete mit einer extrem niedrigen Bevölkerungsdichte. Siehe: http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/prord/guide/gui14_de.htm. Zugriff: 12.10.2006.

³⁶ EEA = European Economic Area (25 EU-Mitgliedstaaten, sowie Bulgarien, Island, Liechtenstein, Norwegen, Rumänien und die Türkei)

Europäischen Kommission. Sie bildet den gemeinsamen Rahmen zur Förderung der Kooperation. Getragen wird die Initiative von ihren Mitgliedern, wobei die EU eine Führungsrolle einnimmt. In sogenannten Aktionsplänen, zurzeit läuft gerade der zweite Aktionsplan (2004-2006), werden strategische Ziele, Prioritäten und konkrete Maßnahmen definiert, die dann auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene in Projekten umgesetzt werden können. Die Aktionspläne bilden somit den operativen Rahmen für die interregionale Zusammenarbeit. Finanziert werden die Projekte durch die jeweiligen Partner und die Förderinstrumente der EU (TACIS³⁷, INTERREG³⁸ und zukünftig auch über das ENPI)³⁹.

Im Jahr 2000 wurde der erste Aktionsplan, der von den Mitgliedern der Initiative erarbeitet wurde, mit dem Titel „*Action Plan for the Northern dimension in the external and cross-border policies of the European Union, 2001-2003*“⁴⁰ vom Europarat gebilligt. Neben Umweltfragen und nuklearer Sicherheit, Bekämpfung der internationalen Kriminalität, Energie, Gesundheit, Telekommunikation, Transport und Transit, Forschung, regionaler grenzüberschreitender Kooperation, Handel, Wirtschaftsförderung und -kooperation war Kaliningrad ein Schwerpunkt des ersten gemeinsamen Aktionsplanes. Nachdem der erste Plan 2003 ausgelaufen war, wurde der zweite Aktionsplan für den Zeitraum 2004-2006 angenommen und Ende 2002 bekräftigt.

Mit dem Beitritt Estland, Lettland, Litauens und Polens zur Europäischen Union hat die „*Nördliche Dimension*“ der Europäischen Union eine neue Qualität erhalten. Ihre Bedeutung innerhalb der EU hat sich durch die erweiterte EU-Außengrenze zur Russländischen Föderation und die besondere Situation des Gebietes Kaliningrad erhöht. Zur Vorbereitung auf die Herausforderung der Enklavenlage Kaliningrads wurden bereits vor dem Beitritt Polens und Litauens die Modernisierung der Grenzabfertigungsanlagen und die Errichtung weiterer Grenzübergänge massiv gefördert. Im zweiten Aktionsplan bilden das Gebiet Kaliningrad und die Arktische Region zwei besonders berücksichtigte Regionen. Sie sind „*zwei herausragende Beispiele für spezifische Regionen mit spezifischen Bedürfnissen*“ und erlangen als „*Querschnittsthemen*“ besondere Aufmerksamkeit (aus dem zweiten Aktionsplan für die nördliche Dimension 2004-2006, S. 14). Dabei wird bereits im ersten Satz ausdrücklich betont, das „*[f]ür die Entwicklung des russischen Kaliningrader Oblast' selbstverständlich die Russländische Föderation zuständig [ist]*“.

³⁷ Gemeinschaftsprogramm für technische Hilfe für die GUS

³⁸ Gemeinschaftsprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit der Regionen innerhalb der EU

³⁹ http://ec.europa.eu/comm/external_relations/north_dim/index.htm, Zugriff: 20.07.2006

⁴⁰ alle Dokumente können unter: http://ec.europa.eu/comm/external_relations/north_dim/doc/index.htm eingesehen werden (Stand: 24.07.2006)

5.7 Die RF und die EU zwischen nationalen Machtpolitiken und supranationaler Machtteilung

Das Ziel der europäischen Integration von einer nationalen Machtpolitik der souveränen Beherrschung des Raumes hin zu einer freiwilligen supranationalen Machtteilung zu gelangen, steht im Widerspruch mit der derzeitigen politischen Entwicklung in der Russländischen Föderation (vgl. EIMERMACHER 2004, S. 59, MOMMSEN 2004, S. 50ff, SAPPER 2004, S. 57f., TIMMERMANN 2001, S. 1038), die eine Rezentralisierung und Stärkung der föderalen Bürokratie zulasten demokratischer föderaler Strukturen betreibt. Die Schaffung der Voraussetzungen für eine Zivilgesellschaft in der Russländischen Föderation liegt noch in weiter Ferne (EIMERMACHER 2004, S. 61). Die Gründe hierfür sieht EIMERMACHER in der weiterhin fehlenden Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, Korruption, der eingeschränkten Pressefreiheit, beispielsweise in der Berichterstattung zum Tschetschenienkrieg, oder der politischen Verweigerung der Öffentlichkeit (der Anteil der Wähler beispielsweise bei den Regionalwahlen 2006, die „gegen Alle“ ankreuzen nimmt ständig zu⁴¹), die zu einem Vertrauensverlust in Exekutive und Legislative führen können (→ Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen der Befragungen ab S. 137ff).

Die vorangegangenen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass mit der Europäischen Union und der Russländischen Föderation zwei unterschiedliche politisch-kulturelle Visionen und Realitäten aufeinander treffen. Die neuere russländische Politik ist vor allem von traditionellem territorialem Denken in Kategorien wie Souveränität, Sicherheit, nationalen Interessen und Grenzen sowie hegemonialen Anflügen geprägt. Die Politik der EU ist dagegen geprägt vom Integrationsgedanken, von Freiheit und Toleranz, Subsidiarität und „*Entgrenzung*“. Auf der föderalen Ebene der RF stößt eine mögliche Ergänzung oder gar Überlagerung der heutigen russländischen Politikategorien durch die Bildung grenzübergreifender regionaler Netzwerke und lokaler Beziehungen zurzeit auf geringe Akzeptanz (vgl. TIMMERMANN 2001, S. 1038). Die Vision eines „*Europa der Regionen*“, in dem regionale Kooperation und grenzüberschreitende Vernetzung die Staatsgrenzen relativieren, wie es die Europäische Union anstrebt, wird von der heutigen russländischen Staatsführung nicht geteilt. Die horizontalen dezentralen Organisationsstrukturen der EU treffen auf die gestärkte russländische Machtvertikale (→ „*The Empire strikes back*“: Putins Rezentralisierung und Stärkung der föderalen Bürokratie, S. 88ff). Somit wird die zunehmende Einflussnahme der Europäischen Union auf die Interessenssphäre der RF auf der föderalen Ebene in Moskau sehr kritisch gesehen und nach Möglichkeit eingedämmt (vgl. Seite 68f). Eine Zusammenarbeit wird von russländischer Seite in erster Linie auf der internationalen Ebene angestrebt. Im Bereich der Interessenssphäre der RF, d. h. konkret der GUS Staaten, wird die EU eher als Konkurrent um Einfluss und Macht angesehen.

⁴¹ Bei den Regionalwahlen im Oktober 2006 fielen bis zu ca. sechs Prozent der abgegebenen Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 30-50 Prozent, auf „gegen Alle“. Quelle: RUSSLANDANALYSEN 115/06, S. 6, online auf: <http://www.russlandanalysen.de/content/media/russlandanalysen115.pdf>

„Nicht die Eingliederung in die westliche Wertegemeinschaft, sondern Realismus, Pragmatismus und Priorität für die Verteidigung der spezifischen nationalen Interessen Russlands sind die Leitlinien, an denen sich die internationalen Beziehungen Moskaus zukünftig orientieren werden.“

(TIMMERMANN, 2000, S. 5)

Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels in der erweiterten Europäischen Union und der Russländischen Föderation sowie der unterschiedlichen Wertesysteme, steht die europäische Russlandpolitik zwischen Integration, Assoziation und Kooperation vor großen Herausforderungen. Der „*Gasstreit*“⁴², zwischen der Föderation und der Ukraine, der im Winter 2005/2006 eskalierte und die Vision einer möglichen „*energiepolitischen Supermacht Russland*“ heraufbeschwört, die russländische Unterstützung des Regimes in Belarus und Transnistriens, die restriktive Gesetzgebung bezüglich Pressefreiheit und Nichtregierungsorganisationen und der zunehmende Autoritarismus in der RF zeigen, dass im Bereich der Werte und Normen zwischen dem „*Westen*“ und der RF gravierende Unterschiede existieren. Aus Sicht der EU beinhaltet eine strategische Partnerschaft auch einen gemeinsamen europäischen Wertekanon, den die EU mit Hilfe ihres Instrumentariums (Förderinitiativen, Förderfonds) transportieren und vor allem transferieren möchte. Eine strategische Partnerschaft im Sinne der EU erfordert, „*dass die Demokratie fördernden Ziele der EU von der Russländischen Föderation als Grundlage der Partnerschaft angesehen werden*“⁴³. Im Vordergrund der Kooperationsbestrebungen der Europäischen Union steht die Stärkung regionaler und lokaler Akteure. Voraussetzung für den Erfolg sind Demokratie, Pluralismus, Achtung der Menschenrechte, bürgerliche Freiheit, Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen sowie ein funktionierendes unabhängiges Rechtssystem (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2003, S. 7).

Auch hier treffen die unterschiedlichen politisch-kulturellen Visionen und Realitäten der Partner aufeinander. Für eine funktionierende strategische Partnerschaft wird von der Europäischen Union und ihren Mitgliedern ein Grundkonsens über Werte und Prinzipien bei der Gestaltung von Staat und Gesellschaft angestrebt. Vonseiten der Russländischen Föderation wird diese Grundlage für eine Zusammenarbeit als nicht notwendig erachtet (vgl. TIMMERMANN, 2000, S. 5f).

Für die regionale Ebene und die grenzüberschreitende Kooperation bedeutet die Politik der RF gegenüber der EU eine Beschränkung ihrer potenziellen Entwicklungsmöglichkeiten bzw. eine Beschneidung ihrer bisherigen liberalen Kooperationsmöglichkeiten. Auf diesen Aspekt wird im letzten Kapitel bei der Analyse der Faktoren einer Peripherisierung näher eingegangen (siehe Seite 170ff).

⁴² Aus unterschiedlichen ökonomischen (Beitritt zur WTO) und politischen (Westorientierung der Ukraine) Gründen hat das russländische Unternehmen Gazprom, die vorher tolerierte unrechtmäßige Entnahme von Erdgas aus der Transitsipeline nach Westeuropa durch die Ukraine genutzt, um in einer spektakulären Aktion den Transit von Erdgas durch die Ukraine zu stoppen.

⁴³ Worte des damaligen deutschen Außenministers J. FISCHER, Rede anlässlich des Deutsch-Russischen Forums in Berlin am 15.02.2000.

5.8 Die Russländische Föderation

Besonderheit, Genese, Aufbau



Foto 3: Russländischer Grenzpfahl an der norwegisch-russländischen Grenze mit dem doppelköpfigen zaristischen Adler als Staats-
emblem, 2005⁴⁴

Das folgende Kapitel widmet sich der Russländischen Föderation als Ganzes und dem föderalen Machtzentrum. Es werden vor allem die Motive des föderalen Zentrums als wichtigste Entscheidungsebene innerhalb der Russländischen Föderation für eine Peripherisierung dargestellt und somit die Sichtweise des Zentrums eingenommen.

Neben geschichtlichen und naturräumlichen Aspekten wird vor allem auf drei aktuelle und bedeutende Prozesse des Wandels eingegangen, die für die Zentrum-Peripherie Beziehungen innerhalb der Föderation von Bedeutung sind. Die drei wichtigen Bereiche, die identifiziert werden können, sind a) die politische Transformation, b) die ökonomische Transformation und c) die demographische Schrumpfung als Reaktion auf die erstgenannten Bereiche.

Um sich einer Nation, einem Land anzunähern, bieten die jeweiligen Staatssymbole, wie Fahne, Emblem (siehe Foto 3) oder Hymne einen guten ersten Einstieg zum Verständnis des Landes und seiner spezifischen Kultur. Aus diesem Grund soll mit einem dieser Staatssymbole, der Hymne, ein erster Zugang zur komplexen Thematik „Russländische Föderation“ gefunden werden.

*„Russland – unser geheiligtes Land, Russland – unser geliebtes Land,
gewaltige Freiheit und großer Ruhm sind dir zu Eigen für alle Zeiten!*

*Sei gepriesen, unser freies Vaterland, uralter Bund brüderlicher Völker,
von den Ahnen überlieferte tiefe Weisheit. Land, sei gepriesen! Wir sind stolz auf dich!*

*Von den südlichen Meeren bis zum Polargebiet erstrecken sich unsere Wälder und Felder.
Du bist einzig in der Welt! Du bist so einzig von Gott zu beschützendes Heimatland!“*
(1. und 2. Strophe sowie Refrain der Russländischen Nationalhymne)⁴⁵

Anhand der heutigen Hymne und ihrer spezifischen Entstehung werden einige Aspekte deutlich, die charakteristisch für dieses Land im Umbruch sind. Nach einigen vergeblichen Versuchen, eine neue Melodie, die an ein Lied aus der Zarenzeit erinnerte, und einen neuen Text zu etablieren, stimmte Anfang 1999 die russländische Staatsduma

⁴⁴ Es handelt sich hierbei um einen Pfahl mit einer Doppelnummer (den Nummern 171/172). Da sich die Grenze in der Mitte eines Flusses befindet und nur im Bereich von Inseln Pfähle aufgestellt werden können.

⁴⁵ Quelle: http://www.kremlin.ru/articles/state_insignia_00.shtml Zugriff: 12.11.2005

(Parlament) auf Antrag des damaligen Ministerpräsidenten und späteren Interimspräsidenten Vladimir Vladimirovič Putin für die Rückkehr zur Melodie der alten Sowjethymne. Im Jahr 2000 hat man sich auf einen neuen Text zu dieser Melodie geeinigt und Anfang 2001 wurden Melodie und Text zur offiziellen Nationalhymne erklärt (SCHERRER 2001, S. 25).

Die ersten beiden Strophen und der Refrain der Nationalhymne sollen die Einheit des Landes als „*uralter Bund brüderlicher Völker*“, als Staat und Heimat vieler Nationen verdeutlichen. Weiterhin wird die Größe des Landes, seine Weite thematisiert. Damit werden zwei wichtige Charakteristika der Föderation beschrieben, die für die vorliegende Arbeit nicht unbedeutend sind und als Hintergrund für die folgenden Überlegungen, nicht aber als Ursachen, verstanden werden sollen.

Die Russländische Föderation ist ein Vielvölkerstaat. Die Verfassung von 1993, die einen klaren Bruch zu ihrer sowjetischen Vorgängerin bildet, spricht vom „*multinationalen Volk*“ der Föderation als „*Träger der Souveränität und einzige Quelle der Macht*“ (Artikel 3 Absatz 1 der Verfassung⁴⁶). Die Volkszählung im Jahr 2002 registrierte über 160 Nationalitäten⁴⁷. Auch die Republiken, autonomen Bezirke sowie das Autonome Gebiet, die sich über die mehrheitlich dort lebenden Ethnien definieren (bspw. Republik Kabardino-Balkarien), spiegeln die Heterogenität und Multiethnizität der Föderation. Wobei festzuhalten gilt, dass sich fast achtzig Prozent der Bevölkerung bei der Volksabstimmung 2002 als ethnische Russen bezeichnet haben (BRADE, et. al. 2004, S. 11). Eine weitere Besonderheit in Bezug auf die Bevölkerung der Föderation ist die geringe Bindung von Teilen der Bevölkerung an ihren Wohnort. Dies gilt insbesondere für die peripheren Gebiete der Föderation. Geschuldet ist dieses Phänomen der besonderen sowjetischen Bevölkerungs- und Siedlungspolitik, auf die in den Betrachtungen der beiden Untersuchungsgebiete Kaliningrad und Murmansk ab Seite 100ff näher eingegangen werden wird.

Das zweite nicht zu unterschätzende Charakteristikum ist die Größe der Föderation. Sie ist mit ihrer West-Ost-Ausdehnung von ca. 9 000 km und ihrer bis zu 4 000 km betragenden Nord-Süd-Ausdehnung mit Abstand der flächengrößte Staat der Erde und umfasst elf Zeitzonen.

5.8.1 Kurzer länderkundlicher Abriss

Der überwiegende Teil des russländischen Territoriums liegt östlich des Urals und gehört zum asiatischen Kontinent. Etwa ein Viertel des Staatsgebietes erstreckt sich auf dem europäischen Kontinent. Das Land mit transkontinentalen Ausmaßen (STADELBAUER 2001, S. 10) weist eine Vielzahl an Landschaftsformen auf – von polaren Wüsten, Hochgebirgen und Steppen bis zu subtropisch geprägten Gebieten. Weite Teile Sibiriens und des Fernen Ostens sind vom Dauerfrostboden geprägt, der 47 Prozent

⁴⁶ Die Verfassung der Russländischen Föderation unter: <http://www.constitution.ru/de/index.htm>, Zugriff: 21.09.2005

⁴⁷ ROSSTAT 2004, weitere Informationen finden sich unter: <http://www.gks.ru/PEREPIS/perep2.htm>, Zugriff: 12.04.2005

der gesamten Landesfläche einnimmt und in den betroffenen Gebieten die ökonomische und infrastrukturelle Erschließung beeinträchtigt. Etwa fünfzig Prozent der Staatsfläche sind waldbedeckt. Größten Anteil hat der boreale Nadelwald, der knapp fünfzig Prozent Sibiriens und große Teile Nordwest-Russlands bedeckt. Weniger als ein Prozent sind Siedlungs- und Verkehrsflächen.

Die Föderation ist insbesondere im asiatischen Landesteil reich an natürlichen Ressourcen. Erdöl, Erdgas, Steinkohle, Eisenerz, Bunt- und Edelmetalle kommen in großem Umfang vor. Auf dem russländischen Territorium lagern gut ein Drittel der weltweit bekannten Erdgasreserven. Bei den Erdölreserven liegt das Land an siebter Stelle, wobei hier die Angaben aufgrund von unterschiedlichen Wirtschaftlichkeitsrechnungen sehr stark schwanken. Reich ist das Land auch an nichtmetallischen Bodenschätzen wie Kali- und Steinsalz, Apatit, Phosphoiten, Glimmer, Schwefel und Asbest. In der Republik Sacha (Jakutien) liegen zudem ausgedehnte Diamantfelder (vgl. ROSSISKOJE EKOLOGIČESKOJE FEDERALNOJE INFORMAZIONNOJE AGENSTVO 2003, INTERNATIONALES HANDBUCH – LÄNDER AKTUELL 2003, S. 9, STADELBAUER 2001, S. 10ff.).

Problematisch ist die räumliche Verteilung der fossilen organischen Energieträger, deren Förderung und Export maßgeblich zum heutigen russländischen Wirtschaftswachstum beiträgt. Große Entfernungen der Lagerstätten von den Zentren und ungünstige naturräumliche Bedingungen erfordern oftmals einen hohen Erschließungs- und Transportaufwand. Dieser Mehraufwand wurde zu sowjetischen Zeiten in Kauf genommen bzw. durch die Bereitstellung unentgeltlicher Arbeitskraft und mit menschenverachtenden Methoden (Zwangsarbeit, Arbeitslager) in Teilen ausgeglichen, stellte die ressourcenreichen Regionen aber in den Krisenjahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor enorme Herausforderungen, da die hohen Kosten nicht mehr durch das Staatssystem kompensiert wurden.



Foto 4: Trasse der Murmanbahn auf der Höhe von Mončegorsk im Gebiet Murmansk 2004

Ein effizientes Verkehrs- und Kommunikationsnetz ist von entscheidender Bedeutung für die ökonomische Entwicklung. Aus diesem Grund sind spätestens mit der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen die Entwicklung und der Zustand des Verkehrs- und Kommunikationsnetzes zu einem entscheidenden wirtschaftsfördernden bzw. –hemmenden Standortfaktor

geworden. Die oben genannten Rahmenbedingungen stellen die infrastrukturelle Erschließung des Landes vor große Herausforderungen. Regional unterschiedlich aus-

geprägte naturräumliche Ungunstfaktoren sowie politische und wirtschaftliche Erwägungen (→ Auswirkungen der Raum- und Regionalplanung in der Sowjetunion, S. 40ff) während der sowjetischen Ära führten zu einem in der Dichte und Qualität regional sehr unterschiedlich ausgebauten Verkehrsnetz. STADELBAUER wies 1996 darauf hin, „dass ein großer Teil räumlicher Strukturen und auch die meisten Probleme künftiger Raumentwicklung letztendlich ein Erbe der Sowjetzeit und –ihr vorausgehend- des Russischen Reiches darstellen.“ (STADELBAUER 1996, S. 2).

Zurzeit ist die gesamte Verkehrsinfrastruktur, insbesondere die schienengebundene, aufgrund von Instandhaltungsdefiziten und fehlender Modernisierung unzureichend und der Investitionsbedarf ist hoch. Das Straßennetz ist im zentralen europäischen Landesteil relativ dicht ausgebaut, aber von unterschiedlicher Qualität (vgl. Karte 2, Seite 40).

Der Zusammenbruch der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion) und der daraus resultierende Zerfall in fünfzehn unabhängige Staaten hatten direkte Auswirkungen auf das bestehende Fernverkehrsnetz. Fernverkehrsstraßen und transnationale Eisenbahnlinien verlaufen heute teilweise außerhalb des Landes, darunter beispielsweise auch die Trasse der wichtigsten West-Ost-Schienenverbindung, der Transsibirischen Eisenbahn, die zum Teil über kasachisches Gebiet führt. Ähnliche Probleme bereitet der durch den Zerfall eingeschränkte Zugang der Föderation zu den Weltmeeren. Über 55 Prozent der sowjetischen Seehäfen befinden sich außerhalb der Grenzen der heutigen Föderation, sodass ein bedeutender Teil russländischer Güter in Fremdhäfen umgeschlagen werden musste.

Nach Osten und Norden, in den dünn besiedelten Gebieten, nimmt die Dichte des Straßennetzes immer mehr ab. Einige Städte und Siedlungen in den nördlichen und fernöstlichen Regionen sind nur per Schiff oder im Winter über zugefrorene Flüsse oder per Flugzeug erreichbar und haben keinen ganzjährigen Zugang zur terrestrisch gebundenen Verkehrsinfrastruktur. Die Notwendigkeit des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur liegt auf der Hand, insbesondere, wenn das Land zum einen seine geopolitischen Vorteile als Ost-West-Drehscheibe, beispielsweise im schienengebundenen Verkehr, zwischen Ostasien und Europa als schnellere und kostengünstigere Alternative zum Seeweg nutzen möchte und zum anderen eine effiziente Erschließung und Vernetzung der Wirtschaftsräume anstrebt.

„Der 'tote Raum' ist ebenso wenig wie die 'Last der Kälte' allein auf die geographischen Gegebenheiten zurückzuführen, sondern bis zu einem gewissen Grade auch das Erbe der sowjetischen Politik, [...] Immense Transport-, Verteilungs- und Kommunikationskosten einerseits und übermäßige Heiz- und sonstige 'Betriebskosten' andererseits sind verantwortlich für die 'räumliche Ineffizienz', die einen permanenten Verlust an Wohlergehen mit sich bringt.“
(GÖTZ 2002, S. 11)

Größe, Transkontinentalität, Multiethnizität und Ressourcenreichtum haben, neben gesellschaftlichen und politischen Aspekten, auf die in den nächsten Abschnitten näher

eingegangen werden wird, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes geprägt und die regionale Verteilung der Bevölkerung und die sozioökonomischen Disparitäten stark beeinflusst bzw. verstärkt. Dabei kann festgestellt werden, dass es sehr große regionale Unterschiede sowohl in der Wirtschaftsstruktur, als auch in der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsdynamik innerhalb der Föderation gibt. Es gibt ein deutliches Gefälle zwischen dem europäischen und dem asiatischen Landesteil sowie weniger ausgeprägt ein Nord-Süd-Gefälle innerhalb der Föderation. Eine herausragende prosperierende Stellung nehmen die beiden Metropolen Moskau und St. Petersburg ein.

Auf der regionalen Maßstabsebene gibt es ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle. Die flächendeckende soziale und allgemeine Infrastruktur konnte in den 1990er Jahren im Zuge der Privatisierung und der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen nicht aufrecht erhalten werden. So kam es beispielsweise zu Wüstungserscheinungen in abgelegenen Randgebieten (vgl. GÖLER 2004, SÜNNEMANN 2000) der Ökumene.

Ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor, der vor allem in den beiden ausgewählten Untersuchungsgebieten zum Tragen kommt, ist die „*sowjetische Biographie*“ der meisten Bewohner in Bezug auf ihre Herkunft und Abstammung. In der Sowjetunion wurde eine Aufhebung der ethnischen Strukturen angestrebt. Dieses ließ sich ideologisch gut begründen und sicherte die Union gegen mögliche separatistische Tendenzen einiger ihrer Republiken ab. Der „*Sowjetmensch*“ berief sich nicht auf Nation oder Ethnie, sondern auf die kommunistische Ideologie und die kommunistische Partei. So war es politisch durchaus gewollt und geplant, dass innerhalb der Union eine starke staatlich forcierte Migration stattfand. Es entstanden typische sowjetische Familienbiographien, wie die Biographie eines Interviewpartners, hier stellvertretend für viele auch russländische Biographien die Seele einer sowjetischen Familiengeschichte illustrieren soll:

„Woher bin ich gekommen? Sie wissen, bei uns gab es ein Lied: « Meine Adresse ist nicht das Haus und nicht die Straße, meine Adresse ist die Sowjetunion ». Und da ich der Sohn eines Berufssoldaten bin, lebte ich an sechs verschiedenen Orten der Sowjetunion. Geboren bin ich in der Ukraine, zur Schule gegangen bin ich im Norden in Jakutsk, später weitergelernt habe ich in Transbaikalien. Die Schule beendet habe ich in Georgien. Meine Mutter stammt aus Sibirien, aus Transbaikalien, von den Kosaken, und der Vater ist ein Tatar aus dem Wolgagebiet.“ (KÖ)

In den folgenden Unterkapiteln wird auf die innerrussländischen Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie im Zuge der Transformation eingegangen. Dabei werden vor allem die politischen Zentralisierungs- bzw. Peripherisierungsprozesse, die sich durch die Auflösung der Sowjetunion und das dadurch freigewordene Machtvakuum möglich wurden, beschrieben. Die Auswirkungen, die sich auf der regionalen Ebene ergeben haben, werden im siebten Hauptkapitel an den konkreten Beispielen Kaliningrad und Murmansk thematisiert und analysiert.

5.8.2 Zwischen Regionalismus und Zentralismus: „Russlands“ Föderationsgefüge

Zum besseren Verständnis der zu untersuchenden Prozesse in den Gebieten wird es als sinnvoll erachtet, einen kurzen Blick auf die Strukturen der Sowjetunion und die Ereignisse der territorialen Neugliederung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu werfen. Dabei gilt es festzuhalten, dass der demokratische Transformationsprozess, der Mitte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts einsetzte, mehrdimensional (BUSYGINA 2004, S. 19) und bei weitem nicht abgeschlossen ist.

In den Strukturen, dem Staatsaufbau der Sowjetunion, liegt ein wichtiger Erklärungsansatz für die heutigen Zentrum-Peripherie Beziehungen innerhalb der Russländischen Föderation (GÖLER 2004, S. 20). Die sowjetische, politisch und ideologisch geprägte Raumplanung wirkt bis heute nach. Sowjetische Raumplanung war mehr oder weniger ein Instrument der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung im sozialistischen Sinne. In der sowjetischen Zeit wurden Wirtschaft und wirtschaftliche Planung nicht von Marktmechanismen sondern von der kommunistischen Parteipolitik bestimmt. Komparative Kostenvorteile traten gegenüber ideologischen und politischen Kriterien bei der Standortplanung in den Hintergrund. Transportkosten spielten nur eine untergeordnete Rolle. Insbesondere im sekundären Sektor hat sich eine nicht marktkonforme räumliche Standortverteilung und Produktion ergeben (MAURSETH 2001, S. 92). Zahlreiche räumliche Probleme, die die Föderation als Ganzes betreffen (Siedlungsplanung, Industriestandortplanung, Infrastrukturachsen, Zentralverwaltungswirtschaft aber auch ökologische Beanspruchung) und sich bis heute auf der regionalen Ebene auswirken, sind durch die sowjetische Politik und Planung entstanden (BRADE, et. al. 2004, S. 74, GÖTZ 2002, S. 11, ICKES, OFER 2005, S. 19, STADELBAUER 1996, S. 2, S. 40, S. 91). Die beiden ausgewählten Untersuchungsgebiete spiegeln dieses Phänomen in besonderer Weise, beispielsweise das Gebiet Murmansk mit seinen monoindustrialisierten Städten mit großen Kombinat oder die fischverarbeitende Industrie und der militärisch-industrielle Komplex im Gebiet Kaliningrad.

Ein wichtiger Aspekt der heutigen Beziehungen zwischen der Zentralmacht, der föderalen Exekutive und den Subjekten der Föderation war und ist die Verteilung von Macht und Entscheidungskompetenz im Land. Hier hat sich ein sehr dynamischer Prozess der Machtverlagerung zwischen Zentrum und Peripherie im Sinne der Transformation vollzogen. Nach einer zeitweise turbulenten Phase der Dezentralisierung, die vor allem in den 1990er Jahren ablief und einmalig in der russischen Geschichte ist, sind die ersten Jahre des neuen Jahrtausends von einer Rezentralisierung geprägt. Welche Auslöser und Faktoren zum Dezentralisierungsprozess der 1990er Jahre und der anschließenden Rezentralisierung geführt haben und welche Rolle die Zentralmacht und die Subjekte jeweils spielten und wie die jeweiligen Prozesse orientiert waren („*bottom up*“ oder „*top down*“) soll im Folgenden diskutiert werden. Dabei ist es notwendig bei den Strukturen der Sowjetunion anzusetzen, denn erstens wurde schon Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts mit den Reformbemühungen Gorbatschows ein Dezentralisierungsprozess eingeleitet und zweitens sind die Strukturen und die Macht-

verteilung in der Sowjetunion und die Auflösung der Sowjetunion wichtige Determinanten für die Veränderung in den Zentrum-Peripherie Beziehungen innerhalb der heutigen Föderation.

5.8.3 Von der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zur Russländischen Föderation



Foto 5: Denkmal in der Stadt Zapoljarnyj (Gebiet Murmansk). 1999 zum Zeitpunkt der Aufnahme frisch gestrichen und gepflegt, aber inzwischen demontiert.

Foto: W. KÖNIG 1999

Die Sowjetunion, in der für Jahrzehnte und in der Tradition des imperialen Russlands Moskau das Machtzentrum in einer hierarchischen „top down“ Administration war (vgl. NICHOLSON 2003, S. 4ff, FROBARTH 2001, S. 92f.), zerfiel Anfang der 1990er Jahre. Es war der Höhepunkt eines Prozesses, der in den 1980er Jahren seinen Anfang nahm (KLÜTER

1992, S. 35) und dessen Auswirkungen bis heute spürbar sind.

Die Transformation kommunistischer Systeme unterscheidet sich von der Transformation anderer Volkswirtschaften maßgeblich. Der Übergang von einer plan- zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung verlief in den meisten unabhängigen Staaten nicht linear sondern bruchhaft und teilweise schockartig. Die Sowjetunion war ein ideologisches Konstrukt und mit dem Scheitern der Ideologie verlor sie ihre Stabilität und Legitimation. Die Kommunistische Partei (KPdSU)⁴⁸, das Gerüst der Union, über Ethnien, territoriale Grenzen und schwelende Konflikte hinweg, verlor ihre uneingeschränkte Macht als Staatspartei. Zentrifugale Kräfte wurden freigesetzt, die zu einer Dezentralisierung der Macht und zu einer Stärkung der Regionen gegenüber dem Zentrum führten. Mit der so genannten „Parade der Souveränität“, die vor allem ethnisch und nationalstaatlich motiviert war, setzte Anfang der 1990er Jahre eine Welle der Unabhängigkeiten und Staatsgründungen ein (bspw. Baltische Staaten, Weißrussland, Ukraine, Moldawien oder Kasachstan). Die ehemalige Russländische Sozialistische Föderative Sow-

⁴⁸ Die Sowjetunion basierte auf einem hochgradig zentralisierten politischen System. Die Macht beruhte auf der Fusion von Kommunistischer Partei und Staat, und die Partei hielt gleichermaßen die Kontrolle über die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (BOHLE 2002, S. 52).

jetrepublik (RSFSR), die größte Sowjetrepublik, erklärte am 12. Juni 1990 ihre Souveränität und wurde zur Russländischen Föderation und 1991 nach der Auflösung der UdSSR wurde sie zu deren Rechtsnachfolger. Aber auch einige der Republiken innerhalb der RSFSR, wie beispielsweise die Karelische ASSR erklärten zeitweise formal ihre Unabhängigkeit (BLAKKISRUD 2001, S. 63).

In der Souveränitätserklärung der Russländischen Föderation wurde im Gegensatz zur Sowjetunion, die Notwendigkeit anerkannt, „*die Rechte der zur Föderation gehörenden Republiken, autonomen Gebilde, Regionen und Gebiete wesentlich zu vergrößern*“ (FROBARTH 2001, S. 215). Erstmals setzte ein umfassender gesamtstaatlich legitimierter Dezentralisierungsprozess auf dem Territorium der RSFSR ein (BLAKKISRUD 2001, S. 61). Dabei werden unter Dezentralisierung die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Aktivitäten des Zentrums, aber auch der Peripherie verstanden, die zu größerer regionaler Autonomie innerhalb eines nicht in Frage gestellten Staatsgebildes führen. Dezentralisierungsprozesse werden von mehreren Faktoren beeinflusst. Neben historischen Aspekten spielen das politische System, inklusive des Wirtschaftssystems und kulturelle, gesellschaftliche Aspekte bzw. die regionale ethnische Zusammensetzung, eine wichtige Rolle. Für die Dezentralisierungsprozesse innerhalb der Russländischen Föderation sind aber auch ganz pragmatische und situationsbedingte Entscheidungen während des Auflösungsprozesses der Sowjetunion, vor allem das Machtvakuum und die fehlende Handlungsfähigkeit der föderalen Organe des Zentrums, von großer Bedeutung.

Nach der Souveränitätserklärung setzte sich der Prozess der Dezentralisierung innerhalb der Russländischen Föderation, die sich in ihrem territorialen Aufbau stark an den Strukturen der RSFSR orientierte (vgl. STADELBAUER 1996, S. 42f), fort. Die Initiative ging in erster Linie von den Vertretern der Regionen (Föderationssubjekten) aus, wobei Jelzin⁴⁹ die Ansprüche der Regionen, mit dem Slogan „*Nehmt sovjet Souveränität wie ihr könnt*“, unterstützte. Jelzin forcierte die Stärkung der Regionen in einer Art „*top down*“ Regionalismus, um die nun ausgehöhlt Sowjetunion endgültig zu entmachten (SMITH, 2003, S. 19) und sich die Regionsvertreter, insbesondere die Republikpräsidenten, gewogen zu halten (ŠEVCOVA 2001, S. 36, NICHOLSON 2003, S. 16f), da er innerhalb der Russländischen Föderation Konflikte vermeiden und das Auseinanderdriften der „*neuen Föderation*“ verhindern wollte. Den Vertretern der Regionen, bzw. der Subjekte der Föderation, ging es oftmals um die Verbesserung des Status ihrer Region in Bezug auf die Zentralmacht und innerhalb des Föderationsgefüges⁵⁰. Insbesondere die territorial-ethnischen Einheiten wollten anfangs und im Sinne des o. g. Jelzin Zitates, zu Republiken aufgewertet werden.

Neben dem Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie wurde oftmals auch ein intraregionaler Konflikt bzw. Wettbewerb ausgetragen, um sich möglichst viele Vorteile und eine verbesserte Position innerhalb des Föderationsgefüges zu sichern.

⁴⁹ Aus Gründen der Lesbarkeit und des Leseflusses wird in einigen ausgewählten Fällen von der Transkription abgesehen und die gängige deutsche Schreibweise benutzt.

⁵⁰ Auf diesen Aspekt wird im nächsten Kapitel ab S. 86ff näher eingegangen.

Begünstigt wurde die Dezentralisierung durch das Unvermögen des föderalen Zentrums in den Anfangsjahren seine Macht auszuüben, da die bisherigen Machtstrukturen auf den Strukturen der kommunistischen Partei beruhten. Sowohl die UdSSR, als auch die RSFSR waren formal föderativ organisiert, de facto waren es aber stark hierarchische, auf das Zentrum Moskau ausgerichtete Gebilde.

Zum ersten Mal in der Geschichte Russlands akzeptierten zentrale Autoritäten eine Machtverlagerung vom Zentrum in die Regionen. Die Schwäche des föderalen Zentrums führte zu einer Stärkung der Regionen und damit der bisherigen Peripherie. Die Peripherie, in den Krisenjahren weitgehend auf sich gestellt, begann sich verstärkt auf sich selbst zu besinnen. Dabei spielten neben ethnischen Faktoren (Titularnation) vor allem ökonomische Faktoren und hier vor allem die Kontrolle über Industriekomplexe und Bodenschätze in den jeweiligen Regionen eine entscheidende Rolle.

Es fand eine Machtverlagerung vom Zentrum auf kleinere, substaatliche Einheiten, den Subjekten⁵¹ statt (BLAKKISRUD 2001, S. 61, ETTNER 2005, S. 58, HERD, ALDIS 2003, Preface, SERGOUNIN 2003, S. 102ff). Diese Machtverlagerung lief je nach Region unterschiedlich stark und nachhaltig ab. Den Föderationssubjekten gelang es in unterschiedlichem Maße, ihre Macht gegenüber dem Zentrum zu erweitern. Insbesondere in den Anfangsjahren, bis 1993, zeichnete sich eine zunehmende Fragmentierung ab. Die ersten Jahre der Unabhängigkeit der Föderation bis 1993 waren von einer spontanen ad hoc Dezentralisierung gekennzeichnet (BLAKKISRUD 2001, S. 68). Der Hauptgrund lag im Zusammenbruch der sowjetischen Machtstrukturen und damit im Machtverlust des Zentrums. In einigen Subjekten wurde versucht, bessere Konditionen und Privilegien in Bezug auf den föderalen Finanzausgleich und die Steuergesetzgebung zu bekommen. Andere Subjekte erklärten sich zu Republiken, die damals noch größere Privilegien gegenüber den übrigen Subjekten der Föderation genossen. Diese Pseudo-Republiken, die insbesondere 1993 „wie Pilze“ überall innerhalb der Föderation aus dem Boden schossen, wurden aber von dieser nicht anerkannt und es bahnte sich ein Konflikt an, den die Föderalregierung im Laufe der Zeit durch Neuwahlen und Härte gegenüber der Opposition für sich entschied. Das Ergebnis der politischen und fast militärischen Auseinandersetzungen war die Verfassung der Russländischen Föderation, auf die vorab schon näher eingegangen wurde.

Neben den oben beschriebenen Prozessen fanden aber auch Versuche der Regionsbildung und Zusammenschlüsse auf mittlerer, interregionaler Ebene statt, die zwischen den damals regionalpolitisch schwachen Subjekten und den ehemaligen Wirtschafts-großregionen lagen. Anfang der 1990er Jahre bildeten sich sogenannte Assoziationen, deren Mitglieder sich gegenseitige Unterstützung und Kooperation zusicherten und sich zusammenschlossen, um gemeinsam die Interessen gegenüber dem föderalen Zentrum besser wahrzunehmen. Bekannt ist vor allem die Sibirische Assoziation mit ihren relativ starken und rohstoffreichen Mitgliedern. Auch im Nordwesten der Föderation

⁵¹ Die Russländische Föderation wird von 89 gleichberechtigten territorialen Einheiten „staatlichen Gebilden“, den so genannten Föderationssubjekten (*subjekty Rossiskoi Federazii*) gebildet, mehr dazu siehe S. 84.

tion schlossen sich die Subjekte zusammen. Die Republiken Karelien und Komi, die Gebiete Arhangel'sk, Vologda, Kaliningrad, Kirov, Leningrad, Murmansk, Novgorod und Pskov, der Autonome Bezirk der Nenzen und die Stadt St. Petersburg bildeten die Nordwestliche Assoziation (HØNNELAND, BLAKKISRUD 2001, S. 9). Aber auch die Assoziationen verloren schnell an Bedeutung und können als Experiment einer Regionalisierung von unten angesehen werden⁵². Nach der Verabschiedung der Verfassung 1993 traten die einzelnen Subjekte verstärkt auf der wirtschaftlichen und politischen Bühne auf.

Neben dem Status (Republik oder Region, Gebiet, bundesbedeutsame Stadt, autonomer Bezirk und autonomes Gebiet) spielten, trotz verfassungsrechtlich abgesicherter Gleichberechtigung, auch die Führungspersönlichkeiten in den Subjekten und die ökonomische Stellung der Subjekte eine wichtige Rolle. Es entstanden auf regionale Initiative hin interregionale Kooperationsvereinbarungen und Partnerschaften, regionale Tele-kommunikations- und Informationsnetze und es gab eigene Schritte im Bereich der Außenpolitik, wie zum Beispiel die Mitgliedschaft in transnationalen Kooperationsräumen (vgl. SERGOUNIN 2003, S. 115). Als Beispiel sei die Gründung der Barents Region 1993 erwähnt, in der die Gebiete Murmansk und Arhangel'sk mit dem Autonomen Bezirk der Nenzen sowie die Republik Karelien neben norwegischen, finnischen und schwedischen Regionen Mitglied sind oder diverse Städtepartnerschaften und Gebietspartnerschaften, wie beispielsweise die Partnerschaften zwischen dem Land Brandenburg und dem Gebiet Kaliningrad aus dem Jahr 1994 sowie die Partnerschaft Kaliningrads mit Schleswig-Holstein. Diese Machtaneignung in den Regionen geschah unter den wachsamen Augen der zentralen Machtstrukturen im föderalen Zentrum Moskau und wurde toleriert, solange sie sich stabilisierend auf die Regionen auswirkte. Mit der Rubelkrise 1998 und dem zunehmenden Machtverlust des Präsidenten Boris Jelzin nach 1996 (vgl. NICHOLSON 2003, S. 3) setzte erneut eine deutliche Machtverschiebung vom Zentrum in die Peripherie ein. Die Schwächung der zentralen Macht eröffnete den Subjekten weiterhin, trotz halbherziger Reformbemühungen innerhalb des Zentrums zur Angleichung von föderalem und regionalem Recht, die Möglichkeit, autonom und teilweise über die föderale Gesetzgebung hinweg zu agieren. Dies galt nach 1996 insbesondere im ökonomischen Bereich. Statt politischen Separatismus betrieben die ökonomisch starken Subjekte nun einen ökonomischen Separatismus. Transferleistungen in das föderale Budget wurden nicht oder nur teilweise geleistet und trugen zu einer weiteren Schwächung der zentralen Machtstrukturen bei⁵³. Beispielsweise gelang es dem Gebiet Murmansk, einen Vertrag mit der Zentralmacht auszuhandeln, der es dem Gebiet erlaubte vierzig Prozent der Einnahmen des Gebietes aus dem Export einzubehalten und nicht in den föderalen Haushalt zu transferieren. Diese Regelung kam nicht nur dem Gebiet zugute, sondern kann auch als Kompensation für

⁵² Obwohl sie in ihrer Zusammensetzung zumeist auf alten sowjetischen ökonomisch-administrativen Einheiten (z.B. Planungsregionen) beruhten.

⁵³ Die Steuern wurden von den jeweiligen Subjekten eingetrieben und dann ggf. an die föderale Ebene transferiert.

fehlende Zahlungen des Zentrums an das Gebiet gesehen werden, denn insbesondere in den 1990er Jahren musste das Gebiet Murmansk einen Großteil der Versorgung der Streitkräfte übernehmen. Hierauf wird im siebten Kapitel der Arbeit vertiefend eingegangen (S. 156ff).

Es entstand der Eindruck einer schwachen Föderation mit starken regionalen Blöcken, die von „*Provinzfürsten*“ dominiert wurden (HERD, ALDIS 2003, Preface). BUSYGINA (2004, S. 23) spricht von einer regionalen „*Feudalisierung*“. Die Konsolidierung des politischen Regimes in einigen Regionen beruhte nicht auf demokratischen, sondern oftmals auf autoritären Grundlagen. Die Zentrum-Peripherie Beziehungen waren geprägt von Lobbying, Günstlingswirtschaft und Privilegiengeschacher (BLAKKISRUUD 2001, S. 86). Eine weitere Schwächung des Zentrums stellten der ungelöste Tschechenienkonflikt und die scheinbare Unfähigkeit der föderalen Exekutive, den Konflikt zu lösen, dar.

Die zunehmende Asymmetrie im Staatsaufbau der Russländischen Föderation hat sich als konfliktträchtig erwiesen. Sie hat in den 1990er Jahren zu besonderen Strukturen zwischen einzelnen Subjekten und dem föderalen Zentrum geführt. Obwohl in der Verfassung, die im Grunde eine Bestätigung der sowjetischen territorialen föderativen Strukturen ist, die Gleichberechtigung aller Föderationssubjekte untereinander und gegenüber dem föderalen Zentrum deklariert wurde, wurde dieser Grundsatz durch andere Regelungen unterlaufen (vgl. Artikel 5 der Verfassung, HEINEMANN-GRÜNDER 2001, S. 78). So verfügen die Republiken, die sich über die Nationalität definieren, über ein höheres Maß an Autonomie als die Gebiete. Ausdruck findet diese Asymmetrie auch in der hierarchisch anmutenden Listung der Subjekte im Artikel 65 1 der Verfassung. Die Asymmetrie wurde noch erhöht, indem die Subjekte bis 1998, durch sogenannte Kompetenzabgrenzungsverträge (siehe HEINEMANN-GRÜNDER 2001, S. 80, MOMMSEN 2001, S. 52, SCHNEIDER 2004), bilateral (innerföderal) Sonderkonditionen mit der föderalen Ebene aushandeln konnten (vgl. Artikel 11 Absatz 3 der Verfassung) und in ihren Verfassungen und Statuten zum Teil dem Föderationsrecht widersprechende Landesrechte in Kraft setzten (HEINEMANN-GRÜNDER 2001, S. 80). Die Notwendigkeit bilateraler Verträge ergab sich zum Teil aus der gemeinsamen Zuständigkeit der Subjekte und der Föderation in wesentlichen Bereichen der Verwaltung, wie beispielsweise der Bodennutzung, der Ressourcen und der Besteuerung (siehe Artikel 72 der Verfassung). Weitere innenpolitische Gründe waren Fragen der Stabilität und des Ausgleiches zwischen dem föderalen Zentrum und den Subjekten, um die territoriale Integrität der Föderation zu sichern. Dabei gelang es, dank starker Verhandlungspositionen, den wirtschaftlich starken und bedeutenden Subjekten, wie beispielsweise den rohstoffreichen Gebieten und den politisch starken Republiken, günstigere Konditionen durchzusetzen. Insgesamt wurden zwischen 1994 und 1998 sechszwanzig dieser innerföderalen Kompetenzabgrenzungsverträge geschlossen.

Im Folgenden wird auf die Besonderheiten des heutigen russländischen Föderationsgefüges eingegangen, denn die föderative Ordnung regelt die Gestaltung der Beziehungen zwischen der föderalen Zentralmacht (Zentrum) und den Subjekten und ist als Hintergrund der Prozesse des Wandels in den Gebieten Kaliningrad und Murmansk in Bezug auf Interaktionen zwischen Zentrum und Peripherie von großer Bedeutung.

5.8.4 Die Russländische Föderation heute

Die Russländische Föderation ist eine föderale Präsidentialrepublik mit dem Präsidenten als Staatsoberhaupt und mit weit reichenden Befugnissen des Präsidenten. Sie kann nicht mit dem speziellen deutschen föderativen Verständnis gleichgesetzt werden. Einige Autoren sprechen vom „*Superpräsidentialismus*“ (MOMMSEN 2001, S. 44). Der Präsident wird direkt vom Volk für die Dauer von vier Jahren gewählt und darf, nach derzeitiger Verfassung, maximal zwei Legislaturperioden im Amt bleiben. Präsident Vladimir Putin befindet sich seit seiner Wiederwahl Anfang 2004 in seiner zweiten und damit voraussichtlich letzten Amtsperiode. Die Staatsduma und der Föderationsrat bilden die parlamentarische Volksvertretung (siehe Abb. 8 unten).

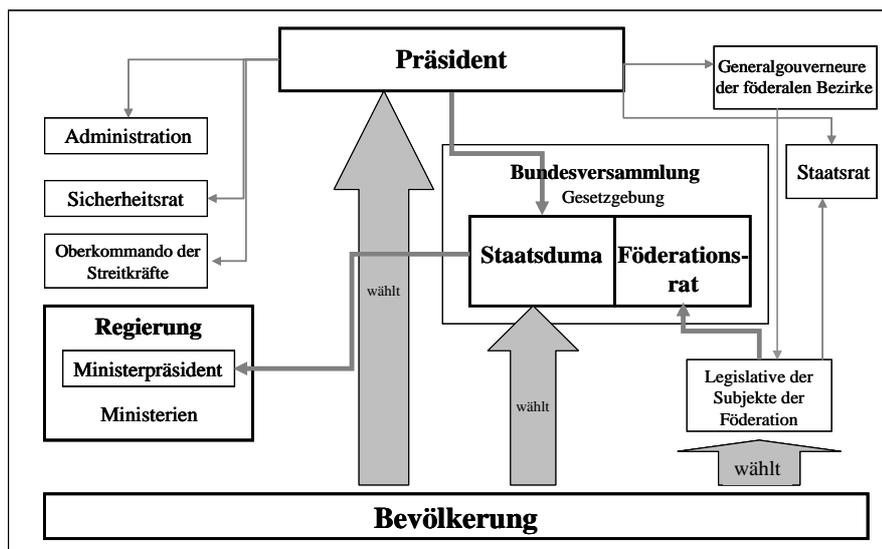


Abbildung 8: Die Staatsorgane der Russländischen Föderation
Quelle: verändert nach HÖHMANN u. SCHRÖDER 2001, S. 331

Dem Föderationsrat als Repräsentanz der Regionen (Subjekte) gehören jeweils zwei Vertreter aus jedem Subjekt der Föderation an, jeweils ein Repräsentant der Exekutive und der Legislative. Seit Anfang 2002 wird die Vertretung der Regionen nicht mehr per Amt durch die Gouverneure und Präsidenten und regionalen Parlamentspräsidenten, sondern durch vom jeweiligen Gouverneur bzw. Präsidenten und vom Regionalparlament entsandte Vertreter gestellt (BRADE, et. al. 2004, S. 19). Als Ausgleich dieser teilweisen Entmachtung der Gouverneure und Präsidenten wurde per Erlass der Staatsrat gegründet, in dem alle Gouverneure und Republikpräsidenten vertreten sind. Dessen Präsidium wird vom Präsidenten ernannt. Der Staatsrat, als konsultatives Gremium, spricht unter der Leitung des Präsidenten Empfehlungen aus. Zurzeit (2006)

gehören dem Präsidium die Gouverneure der Gebiete Magadan, Arhangel'sk, Vornesh, Volgograd, die Präsidenten der Republiken Mari El und Burjatien sowie das Oberhaupt des Autonomen Bezirkes der Jamal-Nenzen an.

Die Russländische Föderation verfügt über eine äußerst komplizierte hierarchische Struktur. Sie ist ein dreistufiger, hierarchisch aufgebauter Staat mit den föderalen Institutionen an der Spitze (Präsident, Regierung, Parlament). Die regionale Ebene bilden die 89 Föderationssubjekte. Auf der dritten Stufe, der lokalen Ebene befinden sich die Kommunen, die örtlichen Selbstverwaltungen, die aber im Gegensatz zu den zwei ersten Stufen gemäß Artikel 12 der Verfassung keine Organe der Staatsgewalt sind. Die Föderation wird von den 89 sogenannten Föderationssubjekten (*subjekty Rossiskoj Federazii*) gebildet, die sich an den hierarchischen, ethnoterritorialen Strukturen der ehemaligen Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) orientieren (STADELBAUER 2001, S. 16). Der Begriff Föderationssubjekt, der erstmalig 1993 in das Russländische Verfassungsrecht eingeführt wurde, soll den zwei unterschiedlichen Prinzipien, die dem historischen Staatsaufbau Russlands zugrunde liegen, gerecht werden und gleichzeitig die Gleichstellung der administrativen Einheiten verdeutlichen. Die Territorialeinheiten sind nach der Verfassung gleichberechtigt und setzen sich aus 21 Republiken (*respublika*), einem Autonomen Gebiet (*avtonomnaja oblast'*), zehn Autonomen Bezirken (*avtonomny okrug*)⁵⁴, die alle nach Nationalitäten und ethnischen Gesichtspunkten gebildet wurden (Titularethnien), weiterhin aus 55 territorialstaatlichen Gebilden, den sechs Regionen (*kraja*) und 49 Gebieten (*oblasti*) sowie den beiden Städten föderalen Ranges Moskau und St. Petersburg zusammen⁵⁵.

Im Jahr 2000, unter der Präsidentschaft Putins, wurden die zentrifugalen Kräfte geschwächt, indem eine schrittweise Rezentralisierung durchgeführt wurde, die gekennzeichnet ist von der Stärkung der vertikalen Achse, der zentralen Administration und der Schwächung der regionalen Exekutive, den Präsidenten und Gouverneure der Subjekte⁵⁶. Wobei dieses nicht das Ziel, sondern die Methode darstellt. Das Ziel dieser Reformen war und ist die Vereinheitlichung des Rechtsrahmens und die Schaffung eines stabilen, verlässlichen Wirtschaftsklimas innerhalb der Föderation. Ein Aspekt dieser Rezentralisierung wurde mit der Schwächung des Föderationsrates bereits angesprochen. Auf den Prozess insgesamt und seine Auswirkungen wird im Folgenden eingegangen.

⁵⁴ Die autonomen Bezirke sind Teile der kompliziert zusammengesetzten Regionen der Föderation. Sie sind gleichberechtigte Subjekte innerhalb anderer Subjekte. Man spricht auch vom so genannten „Matroschka-Modell“ eines Subjektes innerhalb eines anderen (siehe Artikel 5 und 66 der Verfassung). Dieses recht komplizierte und vor allem für Ausländer undurchsichtige Prinzip betrifft neun der zehn autonomen Bezirke. Zurzeit wird eine Territorialreform angestrebt, die diese konfliktbeladene Situation regeln soll.

⁵⁵ Zurzeit vollzieht sich ein Prozess der Zusammenlegung von Föderationssubjekten zu größeren Einheiten, der aber noch nicht abgeschlossen ist und die Untersuchungsregionen nicht tangiert.

⁵⁶ vertiefend siehe hierzu beispielsweise: BUSYGINA 2004, SCHNEIDER 2004

5.8.4.1 „The Empire strikes back“: Putins Rezentralisierung und Stärkung der föderalen Bürokratie

„The regional power bases that burgeoned during the presidency of Boris Yeltsin are being reined in, and President Putin's raft of structural reforms may impose uniformity, if not unanimity, on the mechanisms and institutions of government.“
(HERD, ALDIS 2003, Preface)

Mit der Amtsübernahme Vladimir Putins im Jahr 2000 wurde der föderalen Entwicklung eine neue Richtung gegeben (BUSYGINA 2004, S. 19), denn in gleichem Maße, wie sich Jelzins Gesundheitszustand verschlechterte, verschlechterte sich die staatliche Autorität des Zentrums. Ohne konkretes Wahlprogramm, aber protegirt und mit dem Slogan der „*starken Hand*“ wurde mit Putin eine Rezentralisierung und Stärkung der präsidialen Vertikalen eingeleitet. Einige Autoren sprechen vom Russländischen Neoautoritarismus (PLEINES, SCHRÖDER 2004, S. 5, SAPPER, WEICHSEL 2004, S. 48, ŠEVCOVA 2001, S. 34 u. 41) oder von der „*Gewaltenteilung à la russe*“ (MOMMSEN 2004, S. 49), die allerdings schon in der präsidialen Vertikalen während der Jelzin-Ära ihren Ursprung hat, unter Putin aber mit „*starker Hand*“ neu interpretiert wurde („*Reform der Macht*“ und „*Diktatur des Gesetzes*“) und zu einer „*Hyperpräsidialmacht*“ (ŠEVCOVA 2006, S. 4) des Präsidenten und der Kremladministration als zentrale Akteursebene führte.

Im Vordergrund der Bestrebungen Putins stand und steht die Stärkung der Einheit des Landes, die Harmonisierung föderaler und regionaler Gesetzgebung, die Integrität des staatlichen Territoriums und die Handlungsfähigkeit der zentralen Exekutive, die er durch die zunehmende Macht der Gouverneure und Präsidenten sowie die Entwicklungen im Kaukasus und in einigen Nachbarländern gefährdet sieht.

Insbesondere in der letzten Phase der Ära Jelzin wurde der Föderationsrat mit den Vertretern der Subjekte durch ihr relativ geschlossenes Auftreten zu einer Gegenmacht zur zentralen Exekutive (Präsident). Seit Beginn der Präsidentschaft Putins wird versucht die Gegenmacht der Subjekte einzudämmen, die während der Jelzin-Ära über den so genannten „*Vertragsföderalismus*“ (MOMMSEN 2001, S. 48) und mit zum Teil semikriminellen Strukturen ihre Macht ausbauen konnten (Feudalisierung), sowie beide Kammern des Parlamentes, d. h. Staatsduma (Bundesversammlung) und Föderationsrat (siehe Abb. 8, Seite 86), unter die Kontrolle der föderalen Exekutive zu bringen (MOMMSEN 2004, S. 50).

Mit einer temporären Ausnahme zwischen 1993 und 1995 gehörten die Vorsitzenden der Legislativorgane und die Gouverneure und Präsidenten der Subjekte automatisch dem Föderationsrat an. Im Jahr 2000 wurde dieser Automatismus geändert. Die Gouverneure und Präsidenten können nun Vertreter bestimmen und in den Föderationsrat delegieren und die Legislativorgane einen Repräsentanten wählen. Damit wurde die Macht der Subjekte, insbesondere der Gouverneure und Präsidenten, auf der födera-

len Ebene eingeschränkt. Ihr direktes Vetorecht im Föderationsrat und ihre parlamentarische Immunität gingen verloren.

Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung und im Zuge des Beslan Schocks verkündete Präsident Putin im Spätsommer 2004 die Stärkung der Interventionsmöglichkeiten des Präsidenten in den Subjekten. Die Gouverneure und Republikpräsidenten werden künftig nicht mehr vom Volk direkt legitimiert, sondern auf Vorschlag des Präsidenten von der jeweiligen regionalen gesetzgebenden Versammlung gewählt und müssen von diesem bestätigt werden. Damit ernennt de facto der Präsident die regionale Exekutive.

Ein weiterer einschneidender Schritt zur Stärkung der Machtvertikalen war die Einführung von sieben Föderalen Bezirken (*federal'nye okrugi*), dem Nordwestlichen, dem Zentralen, dem Südlichen Föderalen Bezirk sowie den Föderalen Bezirken Wolga, Ural, Sibirien und Fernost im Mai 2000 (ŠEVCOVA 2001, S. 39). Die sieben Föderalen Bezirke entsprechen in ihrer räumlichen Ausdehnung zum größten Teil den Militärkreisen aus Sowjetzeiten bzw. den bereits angesprochenen interregionalen Wirtschaftsassoziationen, die zwischen 1992 und 1994 auf freiwilliger Basis entstanden. Die Föderalen Bezirke werden von bevollmächtigten Vertretern des Präsidenten geleitet, die Teil der präsidentialen Administration sind. Fünf der sieben Vertreter kommen aus den sogenannten Machtstrukturen (*silowye struktury*) des Zentrums: den Streitkräften, dem Föderalen Sicherheitsdienst, dem Innen- sowie Katastrophenschutzministerium. Alle Bezirksvertreter sind Mitglieder des Sicherheitsrates der Russländischen Föderation (ETTNER 2005, S. 70, SCHNEIDER 2004, S. 37). Sie lösten die seit 1991 eingeführten relativ machtlosen Präsidentialvertreter⁵⁷ in den Subjekten ab. Neben der Schaffung eines einheitlichen Rechtsraums, d. h. der Harmonisierung regionalen Rechts mit dem föderalen Recht, bestehen die Aufgaben der bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten darin, die Arbeit der föderalen Regierungsbehörden in den Regionen zu koordinieren und gegen Korruption und Willkür vorzugehen, wofür ihnen auch ein stellvertretender Generalstaatsanwalt zur Seite gestellt wurde. Mit den neuen sieben Bezirken wurde aber auch ein Instrument zur Vereinheitlichung und Durchsetzung des föderalen Rechtsrahmens in den Subjekten geschaffen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass seit dem Jahr 2000 eine schrittweise Politik der Rezentralisierung (vgl. ETTNER 2005, S. 65, FRUCHTMANN 2003, S. 99, MOMMSEN 2001, S. 52ff, STADELBAUER 2001, S. 17) eingeleitet wurde, die den eigenen Handlungsspielraum der Föderationssubjekte gegenüber dem föderalen Zentrum einschränkt. Zeitgleich ermöglichen es der wirtschaftliche Aufschwung (siehe folgendes Unterkapitel, Seite 90ff) und die juristischen Reformen der föderalen Ebene ihren Handlungsspielraum gegenüber den Subjekten zu vergrößern und ihre Interessen auch

⁵⁷ Präsidential- oder Präsidentenvertreter: Nach dem gescheiterten Augustputsch 1991 wurde in allen 89 Subjekten ein Präsidentialvertreter eingesetzt, um die zentrale Politik in den Regionen besser durchsetzen zu können. Im Laufe der Zeit entwickelten sich diese Vertreter vor Ort aber häufig zu „Partnern“ der regionalen Eliten und wurden von diesen oftmals instrumentalisiert (SCHNEIDER 2004, S. 35).

auf regionaler Ebene besser durchzusetzen. Der relative wirtschaftliche Erfolg, die Rückkehr der Föderation als (Energie-) Supermacht auf die internationale Bühne, die Besinnung auf traditionelle russische Symbole und die wiedergewonnene militärische Stärke erlauben es der Zentralmacht die föderativen demokratischen Strukturen zu schwächen und autoritär zu agieren und ein kapitalistisches Wirtschafts- und Staatssystem mit so wenig Demokratie und Subsidiarität wie möglich zu etablieren. „Der russländische bürokratische Autoritarismus stützt sich auf einen Staatskapitalismus, einen selektiven sozialen Paternalismus und auf Multipolarität in der Außenpolitik“ (ŠEVCOVA 2006, S. 6).

Ob diese Richtung langfristig erfolgreich sein wird, bleibt fraglich. Das zurzeit vorherrschende Demokratieverständnis der russländischen Regierung unterscheidet sich in wesentlichen Punkten vom westlichen Demokratieverständnis.

5.8.4.2 „Russlands“ Wirtschaft im Aufschwung

*„Solange zahlreiche strukturelle Verwerfungen wie eine große Schattenwirtschaft, ein kleiner Sektor von kleinen und mittleren Unternehmen, Einseitigkeit der Ressourcen und räumliche Ineffizienz Wesensmerkmale der russischen Wirtschaft sind, wird es keinen raschen Durchbruch zu einer wirklich modernen Wirtschaft und Gesellschaft geben.“
(GÖTZ 2002, S. 1)*

Neben den innenpolitischen und strukturellen Veränderungen ab 2000 ist vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der Föderation von Bedeutung. Die, wie oben bereits angeführt, regional sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Grundsätzlich befindet sich das Land, nach der Marktöffnungsphase und den nachfolgenden zum Teil existenziellen Problemen der Wirtschafts Anpassung und –umstrukturierung in den 1990er Jahren sowie der Währungskrise 1998, in einer anhaltenden Wachstumsphase (Zuwachsrate des BIP (real) 2004: 6,8 %⁵⁸). Wobei das BIP voraussichtlich, bei anhaltend gleich bleibendem Wachstum, im Jahr 2006 das Niveau von 1990 erreichen wird. Gerade diese Wachstumsphase, die in ihrer ersten Phase Ende der 1990er Jahre unter anderem auf der drastischen Abwertung des Rubel 1998 beruhte und heute vor allem von den hohen und weiter steigenden Rohstoffpreisen, insbesondere von fossilen Energieträgern, getragen wird und zunehmend von der weiterhin steigenden Binnennachfrage, verschafft der Zent-

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in US \$) einiger ausgewählter Staaten im Vergleich (2003)	
Land	BIP/Ew. In US \$
Norwegen	38 386
Finnland	24 327
Deutschland	23 338
Polen	4 636
Litauen	4 078
Tunesien	2 214
Russl. Föderation	2 138
Peru	2 131
Rumänien	1 911

Tabelle 8: BIP im internationalen Vergleich. Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 2005, S. 379

⁵⁸ Quelle: BANK AUSTRIA 2005 unter: http://www.ba-ca.com/informationpdfs/Russland_1-2005.pdf

ralmacht den nötigen Handlungsspielraum nach innen aber zunehmend auch nach außen, sorgt aber ebenfalls dafür, dass die rohstoffreichen Gebiete der Föderation ebenfalls ihren Handlungsspielraum gegenüber den zentralen Strukturen erweitern können.

Des Weiteren zeigen die Reformen, beispielsweise im Bereich der Steuergesetzgebung und der Verwaltung und eine zunehmende Rechtssicherheit erste Erfolge, die sich in der Bilanz positiv niederschlagen. Negativ wirkt sich die langsame und stetige Aufwertung des Rubels durch die hohen Exporterlöse im Rohstoffsektor aus, die dazu führt, dass russländische Produzenten außerhalb des Rohstoffsektors unter Druck geraten („*dutch disease*“) und die positiven Effekte der Rubelabwertung und der Importsubstituierung zunehmend revidieren.

Die Föderation verfügt über eine Volkswirtschaft mit sehr starkem Rohstoffsektor, einer exportorientierten Rüstungsindustrie und einem expandierenden Dienstleistungssektor. Die Währung und die Staatsfinanzen sind stabil. Selbst der ehemals defizitäre Bereich der Landwirtschaft stabilisiert sich zunehmend.

Trotz des sich auf das Lohnniveau und den Arbeitsmarkt positiv auswirkenden Wirtschaftswachstums gestaltet sich die soziale Situation der Bevölkerung weiterhin problematisch. In der unruhigen Transformationsphase haben sich die Einkommen stark auseinander entwickelt. Die soziale Differenzierung und damit ein negativer gesellschaftlicher Wandel nehmen zu. Große Unterschiede gibt es in den Einkommensgruppen, aber auch zwischen den Subjekten (siehe Abbildung 15, S. 159). Im Gegensatz vor allem zu Moskau, St. Petersburg und den meisten regionalen Hauptstädten herrschen in einigen ländlichen Landesteilen weiter Stillstand und zum Teil eine allgemeine Unterversorgung mit staatlichen Leistungen und fehlende Einkommensmöglichkeiten.

Die Untersuchung des Entwicklungsstandes aus wirtschaftsgeographischer Perspektive zeigt, dass,

- (1.) es eine sehr ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten gibt, die neben strukturellen Aspekten auch dynamische Aspekte beinhaltet, die diese Ungleichheit verstärken.
- (2.) die Konsolidierung und die Stabilisierung der Wirtschaft ebenfalls regional sehr unterschiedlich vorangeschritten ist.
- (3.) es ein sehr starkes Gefälle zwischen den Metropolen, insbesondere Moskau und St. Petersburg, und den peripheren Regionen, mit Ausnahme der Erdöl- und Erdgasfördergebiete, gibt.
- (4.) sich das aktuelle Wirtschaftswachstum regional konzentriert und sich neben Moskau und den Ballungszentren vor allem die rohstoffreichen Regionen (Gebiet Tjumen, Region Krasnojarsk) wirtschaftlich rasant entwickeln.

Die Gründe für dieses unterschiedliche Wirtschaftswachstum der Regionen können in folgenden Faktoren gesehen werden:

- (1.) In einer sehr unterschiedlichen Faktorausstattung hervorgerufen einerseits durch naturräumliche Rahmenbedingungen, andererseits durch die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion,
- (2.) in der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Öffnung der jeweiligen Regionen (Administration, Eliten) gegenüber potenziellen Investoren und
- (3.) in der undurchsichtigen nationalen Förderpolitik beispielsweise im Rahmen des föderalen Finanzausgleiches.

Die Entwicklungen innerhalb der Föderation werden ambivalent gesehen. Einerseits führen die Reformen und vor allem die Erlöse aus dem Rohstoffexport zu einer gewissen Stabilisierung, andererseits reichen die Reformansätze bei weitem nicht aus. Im Bereich der Investitionsaktivitäten des Auslands bleibt die Föderation, trotz Rohstoffreichtums, hinter den Erwartungen zurück. Dieses ist auf das immer noch ungenügende Investitionsklima zurückzuführen. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft ist weiterhin intransparent (GÖTZ 2003, S. 2, SHEVTSOVA 2006, S. 8). Die zunehmende Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft, die teilweise Verstaatlichung von wichtigen Schlüsselbereichen der russländischen Wirtschaft wird insbesondere von potenziellen westlichen Investoren kritisch gesehen und behindert außerdem dringend benötigte ökonomische Reformen.

Die Zeiten in denen wirtschaftliche Interessen und Großunternehmer die Politik im Kreml' maßgeblich zu ihren Gunsten mitbestimmen scheinen vorerst vorbei. Präsident Putin strebt mehr Kontrolle des Staates über die Wirtschaft an. Kurzfristig bietet der autoritär-bürokratische Staatskapitalismus, in den sich die Föderation zurzeit zu transformieren scheint, die gewünschte Stabilität im Bereich der wirtschaftlichen Aktivitäten. Langfristig gesehen kann diese Stabilität aber auch zu Stillstand und Fehlentwicklung führen. Ein weiteres Indiz für das schlechte Investitionsklima und die, trotz Konsolidierung, scheinbar anhaltende Unsicherheit ist die weiterhin hohe Kapitalflucht (BRADE, et al 2004, S. 67 ff).

5.8.4.3 *Die sieben Föderalen Bezirke im ökonomischen Vergleich*

Die sieben neuen „Großregionen“, die auch im Bereich der Statistik die alten sowjetischen Makro- oder Wirtschaftsgroßregionen (elf auf dem Territorium der heutigen Russländischen Föderation) abgelöst haben, unterscheiden sich sowohl in ihrer Größe, als auch in ihrer Wirtschaftskraft stark voneinander. Schon durch die räumliche Verteilung wird der Unterschied deutlich. Vier der sieben Bezirke liegen im viel kleineren europäischen Landesteil. Die herausragende Position nimmt der **Zentrale Föderale Bezirk** mit der Stadt und Region Moskau ein. In ihm konzentrieren sich Betriebe fast aller Branchen, insbesondere des Schwer- und Werkzeugmaschinenbaus, des Kraftfahr-

zeug- und Flugzeugbaus, der Elektronik, der Chemie sowie der Textilindustrie. In Moskau als Hauptstadt und Bezirkszentrum und in der Region Moskau konzentrieren sich Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen des Landes.

Von ähnlicher Bedeutung ist die Stadt St. Petersburg, das Bezirkszentrum des **Nordwestlichen Föderalen Bezirks**, zu dem die beiden Untersuchungsgebiete gehören und der im folgenden Kapitel ausführlicher dargestellt wird, mit ausgeprägtem Maschinenbau und metallverarbeitender Industrie, Elektronikindustrie sowie chemischer und Lebensmittelindustrie und in nicht unbeträchtlichem Maße Energieerzeugung. In dem sie umgebenden Gebiet Leningrad sind die Lebensmittelindustrie, die ölverarbeitende Industrie, die Holz- und Papierindustrie sowie Energieerzeugung die wichtigsten Wirtschaftszweige.

Im Wesentlichen ist die Wirtschaft des Nordwestlichen Föderalen Bezirkes jedoch von seinem Rohstoffreichtum und dessen Verarbeitung geprägt. Neben mineralischen (Buntmetallen) und fossilen organischen Ressourcen (Erdgas, Erdöl) spielen rezente organische Ressourcen, insbesondere Holz und Fisch sowie die Nähe zum europäischen Markt, eine wichtige Rolle in der Wirtschaft dieses Bezirkes. Basierend auf diesen Ressourcen sind die wichtigsten regionalen Wirtschaftsbereiche die Brennstoff-, Holz und Zelluloseindustrie, die Eisen- und NE-Metallurgie sowie die Fischverarbeitung.

Charakteristisch für den **Südlichen Föderalen Bezirk** mit seinem Bezirkszentrum Rostov am Don ist die Landwirtschaft. Wichtigste Kulturen sind Weizen, Reis und Zuckerrüben. Auch industriell liegt der Schwerpunkt im Landmaschinenbau sowie in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Einen weiteren Wirtschaftsfaktor, insbesondere an der Schwarzmeerküste und im Bereich der mineralischen Quellen (Kaukasus), stellt der Tourismus dar. In diesem Bezirk liegen auch die Krisenregionen im Kaukasus: die Republiken Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien.

Der **Föderale Bezirk Wolga** mit seinem Bezirkszentrum Nischni Novgorod und den Großstädten Samara, Kazan, Perm und Ufa ist stark industriell geprägt. Eine ausgeprägte Rüstungsindustrie, Chemieindustrie, der Werkzeugmaschinen- und Flugzeugbau sowie Erdölförderung und -verarbeitung bilden die industriellen Standbeine des Bezirkes. Hier befinden sich einige der größten Industriebetriebe der Föderation. Es handelt sich um das Herzstück der russländischen Schwerindustrie, das sich östlich in den **Föderalen Bezirk Ural** fortsetzt. In diesem Bezirk beginnt der Reichtum Sibiriens in Form von riesigen Erdöl- und Erdgaslagerstätten (Gebiet Tjumen), deren Ausbeutung und Export wichtige Pfeiler des rasanten Wirtschaftswachstums des Landes sind. Die Lagerstätten erstrecken sich nach Osten in den **Föderalen Bezirk Sibirien**, der neben Erdgas und Erdöl große Steinkohlevorkommen (Kusbass – Gebiet Kemerovo) aufweist. Holzindustrie, Zellulose- und Chemieindustrie, Eisen- und Buntmetallverhüttung und -verarbeitung (Norilsk) sowie Energieerzeugung sind die wichtigsten Branchen dieses Bezirkes. Rohstoffgeprägt ist auch der **Föderale Bezirk Fernost** mit seinem Bezirkszentrum Chabarovsk. Diamanten, Gold, Steinkohle, Eisenerz, Erdöl und

Holz bilden die reiche Rohstoffbasis des Bezirkes. Von nationaler wirtschaftlicher Bedeutung sind die russischen Pazifikhäfen, wie beispielsweise Vladivostok, über die der Handel mit dem pazifischen Wirtschaftsraum abgewickelt wird (SÜNNEMANN, 2005, S. 47ff).

5.8.4.4 "Russlands" demographische Krise

„Russia is undergoing a demographic crisis that is unprecedented in peacetime: the population of Russia declined at comparable rates only when experiencing world wars, repression or the famine of the 1930s.”
MOSKOVSKIY KOMSOMOETS vom 29.11.2000 zitiert in HERD 2003, S. 41

Neben den dynamischen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Föderation kann ein weiterer Prozess identifiziert werden, der von großer Bedeutung für die Föderation insgesamt, aber insbesondere auf der regionalen Ebene ist und einige Subjekte vor enorme Herausforderungen stellt: Die so genannte demographische Krise (BRADE et. al. 2004, S. 25 ff) in der sich die Föderation befindet. Seit dem Jahr 1991 geht die Bevölkerung stark zurück. Lebten 1989 noch 147,0 Mio. Einwohner, die Zahlen

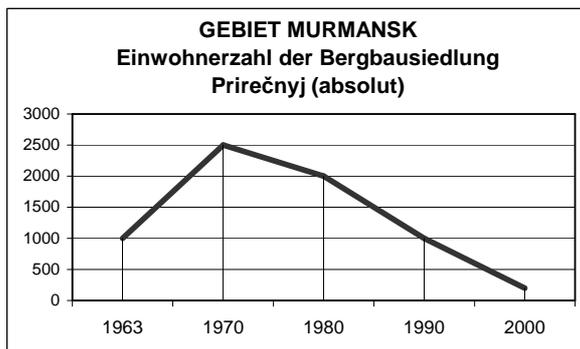


Abbildung 9: Am Beispiel des sterbenden Ortes Prirečnyj im Gebiet Murmansk wird der enorme Bevölkerungsrückgang deutlich. Der Ort hat, aus staatlicher Sicht, seine Funktion verloren, seit das Bergwerk 1991 geschlossen wurde. Seit dieser Zeit nimmt die Bevölkerung, auch aufgrund staatlich geförderter Programme, kontinuierlich ab. Schon in den 70er und vor allem 80er Jahren gab es die ersten Abwanderungen. 1963 war das Gründungsjahr des Ortes. Quelle: SÜNNEMANN 2001, S. 81

len sind jeweils vom ersten Januar des angegebenen Jahres, auf dem Gebiet der heutigen Föderation, so waren es 2006 noch 142,8 Mio. und der Trend hält weiter an (ROSSTAT 2006, S. 72). Auf die Ursachen soll im Folgenden nicht näher eingegangen werden⁵⁹, sondern anhand der Fakten, die Problematik insbesondere für die beiden Untersuchungsgebiete herausgearbeitet werden. Seit Mitte der 1980er Jahre ist die Geburtenrate der RSFSR und später der Russländischen Föderation rückläufig und 1992 war der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung erstmals negativ (ROSSTAT 2002, S.

104). Seitdem hat sich die Schere zwischen Geburten- und Sterberate weiter geöffnet. Im Jahr 2000, dem bisherigen Höhepunkt der Krise, betrug die natürliche Bevölkerungsabnahme -6,7 Einwohner pro 1 000 Einwohnern (BRD 2000: -3,2/1 000

⁵⁹ vertiefend hierzu: BRADE et. al. 2004, S. 25ff, GANZ, LENTZ 2003, S. 57ff, HERD 2003, S. 41ff.

Ew.⁶⁰). 2004 lag die Lebenserwartung bei der Geburt bei Männern bei 58,9 Jahren (75,6)⁶¹ und bei Frauen bei 72,3 (81,3) Jahren.

Im Jahr 2004 betrug der natürliche Bevölkerungsrückgang in der Föderation -792 925 Einwohner (!) (ROSSTAT 2005a, S. 106). Man ist sich der prekären demographischen Situation in der Föderation bewusst und in einigen Subjekten führt der Bevölkerungsrückgang bereits zu wirtschaftlichen Implikationen. In seiner Rede an die Nation vom 10. Mai 2006 machte Präsident Putin eindrücklich auf das Problem aufmerksam und stellte die Familienpolitik und den „Kampf gegen das Aussterben der Russen“ auf die nationale Agenda⁶².

In einigen Gebieten wird der Bevölkerungsrückgang durch Migration staatlich gefördert (siehe Abb. 9 unten). Dies gilt insbesondere für Gebiete im Hohen Norden, die klimatisch ungünstig und von schrumpfender wirtschaftlicher Bedeutung sind.

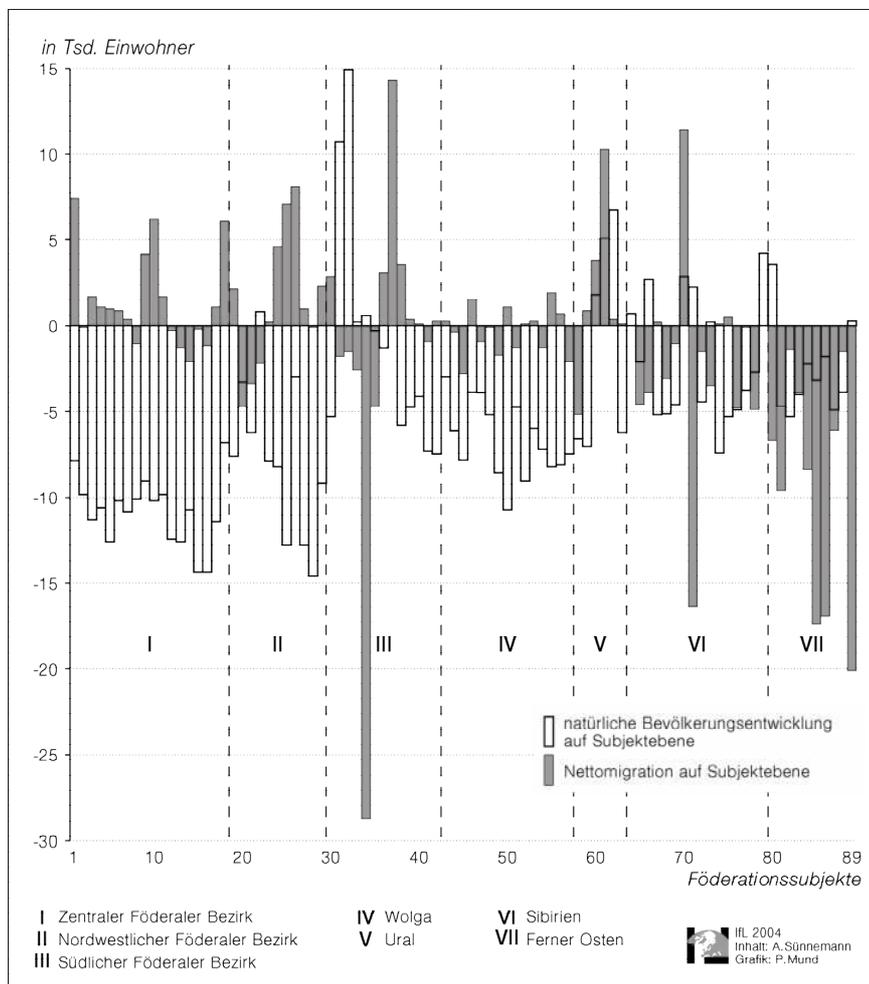


Abbildung 10: Die Bevölkerungsentwicklung der Föderation auf regionaler Ebene 2001. Anhand der regional differenzierten Darstellung wird deutlich, wie groß die Unterschiede der demographischen Entwicklung der jeweiligen Landesteile sind. Quelle: BRADE et. al 2004, S. 37

⁶⁰ Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 2004, S. 39

⁶¹ In Klammern sind die jeweiligen Vergleichszahlen für die BRD 2003 angegeben. Quelle: siehe Fußnote 82

Der Vergleich der Bevölkerungsentwicklung auf Subjektebene (Abb. 10) zeigt eindrücklich die differenzierte Bevölkerungsentwicklung in den unterschiedlichen Gebieten der Föderation. Im europäischen Teil und insbesondere im Zentralen (I) und Nordwestlichen Föderalen Bezirk (II) war ein überdurchschnittlich hoher natürlicher Bevölkerungsrückgang bei teilweise hoher Zuwanderung zu verzeichnen. Dies gilt beispielsweise auch für das Gebiet Kaliningrad, das sein negatives Bevölkerungswachstum durch starke Zuwanderung kompensieren konnte. Erst in den Jahren nach 2000 nimmt auch die Bevölkerung im Gebiet Kaliningrad ab. Im asiatischen Teil und vor allem in den Föderalen Bezirken Sibirien (VI) und des Fernen Ostens (VII) überwiegt die Abwanderung und zumeist eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung. Ausreißer in Bezug auf das natürliche Bevölkerungswachstum stellen die islamischen Republiken im Südlichen Föderalen Bezirk und einige autonome Bezirke und Republiken mit starken nationalen Minderheiten beispielsweise die Republik Sacha und der autonome Bezirk der Aginsker Burjaten.

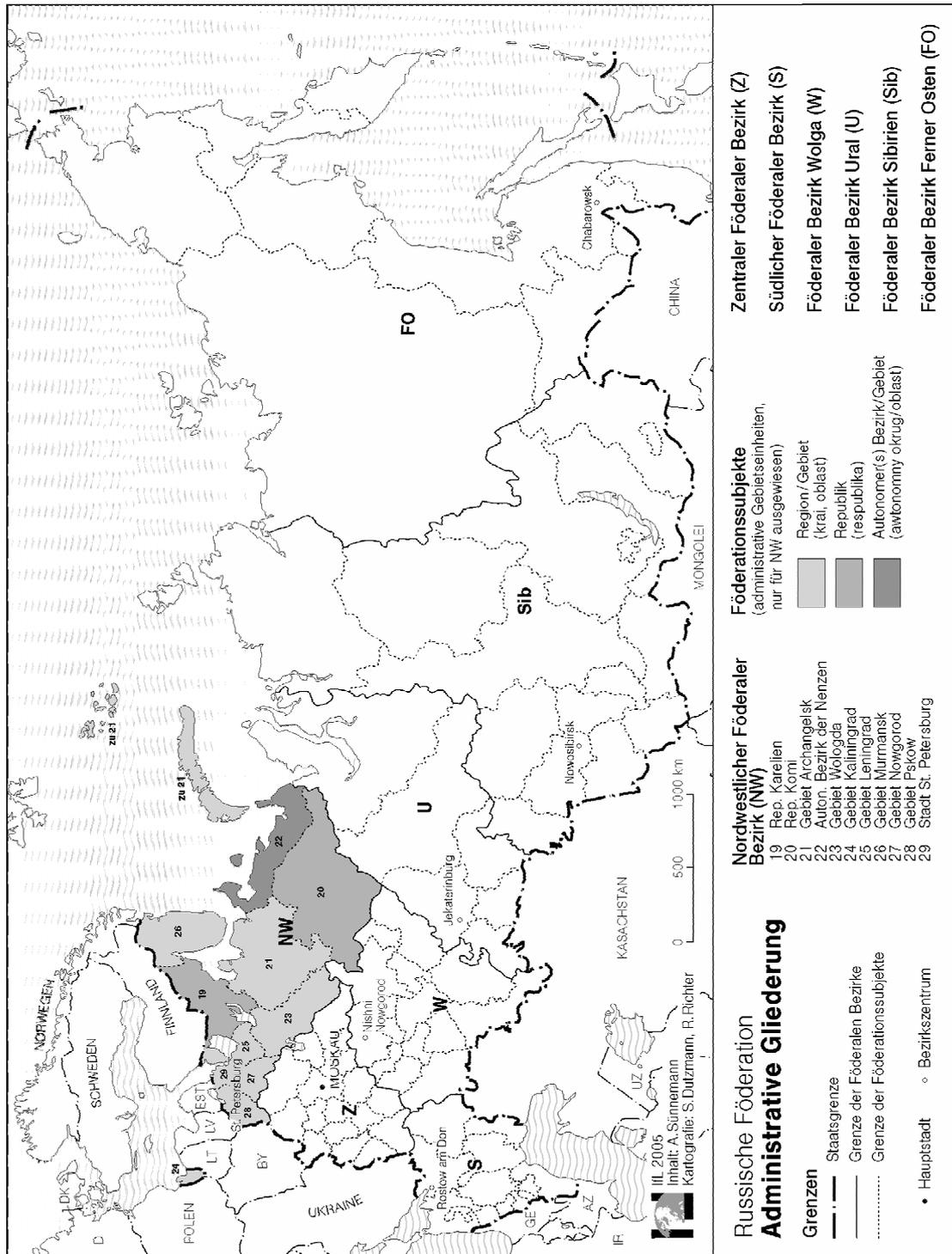
Migration und schrumpfende Bevölkerung haben gravierende Auswirkungen auf die jeweilige Entwicklung innerhalb der Subjekte der Föderation und beschleunigen die ungleiche Entwicklung in den Gebieten und zwischen den einzelnen Subjekten. Sie sind ebenfalls entscheidende Faktoren des räumlich funktionalen Wandels und der sich wandelnden Zentrum-Peripherie Beziehungen.

5.8.5 Der Nordwestliche Föderale Bezirk der Russländischen Föderation

Auf der Grundlage der administrativen Gliederung der Russländischen Föderation in Föderale Bezirke sollen im Folgenden der Nordwestliche Föderale Bezirk, zu dem die beiden Untersuchungsregionen gehören, näher vorgestellt und dieser in einem nationalen Kontext sowie die Gebiete Kaliningrad und Murmansk im Kontext des Bezirkes beleuchtet werden. Es findet eine Beschreibung der nationalen, der interregionalen und der regionalen Ebene statt, wobei die regionale Ebene auch im nationalen und internationalen Kontext beschrieben werden soll.

Vorab soll jedoch kurz der Begriff Nordwestrussland definiert werden, da dieser Begriff unterschiedlich verwendet wird. Beispielsweise wird in Norwegen unter Nordwestrussland lediglich das Gebiet Murmansk verstanden. In einigen Publikationen werden mit Nordwestrussland die Gebiete Murmansk und Arhangel'sk mit dem autonomen Bezirk der Nenzen beschrieben. In der vorliegenden Arbeit wird Nordwestrussland mit dem hier vorgestellten Nordwestlichen Föderalen Bezirk gleichgesetzt. Der Begriff wird damit wesentlich umfassender verwendet und sowohl die Stadt St. Petersburg als Zentrum des Föderalen Bezirkes als auch das Gebiet Kaliningrad werden als Teile Nordwestrusslands angesprochen (siehe Karte 5 nächste Seite).

⁶² Quelle: V. Putin: Rede an die Nation vom 10.05.2006, online unter: http://president.kremlin.ru/eng/speeches/2006/05/10/1823_type70029type82912_105566.shtml Zugriff 12.09.2006



Karte 5: Der Nordwestliche Föderale Bezirk und seine administrative Gliederung in der Russländischen Föderation

Charakteristisch für den Nordwestlichen Föderalen Bezirk ist a) seine Lage b) sein Ressourcenreichtum und c) sein dominierendes Zentrum St. Petersburg. Daraus ergibt sich eine gewisse Heterogenität innerhalb des Bezirkes in Bezug auf Bevölkerungsdichte, Wirtschaftskraft, Infrastruktur und Funktion (siehe Tabelle 1, S. 18 bzw. Tabelle 9a und b, S. 101 und Abbildung 15, S. 159).

Der Nordwestliche Föderale Bezirk ist, wie der Name vermuten lässt, der nordwestliche Grenzbezirk der Russländischen Föderation. Er umfasst die Republiken Karelien und Komi, die Gebiete Archangel'sk, Vologda, Kaliningrad, Leningrad, Murmansk, Novgorod, Pskov, den Autonomen Bezirk der Nenzen sowie die Stadt föderalen Ranges St. Petersburg. Der Bezirk bildet die einzige Grenze der Föderation zur Europäischen Union (Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen) sowie im äußersten Norden zu Norwegen (siehe Karte 5, Seite 97). Im Süden grenzt der Bezirk an Weißrussland. Die nördliche Grenze bilden das Weiße Meer sowie die Barents See. Im Westen grenzen die Gebiete Kaliningrad, Leningrad und die Stadt föderalen Ranges St. Petersburg an die Ostsee. Die Exklave Kaliningrad bildet den westlichsten Teil der Föderation. Das Gebiet Murmansk sowie der Autonome Bezirk der Nenzen, die größtenteils nördlich des Polarkreises liegen, sowie die nördlichen Teile der Republiken Karelien und Komi, wie auch der nordöstliche Teil des Gebietes Archangel'sk (vgl. GÖLER 2005, S. 47f) gehören zur russländischen Raumkategorie „Hoher Norden“ (*Krajnij Sever*) ebenso wie große Teile Sibiriens und des Fernen Ostens. Mit dem Begriff „Hoher“ oder „Ferner Norden“ werden die Teile der Föderation bezeichnet, die im Wesentlichen nördlich des Hauptsiedlungsgebietes liegen und aufgrund klimatischer und naturräumlicher Faktoren in ihrer wirtschaftlichen und siedlungsstrukturellen Entwicklung gehemmt sind (vgl. BRADE 2002, S. 257, KLÜTER 2000, S. 12f, WEIN 1999, S. 100). Sie entspricht der Ausweisung einer problemorientierten Raumkategorie (GÖLER 2005, S. 47) der sowjetischen Raumplanung (siehe hierzu auch Seite 40ff).

Neben mineralischen Ressourcen (Buntmetalle, Eisenerz), und fossilen organischen Ressourcen (Erdgas, Erdöl) spielen rezente organische Ressourcen, insbesondere Holz und Fisch eine wichtige Rolle in der Wirtschaft des Bezirkes. Dieses spiegelt sich auch in der Wirtschaftsstruktur (siehe Tabelle 1, S. 18 und S. 96) des Bezirkes wider. Basierend auf den o. g. Ressourcen sind die wichtigsten regionalen Wirtschaftsbereiche die Brennstoff-, Holz- und Papierindustrie, die Eisen- und NE-Metallurgie sowie die Fischverarbeitung. Hinzu kommt die diversifizierte Wirtschaftsstruktur St. Petersburgs mit hoch entwickeltem Maschinenbau und Elektronikindustrie sowie einem wachsenden tertiären Sektor.

Die beiden gewählten regionalen Fallstudien Kaliningrad und Murmansk sind Teil des dargestellten Ordnungssystems der Russländischen Föderation und gleichzeitig finden Interaktionen und Einflussnahme durch das transnationale Ordnungssystem der europäischen Union statt, sei es über Kooperationsforen, sei es über Struktur- oder Sicherheitspolitiken, dies haben die vorangegangenen Überlegungen gezeigt. Die beiden Fall-

studien unterliegen als Peripherien innerhalb des Eine und am Rand eines anderen Ordnungssystems Einflüssen und Kräften, die zu räumlich funktionalen Veränderungen innerhalb der Gebiete führen können. Im folgenden Kapitel wird nun nach der transnationalen, der nationalen und der überregionalen Ebene auf die regionale Ebene und die Veränderungsprozesse in den Gebieten eingegangen.

6 Kaliningrad und Murmansk: Zwei Gebiete der Russländischen Föderation im Veränderungsprozess zwischen Integration, Ko- operation und Adaption

Die beiden ausgewählten Untersuchungsräume sind in besonderem Maße von den sich verändernden Rahmenbedingungen betroffen, da sie sich als Nachbarregionen zur EU und am westlichen „Rand“ der Föderation in einem besonderen politischen und ökonomischen Spannungsfeld befinden. Es handelt sich bei den Gebieten um ehemals geschlossene Gebiete an der europäischen Außengrenze der Sowjetunion. Sie sind heute Grenzgebiete der Föderation zur Europäischen Union. Grenzen werden dabei als soziales Konstrukt im Sinne ESKELINENS (2000) und PAASIS (1999) verstanden, die ihre Qualität und ihre Bedeutung ändern können. Seit Anfang der 1990er Jahre geschieht dieses immer wieder entlang der westlichen Grenze der Russländischen Föderation und zwar in struktureller aber vor allem in mentaler Hinsicht. Aus der Realität einer starren, mehr oder weniger passiven Konfrontationslinie, die in erster Linie auf Exklusion abzielte, ist die Vision eines dreidimensionalen aktiven Integrationsraum geworden. Dabei wird die Grenze in ihrer Ambivalenz unterschiedlich wahrgenommen und für die jeweilige Argumentationslinie der Akteure in den Zentren und der regionalen Akteure instrumentalisiert. Alleine hier vollzieht sich in beiden Gebieten durch äußere Einflüsse seit 1991 ein starker räumlich funktionaler Wandel, der alle Bereiche des Lebens in den Gebieten betrifft und verändert.

Beide Gebiete waren zu sowjetischer Zeit militärisch dominiert und mit Restriktionen bezüglich der zivilen Entwicklung belegt. Es sind relativ „junge“, sowjetisch geprägte Gebiete der Föderation. Sie galten als militärische Sprungbretter, Bollwerke und Grenzposten in der sowjetischen Militärstrategie. Die Entwicklungsimpulse in den Gebieten gingen fast ausschließlich von der Zentralmacht aus und waren zumeist strategisch militärisch oder politisch motiviert. Heute finden sich die Gebiete in einem neuen Kontext. Der Exklusionsansatz wurde von einem Integrationsansatz abgelöst.

Um die Entwicklungspotenziale und die Auswirkungen dieses räumlich funktionalen Wandels erkennen und analysieren zu können, ist zunächst eine Beschreibung der gegenwärtigen Lage in den Gebieten unter Berücksichtigung der neueren Geschichte notwendig. Diese spezifische neuere Geschichte beider Gebiete, als ehemals geschlossene Gebiete gilt es im Auge zu behalten, wenn es um die Bewertung der sich verändernden Zentrum-Peripherie Beziehungen geht. Ein erster Zugang zu den Beispielräumen soll über die Gemeinsamkeiten dieser naturräumlich extrem unterschiedlichen Gebiete erfolgen. Vorab soll kurz auf die neuere sozioökonomische Einordnung (Typisierung) der beiden Gebiete aus russländischer Sicht verwiesen werden. Hierzu wird die sozioökonomische Typisierung der russländischen Subjekte von ZUBAREVIČ 2005 herangezogen.

In dieser Typisierung wird das Gebiet Kaliningrad der dritten von vier Hauptkategorien, d. h. dem Mittelfeld (*seredina*) zugeordnet. Es gehört der „entwickelten Zone“ und hier den „höher urbanisierten Regionen des Zentrums, des Nord-Westens und des Wolgabgebietes“ an.

Auf föderaler Ebene spielt das Gebiet wirtschaftlich eine untergeordnete Rolle. Der Anteil des Gebietes am BIP der Russländischen Föderation 2004 betrug 0,4 %. In den Wirtschaftsbereichen pendeln die Anteile zwischen 0,4 und 0,7 %. Nur im Bereich der Warenimporte verzeichnet das Gebiet einen Anteil an den Gesamtimporten in die Föderation von 3,4 %⁶³.

KALININGRAD UND MURMANSK						
Ausgewählte sozio-ökonomische Basisdaten vom 1. Halbjahr 2005						
	ausgewählte Wirtschaftszweige [Index: 1. Halbjahr 2004=100%]				Investitionen in Grundkapital	
	Industrie- produkti- on	Bergbau	verarbeitende Produktion	Energiege- winnung, Gas, Wasser	in Mio. Rubel	in % zur 1. Hälfte 2004
Gebiet Murmansk	100	101,2	99,1	100,2	6 994	125
Gebiet Kalinin- grad	127,2	145,2	119,8	104,7	9 269,3	123,2
<i>Nordwestlicher Föderaler Bezirk</i>	<i>110,5</i>	<i>114,1</i>	<i>111</i>	<i>105,2</i>	<i>164 938,7</i>	<i>111,4</i>
Russländische Föderation	104	101,4	105,6	101,8	1 252 900,7	109,4

Tabelle 9a: Im interregionalen Vergleich zeigt sich, dass das Gebiet Kaliningrad im Bereich der o. g. Wirtschaftszweige für den angeführten Zeitraum stärker wächst, als der Landesdurchschnitt. Die hohe Zunahme im Bereich Bergbau erklärt sich durch die gestiegene Ölförderung.

Quelle: Rossijskaja gazeta vom 7. September 2005 (www.rg.ru), S. 10)

KALININGRAD UND MURMANSK					
Ausgewählte sozio-ökonomische Basisdaten vom 1. Halbjahr 2005					
	ausländische Direktin- vestitionen in tsd. US \$	Lebenshaltung und Einkommen			
		Kosten für minimale Grundver- sorgung mit Lebensmitteln		Veränderung des Realein- kommens in % gegenüber der 1. Hälfte 2004	durchschnittl. Monatseinkommen in Rub.
		in Rubel	im Vergleich zum Landes- durchschnitt in %		
Gebiet Murmansk	6 994	1 715,5	123	98,5	11 763,6
Gebiet Kaliningrad	9 269,3	1 458,1	104	117,6	7 009,1
<i>Nordwestlicher Föderaler Bezirk</i>	<i>1 260 276</i>	<i>1 482,8</i>	<i>106</i>	<i>108,6</i>	<i>9 191,1</i>
Russländische Föderation	16 503 334	1 398,3	100	107,1	7 933,8

Tabelle 9b: In der Tabelle werden die regionalen Unterschiede in Bezug auf die Lebenshaltungskosten und das durchschnittliche Einkommen deutlich. Die erhöhten Preise im Gebiet Murmansk sind einerseits der Lage (Transportkosten) andererseits der erhöhten Kaufkraft geschuldet. Das relativ hohe durchschnittliche Monatseinkommen resultiert aus den wieder hohen Löhnen im Bereich des Bergbaus und der Erzverhüttung sowie zunehmend im Bereich der Off-shore Ölförderung.

Quelle: Rossijskaja gazeta vom 7. September 2005 (www.rg.ru), S. 10)

⁶³ TERRITORIAL'NYJ ORGAN FEDERAL'NOJ SLUŽBY GOSUDARSTVENNOJ STATISTIKI PO KALININGRADSKOJ OBLASTI 2005, S. 10f

Das Gebiet Murmansk wird der Kategorie zwei („*Regionen mit relativer Entwicklung oder überragendem Einkommen*“) und hier der „*schwach erschlossenen Zone exportorientierter, ressourcenreicher Regionen mit hohem Einkommen*“ zugeordnet. Die Grenznähe spielt bei dieser Typisierung keine Rolle.

Es gilt festzuhalten, dass es sich aus russländischer Sicht um zwei sehr unterschiedliche Regionstypen innerhalb der Föderation handelt, wobei interessanterweise das Gebiet Murmansk in der Einschätzung vor dem Gebiet Kaliningrad eingeordnet wird. Trotz dieser offensichtlichen Unterschiede gibt es wesentliche Gemeinsamkeiten, die beide Gebiete für eine gemeinsame Untersuchung interessant machen:

- Beide Gebiete haben, aus unterschiedlichen Gründen, eine Bevölkerung, die erst relativ kurz, d. h. zum überwiegenden Teil nach 1945, in den Gebieten lebt. Gerade für die ältere Generation sind die Bindungen zu ihren alten Heimatorten heute noch stark und oftmals wird die neue Heimat weiterhin als Fremde empfunden. Dies mag auch den Umgang mit der Natur und dem kulturellen Erbe in den Gebieten erklären. Bei einer Befragung im Jahr 2000 im Gebiet Murmansk wurde deutlich, dass die meisten der Befragten nur für einige Jahre (10-15 Jahre) in dem Gebiet bleiben wollten, um dann, als „*junge Rentner*“ zurück in die Heimat zu gehen⁶⁴. Eine Identifikation mit dem Gebiet fand lange Zeit weder im Gebiet Kaliningrad noch im Gebiet Murmansk statt.
- Die Gebiete waren aufgrund ihrer strategischen Lage hoch militarisiert und in ihrer zivilen Entwicklung gehemmt. Beide Gebiete sind Grenzgebiete zur Europäischen Union. Zu sowjetischen Zeiten war diese Grenze hermetisch abgeriegelt. Beide Gebiete fielen zu dieser Zeit unter den Status eines geschlossenen Gebietes und noch heute sind einige Teile der Gebiete weiterhin Sperrgebiet bzw. geschlossenes Gebiet (ZATO).
- Beide Gebiete befinden sich an einer Grenze mit asymmetrischem Charakter in ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Dimension.
- Beide Gebiete nehmen für die Beziehungen der Russländischen Föderation und der EU eine Schlüsselposition ein und können möglicherweise diese Position in zunehmendem Maße ausfüllen. Sie werden als „*Gateway regions*“ bezeichnet. Anfang der 1990er Jahre wurde ihnen besondere Bedeutung zur Stabilisierung und zur Transformation der Wirtschaft zugesprochen, da man davon ausging, dass insbesondere in den Grenzregionen ausländische Firmen investieren würden. Dieses hat sich nur teilweise bewahrheitet. Heute werden ihnen immer noch bestimmte ökonomische Funktionen zugesprochen, die aber vor allem das partnerschaftliche Verhältnis der Russländischen Föderation und ihrer westeuropäischen Nachbarn positiv beeinflussen sollen.

Die gemeinsame Besonderheit beider Gebiete liegt im Dualismus, einerseits „*Gateway region*“ zu sein und andererseits eine ehemals geschlossene hochmilitarisierte Region

⁶⁴ SÜNNEMANN 2001, unveröffentlichte Diplomarbeit

zu sein. Genau dieser enorme Bedeutungswandel, der extern, von den Zentren angestoßen wird, macht beide Gebiete für eine Untersuchung interessant.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der die beiden Gebiete für eine vergleichende Untersuchung von möglichen Auswirkungen durch Peripherisierungsprozesse interessant macht, ist die große Abhängigkeit des Gebietes Murmansk von fossilen und zunehmend rezenten Rohstoffen und die Abhängigkeit bzw. Notwendigkeit des Gebietes Kaliningrad aufgrund seiner Insellage zu kooperieren und zu interagieren. Hier ergeben sich spannende Fragen, wie das föderale Zentrum mit diesen unterschiedlichen Abhängigkeiten umgeht und wie die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie trotz unterschiedlicher Ursachen regional ausgeprägt sind.

6.1 Fallbeispiel 1: Das Gebiet Kaliningrad – Doppelte Peripherie⁶⁵ im Zentrum Europas

“Kaliningrad oblast is unique, not in its economic or political relationship with the centre, but in its strategic value to Moscow as Russia’s most westerly point facing Europe.”
MAIN 2003, S. 224

Das Gebiet Kaliningrad kann durchaus als ein Sonderfall unter den Subjekten der Russländischen Föderation bezeichnet werden (SVEREV 1996, S. 3), wobei nicht wenige Subjekte der Föderation, sei es im Hohen Norden oder Fernen Osten, im Kaukasus oder in den Steppen Zentralasiens, mit diesem Attribut belegt werden können. Dies ist



Karte 6: Die Wahlwerbung der Putin (Krem'l) Partei „Einiges Russland“ zur Regionalwahl am 12. März 2006, die am Valentinstag in Kaliningrad verteilt wurde, veranschaulicht die Lage Kaliningrads aus russländischer Perspektive. Der Text im Bereich Kaliningrad lautet „Ort unserer Liebe“. Der Text innerhalb des Kernlandes lautet: „Liebendes Russland – Einiges Russland“. Die Partei bekam bei der Regionalwahl 34,6% der Stimmen⁶⁶.

nicht zuletzt der großen Heterogenität dieses größten Landes der Erde mit seinen vielen Völkern (→ Die Russländische Föderation, S. 75ff) und Kulturen geschuldet.

Beim Kaliningrader Gebiet sind die Ursachen jedoch anders gelagert. Es handelt sich eher um zeitgeschichtliche Phänomene, die das Gebiet im Zentrum Europas erneut zum Sonderfall werden lassen. Das Gebiet befindet sich in einer exponierten geo-

⁶⁵ MOŠES 2003, S. 265, TIMMERMANN 2001, S. 1042

⁶⁶ Quelle: FORSCHUNGSSTELLE OSTEUROPA (2006, Hrsg.): russlandanalysen 94/06. online: www.russlandanalysen.de Zugriff: 13.06.2006.

politischen Lage. Das Gebiet Kaliningrad mit über 650 km Staatsgrenze, die sowohl See-, als auch Landgrenzen umfasst, ist seit 1991 zu einer russländischen Insel geworden (siehe Karte 6 Wahlwerbung auf der vorherigen Seite). Seit Anfang der 1990er Jahre ist das Gebiet Kaliningrad eine russländische Exklave in der prosperierenden Ostseeregion und seit 2004 eine Enklave in der erweiterten Europäischen Union. Dank der unmittelbaren Nähe zum mitteleuropäischen Wirtschaftsraum und als Teil der Ostseeregion soll, nach längerer Zeit der Stagnation und des Niedergangs, das Gebiet eine Brückenfunktion zwischen der Russländischen Föderation und der Europäischen Union einnehmen und ein Experimentierfeld für zukünftige Kooperationen und Partnerschaften werden.

Bis vor Kurzem war die neue geopolitische Lage des Gebietes aber eher ein Hemmnis für die Entwicklung, die neuen Grenzen eher Barrieren als Kontaktzonen.

Trotz oder gerade wegen dieser Situation bietet sich scheinbar, aufgrund des heutigen Zustandes, ein so breites Spektrum an Zukunftsalternativen und Entwicklungswegen im Gebiet Kaliningrad. Die Szenarien, die kurz nach der Öffnung des Gebietes 1991, insbesondere von westlicher Seite, diskutiert wurden, reichen von äußerst positiven (Hongkong der Ostsee) über einen geopolitischen Unsicherheitsraum (zweites Kuba, Gibraltar⁶⁷) bis zu äußerst negativen Szenarien. Dabei wurden und werden auch unterschiedliche Optionen der Zugehörigkeit und des zukünftigen Status heftigst diskutiert⁶⁸. Bis 1990 war die völkerrechtliche Lage, trotz fehlender abschließender Verträge über die territoriale Zugehörigkeit, des Gebietes Kaliningrad relativ stabil. Der Status quo wurde akzeptiert. Mit der Auflösung der Sowjetunion änderte sich die Situation. Mit der Unabhängigkeit der Baltischen Staaten wurde das Gebiet vom Kernland isoliert, rückte aber andererseits näher an das „neue Zentrum“ Europas.



Foto 6: Einfahrt in die Stadt Kaliningrad über den Pregel mit Blick auf den ehemals dicht bebauten Kneiphof und wieder aufgebauten Dom (links) und die alte Börse am südlichen Pregelufer (rechte Bildhälfte), 2005.

⁶⁷ 1969-1985 waren die Grenzen zwischen der geostrategisch wichtigen britischen Exklave Gibraltar und Spanien geschlossen.

⁶⁸ Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen, wird darauf hingewiesen, dass das Kaliningrader Gebiet als ein integraler Bestandteil der Russländischen Föderation angesehen wird. Aufgrund seiner isolierten geographischen Lage jedoch zu möglichen Szenarien der Integration und Adaption anregt. Die Erinne-

Mit den Verträgen zur deutschen Einheit 1990, d. h. dem Zwei-plus-vier-Vertrag und dem Deutsch-Sowjetischen Partnerschaftsvertrag wurden die territorialen Zugehörigkeiten endgültig geregelt. Die Russländische Föderation hat als Rechtsnachfolger der Sowjetunion das Gebiet als Subjekt übernommen. Damit liegt die Entwicklung des Gebietes primär in der russländischen Verantwortung.

Die neue Situation, die lageabhängig zu sein scheint, ist Chance und Hemmnis zugleich. Heute ist das Gebiet eine „*russische Insel*“ im Meer der Europäischen Union ca. 400 km vom „*russischen Festland*“ entfernt.

Bis zum Jahr 2000 (957 500 Ew.) wuchs die Bevölkerung im Gebiet Kaliningrad, im Gegensatz zu vielen anderen Gebieten der Föderation, stetig an. Dies lag trotz hoher Sterberate und geringer Geburtenrate, wie sie in der gesamten Föderation nach 1990 charakteristisch sind, an einer positiven Migrationsbilanz. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist seit Jahren rückläufig. Im Jahr 2004 standen 8 654 Geburten 17 154 Todesfälle gegenüber⁶⁹. Noch in den Jahren 2000 und 2001 kamen ca. 20 000 Zuwanderer pro Jahr in das Gebiet, wobei ca. 15 000 Abwanderungen registriert wurden⁷⁰. Diese positive Migrationsbilanz fing die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung auf. Seit 2001 reicht die Zuwanderung aber nicht mehr aus, um den anhaltend negativen Trend der natürlichen Bevölkerungsentwicklung auszugleichen (siehe Abbildung 11, S. 115).



Foto 7: Dünenlandschaft auf der Kurischen Nehrung. Eines der großen naturräumlichen und touristischen Potenziale des Gebietes Kaliningrad. 2005

rungen an ihre „Kindheit in Ostpreussen“ beendete Marion Gräfin Dönhoff mit dem Satz: „*Vielleicht ist dies der höchste Grad der Liebe: zu lieben, ohne zu besitzen.*“

⁶⁹ TERRITORIAL'NYJ ORGAN FEDERAL'NOJ SLUŽBY GOSUDARSTVENNOJ STATISTIKI PO KALININGRADSKOJ OBLASTI 2005, S. 42.

6.1.1 Geographische Lage, Abgrenzung und naturräumliche Besonderheiten

Das Gebiet Kaliningrad ist das westlichste Gebiet der Russländischen Föderation. Es gehört mit einer Fläche von 15 125,5 km² und 945 000 Einwohnern zu den kleineren aber dichtbesiedelten Gebieten (2004: 62,5 Ew./km²) der Föderation⁷⁰. Es ist zwischen dem 54°19' und dem 55°19' nördlicher Breite und zwischen dem 19°38' und dem 22°52' westlicher Länge gelegen (ORLĚNOK 2005, S. 8). Damit liegt es auf ungefähr gleicher Breite wie Schleswig-Holstein, das zu dem noch eine vergleichbare Größe aufweist. Das Gebiet grenzt im Süden an Polen und im Nordosten an Litauen sowie im Westen und Nordwesten an die Ostsee. Es besteht seit der Unabhängigkeit der Baltischen Staaten keine direkte innerstaatliche Landverbindung zwischen dem Gebiet und der Russländischen Föderation.

Die Landschaft des Gebietes ist glazial überprägt. Charakteristisch sind kuppige Höhenzüge und flache Becken, die durch die beiden Flüsse Pregolja (Pregel) und Neman (Memel) im Norden dominiert werden. Das Gebiet ist eine Küstenregion mit charakteristischer Ausgleichsküste mit Haffen, Nehrungen und Steilküsten, die ein wesentliches touristisches Potenzial des Gebietes bilden.

Das Gebiet ist verhältnismäßig reich an bestimmten natürlichen Ressourcen und verfügt über das größte bekannte Bernsteinvorkommen, über hochwertige aber begrenzte Vorkommen schwefelarmen Erdöls sowie Braunkohle-, Torf- und Steinsalzlagerstätten (ORLĚNOK 2005, S. 44ff.). Eine Besonderheit sind auch die Mineralwasserquellen im Gebiet, die zum einen neben der Ostsee die Basis für das Kurwesen bilden und zum anderen der Abfüllung von Mineralwasser dienen. Im Küstenbereich der Ostsee, unweit der Kurischen Nehrung, wurde ebenfalls Erdöl gefunden sowie in tieferen Regionen der Ostsee Eisen-Mangan-Ablagerungen. Das eigentliche Potenzial des Gebietes scheint aber in seiner Bedeutung für das Verhältnis zwischen der EU und der Russländische Föderation zu liegen, als in seinen Rohstoffressourcen (FJODOROW 2004, S. 15f). Dies ist ein wesentlicher Grund für die Wahl des Gebietes als Fallstudie der Arbeit.

⁷⁰ TERRITORIAL'NYJ ORGAN FEDERAL'NOJ SLUŽBY GOSUDARSTVENNOJ STATISTIKI PO KALININGRADSKOJ OBLASTI 2005, S. 44.

⁷¹ Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der Russländischen Föderation betrug 2002 8,4 Ew./km². Es gibt aber große regionale Unterschiede. Im europäischen Landesteil liegt der Mittelwert bei 26,2 Ew./km² im asiatischen dagegen bei 2,4 Ew./km² (BRADE, et. al. 2004, S. 11). Nach einer Studie der OECD sind alle Gebiete mit einer Bevölkerungsdichte unter 150 Ew./ km² als ländliche Gebiete einzustufen.

6.1.2 Militärisches Zentrum und zivile Peripherie: Aspekte der Entwicklung des Gebietes nach 1945 bis 1991

„[...] 16. alle sowjetischen und volkswirtschaftlichen Organe haben [bei] ihrer Arbeit stets den neuen Gebieten und Territorien, die in den Bestand der UdSSR eingehen, besondere Aufmerksamkeit zu leisten – dem Gebiet Königsberg, dem Rayon Pečengi (Petsamo) [Anm. des Autors: im Gebiet Murmansk], den südlichen Teilen Sachalins und den Kurilen [...].“
(Aus dem Gesetz über den Fünfjahresplan zu Wiederaufbau und Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR 1946 – 1950 zitiert aus FROBARTH 2001, S. 118)

Nach dem Zweiten Weltkrieg⁷², wurde das deutsche Ostpreußen im Gefolge der Konferenzen in Jalta und Potsdam zwischen Polen und der Sowjetunion aufgeteilt. Der nördliche Teil wurde als Gebiet Kaliningrad (1.7.1946) der Russländischen SFSR zugeschrieben und nicht der benachbarten Litauischen SSR, die Mitte bis Ende der vierziger Jahre politisch instabil war. Im April 1946 wurden die Stadt und das neu gebildete Gebiet Königsberg (*Kenigsbergskaja oblast'*) an die RSFSR angeschlossen und im Juli desselben Jahres per Erlass des Obersten Sowjets der UdSSR nach dem zuvor verstorbenen Michail Ivanovič Kalinin⁷³ in Kaliningrad und Kaliningradskaja oblast' umbenannt.

Das Interesse der Sowjetunion an der Eingliederung des nördlichen Ostpreußens war mehrdimensional. Das nördliche Ostpreußen war, neben dem finnischen Gebiet Petsamo sowie dem südlichen Teil Sachalins und den Kurilen, der Gebietsgewinn der Sowjetunion, der in direktem Zusammenhang mit dem Sieg über das faschistische Deutschland stand⁷⁴. Einerseits wurde die Annexion des Gebietes als „*Kriegsbeute und Entschädigung*“ propagandistisch genutzt, als permanente Erinnerung an den Sieg über das faschistische Deutschland und das Preußentum⁷⁵, andererseits und weit bedeutsamer waren die militärischstrategischen und expansionistischen Aspekte der damaligen sowjetischen Führung im Zuge der Einflussnahme und Kontrolle des östlichen Europas. Bot doch das nördliche Ostpreußen eine gute strategische Basis für die Sowjetunion ihren noch nicht gesicherten neuen Machtbereich in Ost- und Mitteleuropa zu festigen und zu kontrollieren. Des Weiteren stellte das Gebiet, ähnlich dem Gebiet Murmansk, eine gute Ausgangsbasis bei möglichen zukünftigen Konflikten in Europa

⁷² Auf die Entwicklungsgeschichte vor 1945 wird nur im Kontext der heutigen Entwicklung eingegangen. Es sei jedoch darauf verwiesen, dass die Verteidigung des Gebietes während des 2. Weltkrieges sowie die Rücksichtslosigkeit gegenüber der Bevölkerung auf deutscher und sowjetischer Seite zu unbeschreiblichen Opfern bei der Zivilbevölkerung führten. Weiterführend zur Geschichte Ostpreußens: beispielsweise BOECKMANN 1995, GORNIG 1995, MATTHES 2001, ROTH (Hrsg.) 1999, für den Zeitraum 1944-1848: KIBELKA 2001.

⁷³ Michail Ivanovič Kalinin (1875-1946) war u. a. Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet. Er war maßgeblich an der stalinistischen Terrorherrschaft beteiligt. Mehrere Städte wurden in der Sowjetunion nach Kalinin benannt. Die meisten, darunter beispielsweise Tver (zu sowjetischen Zeiten Kalinin), wurden nach 1990 umbenannt (vertiefend hierzu SAPPER 2002, S. 246ff.). In Kaliningrad wird, trotz anhaltender Debatten, an der Namensgebung festgehalten.

⁷⁴ Die Gebietsgewinne in Ostpolen sind hier nicht erwähnt, da diese bereits auf 1939 zurückgehen und somit schon vor 1941 zur Sowjetunion gehörten.

⁷⁵ vertiefend hierzu und zu den Auswirkungen siehe KOSTYASHOV 2004, S. 75ff und MATTHES 2004, S. 87f.

dar. Beide Gebiete nahmen Schlüsselpositionen auf einem potentiellen europäischen Kriegsschauplatz ein. Dies gilt nicht nur für die landgestützten Streitkräfte, sondern ebenfalls für die Marine, da mit Pillau (heute Baltijsk) und Königsberg (heute Kalininograd) neben den baltischen Häfen weitere eisfreie Zugänge zur Ostsee weiter westlich existierten (vgl. hierzu FROBARTH 2001, S. 50ff). Dass strategische und machtpolitische Aspekte bei der Annexion eine wesentliche Rolle spielten, wird auch in der Entwicklung des Gebietes nach 1945 deutlich. Das Gebiet wurde zum militärischen Sperrgebiet (bereits 1946 wurde das Gebiet zum „Grenz-Sperrgebiet“ erklärt) und mit der Baltischen Flotte und der 11. Garde Armee⁷⁶ wurden wichtige Truppenteile in dem Gebiet stationiert. Auf die Auswirkungen dieses Aspektes wird an anderer Stelle näher eingegangen (→ Zwischen Öffnung und Geschlossenheit, S. 40ff und S. 175ff). Ökonomische Aspekte traten in den Hintergrund, obwohl auf die verkehrstechnische Bedeutung des Gebietes als Warenumserschlagplatz immer wieder hingewiesen wurde. Entscheidend aus wirtschaftspolitischer Sicht war die Wiederinbetriebnahme bzw. Umstrukturierung oder der Neuaufbau von Industriebetrieben, deren Produktion der zentralistischen Planung entsprach. Darunter fielen der Schiffbau, der Wagonbau, Papier- und Zellulosefabriken und die fischverarbeitende Industrie. Hinzu kamen die Hafenwirtschaft sowie Bernsteinförderung und -verarbeitung als wichtige Branchen. Ebenfalls von Bedeutung war die Landwirtschaft, die neben der Versorgung des Gebietes auch andere Gebiete der Sowjetunion versorgen sollte (FROBARTH 2001, S. 113). Obwohl das Gebiet bis zum Zweiten Weltkrieg, trotz der klimatischen Bedingungen mit einer relativ kurzen Wachstumsperiode (KNAPPE 2004, S. 45), eine der hoch entwickelten Agrarregionen Europas war und stark landwirtschaftlich geprägt war (KNAPPE 2003, S. 336), konnte nicht an diese Erfolge angeknüpft werden. Dies lag, neben der radikalen Umstrukturierung und Kollektivierung, der Vertreibung der ortsansässigen Bevölkerung sowie der Zerstörung von Produktionsstätten und fehlender technischer Ausstattung, vor allem am Verlust des Wissens über die Regulierung des Wasserhaushaltes, denn große Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche waren mit ausgeklügelten Drainagesystemen versehen (vertiefend hierzu KNAPPE 2003, S. 336ff und KNAPPE 2004), die mit der „Flurbereinigung“ im Rahmen der Kollektivierung der Landwirtschaft nicht kompatibel waren. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Transformation vom Plan zum Markt erlitt die Landwirtschaft im Gebiet einen erneuten Rückschlag, von dem sie sich nur sehr langsam erholt. Beim Durchfahren des Gebietes fallen die ausgedehnten, wildromantischen Brachflächen auf, die von der prekären Situation der Kaliningrader Landwirtschaft zeugen.

Anfangs wurde zum Aufbau und zur Versorgung der Truppen auf die noch vorhandene deutsche Zivilbevölkerung zurückgegriffen, die unter extrem schlechten Bedingungen ums Überleben kämpfte. Ab 1946 begann die Ansiedlung von Sowjetbürgern aus den

⁷⁶ Die 11. Garde Armee war, als Teil der 1. Pribaltischen Front und später der 3. Belorussischen Front, maßgeblich an der Eroberung des nördlichen Ostpreußens beteiligt. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges und im Zuge der Demobilisierung wurden die im Gebiet Kaliningrad verbliebenen Einheiten zur 11. Gd. Armee zusammengefasst und im Gebiet stationiert.

kriegszerstörten Gebieten des europäischen Teils der Union (RSFSR, Ukrainische SSR, Belorussische SSR)⁷⁷. Später, nach 1948, nach der fast vollständigen Aussiedlung der deutschen Bevölkerung⁷⁸, wurde im Rahmen von Umsiedlungsprogrammen die Neuansiedlung - anfangs mit Zwangsmitteln, später mit Anreizen - aus anderen Gebieten der Sowjetunion weiter forciert (MATTHES 1999, S. 39). Es fand somit ein kompletter Bevölkerungsaustausch statt (KNAPPE 2004, S. 19). Es entstand eine regionale Bevölkerung in der die Russen bis heute zahlenmäßig überwiegen (2001: 76% Russen; 12% Ukrainer; 5% Deutsche (vor allem Russlanddeutsche)⁷⁹). Die Neusiedler betraten eine durch Jahrhunderte kulturell geprägte Umgebung, deren Bewohner bis 1948 vollständig vertrieben und ausgesiedelt worden waren (MATTHES 2004, S. 87) und die ihnen völlig fremd war. In seinem Buch „*Als Russe in Ostpreußen*“ beschreibt MATTHES (1999) anhand von Interviews mit 300 Zeitzeugen diese Situation sehr eindrücklich. Ein Großteil der Umsiedler aus der RSFSR kam weiterhin aus den Gebieten, Brjansk, Kursk und Orjol sowie der Belorussischen SSR (hier Brest und Gomel'). Ab 1967 entwickelte sich die Mordwinische ASSR zum Hauptherkunftsgebiet der Aussiedler (FROBARTH 2001, S. 164, KNAPPE 2004, S. 19ff).



Foto 8: Meliorierte „Agrarlandschaft“ westlich der Stadt Kaliningrad 2005

Das primäre Entwicklungsziel des Gebietes war der Ausbau des Gebietes zu einem „*Militärischen Vorposten in Europa*“. Die zivilwirtschaftliche Entwicklung des Gebietes nach 1945 trat hinter den militärischen Interessen zurück. Die enorme Zahl an Militärangehörigen und der Status der Geschlossenheit waren prägend für die Entwicklung

⁷⁷ vertiefend hierzu beispielsweise: LEHNDORFF 2002, KIBELKA 2001.

⁷⁸ Von Oktober 1947 bis Mai 1951 wurden 102.494 deutsche Bürger des Gebietes ausgesiedelt (SVEREV 1996, S. 9, zitiert nach KOSTJAŠOV 1994, S. 186ff)

⁷⁹ Quelle: KNAPPE 2004, S. 23 zitiert nach SKARZINSKAITE 2001, S. 10

des Gebietes. Die Grenzen waren hermetisch abgeriegelt. Die frühere territoriale Einheit Ostpreußens war durchtrennt. Straßen und Schienenwege endeten an der polnisch-sowjetischen Grenze. Die Außenhandelstransporte wurden ausschließlich durch sowjetische Logistik durchgeführt (SVEREV 1996, S. 9). Es waren insgesamt ca. 120 000 sowjetische Soldaten (Heer, Luftwaffe und Marine) im Kaliningrader Gebiet (Friedensstärke) stationiert (FROBARTH 2001, S. 189). Dies bedeutet, dass auf weniger als neun Zivilisten ein Soldat im Gebiet kam. Dazu kamen noch Angehörige der Ministerien (Miliz, KGB, etc.) sowie Zivilangestellte des Militärs. Dokumentiert wird die Bedeutung des Militärs und des Sieges der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg sowie der Versuch der vollständigen Sowjetisierung des Gebietes durch die überall im Gebiet präsenten Denkmäler für Helden und Gefallene der Sowjetunion sowie die Bezeichnung von Orten und Straßen, die einen militärsymbolischen oder ideologischen Hintergrund haben. Manfred SAPPER (2003, S. 244) beschrieb die Situation treffend mit den Worten: „ [...] [E]in Gebiet, dessen Städte und Ortsnamen sich lesen, als handele es sich um ein Zitat aus dem „Kurzen Lehrgang der Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bol’sheviki).“

Die Industrie basierte zumeist auf bereits aus der deutschen Zeit stammenden Strukturen, die teilweise wieder aufgebaut und ausgebaut wurden (KNAPPE 2004, S. 12). Dabei spielten, wie auch in Murmansk die Eisfreiheit der Häfen und der Zugang zu internationalen Gewässern eine Rolle. Das ehemalige Königsberg nahm bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, trotz seiner Exklavenlage nach 1918⁸⁰, eine bedeutende Handelsfunktion im Ost-Westhandel ein. Über den Hafen von Königsberg wurde eine Vielzahl an Gütern zwischen Westeuropa und Russland, später der Sowjetunion umgeschlagen. Mit dem Bau des Seekanals 1901, der mit einer Länge von 42 km und einer Tiefe von 6,5 m (später 8 m) die Stadt Königsberg durch das Frische Haff mit der Ostsee verbindet, stieg die Bedeutung des Hafens erneut. Nun konnten größere Seeschiffe direkt in den Hafen von Königsberg gelangen und die Ladung dort umgeschlagen werden. Aufgrund der guten Infrastrukturanbindung über Eisenbahn und Binnenschifffahrt gelangten die Waren weit in das Russische Reich und später in die Sowjetunion (FROBARTH 2001, S. 30, S. 52).

Die Fischwirtschaft und hier insbesondere die Hochseefischerei und die industrielle Fischverarbeitung sowie im Zusammenhang mit der Fischerei und der Fischverarbeitung stehende Betriebe, wie Werften, Maschinenbau, Ver- und Entsorger, aber auch Waggonbau und entsprechende Lehranstalten waren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und bis 1991 die prägenden industriellen Wirtschaftszweige im Kaliningrader Gebiet. Zusammen mit Murmansk und Vladivostok wurde Kaliningrad zum wichtigsten Fischereihafen der ehemaligen Sowjetunion (FROBARTH 2001, S. 176). Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurden über sieben Prozent des gesamten Fanges der Sowjetunion im Kaliningrader Gebiet angelandet (SVEREV 1996, S. 10).

⁸⁰ Diese führte vor allem aufgrund der Transitgebühren durch den polnischen Korridor nach Deutschland zu einer Verteuerung der ostpreußischen Waren.

Ein weiterer wichtiger Wirtschaftszweig, der auf der Grundlage der aus deutscher Zeit vorhandenen Industriebetriebe basierte, war die Zellstoff- und Papierindustrie. In den fünfziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kam mit dem Fund von Erdöl in der Pregelniederung ein neuer Wirtschaftszweig hinzu. Seit 1975 wird im Gebiet Erdöl und seit 1983 Erdgas gefördert. Da das Gebiet seit 1991 und bis heute über keine eigenen Raffineriekapazitäten verfügt⁸¹, wird das gesamte Erdöl ausgeführt (MAIN 2003, S. 228). Erwähnenswert sei auch die Bernsteinindustrie mit industriellem Abbau und Verarbeitung, die eine Besonderheit darstellt. Es wird in Bezug auf das Gebiet Kaliningrad auch vom „*jantarnyj kraj rossii*“ der Bernsteinregion Russlands gesprochen. Im Bereich der Bildung wurde 1967 die Kaliningrader Staatliche Universität (KGU) gegründet, die aus dem bereits bestehenden pädagogischen Institut hervorging und einen Schwerpunkt in der Lehrerausbildung hatte (FROBARTH 2001, S. 179). An die Bedeutung Kaliningrads als produktives Agrarland konnte nicht angeknüpft werden. Bis zum Zweiten Weltkrieg war das nördliche Ostpreußen agrarisch geprägt. Ungefähr siebenzig Prozent der Bevölkerung lebten auf dem Land und vorwiegend von der Landwirtschaft (KNAPPE 2004, S. 34). Heute lebt mit 425,6 Tsd. Einwohnern (2004) fast die Hälfte (2004: 45%) der Bevölkerung im Gebietszentrum Kaliningrad, dem ökonomischen und gesellschaftlichen Zentrum des Gebietes.

Trotz der militärischen Bedeutung des Gebietes wurde die Verkehrsinfrastruktur innerhalb des Gebietes vernachlässigt. Auch hier wurde zumeist auf die vorhandene Verkehrsinfrastruktur zurückgegriffen. Die Eisenbahn wurde, bis auf die Strecke entlang des Frischen Haffs bis kurz vor Kaliningrad⁸², die ihre europäische Spurbreite behielt, auf russische Breitspur umgestellt. Aufgrund der Abschottung während des Kalten Krieges waren die Verbindungen zu den polnischen Nachbarregionen, aber auch zu den benachbarten sowjetischen Gebieten, wie beispielsweise der Litauischen SSR, stark eingeschränkt und wenig ausgebaut (KNAPPE 2004, S. 13). Der Zusammenbruch der Sowjetunion stellte für das Gebiet eine besondere Zäsur dar, führte der Zerfall doch zum Verlust der Grundintentionen unter denen das Land übernommen und sowjetisiert worden war. Entgegen einiger Befürchtungen von westlicher Seite wurde das Gebiet weitgehend entmilitarisiert. 1997 wurde die 11. Armee als eigenständige Militäreinheit aufgelöst und ihre Reste wurden in die Baltische Flotte integriert (MAJOR 2001, S. 90)⁸³. Aufgrund der sozioökonomischen Lage, während der Auflösung der Sowjetunion und der Schwäche der Russländischen Föderation in den 1990er Jahren, war eine Aufrechterhaltung der militärischen Stärke kaum möglich. Die verbliebenen Militäreinheiten (in erster Linie die Baltische Flotte) haben einen rein defensiven Charakter. Eine Konversion der Militärbetriebe und -standorte blieb aber weitestgehend aus.

⁸¹ Die ehemaligen Raffineriekapazitäten befinden sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion außerhalb des Landes.

⁸² Dies hatte vor allem militärisch strategische Gründe, um im Falle eines Konfliktes mit der NATO die Truppen des Warschauer Pakts entlang des „Eisernen Vorhangs“ schnell verstärken und versorgen zu können.

⁸³ Schon 1994 wurde die Einrichtung eines Sonderverteidigungsbezirkes Kaliningrad beschlossen, der die ehemals offensiven Einheiten der 2. Welle zu defensiven kombinierten Einheiten umstrukturiert, womit eine erhebliche Reduktion der Truppenstärke einhergeht (SVEREV 1996, S. 24).

6.1.3 „Hongkong an der Ostsee“ Zwischen Freier Wirtschaftszone und Sonderwirtschaftszone - Aspekte der Entwicklung zwischen 1991 und 2000

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der an das Gebiet grenzenden Unionsrepubliken (SSR) entstand die erneute Exklavenlage⁸⁴ des Kaliningrader Gebietes, die die sich abzeichnende regionale Krise verschärfte. Zusätzlich zum Zusammenbruch des gemeinsamen Wirtschaftsraumes kamen nun für das Gebiet die Probleme der isolierten geographischen Lage hinzu. Anstelle der früheren Abschottung nach Westen wurde das Gebiet vom russländischen Kernland getrennt. Die Produktionskosten unter gleichen Rahmenbedingungen sind im Gebiet immer entsprechend zu den Transit- und Zollgebühren höher als in anderen Gebieten der Föderation.

Zeitgleich und in gewissem Maße als Reaktion auf die zugespitzte sozioökonomische Situation, setzte im Gebiet verstärkt ein Prozess der Öffnung und Liberalisierung ein, der bereits in den Jahren der Perestroika begann. Anfang Februar 1991 wurde der Status eines geschlossenen Gebietes aufgehoben und am 25. September 1991 wurde die Freie Wirtschaftszone „Jantar“⁸⁵ geschaffen (KNAPPE 2004, S. 40). Damit gelangte ein vorher für Ausländer „weißer Fleck“ im Zentrum Europas in den Blick der westeuropäischen Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft. Gleichzeitig verschärfte sich, mit der zunehmenden nationalen Krise, die im Finanzcrash 1998 ihren Höhepunkt erreichte, die schon während der Sowjetunion angespannte regionale sozioökonomische Lage, die nun auch Existenz sichernde Bereiche der Bevölkerung betraf.

Seit 2000 scheint zumindest ökonomisch die Talsohle der nationalen Krise überwunden und mit dem zunehmenden ökonomischen Wachstum konsolidieren sich allmählich auch die Lebensverhältnisse der Bewohner. Dies gilt in zunehmendem Maße auch für das Gebiet Kaliningrad.

Ein erstes mitunter radikales und unausgereiftes Mittel zur Förderung der Marktwirtschaft und zur Stabilisierung gefährdeter Gebiete der Föderation war die Ausrufung von Freien Wirtschaftszonen (FWZ) von denen es insgesamt elf gab. Sie sollten den betreffenden Regionen aufgrund der Gewährung eines Sonderstatus eine Reihe von Sonderrechten sowie Zoll- und Steuervergünstigungen für die Produktion und den Handel einräumen, um die wirtschaftlichen Aktivitäten in den Gebieten zu steigern (MAJOR 2001, S. 24). Auch dem Gebiet Kaliningrad wurde dieser Status aufgrund regionaler Initiativen zuerkannt, ebenso wie Teilen des Gebietes Murmansk. Dabei liegt die Besonderheit der FWZ Jantar darin, dass sie als einzige ein komplettes Subjekt umfasst und, wenn auch nicht in erhofftem Maße, ökonomische Impulse setzte. Voller Hoffnung sprach man 1993 vom neuen „Hongkong an der Ostsee“ (STEIN 2003, S. 353). Aufgrund von fehlenden oder unzureichenden Regelungen und eines zunehmenden Kompetenzgerangels zwischen der regionalen und der föderalen Ebene in grundlegenden Fragen sowie des wachsenden Misstrauens der Zentralmacht gegenüber zunehmender Autonomiebestrebungen, waren die Erfolge der FWZ begrenzt

⁸⁴ Nach dem 1. Weltkrieg wurde das nördliche Ostpreußen durch die Beschlüsse von Versailles durch den so genannten „polnischen Korridor“ von der Weimarer Republik abgetrennt und wurde damit zur deutschen Exklave.

⁸⁵ Jantar (rus.) = Bernstein

(SVEREV 1996, S. 13f, STEIN 2003, S. 353). Hinzu kam die geringe ökonomische Leistungsfähigkeit des russländischen Staates, die einer Unterstützung enge Grenzen setzte. 1995 wurden die Sonderrechte im Kaliningrader Gebiet durch Moskau aufgehoben und es galten die allgemeinen Regeln der Föderation. Dies führte erneut zu einem starken Rückschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebietes, viele ausländische Unternehmen zogen sich aus dem Gebiet zurück. Die Lage verschlechterte sich dermaßen, dass Anfang 1996 das Gesetz „Über die Sonderwirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet“ (SWZ) verabschiedet wurde⁸⁶. Sie unterschied sich von der FWZ vor allem in Bezug auf die Regelungen, die in erster Linie der föderalen Gesetzgebung entsprachen.

GEBIET KALININGRAD		
Befreiung von Zollgebühren in der „alten“ SWZ (Stand: 2003)		
Objekt der Befreiung	Befreiungen betreffen	Anmerkungen
Ausfuhr von in der SWZ hergestellten Waren in andere Länder	<ul style="list-style-type: none"> ○ Ausfuhrzölle; ○ sonstige Zahlungen; ○ mengenmäßige Beschränkungen 	Zertifikat über die Herkunft der Waren ist erforderlich
Einfuhr von Waren aus anderen Ländern in die SWZ	<ul style="list-style-type: none"> ○ Einfuhrzölle; ○ sonstige Zahlungen 	Mengenmäßige Beschränkungen in Bezug auf bestimmte Waren (insbesondere bei Lebensmitteln) und Dienstleistungen sind möglich.
Einfuhr von in der SWZ hergestellten Waren in das übrige Territorium Russlands (sowie in das Territorium der Zollunion)	<ul style="list-style-type: none"> ○ Einfuhrzölle; ○ sonstige Zahlungen; ○ mengenmäßige Beschränkungen 	Zertifikat über die Herkunft der Waren ist erforderlich.
Einfuhr von in anderen Ländern hergestellten Waren in die SWZ und deren Ausfuhr ins Ausland (sowohl mit als auch ohne Verarbeitung)	<ul style="list-style-type: none"> ○ Einfuhr- und Ausfuhrzölle; ○ sonstige Zahlungen; ○ mengenmäßige Beschränkungen 	

Tabelle 10: Befreiung von Zollgebühren in der SWZ, Quelle: http://www.bblaw.com.ua/pdf/icklin_de.pdf, Zugriff: 22.12.2005

⁸⁶ Mitte Januar 1996 wurde in Moskau ein Kompetenzabgrenzungsvertrag (vgl. S. 85) zwischen der Zentralmacht und dem Gebiet Kaliningrad geschlossen, der der Gebietsadministration Befugnisse in ökonomischen und sozialpolitischen Fragen einräumt.

Die erhofften wirtschaftlichen Impulse, insbesondere für ausländische Direktinvestitionen, blieben trotz der Zoll- und Steuerbegünstigungen jedoch weitestgehend aus. Sie blieben von Anfang an auf sehr niedrigem Niveau. Erfolge verzeichnete die SWZ im Bereich des Handels, denn im Grunde stellt die SWZ im Gebiet Kaliningrad eine zollfreie Zone dar (KOUZNETZOVA 2004, S. 62). Insbesondere im Bereich der importsubstituierenden Produktion konnte das Gebiet Kaliningrad aufgrund der SWZ profitieren. Es entstanden Produktionen im Bereich Möbelfertigung, Haushaltswaren und Lebensmittel.

Die Ansiedlung von Betrieben mit ausländischer Beteiligung beschränkte sich zumeist auf Betriebe, die sich auf Lieferung von Erzeugnissen in das russländische Kernland spezialisierten und deren Herstellung auf Importrohstoffen und Zulieferteilen basiert, wobei die geschaffenen Strukturen oftmals den Eindruck temporärer, schnell wieder einzustellender Produktion erwecken. Als Beispiel sei das Engagement von BMW bei „Avtotor“ in Kaliningrad genannt, die eine CKD-Fabrik⁸⁷ für 3er und 5er BMW-Modelle für den russischen Markt im Gebiet mit relativ geringem Ausstoß (ca. 5 000 Stück pro Jahr) errichtet haben. Festzuhalten gilt, dass sich die FWZ „Jantar“ und die SWZ trotz aller Probleme nach Westen geöffnet haben und zur Stabilisierung des Gebietes beitrugen in einer Periode, in der der Russländische Staat, mehr oder weniger, innen- und außenpolitisch eingeschränkt handlungsfähig war.

Aufgrund der weiterhin unsicheren Rechtslage, der häufigen intransparenten Änderungen (TIMMERMANN 2004, S. 55), des Kompetenz- und Machtgerangels regionaler, lokaler und nationaler Eliten, Quotierung und Kontingentierung bestimmter Waren und der Dominanz des informellen Sektors sowie dem Schmuggel von Zigaretten und Spirituosen, geriet die SWZ aber schon bald ähnlich wie die FWZ „Jantar“ in Misskredit. Die ständigen Veränderungen des Status der FWZ bzw. der SWZ legen Zeugnis von den Unsicherheiten, der Intransparenz und dem schwer berechenbaren politischen Klima im Gebiet ab. Als problematisch für die Kaliningrader Produzenten erwiesen sich auch das Wegbrechen ehemaliger Absatzmärkte und die Konkurrenz zu litauischen und polnischen Produkten sowie, bis zur Rubelkrise 1998, zu westlichen Importen.

⁸⁷ CKD = Completely Knocked Down, d. h. die Fahrzeuge werden komplett in Einzelteilen angeliefert und vor Ort endmontiert. Für Kaliningrad bedeutet dieses, dass ein Teil der Wertschöpfung im Gebiet stattfindet, sich die Investitionen, beispielsweise in Produktionstechnik in Grenzen hält.

6.1.4 „In der Mausefalle“⁸⁸ Harte Grenzen in einem Europa ohne Grenzen? Aspekte der Entwicklung nach 2000

*„Als russisches Territorium unterliegt Kaliningrad russischen Gesetzen, Standards und Normen, als Enklave der EU dagegen ist sie massiv den Bedingungen und Einflüssen seiner Umwelt ausgesetzt.“
(TIMMERMANN 2004, S. 55)*

Das Jahr 2000 stellt für die Russländische Föderation einen Wendepunkt in der Entwicklung dar. Nachdem die 1990er Jahre geprägt waren von Instabilität, Selbstfindung und Experimenten, sind die Jahre nach 1999 geprägt von wirtschaftlichem Aufschwung und zunehmender Stabilität in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Dank der Milliarden aus dem Rohstoffexport ist die Föderation handlungsfähiger geworden. Der Staatsführung wurde es dauerhaft möglich zu gestalten und auch nach außen politisch aktiver zu werden, denn, bis auf die Krisenregion Kaukasus und oftmals vergessen Transnistrien, macht sich innenpolitisch in der Föderation die Konsolidierung positiv bemerkbar. Im Gebiet Kaliningrad ist dieser Wendepunkt ebenfalls erkennbar.

Die Amtszeit des Gouverneurs Gorbenko (1996-2000), dem ehemaligen Direktor des Fischereihafens, stand unter keinem guten Stern. Sie war von Stagnation und sogar wirtschaftlichem und sozialem Niedergang geprägt. Depression, Korruption und Machtgerangel der regionalen Eliten prägten das Bild des Gebietes. Hinzu kam die Finanzkrise 1998, die Kaliningrad hart traf, da das Gebiet stark vom Außenhandel abhängig war und bis heute ist. Bei den Gouverneurswahlen im November 2000 wurde Gorbenko abgewählt und vom äußerst populären Admiral Egorov, dem Kommandeur der Baltischen Flotte, abgelöst. Ab 2000 setzte dann eine Phase der Stabilisierung und des langsamen wirtschaftlichen Wachstums im Gebiet ein, wobei zu beachten gilt, dass

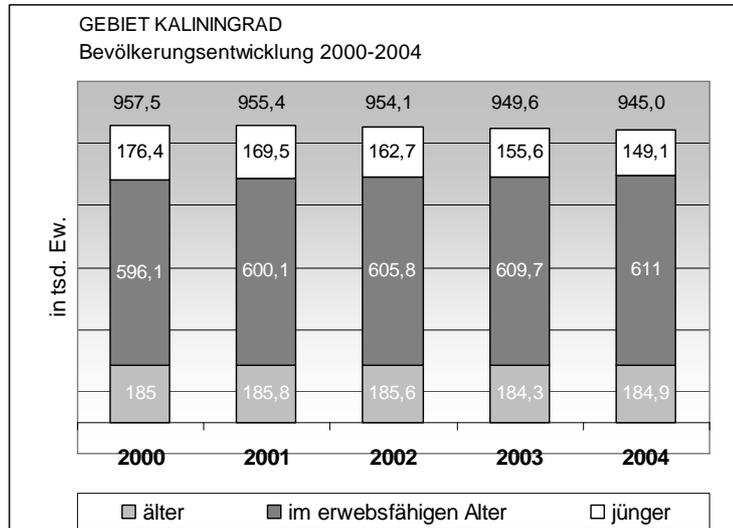


Abbildung 11: Die Abbildung verdeutlicht den leichten Bevölkerungsrückgang im Gebiet Kaliningrad, der dem Landestrend entsprechend in einer zunehmend negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung begründet liegt.

Quelle: TERRITORIAL'NYJ ORGAN FEDERAL'NOJ SLUŽBY GOSUDARSTVENNOJ STATISTIKI PO KALININGRADSKOJ OBLASTI 2006, S. 12

dieses Wachstum von einem niedrigen Niveau, das unter dem der sowjetischen Zeit lag, ausging. Das Bruttoregionalprodukt steigt seit 2000 im Kontext des allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges der Föderation stetig an und betrug 2004 66,3 Mrd. Rubel.

⁸⁸ siehe TIMMERMANN 2004, S. 49

Es hat sich damit gegenüber dem Jahr 2000 verdreifacht⁸⁹. Wirtschaftlich entwickelte sich im Gebiet vor allem die Import substituierende Produktion sowie der tertiäre Sektor, beispielsweise im Bereich des Einzelhandels.

Trotz dieser Entwicklungstrends ging die äußerst positive Entwicklung des östlichen Ostseeraums bis heute weitgehend an Kaliningrad vorbei. Fehlende Investitionen in die bereits defizitäre Verkehrsinfrastruktur, sinkende Wirtschaftskraft, Auswirkungen von Förderdisparitäten im Zuge der Beitrittbestrebungen und des Beitritts der Nachbarländer Polens und Litauens zur Europäischen Union, sind symptomatisch für das Gebiet. Aber auch das Erbe des Images der Unberechenbarkeit, Inkompetenz und Korruption tragen zur Stagnation bei. Dabei wird das Gebiet Kaliningrad von russischen Experten in Bezug auf Demokratie positiv bewertet. Beim Experten Rating⁹⁰ zur Demokratie (ZUBAREVIČ 2005, S. 269) belegt das Gebiet mit Rang 14 von 89 noch vor Moskau (Rang 26) oder Novgorod (Rang 16) einen Rang im vorderen Mittelfeld der Föderation.

Weiterhin problematisch gestaltet sich, trotz vertraglicher Regelung und langwierigen Verhandlungen, das Transitproblem mit Litauen. Im Zuge der Vorbereitungen auf den Beitritt der beiden direkten Nachbarländer Litauen und Polen zur EU im Mai 2004 wurden im Vorfeld bereits Maßnahmen zum Grenzregime getroffen. Seit 2003 wurde das Visa-Regime sowohl zwischen Polen und dem Gebiet Kaliningrad als auch zwischen Litauen und Kaliningrad eingeführt, mit gravierenden Folgen für die Bevölkerung des Gebietes, denn vorher konnten sich die Bewohner Kaliningrads visafrei zwischen den Ländern bewegen. Umgekehrt hatten die Bewohner der Nachbarländer das Recht, visafrei ins Kaliningrader Gebiet zu fahren. Insbesondere der Kleinhandel profitierte von dieser Regelung. Voraussichtlich 2007 werden beide Länder den Schengen-Aquis anwenden und dementsprechend gemäß des Abkommens Schengenvisa ausstellen, die zwar bei der Erteilung für Einwohner von Drittstaaten kontrollfreie Reise im Schengenraum ermöglicht, aber zugleich erhöhte Anforderungen an das dortige Grenzregime stellt (verschärfte Außengrenzkontrollen).

„Modernising and expanding the network of border crossing points is crucial in this period of EU enlargement. It will facilitate the movement of citizens and goods across the EU's new borders with the Russian border regions at a time when many local residents are concerned that the new strengthened border should not become a barrier to movement and contact.“

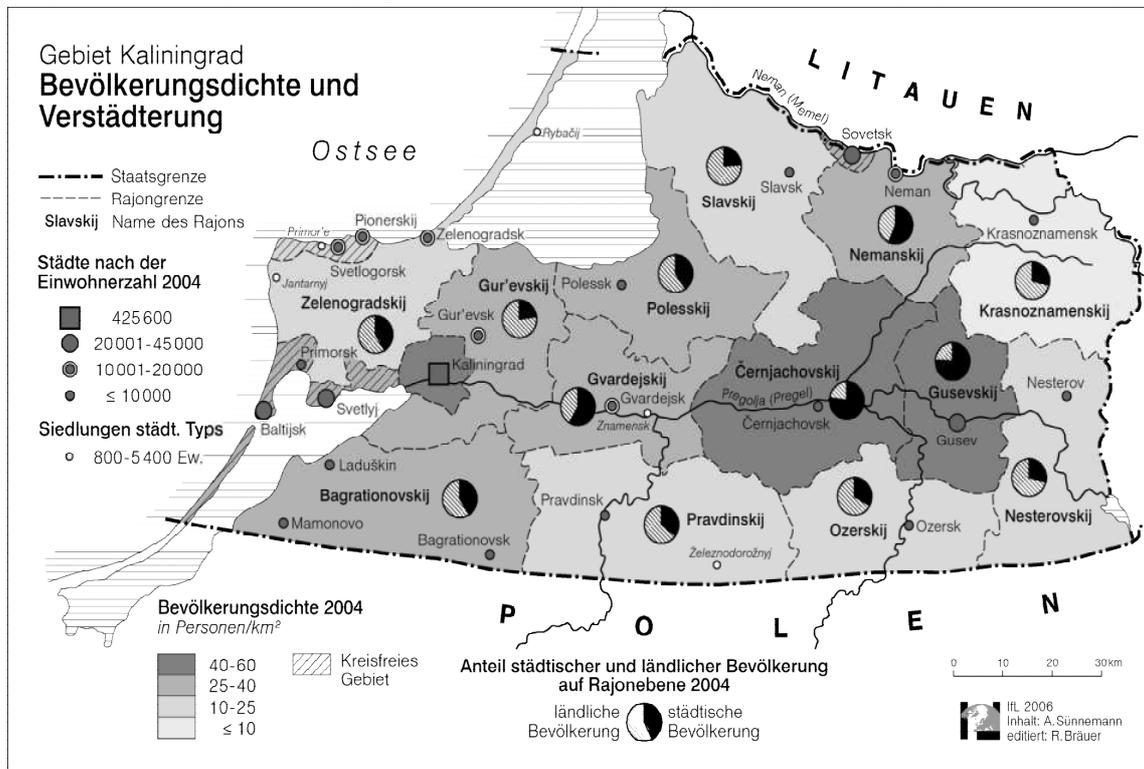
General KUZNETSOV, stellv. Kommandant der Grenztruppen im Gebiet Kaliningrad 2003, S. 2

Das besondere Interesse der russländischen Zentralmacht am Gebiet Kaliningrad wird durch die Einsetzung eines Vertreters des Bevollmächtigten des Präsidenten für den Föderalen Bezirk Nordwest dokumentiert. Dieser soll die Aktivitäten der zentralen Ministerien und Komitees vor Ort koordinieren und die föderalen Interessen wahren, d. h. nicht zu letzt, die regionale Führung kontrollieren (MAIN 2003, S. 230). Außerdem hat

⁸⁹ TERRITORIAL'NYJ ORGAN FEDERAL'NOJ SLUŽBY GOSUDARSTVENNOJ STATISTIKI PO KALININGRADSKOJ OBLASTI 2005, S. 13

⁹⁰ In das Rating fließen zehn Demokratie beeinflussende Bereiche, wie Korruption, ökonomische Liberalisierung, Pluralismus, Wahlen oder Zivilgesellschaft und Eliten, ein. Auffallend ist die niedrige Bewertung im Bereich der Korruption für Kaliningrad. Das Gebiet Murmansk belegt Rang 25.

der Vertreter des Präsidenten in Kaliningrad die Aufsicht über die Sonderwirtschaftszone. Damit wurden die Kompetenzen und Befugnisse des Gouverneurs und der regionalen Organe eingeschränkt. Ziel dieser Rezentralisierung der Macht ist es, die oftmals geforderte Transparenz und Berechenbarkeit im Gebiet herzustellen.



Karte 7: Dargestellt ist die regionale Bevölkerungsverteilung. Mit Ausnahme der Rajons⁹¹ entlang der Hauptverkehrsachse im zentralen Bereich des Gebietes, der Gebietshauptstadt sowie des Nemanskij Rajon im Norden, sind die meisten Rajons als ländlich einzustufen. Anhand der Bevölkerungsdichte wird deutlich, wie heterogen die Bevölkerungsstruktur im Gebiet ist. Im Nordosten des Gebietes liegt sie unter zehn Ew./km² während sie in anderen Rajons bis zu 60 Ew./km² beträgt.

Quelle: TERRITORIAL'NYJ ORGAN FEDERAL'NOJ SLUŽBY GOSUDARSTVENNOJ STATISTIKI PO KALININGRADSKOJ OBLASTI (2006, S. 69ff)

Das Gesetz über die SWZ läuft offiziell 2006 aus eine Neuauflage wurde insbesondere in Kaliningrad sehr kontrovers diskutiert, da der erhoffte Mehrwert sich durch die SWZ nicht abzeichnet (→ „Hongkong an der Ostsee“, S. 112ff). Ende 2005 wurde die Neufassung des Föderalen Gesetzes der Russländischen Föderation „Über die Sonderwirtschaftszone im Gebiet Kaliningrad“ in erster Lesung durch die Staatsduma beschlossen und kurz darauf durch den Föderationsrat gebilligt⁹². Das Gesetz ist Anfang April 2006 in Kraft getreten und hat das Föderale Gesetz „Über die Sonderwirtschaftszone im Gebiet Kaliningrad“ vom 13. Januar 1996 abgelöst. Damit werden dem Gebiet für die Dauer von 25 Jahren Steuer- und Zollvergünstigungen (Gewinn- und Vermö-

⁹¹ Russländische Verwaltungseinheit in etwa vergleichbar mit unseren Landkreisen.

⁹² Den Gesetzestext in einer deutschen Übersetzung findet man auf: <http://www.westrus.ru> (Zugriff: 24.04.2006): Es handelt sich dabei um eine Internetseite auf der in russisch, englisch und deutsch über das Gebiet Kaliningrad als die Pilotregion der europäischen Integration berichtet wird. Die Seite wird finanziell von der föderalen Agentur für Presse und Massenkommunikation unterstützt.

genssteuerbefreiung für zwölf Jahre, Zollfreigebiet, vereinfachte Zollabwicklung) sowie die Begünstigung von Investitionsvorhaben (vereinfachtes Visaregime für ausländische Partner und Investoren) zuerkannt. Der Umfang der jeweils getätigten Kapitalinvestitionen soll nicht weniger als 150 Mio. Rubel (ca. 4,4 Mio. Euro) innerhalb von drei Jahren betragen (MINPROM 2006, S. 27). Welche Auswirkungen das neue Gesetz haben wird und ob es tatsächlich einen Beitrag zur regionalen Entwicklung leisten kann, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen.

6.2 Fallbeispiel 2: Das Gebiet Murmansk

“Since the end of the Cold War the High North has gradually changed in character. From being an important area from a military and security policy point of view, it is now important because of its vast natural resources - energy sources and fish – and the opportunities for exploiting them in a sustainable and responsible manner.”
 STØRE, J. G. 2006⁹³

Der physische Untersuchungsraum ist, ebenso wie beim Gebiet Kaliningrad, identisch mit den administrativen Grenzen der Oblast' Murmansk. Diese Tatsache ist in erster Linie pragmatischen Gründen geschuldet. Aufgrund des gewählten Forschungsgegenstandes werden aber in einigen Bereichen exemplarisch diese Grenzen überschritten.

Da das Gebiet, im Gegensatz zum Gebiet Kaliningrad in der deutschen Forschungslandschaft wenig bekannt ist, wird es als notwendig erachtet, es etwas ausführlicher und umfassender darzustellen. Hierzu gehört auch ein kurzer Überblick über Klima und Naturraum. Nachdem kurz Lage, Klima und Geologie beschrieben wurden, wird schwerpunktmäßig auf die sozioökonomische Entwicklung und die Potenziale und Hemmnisse der Entwicklung des Gebietes eingegangen.



Foto 9: Landschaft nordöstlich der Siedlung Pečenga (2004). Im Hintergrund ist die nördliche Verbindungsstrasse Norwegen-Murmansk zu erkennen. Diese führt durch militärisches Sperrgebiet an großen Panzerparkplätzen und Kasernen vorbei und kann deshalb temporär (z. B. bei Manövern) nicht befahren werden. Im Rayon Pečenga unweit der norwegischen (NATO) Grenze sind nach der Reduzierung die verbliebenen Bodentruppen (MOT-Schützenbrigade, Marineinfanterie, Speznaz) stationiert (JØRGENSEN 2001, S. 194).

⁹³ Jonas Gahr Støre Norwegischer Außenminister in einer Rede vom 26.01.2006 anlässlich des Deutsch-Norwegischen Dialoges zum Hohen Norden. www.dgap.org/print/1753.html Zugriff: 01.02.2006

Geographische Lage und Abgrenzung

Das Gebiet, die Oblast' Murmansk, umfasst im Wesentlichen die Kola-Halbinsel, d. h. den nordwestlichsten Teil der Russländischen Föderation, und eine Vielzahl von Inseln in der Barents See und dem Weißen Meer (siehe Karte 8, S. 126). Es ist zwischen dem 66° und dem 69° nördlicher Breite sowie dem 28° und dem 41° östlicher Länge gelegen und somit, dem polaren bzw. subpolarem Raum zuzuordnen⁹⁴. Weite Teile des Gebietes liegen nördlich des Polarkreises. Bei dem Gebiet handelt es sich um ein Küsten- und Grenzgebiet, das im Norden an die Barents See und im Osten und Süden an das Weiße Meer grenzt. Im Westen grenzt das Gebiet an Norwegen und Finnland und im Südwesten an die Republik Karelien, die ebenfalls zur Russländischen Föderation gehört.

6.2.1 Klimatische und naturräumliche Besonderheiten

Obwohl die Kola-Halbinsel zum größten Teil nördlich des Polarkreises gelegen ist, ist das Klima, aufgrund der warmen Ausläufer des Golfstroms, im Vergleich zu anderen Gebieten ähnlicher polnaher Breite, relativ mild. Der Golfstrom sorgt für eine kontinuierliche Eisfreiheit der nördlichen Küste (→ Alte und neue Potenziale der Region, S. 133) und dafür, dass im Winter zeitweilig an der polwärtigen Nordküste höhere Temperaturen gemessen werden, als an der Südküste, die knapp südlich des Polarkreises gelegen ist (CYFFKA, ZIERDT 1997, S. 196). Aufgrund der hohen Breitenlage ist ein weiteres Klimaphänomen, die Sonneneinstrahlung im Jahresgang, für die sozioökonomische Entwicklung von Bedeutung. Der Polartag dauert an der Nordküste etwa 54 Tage, in Kirovsk (Chibiny-Gebirge, Zentralkola) vier Tage (siehe Karte 8, S. 126). Entsprechend lang oder kurz ist die Polarnacht, die eine nicht zu unterschätzende psychische und physische Belastung für die Bewohner darstellt.

Die Jahresmitteltemperatur des Gebietes beträgt $-0,5^{\circ}\text{C}$, der mittlere Jahresniederschlag liegt zwischen 400 und 450 mm, wobei er im Chibiny-Gebirge bis 818 mm betragen kann. Die niedrigste mittlere Monatstemperatur weist mit $-11,1^{\circ}\text{C}$ der Februar auf. Der wärmste Monat ist mit durchschnittlich $+13,2^{\circ}\text{C}$ der Juli, wobei Temperaturen über 25°C keine Seltenheit sind (VAMPILOVA 1996, S. 144).

Die Kola-Halbinsel gehört geologisch gesehen zum Baltischen Schild, dem präkambrischen Sockel Nordeuropas, einer der ältesten Gesteinsformationen. Gneise, Glimmerschiefer und Magmatite sowie Sandsteine und Konglomerate bestimmen den Untergrund. Die große Homogenität wird durch paläozoische und protozoische Intrusiva unterbrochen. Diese Intrusivkomplexe bilden heute morphologisch gesehen die Mittelgebirge (Chibiny-Gebirge und Lovozerskie Tundry). Charakteristisch für die Morphologie der gesamten Halbinsel sind gerundete Oberflächenformen, die bei sehr alten, paläozoischen Gebirgskomplexen üblich sind. Die Region ist, ebenso wie das Gebiet Kaliningrad, glazial überformt. Dadurch ist ein sehr junges Abflusssystem mit vielen

⁹⁴ Auf der gleichen nördlichen Breite liegen: Nordnorwegen, Zentralgrönland und Nordalaska

Gewässern entstanden. Längster Fluss des Gebietes ist mit 425 km der Ponoj, der von der zentralen Halbinsel nach Osten zum Weißen Meer abfließt. Zwischen Murmansk und Kandalakša verläuft, mit den Flüssen Niva und Kola sowie dem größten See des Gebietes, dem Imandra See, ein gewässerreiches Längstal, das die Halbinsel vom Rest des geologischen Skandinaviens abtrennt. An den Ufern des Imandra befinden sich die höchsten Erhebungen, im Westen die Monče- und Čuna-Tundra (bis 1064 m ü. NN) und im Osten das Chibiny-Gebirge mit dem höchsten Berg des Gebietes, dem Časnačorr (1191 m ü. NN). Auf der Kola-Halbinsel herrschen Höhen um 200 m ü. NN vor. Einzelne Kuppen, bzw. kleinere Bergländer können aber auch bis zu 900 m ü. NN erreichen (CYFFKA, ZIERDT 1997, S. 196, VAMPILOVA 1996, S. 144) (siehe Seite 119, Foto 9 und Foto 10 diese Seite). Der größte Fjord der Halbinsel ist der Kola-Fjord, der sich über 80 km in das Landesinnere erstreckt. An ihm liegt die Stadt Murmansk, das Gebietszentrum der gleichnamigen Oblast'. Mit höhenpezifischen Abstufungen herrschen mit Tundra, Waldtundra und Borealem Nadelwald drei subarktische Vegetationszonen vor.



Foto 10: Blick über bewaldete Flächen (im Vordergrund Laubwald im Mittelgrund borealer Nadelwald) auf den Imandrasee und Ausläufer des Chibiny-Gebirges 2004

Die Region ist reich an Rohstoffen. Mehr als einhundert unterschiedliche Minerale, das entspricht 25 Prozent aller bekannten Minerale, kommen auf der Kola-Halbinsel vor. Die Eisenerzvorkommen werden auf ca. drei Mrd. t. geschätzt. Die Bedeutendsten sind die von Olenogorsk (32,3% Fe-Gehalt), nördlich von Mončegorsk gelegen, und von Kovdor (28,8% Fe-Gehalt), nahe der finnischen Grenze. Im Süden des Chibiny-Gebirges finden sich große Vorkommen des phosphathaltigen Apatit⁹⁵ und Nephelin⁹⁶ mit einem geschätzten Volumen von zusammen ca. 20 Mrd. t. Darüber hinaus gibt es im Chibiny-Gebirge abbauwürdige Lagerstätten von Lithium, Rubidium und Caesium, Beryllium sowie Niob und Tantal, die als begehrte Legierungskomponenten in der Stahl- und Elektroindustrie Verwendung finden. In der Umgebung von Mončegorsk und Nickel' gibt es große Vorkommen an Nickel- und Kupfererzen, die aber sehr schwefel-

⁹⁵ Apatit, auch Phosphatstein genannt, wird zur Herstellung von Kunstdünger verwendet.

⁹⁶ Nephelin dient der Aluminiumerzeugung.

reich sind, daneben auch Kobalt, Selen und Tellur. Die höher konzentrierten Erze sind mittlerweile schon abgebaut. Ein Großteil der heute verhütteten Erze stammt aus dem Gebiet Noril'sk in Sibirien und wird über den nördlichen Seeweg in das Gebiet transportiert (→ Alte und neue Potenziale der Region, S. 133).

6.2.2. Einholen und Überholen! Die Raumerschließung und Entwicklung des Gebietes in der Sowjetunion und während der Transformation

Die Geschichte des Gebietes Murmansk ist eine kurze und vor allem eine sowjetische⁹⁸. Im Herbst 2007 werden die Murmanskener den neunzigsten Jahrestag der Gebietsgründung begehen.

Eine dauerhafte Besiedlung des Gebietes gab es punktuell zwar bereits seit dem 16. Jahrhundert, aber bis zum Ersten Weltkrieg lebten nur wenige tausend Menschen, zumeist von Fischfang, der Rentierzucht und Jagd, in dem Gebiet (vertiefend dazu LUZIN, PRETES u. VASILIEV 1994). Das Gebiet spielte für das Russische Reich keine besondere Rolle. Obwohl die Eisfreiheit der Küste schon seit Langem bekannt war, führte erst die Blockade der Ostseehäfen und der Schwarzmeerhäfen während des Ersten Weltkrieges zum Bau eines Marinehafens am Kolafjord und der notwendigen Eisenbahnverbindung in das Kern-



Foto 11: Das alte Wappen der Stadt und die sowjetischen Ehrentitel⁹⁷ im Zentrum von Murmansk 2004

land. Für die Zeit kurz nach dem Ersten Weltkrieg wird die Bevölkerung der damaligen Provinz Murmansk auf etwa 14 000 Einwohner geschätzt (KARGER 1987, S. 187), d. h., es lebten ca. 0,01 Ew./km² im Gebiet. Während des Russischen Bürgerkrieges war das Gebiet Basis der internationalen Interventionstruppen. Erst mit Ende des Bürgerkrieges wurde das Gebiet sowjetisch. 1938 wurde das bis dahin zum Leningrader Gebiet gehörende Murmansk aufgrund der wachsenden Bevölkerung und Bedeutung eigenständiger Oblast'. Während des Zweiten Weltkrieges war das Gebiet, als Drehscheibe der Militärhilfen und als Basis der Nordflotte erneut von existenzieller Bedeutung für die Sowjetunion. Nach dem Zweiten Weltkrieg behielt die Region, als eine von zwei direk-

⁹⁷ Die dargestellten Orden, die Murmansk verliehen bekommen hat, von links nach rechts: Leninorden (1966), Rotes Banner der Arbeit (1971), Orden des Großen Vaterländischen Krieges 1. Klasse (1982). Am 6. Mai 1985 wurde Murmansk der Titel einer „Heldenstadt“ verliehen.

⁹⁸ Mit der Selbständigkeit Finnlands 1917 wurden im Frieden von Dorpat vom 14.10.1920 die nordwestlichen Teile des heutigen Gebietes Murmansk (Petsamo, russ. Pečenga) sowie Teile Kareliens und die Nordwesthälfte des Ladoga-Sees finnisch. Aber schon 1940 fielen die Küstenregion am Eismeer und Teile Südostkareliens wieder der Sowjetunion zu. Endgültig festgelegt wurde die Grenze im sowjetisch-finnischen Friedensvertrag vom 10.2.1947 (STADELBAUER 1996, S. 55).

ten Landgrenzen zur NATO⁹⁹, ihre strategische Bedeutung. Hinzu kam ihre günstige Lage in Polnähe, die sie zu einem wichtigen Standort für die strategische Bomberflotte und die strategische Unterseebootflotte der Sowjetunion machte (HØNNELAND, BLAKKISRUUD 2001, S. 22).

Zum Zeitpunkt der Auflösung der Sowjetunion, nach nicht einmal achtzig Jahren, hatte sich die Bevölkerung auf über 1,2 Mio. Menschen erhöht und das Gebiet war hoch industrialisiert und militarisiert¹⁰⁰. Für die Sowjetunion war das Gebiet von großer wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung, trotz hoher Erschließungskosten (siehe Foto 11). Das Gebiet hatte die höchste Nuklearwaffendichte weltweit. Das größte fischverarbeitende Kombinat der Sowjetunion, die größte Stadt der Erde nördlich des Polarkreises sowie das nördlichste Atomkraftwerk der Welt befanden bzw. befinden sich in dem Gebiet. Des Weiteren war und ist das Gebiet berüchtigt für die extrem hohe Umweltbelastung (siehe Seite 129f).



Foto 12: Bahnhof von Murmansk. Nördlicher Endpunkt der Murmanbahn 2004

Bereits in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts, kurz nach der sowjetischen Machtübernahme, geriet das Gebiet auf der Suche nach einer tragfähigen Rohstoffbasis für die Industrieagglomeration Leningrad in den Fokus der Planung (KARGER 1987, S. 184). Ausgangspunkt war die begonnene Erschließung des Gebietes während des Ersten Weltkrieges, die aus rein militärischen Gesichtspunkten im Bau der Murman-Bahn (1915-16), d. h. der Eisenbahnverbindung vom eisfreien Flottenstützpunkt Mur-

⁹⁹ Die zweite Grenze war die türkisch-sowjetische Grenze, nachdem die Türkei 1952 der NATO beigetreten war.

¹⁰⁰ Hierbei darf nicht vergessen werden, dass diese rasante Entwicklung eines extremen und abgelegenen Gebietes zu einem bedeutenden Wirtschaftsraum nur durch den Einsatz von Strafgefangenen und Zwangsarbeitern möglich war und diese Entwicklung mit millionenfachem Leid verbunden ist. Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften ermöglichte ein Maximum an Ausbeutung und bei einem Minimum an Kosten. Selbiges gilt ebenfalls für die anderen peripher gelegenen Wirtschaftsräume, beispielsweise in Sibirien.

mansk nach Petrograd¹⁰¹, gipfelte. Die wichtigsten Faktoren für die Entwicklung des Gebietes waren schon seit je her die strategisch günstige Lage, die relative Klimagunst (CYFFKA 2001, S. 18ff), die die Eisfreiheit der Häfen gewährleistet, sowie der Reichtum an natürlichen Ressourcen, anfangs Fisch und Felle, später dann Metalle und heute in zunehmendem Maße Erdöl und Erdgas. Die zivile Ökonomie des Gebietes wird von der Schwerindustrie dominiert.

6.2.3 Militärische Dominanz und zivilwirtschaftliche Entwicklung

Während der intensiven Industrialisierungsphase der zwanziger und dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts entstanden entlang der im Ersten Weltkrieg noch unter dem Zaren gebauten Murman-Bahn, die den neu gegründeten eisfreien Hafen am Kolafjord, das heutige Murmansk, mit dem russländischen europäischen Kernland verbindet, sowjetische Industrie- und Bergbaustädte, wie Mončegorsk, Apatity oder Kirovsk. In diesen Monostädten wurden und werden die auf der Kola-Halbinsel vorkommenden Mineralien gefördert, verhüttet und zum Teil verarbeitet. Anfangs hatte man zunächst nach Eisenerz gesucht und es Anfang der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts in großer Menge und guter Qualität gefunden, aber ebenso bedeutsam, wenn nicht aus heutiger Sicht bedeutsamer war der Fund von Apatit- und Nephelinvorkommen im Chibiny-Gebirge, als Grundstoffe für die chemische Industrie und die Aluminiumerzeugung sowie Kupfer- und Nickelerze, im Bereich der heutigen Siedlungen Nikel', Zapolárnyj und Mončegorsk, Diamanten und einer Vielzahl anderer seltener Bodenschätze (KARGER 1987, S. 184). Landwirtschaftlich ist das Gebiet, trotz seiner relativen Klimagunst in Bezug auf seine Lage unbedeutend. Nur 0,2 Prozent der Fläche des Gebietes werden landwirtschaftlich genutzt. In erster Linie werden Milchviehhaltung und Mast betrieben. Eine Sonderform stellt die Rentierzucht dar (HØNNELAND, BLAKKISRUUD 2001, S. 24).

Die Raumerschließung erfolgte in den typischen Phasen der sowjetischen Entwicklungspolitik: Nachdem Städte, Werke und Infrastruktur, zumeist von Sträflingen und Zwangsarbeitern errichtet waren, benötigte man weitere qualifizierte Arbeitskräfte, vor allem in der Industrie und im Bergbau. Mit Hilfe von finanziellen Anreizen und Vergünstigungen, beispielsweise einem niedrigeren Rentenalter oder Ferienplätzen, aber auch ideologisch motiviert, wurden die Menschen für eine bestimmte Zeit in den Norden gebracht.

Mit der zunehmenden Konfrontation der beiden Machtblöcke in den 1950er Jahren wurde das Gebiet strategisch wieder bedeutsam, nachdem es schon während des Zweiten Weltkrieges von entscheidender Bedeutung war. Es bekam erneut eine Schlüsselfunktion in der sowjetischen militärischen Planung. Die Abgelegenheit, die gute Infrastruktur und die Eisfreiheit der Häfen bei relativer Polnähe boten ideale Voraussetzung für die Stationierung der neuen nuklearen Unterwasserstreitkräfte und der

¹⁰¹ das frühere und heutige St. Petersburg

strategischen Bomberflotte. Geschlossene Siedlungen und Städte entstanden an den nördlichen Buchten und Fjorden der Kola-Halbinsel und noch heute ist das Gebiet Murmansk das Föderationssubjekt mit den meisten geschlossenen territorialen Einheiten (ZATO) (LAPPO, POLJAN 1997, S. 10). Die Militarisierung des Gebietes erreichte in den 1980er Jahren ihren Höhepunkt. Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts begann, mit den Abrüstungsverträgen die Reduzierung der Truppen im Gebiet. Seit 1991 wurde die Zahl der Schiffe der Nordflotte um die Hälfte reduziert. Die Landstreitkräfte wurden umgruppiert und teilweise demobilisiert. Zurzeit ist noch eine motorisierte Infanteriebrigade in der Nähe der norwegischen Grenze stationiert. Hinzu kommen noch Truppen der Nordflotte und des Innenministeriums (Grenztruppen), die vor allem entlang der Grenze und an der Küste stationiert sind (JØRGENSEN 2001, S. 194). Im Jahr 2004 lebten im Gebiet Murmansk über 130 000 Einwohner, davon rund fünfzehn Prozent (→ Zwischen Öffnung und Geschlossenheit: Gebiete mit „geschlossenen“ oder „halbgeschlossenen“ Status, S. 41ff) in geschlossenen territorialen Einheiten (ROSSTAT 2005, S. 157 f., REGIERUNG DER RF 2006, eigene Berechnungen).

Im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage im Gebiet drastisch. Monostrukturierte hochspezialisierte Standorte mit einem einzigen großen Betrieb sind besonders anfällig und gefährdet bei sich verändernden ökonomischen Rahmenbedingungen. Insbesondere die riesigen Kombinate der fischverarbeitenden Industrie, des Bergbaus und Hüttenwesens waren von den Auswirkungen der Umbruchsphase in den 1990er Jahren stark betroffen und somit das gesamte sozio-ökonomische Leben im Gebiet, da diese Kombinate wichtige Funktionen des öffentlichen Lebens und der sozialen Infrastruktur innehatten. Die vormals gesicherten internen Absatzmärkte brachen weg. Die privilegierte Versorgung des Gebietes wurde zurückgefahren, die soziale und technische Infrastruktur geriet in Gefahr. Im Gebiet Murmansk wurden in sowjetischer Zeit den Arbeitnehmern sozialpolitische Zugeständnisse gemacht, um die Widrigkeiten des Naturraumes zu kompensieren und Anreize für den Zuzug von Arbeitskräften in die entlegenen Gebiete zu schaffen. So gab es verkürzte Tages- und Lebensarbeitszeiten und Lohnzuschläge sowie mittelfristige Zugeständnisse bei Urlaubsreisen oder Bezugsscheinen für Pkw (vgl. STADELBAUER 1996, S. 107). Trotz dieses gegenüber dem Durchschnitt der Sowjetunion privilegierten Status war es üblich, nur für einen Zeitraum, zumeist fünfzehn Jahre, oder spätestens bis zur Rente, die oftmals schon mit 45 erreicht war, im Gebiet zu leben, um dann mit den Ersparnissen zurück in den Süden zu ziehen. Dies führte zu einer geringen Identifikation mit der Region und zu einer starken Abwanderung Anfang der 1990er Jahre. Schon 1989 setzte eine starke Abwanderung ein. Das Gebiet hat seit 1989 über ¼ seiner Bevölkerung verloren und die Abwanderung hält weiter an. Eine Phase der intensiven und umfassenden Schrumpfung setzte ein. Allein das Gebietszentrum Murmansk hat in den 1990er Jahren fünfundzwanzig Prozent seiner Bevölkerung verloren (ROSSTAT 2004, S. 95, 2005b, S. 157). Seit 1995 kommt zur Abwanderung eine nega-

tive natürliche Bevölkerungsentwicklung hinzu, die die Schrumpfung beschleunigt (ebd. 2004, S. 106). Für das sehr fragile Ökosystem und aufgrund der erhöhten Transport- und Lebenshaltungskosten kann die Schrumpfung durchaus positiv gesehen werden. Problematisch ist die Tatsache, dass heutzutage und im Gegensatz zu sowjetischen Zeiten vor allem junge Menschen abwandern und zumeist die ältere Generation der Rentner und Pensionäre im Gebiet und den kleineren Siedlungen verbleiben. GÖLER (2002b, S. 49) vertritt für den sibirischen-fernöstlichen Norden die These, dass „eine weitere Depopularisierung des Nordens dennoch kaum eine tragfähige Lösung darstellen kann, zumal die Lebensperspektive der Umsiedler im Unklaren bleibt und die sozialen Probleme im Grunde nur verlagert werden.“



Karte 8: In der Karte wird die punktuelle, bzw. linienhafte Siedlungsstruktur des Gebietes deutlich, die sich an den Verkehrsachsen und vor allem den Lagerstätten orientiert. Der östliche Teil der Halbinsel ist kaum erschlossen und besiedelt. In der Oblast' gibt es sechzehn Städte, wovon vierzehn zwischen 10 und 100 Tsd. Ew. groß sind und Murmansk mit 325 Tsd. Ew. (ca. 37% der Bevölkerung des Gebietes) eine der nördlichsten Großstädte der Welt ist¹⁰².

Ebenfalls massiv vom Zusammenbruch betroffen war das Militär im Gebiet. Die Versorgung der Stützpunkte Anfang der 1990er Jahre war teilweise katastrophal

¹⁰² Quelle: ROSSTAT 2005b, S. 56f, S. 157

(→ Demilitarisierung und Versorgungskrise, S. 163f). Der Betrieb und die Sicherheit konnten nur begrenzt aufrechterhalten werden. Dies führte zu großen wirtschaftlichen, sozialen und vor allem ökologischen Problemen an den Standorten, auf die in einem der nachfolgenden Abschnitte vertiefend eingegangen wird. Die Anzahl der Schiffe der Nordmeerflotte wurde in den 1990er Jahren, dank umfassender Abrüstungsverträge, drastisch reduziert. Dies führte zu einem unkontrollierten und äußerst gefährlichen Wrackstau von Atom-U-Booten in den Stützpunkten, da die Kapazitäten für die Abwrackung sehr begrenzt waren und Mittel kaum bereitgestellt wurden. Hinzu kam die Demoralisierung der Truppen aufgrund fehlenden Soldes und aufgrund des starken Imageverlustes. Dies führte zu einem erhöhten vorzeitigen Ausscheiden junger hochqualifizierter Offiziere (Kapitäne, Ingenieure, Nuklearfachleute).

Der Zusammenbruch der Sowjetunion offenbarte auch die enormen ökologischen Probleme des Gebietes, insbesondere die Luftverschmutzung durch die Hüttenwerke sowie die nuklearen Risiken, hervorgerufen durch die Nordmeerflotte und die nuklear betriebenen Eisbrecher sowie das nördlichste Atomkraftwerk der Welt (BØHMER 2001, CYFFKA U. ZIERDT 1997, LINDROOS 1998). Einige Autoren sprachen 1992 von einer Entwicklung, die in einem „ökologischen und sozialen Desaster“ endete (DOIBAN, PRETES und SEKAREV 1992, S. 15).

Seit diesem Zusammenbruch sind fünfzehn Jahre vergangen und zumindest die wirtschaftliche Lage des Gebietes scheint sich, unter anderem Dank der anhaltend hohen Weltmarktpreise für bestimmte Rohstoffe (Nickel, Aluminium, etc.) zu stabilisieren. Das nordwestlichste Gebiet der Föderation befindet sich, wie das gesamte Land in einer anhaltenden Phase des Umbruchs, der Neuorientierung und der beginnenden Konsolidierung.

6.2.4 Der „ganz andere“ Norden Europas

Im Gegensatz zu seinen westlichen Nachbarn in Finnland und Norwegen ist das Gebiet Murmansk mit 872 783 Ew. (ROSSTAT 2005b, S. 157) relativ dicht besiedelt. Wobei sich „relativ“ auf die punktuell dichte Bevölkerung bezieht. Der Unterschied liegt in der Konzentration der Bevölkerung in zumeist städtischen Agglomerationen mit zum Teil großstädtischem Charakter entlang der Hauptverkehrsachsen und der Lagerstätten. Weite Teile, die für eine Erschließung uninteressant waren, insbesondere im Zentrum und Osten der Halbinsel sind nahezu unbewohnt. Die Bevölkerungsdichte beträgt ca. 6,7 Ew./km² und liegt damit deutlich höher als in anderen Gebieten ähnlicher Breitenlage. Die Städte sind wesentlich größer und unterscheiden sich in ihrem Charakter und Bild stark von denen der nordeuropäischen Nachbarn (siehe Foto 13 nächste Seite und Foto 15, S. 134). 2005 hat die Stadt Murmansk mit 325 101 Einwohnern fast doppelt soviel Einwohner wie die finnische Nachbarprovinz Lappi insgesamt, deren Bevölkerungsdichte bei ca. zwei Ew./km² (LAPIN LIITTO 2004) liegt. Ähnliche Zahlen ergeben sich mit 1,5 Ew./km² für Nordostnorwegen. Der Anteil der städtischen Bevölkerung liegt im Gebiet Murmansk bei ca. 92 Prozent und ist damit, mit Ausnahme der Metropolen

St. Petersburg und Moskau, in der Russländischen Föderation am höchsten (BRADE et. al. 2004). Der Grund liegt größtenteils in der planmäßigen Erschließung und Besiedlung des Gebietes während der sowjetischen Ära ab 1917, die dazu führte, dass punktuell „moderne“ städtische Siedlungen und Industrieanlagen entlang der Verkehrsachsen und an den Lagerstätten, bis in die fünfziger Jahre unter Einsatz von Zwangsarbeitern, entstanden, wobei eine flächenhafte Besiedlung nicht stattfand.

Über sechzig Prozent der Bevölkerung des Gebietes lebten 2004 in den fünf größten Städten des Gebietes. Ein weiterer Unterschied ergibt sich durch den bereits angesprochenen intensiven und vor allem flächenintensiven industriellen und militärischen Nutzungsdruck auf russländischer Seite, der zu extremen ökologischen Problemen führt (siehe Karte 9, Seite 130).

Neben diesen sichtbaren Unterschieden gibt es große Unterschiede zwischen den ungleichen Nachbarn vor allem im Lebensstandard und in der

Infrastrukturausstattung, wie beispielsweise im Gesundheitswesen (SÜNNEMANN 2005, S. 13).



Foto 13: Charakteristisch für die geplanten Industriestädte ist die Nähe zum Werk. Das Stadtzentrum von Nikel' wird durch die Hauptachse, die zum Hüttenwerk führt, und vom Werk selbst dominiert (2004)

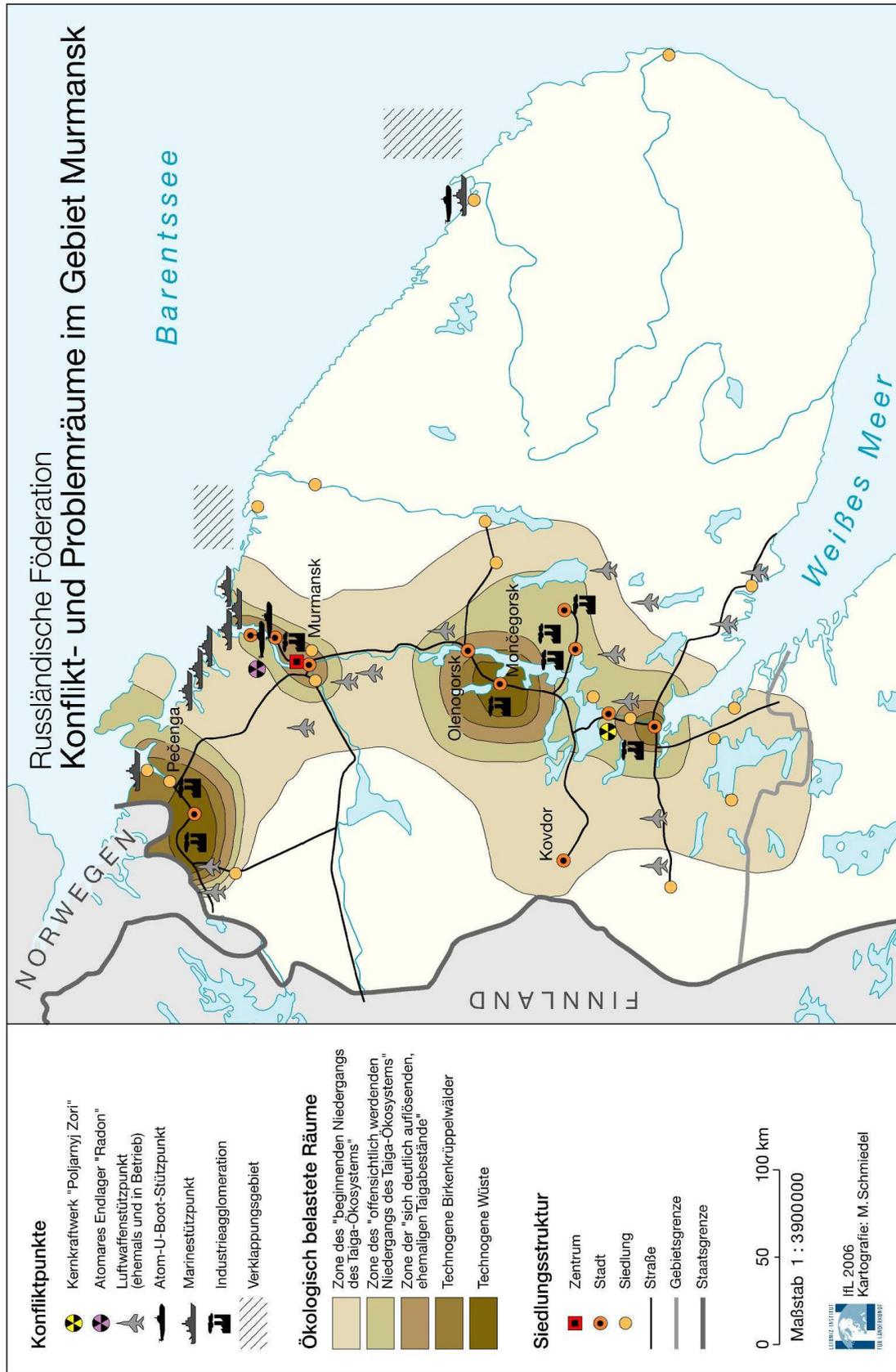
6.2.5 Die geschundene Natur: Ein schweres Erbe



Foto 14: Devastierte Hänge südlich der Siedlung Nikel' in unmittelbarer Nähe des Pečenganikel' Werkes im Abendlicht 2004. Ein Vergleich mit dem Panoramafoto S. 114 macht deutlich, um welche Intensität der Schädigung es sich handelt.

Die Umweltprobleme in diesem ökologisch höchst sensiblen Gebiet, mit sehr spezialisierten Ökosystemen, sind vielseitig und reichen von der wilden Hausmülldeponie, über militärische und industrielle Altlasten, zu denen auch radioaktive Quellen gehören, bis zu völlig devastierten Flächen in der Umgebung der Verhüttungsbetriebe. Die Regenerationsraten sind in subpolaren Regionen sehr gering. Umweltschäden auch geringer Intensität wirken sich tiefgreifend und langfristig auf das Ökosystem aus. Offizielle russländische Schätzungen gehen von ca. 19 000 km² dauerhaft durch Industrie geschädigter Fläche aus (GEBIETSVERWALTUNG MURMANSK 2004). Dies entspricht in etwa der Größe des Freistaates Sachsen. Schmelzwerke und Chemieunternehmen waren und sind die Hauptverursacher der Luftverschmutzung in der Region (vgl. hierzu auch KISMUL, JERRE und LØBERSLI 1992, VENZKE 1996 sowie GLÄBER, LINDEMANN, VENZKE 2003), wobei die Intensität und die Menge der Emissionen durch Investitionen in Filtertechnologie und die Modernisierung der Produktionsverfahren sowie durch die Verhüttung weniger schwefelhaltiger Erze stark zurückgegangen ist.

Ende der 1980er Jahre wurden jährlich mehr als 850 000 t gefährlicher Stoffe emittiert, davon allein 650 000 t SO₂ (LINDROOS, 1998, S. 51f.). Die russländische Regierung stufte die Umweltsituation für Teilbereiche der Region, insbesondere im Bereich der Metallverhüttung (Umgebung von Nikel'-Zapolârnyj und Mončegorsk) Anfang der 1990er Jahre mit der höchsten Belastungsstufe (očen` ostraâ = sehr scharf (ernst, extrem)) ein, in der von einer gesundheitlichen Beeinträchtigung der Bevölkerung durch extreme Umweltbelastung ausgegangen wird.



Karte 9: Die Karte weist auf die enormen ökologischen Problemzonen innerhalb des sehr fragilen terrestrischen und maritimen Ökosystems des Untersuchungsgebietes und die Militarisierung hin. Charakteristisch ist die Deckung des Siedlungssystems mit den belasteten Flächen. Interessant ist die Situation im Nordwesten des Gebietes, da hier auch die nordnorwegische Nachbarregion direkt von den Emissionen und den Auswirkungen betroffen war und ist. Quelle: VENZKE 1996, LUZIN, PRETES, VASILIEV 1994, eigener Entwurf

Nicht weniger belastend wirkt sich die langjährige Nutzung und Präsenz radioaktiver Quellen auf das Gebiet aus. Diese zum Teil latente Gefahr kann sich langfristig als größtes Problem der regionalen Entwicklung erweisen. Der Admiral der Nordflotte OLEG EROVEEV hat 1995 die Situation wie folgt beschrieben: *“The situation is potentially such a catastrophe, such an emergency situation, that an explosion of some oil pipe[line] appears as a child's toy in comparison”*.

Die radioaktiven Quellen in der Region sind vielfältig, neben den militärischen Quellen, beispielsweise den stationierten Atomwaffen oder den Antriebssystemen der Atom-U-Boote, gibt es auch zivile radioaktive Quellen, wie beispielsweise die atomar getriebenen Eisbrecher, das Atomkraftwerk Polârnij Zori oder das atomare Lager Radon sowie disperse Quellen, wie die über radioaktive Quellen betriebenen Leuchttfeuer entlang der Küste (NRPA 2004). Insbesondere die schwach und mittelradioaktiven Abfälle und deren fachgerechte Lagerung und Entsorgung sind problematisch. Allein durch die Außerdienststellung von über neunzig Atom-U-Booten ist die Marine vor enorme logistische und finanzielle Probleme gestellt. Mit großer ausländischer Unterstützung wird versucht den Sicherheitsstandard der temporären und teilweise improvisierten Zwischenlager zu erhöhen (vgl. BÖHMER, et. al, 2001). Des Weiteren führt der bereits angesprochene hohe Verstärkungsgrad zu einer hohen Belastung der Umwelt im Bereich der Städte und Siedlungen. Diese ist im Vergleich zu den vorangegangenen Problemfeldern vergleichsweise gering, aber nicht ohne Bedeutung. Die punktuell relativ große Bevölkerung mit ihren Bedürfnissen, der Ver- und Entsorgung sowie dem Verkehr wirkt sich in mittelbarer und unmittelbarer Umgebung auf das fragile subarktische Ökosystem aus.

6.2.6 Die Nachbarn Norwegen und Finnland

“In the late 1990s, history is repeating itself again in the economic relations between the Finnish and Russian neighbouring areas. After many decades, close ties are beginning to be formed.”

NEVALAINEN 1996, S. 67

In den letzten 17 Jahren hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Stabilisierung und Entwicklung des Gebietes Murmansk eine entscheidende Rolle gespielt (SYCHENKOVA 2004, S. 1). Seit Ende der 1980er Jahre gibt es Abkommen der Gebietsadministration über grenzüberschreitende Beziehungen mit Nordfinnland und Nordnorwegen. 1992 wurde auf Anregung Norwegens und als Gegengewicht zur Ostseeregion (Baltic Sea Region BSR) die europäisch-arktische Barentsregion (Barents Euro Arctic Region BEAR) ins Leben gerufen und damit die Kooperationsbeziehungen institutionalisiert. Die elf Regionen der nordosteuropäischen Peripherie haben sich Anfang 1993 in Kirkenes unter der Federführung Norwegens auf einen gemeinsamen Kooperationsraum geeinigt. Murmansk ist neben dem Gebiet Arhangel'sk und der Re-

publik Karelien eines der drei russländischen Gründungsmitglieder. Nach mehr als zehnjähriger Kooperation hat sich herausgestellt, dass die gemeinsame grenzüberschreitende Arbeit am erfolgreichsten im soziokulturellen und im ökologischen Bereich ist. Im ökonomischen Bereich gestaltet sich die Kooperation eher schwierig. Nicht zuletzt, da seit 2001 die Nachbarstaaten Norwegen und Finnland den Schengen-Aquis anwenden. Seit 2004 gibt es im Rahmen von INTERREG das INTERREG IIIA Nord „*Kolarctic Neighbourhood Programme*“ als Nachfolger des INTERREG IIA „*Barents Programme*“ in dem Finnland, und Schweden als EU-Länder sowie Norwegen und die Russländische Föderation grenzüberschreitend kooperieren (<http://www.kolarctic.no>).

Nach 1991 hat sich im Bereich der grenzüberschreitenden Beziehungen eine dynamische Entwicklung vollzogen. Insbesondere zwischen Ost- und Nordfinnland und der Republik Karelien und dem Gebiet Murmansk wurde der Grenzhandel intensiviert. Mit der Erleichterung des Grenzübertrittes und der Öffnung der ehemals halbgeschlossenen Grenzgebiete wurden ökonomische Aktivitäten von finnischer Seite in den russländischen Grenzgebieten möglich. Insbesondere Unternehmen aus Finnland gründeten früh kleinere Niederlassungen in den Grenzgebieten (NEVALAINEN 1996, S. 66). Hier spielten die relative Neutralität Finnlands und die bereits bestehenden Wirtschaftsbeziehungen aus sowjetischer Zeit eine wichtige Rolle. Bereits Anfang der 1990er Jahre wurden bilaterale Verträge zwischen Finnland und der Russländischen Föderation und trilaterale Verträge zwischen Norwegen, Finnland und der Föderation, über den Aufbau und die Vertiefung grenzüberschreitender Beziehungen unterzeichnet, die vor allem die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen und die Verbesserung der Kooperation im Umweltbereich beinhalteten.

Ein wesentlicher Faktor für die relativ erfolgreiche grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Barents Region, aber auch im Bereich der bilateralen Kooperation kann in den Organisationsformen, Strukturen und Erfahrungen der Nordischen Zusammenarbeit gesehen werden. Wenn man die Nordische Zusammenarbeit der skandinavischen Länder und Finnlands mit zwei Worten umschreiben sollte, dann wären es die Wörter „*unbürokratisch*“ und „*persönlich*“. Sie besteht aus einem umfangreichen Netz informeller Kontakte mit extrem kurzen Kommunikationswegen. Nukleus der Nordischen Zusammenarbeit ist der Nordische Rat (siehe Seite 70). Er wurde Anfang der 1950er Jahre als Plattform des Austausches und der Kommunikation der nordischen Länder zur Förderung der kulturellen und politischen Zusammenarbeit gebildet, des Weiteren ging es um konkrete Abstimmungen im Bereich der Sicherheitspolitik. Der Nordische Rat setzte sich ursprünglich aus Vertretern der skandinavischen Länder Dänemark, Island, Norwegen und Schweden zusammen. 1956 trat Finnland bei. Obwohl die Beschlüsse des Rates nicht bindend sind, folgen die Regierungen der Mitgliedsstaaten den Empfehlungen. Die Zusammenarbeit umfasst alle politischen Bereiche auf kultureller, sozialer, ökonomischer und gesetzgebender Ebene. Seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts bilden die o. g. Länder eine Passunion, einen ge-

meinsamen Arbeitsmarkt und Sozialversicherungsraum. 1970 wurde der Nordische Ministerrat gegründet, der auf Fachministerebene bindende Beschlüsse fasst. Nach und nach haben sich der Nordische Rat und der Ministerrat als wichtige Säulen der nordischen Zusammenarbeit entwickelt, die sowohl offizielle aber im Besonderen informelle Kontakte zwischen den Mitgliedern stärken. Dabei war die Zusammenarbeit nicht immer konfliktfrei. Dies zeigte sich insbesondere im Bereich einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik bzw. eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes. Dieser kam aufgrund der unterschiedlichen Orientierungen (Dänemark und Schweden Richtung Europäischer Gemeinschaft und Finnland Richtung Sowjetunion) nicht zustande (TUNANDER 1998, S. 6).

6.2.7 Räumlich funktionaler Wandel: Alte und neue Potenziale der Region

Das Gebiet Murmansk ist, trotz seiner militärischen Bedeutung und ehemaligen Geschlossenheit, auch eine altindustrielle Region mit traditionellen, auf Rohstoffen basierenden Industriezweigen (Montan-, Chemie- und Werftindustrie), die, mit einer parallelen Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur (Transport, Logistik, Kommunikation), eine Weiterentwicklung erfahren hat. Ihre regionalen Produktionssysteme sind durch transnationale Unternehmen (Interos Norilsk Nickel', MSCo, zunehmend auch Öl- und Gasunternehmen insbesondere Gazprom) dominiert. Beim Gebiet Murmansk handelt es sich um eine Region, deren Wirtschaftsstruktur -sowjetisch geprägt- sich über einen längeren Zeitraum kontinuierlich entwickelt hat und während der Transformation, mit Ausnahme einiger Branchen (fischverarbeitenden Industrie) und temporären Brüchen in den 1990er Jahren, eine relative Stabilität aufweist.

Die ökonomischen Potenziale des Gebietes können in zwei Hauptkategorien zusammengefasst werden. Zum einen der Komplex der rohstoffbasierten wirtschaftlichen Aktivitäten mit dem Montankomplex, dem Öl- und Gassektor sowie der Fischerei- und Fischverarbeitung, zum anderen der Komplex der Handels- und Dienstleistungsaktivitäten mit Transport und Logistik sowie Tourismus. Beide Komplexe sind dabei stark miteinander verwoben und durch Interaktionen und Bedingungsgefüge verknüpft. Des Weiteren spielt weiterhin das Militär eine bedeutende Rolle in der regionalen Entwicklung.

Die Bergbauaktivitäten im Gebiet Murmansk werden, abhängig vom jeweiligen Weltmarktpreis, fortgesetzt. Die Minentätigkeit im Rayon Pečenga (Zapolârnyj) ist bis in das Jahr 2030 geplant. Zurzeit werden neue Erzvorkommen erschlossen. Die Minentätigkeit im Chibiny-Gebirge soll bis 2050 fortgesetzt werden. Neben den Bergbauaktivitäten ist die Verhüttung bzw. Aufbereitung der Rohstoffe der zurzeit entscheidende Wirtschaftsbereich (siehe Abb. 12, S. 135 und 13, S. 136). Schwerpunkte der Buntmetallverhüttung bilden im Nordwesten des Gebietes Nickel' und Zapolârnyj sowie im zentralen Bereich die Stadt Mončegorsk (siehe Karte 8, S. 126). Neben den vor Ort geförderten Erzen werden vor allem Erze aus der Region Primore (Noril'sk) in Sibirien verarbeitet. Zentren der Nephelin- und Apatitaufbereitung sind die Städte Kirovsk und Apatity,

deren Werke mit ca. 15 000 Beschäftigten jährlich 550 Mio. t Apatit- und 50 t Nephelin-konzentrat (2004) produzieren. Hinzu kommt noch die Eisenerzverhüttung in Olenogorsk und die Aluminiumproduktion in Kovdor.



Foto 15: Das Gebietszentrum Murmansk 2004: Blick auf die Siedlungsterrassen am Kolafjord. Im Vordergrund der Fischereihafen von Murmansk

Große Hoffnungen werden in die Förderung von Erdöl und Erdgas gesetzt. Aufgrund des anhaltend hohen Weltmarktpreises werden bisher unerschlossene Vorkommen im Bereich der Barents See förderfähig. Zurzeit konzentriert sich die Aktivität auf den Umschlag des im Bereich der Karasee geförderten Erdöls mit Hilfe großer Tanklagerschiffe. Das große Erdgasfeld Štokman ca. 600 km nordöstlich von Murmansk in der Barents See wird zurzeit gerade auf seine Erschließung vorbereitet. Es soll vor allem, mittels einer Verbindungspipeline Murmansk-Gebiet Leningrad zur geplanten Nord Stream Pipeline, besser bekannt als Ostseepipeline, den europäischen und insbesondere den deutschen Markt versorgen. Im Gebiet Murmansk erhofft man sich im Bereich der Ver- und Entsorgung der Off-Shore Plattformen und des Betriebes der Plattformen viele hochbezahlte Arbeitsplätze. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass das in der technischen und logistischen Erschließung sehr anspruchsvolle Gasfeld in arktischen Gewässern nicht im nächsten Jahrzehnt erschlossen werden wird. Priorität werden die nordsibirischen Felder haben. Wobei Murmansk hier für die Versorgung und gegebenenfalls den Umschlag für Flüssiggas über den nördlichen Seeweg (Nordostpassage) eine Schlüsselrolle einnehmen könnte. Der nördliche Seeweg ist seit sowjetischer Zeit die wichtigste Nabelschnur zur Versorgung des nördlichen Sibirien und des Fernen Osten. Er verbindet die großen sibirischen Flüsse mit dem westlichen und östlichen Landesteil und bindet sie in das nationale und internationale Transportnetz ein. Einer der Endpunkte ist der Hafen von Murmansk. Zum einen wird von Murmansk die sibirische Küste versorgt, zum anderen kommen dort die Erze aus der Region Noril'sk

sowie das Erdgas und Erdöl aus der Karasee an. In der Wintersaison werden Konvois mit Atomeisbrechern eingesetzt, um den Erztransport und den Öltransport aus der Karasee und der östlichen Barentssee aufrechtzuerhalten.

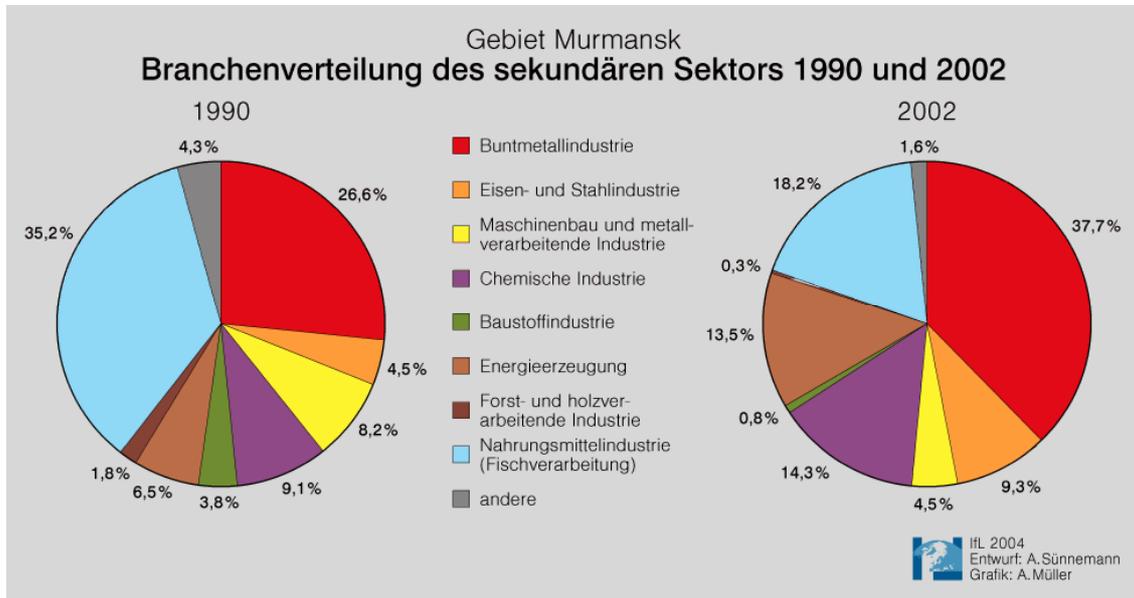


Abbildung 12: Veränderung der Industriestruktur in der Oblast' Murmansk nach Einsetzen des Transformationsprozesses in Prozent. Quelle: GEBIETSV ERWALTUNG MURMANSK 2004

Wie in der gesamten Russländischen Föderation befindet sich auch die Wirtschaft der Oblast' Murmansk auf Wachstumskurs, wenn auch etwas abgeschwächer als der Landesdurchschnitt und immer noch unterhalb der Produktionsleistung während der sowjetischen Zeit. Die Wachstumszahlen liegen je nach Branche zwischen sieben und zwei Prozent. Nur die Metallverarbeitung und der Maschinenbau hatten 2004 eine Zuwachsrate von knapp 23 Prozent gegenüber 2003. Im neuesten Ranking des Investitionspotenzials und -risikos der russländischen Regionen nimmt das Gebiet den 32. Rang beim Investitionspotenzial und beim Investitionsrisiko den 34. von 89 Rängen ein und steht damit im guten Mittelfeld der russländischen Regionen (EKSPERT, 2004). Mit 43 Prozent (2003) wird fast die Hälfte des Bruttoregionalproduktes in der Industrie erwirtschaftet, wobei den Schwerpunkt weiterhin die Buntmetallverhüttung bildet. Aus Abbildung 12 und 13 geht hervor, dass sich an der Wirtschaftsstruktur gegenüber der sowjetischen Zeit scheinbar wenig geändert hat. Das Hüttenwesen und die Energiegewinnung dominieren weiterhin den sekundären Sektor. Dies wird auch auf absehbare Zeit, eine relative Stabilität der Weltmarktpreise vorausgesetzt, der Fall sein. Parallel dazu wird sich der tertiäre Sektor entwickeln. Murmansk hat das Potenzial eines regionalen Zentrums, auch für die nordischen Nachbarn, die schon heute von ihren russländischen Nachbarn profitieren.

Die Bedeutung des Hafens wird mit der Erschließung der Erdöl- und Erdgasfelder in der Barentssee und dem geplanten Bau der Pipeline in die Ostseeregion zunehmen. Geplant ist auch die Ausweitung des Transportes auf dem nördlichen Seeweg. Bis 2015 will man das Frachtaufkommen auf 13-15 Mio. t jährlich erhöhen (zum Vergleich der Hamburger Hafen hat einen jährlichen Umschlag von ca. 105 Mio. t der Zwillingshafen Bremen/Bremerhaven von ca. 46 Mio. t.). Dabei ist der technologische Vorsprung gegenüber anderen Nationen im Bereich der nuklearbetriebenen Eisbrecher von entscheidender Bedeutung.

Die Gewinnung und die Verarbeitung von Rohstoffen und in zunehmendem Maße Transport und Logistik werden damit auch in den nächsten Jahren die zivile wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes prägen.

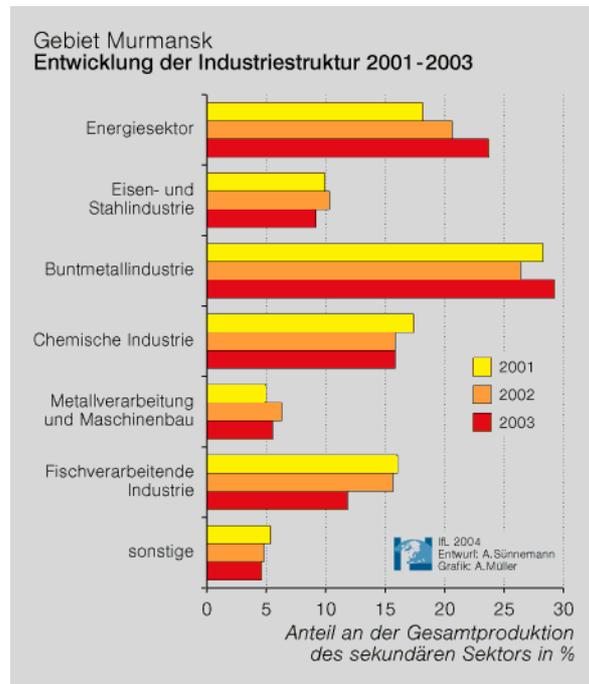


Abbildung 13: Anteil der jeweiligen Branchen an der Gesamtproduktion des sekundären Sektors in Prozent. Quelle: GEBIETSVERWALTUNG MURMANSK 2004

Der oftmals propagierte Tourismus, als möglicher Kompromiss zwischen ökonomischen und ökologischen Ansprüchen und „letzter Grashalm“ regionaler Entwicklungsstrategien peripherer Regionen, wird auch auf absehbare Zeit, von einigen lokalen Ausnahmen, wie beispielsweise im Chibiny-Gebirge mit Höhen über 1000 m ü. NN, das für den Nordwesten der Föderation mit seinem Agglomerationsraum St. Petersburg, aber auch für die skandinavischen und finnischen Nachbarregionen eine besondere Bedeutung als einzige regionale Destination für Abfahrtski hat (VAMPILOVA 1996, S. 143), eine untergeordnete Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung spielen.

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln auf die Besonderheiten der beiden Beispielgebiete, auf der Basis vorhandener Literatur, Statistiken und Sekundärquellen sowie eigener Forschungsreisen, ausführlich eingegangen wurde, werden nachfolgend die Ergebnisse der Erhebungen zusammenfassend dargestellt und anschließend in Beziehung zu den bereits vorhandenen Ergebnissen aus den o. g. Quellen und den externen Expertengesprächen gesetzt.

6.3 Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen der Befragungen

Die in den beiden Gebieten durchgeführten Einzelinterviews bilden eine wichtige Quelle für die im Analysekapitel ab Seite 156ff durchgeführte Interpretation der Peripherisierungsprozesse auf regionaler Ebene. Mit Hilfe der Interviews sollten die im Einleitungskapitel (siehe Seite 8f) aufgestellten Thesen überprüft und der Zusammenhang zwischen Zentrum-Peripherie Beziehungen und räumlich funktionalem Wandel auf regionaler Ebene beleuchtet werden. Das folgende Kapitel widmet sich einer kurzen Zusammenfassung der zentralen Aussagen der Einzelinterviews, die im Zeitraum 2005/2006 in den beiden Untersuchungsregionen durchgeführt wurden (→ Experten- und Einzelinterviews, S. 50f). Die hier zusammengefassten und thematisch strukturierten Aussagen spiegeln die subjektive Wahrnehmung der einzelnen Akteure wieder. Dargestellt wird die Einschätzung der momentanen Situation durch die Interviewten zum Zeitpunkt der Befragungen im November 2005, Februar 2006 sowie Juni 2006.

Den Anfang der Zusammenfassung bilden Aussagen zur sozioökonomischen Entwicklung der Beispielregionen im innerrussländischen und internationalen Kontext. Für das Gebiet Kaliningrad wurden zusätzlich Aussagen zur Sonderwirtschaftszone einbezogen. Der zweite thematische Schwerpunkt beschäftigt sich mit Aussagen zu den Beziehungen zwischen der Russländischen Föderation und der Europäischen Union und den Auswirkungen auf die regionale Ebene. Anschließend werden Aussagen zu Vernetzung, persönlichen Beziehungen und Kooperation zusammengefasst. Den Abschluss bilden Aussagen zu den Auswirkungen des Status eines geschlossenen Gebietes.

Begonnen wird mit Aussagen zur Person und zur Struktur der Gruppe der Interviewten. Die Liste der Gesprächspartner, die Codierung der Probanden sowie der Fragebogen findet sich im Anhang, Seite 200ff. Übersetzte Originalzitate dienen in einigen Fällen der Illustration, der Fokussierung und dem besseren Verständnis. Zur Anonymisierung wurde die Codierungsziffer hinter der Buchstabenkombination entfernt. Das jeweilige Handlungsfeld und die Herkunft des Akteurs werden dadurch offengelegt, aber eine direkte Zuordnung ist nicht möglich. Die Einschätzung und Analyse der Aussagen findet sich im Analysekapitel der Arbeit, das sich an dieses Kapitel anschließt.

6.3.1 Die Struktur der Befragungsgruppe

Wie bereits in der Methodik angesprochen (vgl. Seite 50f), kamen die Interviewten aus fünf vorher definierten Handlungsfeldern: der Verwaltung, Administration, der Politik, der regionalen Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Alle Befragten haben einen Hochschulabschluss. Nur zwanzig Prozent der Befragten waren weiblich. Diese kamen ausschließlich aus den Handlungsfeldern Verwaltung und den regionalen Medien. Die befragten Wirtschaftsvertreter aus dem Gebiet Kaliningrad waren Eigentümer oder Geschäftsführer kleiner- oder mittelständischer Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistung (z. B. Bankensektor, Tourismus).

Die befragten Wissenschaftler in beiden Gebieten waren Hochschulprofessoren oder Hochschuldozenten in wissenschaftspolitischen Stellungen (z. B. Prorektor oder Dekan einer Fakultät) bzw. mit wirtschaftswissenschaftlicher Ausrichtung. Im Bereich der Medien wurden Redakteure regionaler Zeitungen befragt. Die Verwaltungsbeamten kamen zum größten Teil aus der Gebietsverwaltung oder aus der Rayonverwaltung und hatten Funktionen im Bereich der Wirtschaftsentwicklung oder der Finanzen inne. Das Handlungsfeld der regionalen Politik wurde durch eine häufig anzutreffende „Doppelfunktion“ der Befragten abgedeckt. Insbesondere die Wirtschaftsvertreter hatten oftmals ein politisches Amt (z. B. Abgeordneter der Gebietsduma, Deputierter im Stadtrat oder als Berater der Gebietsverwaltung oder Vorsitzender von Interessenverbänden) inne.

6.3.1.1 *Herkunft der Befragten*

Die Befragten bilden in der Mehrzahl die zweite Generation der in dem Gebiet lebenden Familien bzw. im Gebiet Murmansk teilweise auch die erste Generation. Sowohl im Gebiet Murmansk, als auch im Gebiet Kaliningrad stammen ihre Familien ursprünglich nicht aus dem Gebiet, sondern zumeist aus zentralrussländischen Regionen oder ehemaligen Unionsrepubliken des heutigen „Nahen Auslands“¹⁰³, wie der ehemaligen Weissrussischen, der Ukrainischen oder der Kasachischen SSR. Die Gründe für den eigenen Zuzug oder den Zuzug der Eltern waren bei allen Befragten der Arbeitsplatz, sei es als persönliche Entscheidung, im Zuge der Versetzung (Militär, Verwaltung) oder, ebenfalls im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz, die Perspektive, besondere Privilegien genießen zu können.

Auf die Frage, ob sie die Absicht haben, das Gebiet zu verlassen, haben im Gebiet Kaliningrad alle, ohne Ausnahme, diese Frage verneint. Keiner der Befragten hat zurzeit die Absicht aus dem Gebiet fortzuziehen. Im Gebiet Murmansk dagegen gab es eher die Tendenz bei den Befragten, das Gebiet im Alter, als Pensionärin oder Pensionär, zu verlassen. Dies galt insbesondere für die Befragten, die zwischen fünfzig und sechzig Jahre alt waren. Die Gründe hierfür sind in erster Linie in den ungünstigen klimatischen Bedingungen im Gebiet und in der Tatsache, dass ein Großteil der älteren Bewohner von vornherein nur für zehn bis zwanzig Jahre im Gebiet leben und arbeiten wollte, zu suchen. Die jüngeren Befragten dagegen können sich vorstellen langfristig in dem Gebiet zu bleiben. Sie sehen ihre persönliche Entwicklung stark mit der prosperierenden Entwicklung des Gebietes verknüpft und erhoffen sich eine langfristige Perspektive in der Barents Region.

¹⁰³ In der RF wird im offiziellen Sprachgebrauch zwischen „Nahem“ und „Fernem“ Ausland differenziert. Unter dem Begriff „Nahes Ausland“ werden die vierzehn ehemaligen Unionsrepubliken verstanden.

6.3.2 Die sozioökonomische Situation in der jeweiligen Beispielregion aus Sicht der Befragten

Eine der ersten Fragen, die den Interviewten gestellt wurde, war die Frage nach der Einschätzung der aktuellen sozioökonomischen Situation des Gebietes im Vergleich zu anderen Subjekten der Föderation. Im nationalen Maßstab wurden beide Gebiete im Vergleich zu den anderen Subjekten positiv gesehen. Sie würden, nach Einschätzung der Befragten, nur hinter den Städten föderalen Ranges St. Petersburg und Moskau sowie den Erdöl- und Erdgasregionen Sibiriens und des Fernen Ostens zurückstehen.

„Die Situation ist besser als in den anderen Subjekten Russlands. Das Leben ist näher am europäischen Niveau“ (K_A). So kann man die Aussagen, sowohl der in Kaliningrad, als auch der in Murmansk Befragten zusammenfassen. Diese positive Einschätzung wird durch das Semantische Differenzial untermauert, auf das ab Seite 141f eingegangen wird. Es war im Gebiet Kalininograd sogar von der „Lokomotive des Nordwestens“ die Rede.

Ein wesentlicher Grund für die durchweg positive Einschätzung der wirtschaftlichen Situation wurde in der Überwindung der wirtschaftlichen Schrumpfungsphase in beiden Gebieten in den 1990er Jahren gesehen. Die tiefe Talsohle scheint durchschritten und analog zum nationalen Maßstab erhole sich die regionale Wirtschaft zusehends.

„Die Zeit der Unsicherheit ist vorüber. Zu Beginn der 90er Jahre wusste niemand, was sein wird. Damals hat es eine regelrechte Euphorie, einen Aufbruch gegeben - der Übergang zur Demokratie - doch gab es im Ganzen nur Zerfall. Man hat die Renten nicht bezahlt, man hat die Löhne zurückgehalten. Es gab einen Rückgang in der Produktion. Jetzt gibt es so etwas nicht mehr. Das Gebiet [Anm.: Murmansk] entwickelt sich stabil und jetzt entwickelt sich auch das Unternehmertum.“ (M_M).

Dieser positive Eindruck der sozioökonomischen Lage des jeweiligen Gebietes lasse sich mit der zunehmenden ökonomischen Stabilität im Vergleich zu den 1990er Jahren, in Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den steigenden Lebensstandard, der Versorgung und das Warenangebot, mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum, den zunehmenden Demokratisierungs- und Mitbestimmungsprozess, die zunehmenden Transparenz auf lokaler und regionaler Ebene sowie eine sich entwickelnde Zivilgesellschaft und mit einer sich verändernden Mentalität begründen.

„Die Verwaltung, die Mentalität, das Streben nach Effektivität, nach Verbesserung der Lebensweise. Das sind Faktoren, die nach meiner Ansicht Einfluss haben“ (K_Ö), so einer der Wirtschaftsvertreter im Gebiet Kaliningrad und weiter: „Es ist ein Verständnis dafür entstanden, wohin wir gehen, was wir aufbauen, wie wir arbeiten müssen, wie wir Geld verdienen müssen, dass uns niemand Geld gibt, dass es bei uns keine Gleichmacherei gibt, dass es ein Verständnis dafür gibt, dass das Geld verdient werden muss.“

In beiden Gebieten wurde im Vergleich zu anderen Subjekten der Föderation die Nähe zum Europäischen Wirtschaftsraum (Skandinavien und Finnland für Murmansk und Ostseeraum für Kaliningrad) genannt, die zur Veränderung der Mentalität beizutragen scheint und die Gebiet gegenüber den anderen Subjekten hervorhebt. In diesem Zusammenhang sahen die Befragten einen wichtigen Grund für die positive Entwicklung in der zunehmenden Professionalität der Wirtschaft in Bezug auf marktwirtschaftliche Strukturen und Normen (M_W).

6.3.3 Auswirkungen des Systembruchs seit 1991

Neben Demokratisierung, Freiheit und Marktwirtschaft, wurden folgende regional bedeutsame Veränderungen nach 1991 von den Befragten benannt.

o Struktureller Wandel im Gebiet Kaliningrad

Die Veränderungen in der regionalen Wirtschaftsstruktur seit 1991 wurden als relativ einschneidend wahrgenommen. Wichtigster regionaler Wirtschaftszweig aus Sicht der Kaliningrader Befragten waren bis 1991 die Fischindustrie und die damit verbundenen Verarbeitungs- und Instandhaltungszweige sowie die Werften. An zweiter Stelle wurde die Papierindustrie genannt. Häufig wurde auch die Landwirtschaft als ein wichtiger Wirtschaftszweig vor 1991 erwähnt. Die wirtschaftliche Bedeutung des Militärs für die Region spielte bei den Befragten keine Rolle. Heute sind aus Sicht der befragten Kaliningrader Akteure vor allem die verlängerten Werkbänke, die Produktendmontagen von wirtschaftlicher Bedeutung. Dank der Vergünstigungen durch die Sonderwirtschaftszone (SWZ) hätte sich eine ganze Reihe von ausländischen Unternehmen angesiedelt, die ihre Produkte für den russländischen Markt im Gebiet Kaliningrad endmontierten. Es hätten sich Import substituierende Branchen, wie beispielsweise im Bereich der Möbel- und Lebensmittelindustrie oder der Produktion von Haushaltswaren und Haushaltselektronik ansiedeln können, die für den russländischen Markt produzieren ($K_Ö$, K_A , K_M , K_W) würden. So expandiere beispielsweise die Möbelproduktion als neue Branche im Gebiet, dank der Vergünstigungen im Import substituierenden Sektor, stark. Nach Aussage eines Inhabers einer Möbelfirma ($K_Ö$) werden fast zehn Prozent der Möbel, die in der RF gefertigt werden, im Gebiet Kaliningrad hergestellt. In Kaliningrad würden mehr als 65 Prozent der in der Föderation hergestellten Staubsauger und knapp fünfzig Prozent der in der Föderation hergestellten Fernsehgeräte produziert, so ein befragter Beamter (K_A) aus der Kaliningrader Verwaltung. Als wichtigste heutige Wirtschaftszweige wurden der Maschinen- und Anlagenbau, die Lebensmittelindustrie und weniger häufig das Transport- und Logistikwesen sowie die Bauwirtschaft genannt. Die Landwirtschaft fand keine Erwähnung mehr.

Weiterhin wurde von zwei Befragten das Stadtjubiläum Kaliningrads als positiv erwähnt. Es habe der Stadt den seit Langem notwendigen staatlichen Investitionsschub im Bereich der Infrastruktur und der Stadtentwicklung gegeben, der zu einer vermehrt positiven Einstellung der Bevölkerung gegenüber ihrem Gebietszentrum beigetragen

habe. Nur ein Befragter im Gebiet Kaliningrad (K_W) hat die Entmilitarisierung des Gebietes als positiv erwähnt.

○ Kontinuität im Gebiet Murmansk

Im Gebiet Murmansk wurde die relative Kontinuität positiv hervorgehoben. Zwei der wichtigsten Wirtschaftszweige, die Metallurgie und der Bergbau seien auch heute noch wichtige Säulen der regionalen Wirtschaft. Identisch mit den Prozessen im Gebiet Kaliningrad sei die Entwicklung im Bereich der Fischereiwirtschaft und der damit verbundenen Industriezweige. Diese sei, ähnlich wie im Gebiet Kaliningrad, komplett zusammengebrochen.

Zwei Befragte im Gebiet Murmansk haben das Militär wieder, nach langer Krise, als positiven Wirtschafts- und Stabilitätsfaktor benannt.

6.3.4 Subjektive Wahrnehmung der befragten Akteure mittels Semantischem Differenzials

Den befragten regionalen Akteuren wurde im Anschluss an das Einzelinterview ein Fragebogen zum Regionalbewusstsein und zur Wahrnehmung des eigenen Gebietes vorgelegt. Dabei sollte innerhalb kurzer Zeit jeweils zwischen zwei dichotomen Begriffen eine Auswahl getroffen oder zumindest eine Tendenz festgestellt werden. Die analytische Verwendbarkeit dieses Differenzials beschränkt sich lediglich auf die befragten Akteure. Eine darüber hinaus gehende Aussagekraft liegt aufgrund der geringen Fallzahl nicht vor.

Bei der individuellen Raumwahrnehmung überwog, analog zum Interview, der positive Eindruck (rechte Hälfte des Diagramms). Neben großen Parallelen zwischen beiden Gebieten, beispielsweise bei den positiv belegten Attributen „*Glück*“, „*gesund*“, „*Fortschritt*“ und „*Heimat*“, gab es auch große Unterschiede in der jeweiligen subjektiven Raumwahrnehmung der Befragten. So stufte die Kaliningrader Befragten ihr Gebiet tendenziell stärker bei den Attributen „*eng*“ und „*klein*“ sowie „*begrenzt*“ ein, wohingegen die Murmansker Befragten vermehrt „*weit*“ und „*groß*“ mit ihrem Gebiet assoziierten. Spannend gestaltete sich das Ergebnis bei der Wahrnehmung im Bereich der Abhängigkeit und der Einschätzung zwischen „*isoliert*“ oder „*integriert*“. Das Ergebnis der im Gebiet Murmansk befragten Akteure unterscheidet sich hier von dem Kaliningrader Ergebnis. Sahen die Mehrzahl der Befragten beide Gebiete eher als „*abhängig*“, so assoziierten die Murmansker wesentlich stärker das Attribut „*integriert*“ mit dem Gebiet, als die Kaliningrader (siehe unten). Auch dieses Ergebnis spiegelt die Aussagen der Interviews wieder. Ein weiteres diskussionswürdiges Ergebnis ist der Zuordnung zum letzten Begriffspaar „*Europa*“ und „*Russland*“ zu entnehmen. Von den Kaliningrader Befragten (80%) wurde eindeutig der Begriff „*Russland*“ gewählt. Im Gebiet Murmansk war das Ergebnis etwas verhaltener, aber auch hier überwog der Anteil der Akteure, die klar den Begriff „*Russland*“ mit ihrem Gebiet verbunden haben.

wurde immer wieder das Erdgasfeld Štokman angeführt. Im Zuge der Ausbeutung erhoffte man sich durch den geplanten Pipelinebau eine Vielzahl hochbezahlter Arbeitsplätze. An zweiter Stelle, und mit dem erhofften Erdgasboom in enger Verbindung stehend, stehe die steigende Bedeutung des Hafens, ebenfalls ein potenzieller „*Verkehrsknotenpunkt*“, als einer der Endpunkte der Nordostpassage und als Logistik- und Versorgungszentrum für Nordsibirien. Sollte die Klimaerwärmung anhalten, wäre die Route eine wirtschaftlich rentable Alternative, um den nordpazifischen Raum zu erreichen, so die Argumentation.

Des Weiteren wurde auf den Fischreichtum in der Barentssee und das Potenzial in der Fischverarbeitung verwiesen. Dabei wurden auch die möglichen Interessenskonflikte zwischen der Öl- und Gasförderung sowie dem Fischfang thematisiert.

Die Befragten in beiden Gebieten haben ein wichtiges Potenzial in der „*Brückenfunktion*“ der Gebiete als mögliche Logistikkreuzung zwischen der RF und der EU gesehen.

6.3.6 Die wichtigsten regionale Probleme aus Sicht der Befragten

Die genannten Probleme sind vielschichtig und sehr stark auf die persönliche Situation und das jeweilige berufliche Handlungsfeld fokussiert. Zusammenfassend lassen sich folgende Problemkomplexe, die eng miteinander verzahnt sind und sich untereinander bedingen, herausarbeiten. Sie wurden von beiden Befragungsgruppen sowohl im Gebiet Kaliningrad, als auch im Gebiet Murmansk benannt:

- Der politisch institutionelle Rahmen:
 - der nur unzureichend umgesetzte gesetzgeberische Rahmen, die fehlende Koordinierung der regionalen und föderalen Programme,
 - Bürokratismus auf Seiten der RF und der EU
 - der wieder zunehmende Einfluss der Großunternehmen
- Die bestehende Infrastrukturausstattung und fehlende Investitionen in die Infrastruktur:
 - schlechte und unzureichende technische Infrastruktur sowie fehlende tragfähige Verkehrsverbindungen mit den wichtigen Zentren St. Petersburg und Moskau
 - geringe Effizienz des Ver- und Entsorgungsnetzes
 - Exklavenlage und der Transit
- Die gesellschaftliche Polarisierung, soziale Probleme:
 - Verarmung von benachteiligten Bevölkerungsschichten, zunehmende Kriminalität und Drogensucht
- Die ökologische Situation:
 - Luft- und Wasserverschmutzung

Auf einige der Problemfelder soll im Folgenden näher eingegangen werden.

- Kaliningrad: Der gesetzgeberische Rahmen, fehlende Koordinierung der regionalen und föderalen Programme und der Förderung

Ein wichtiges Problemfeld, das von beiden Seiten, aber vermehrt, da es mit der Problematik der geopolitischen Lage Kaliningrads verbunden ist, von Kaliningrads angeführt wurde, ist die als instabil und inkonsequent wahrgenommene Gesetzgebung sowie die unzureichende Umsetzung beschlossener Programme und gesetzgeberischer Maßnahmen und Normen der föderalen Ebene auf Gebietsebene¹⁰⁴. Viele Probleme transformierten sich aus der föderativen Gesetzgebung und die allgemeinen Probleme würden sich durch die fehlende Umsetzung, Durchführung und Kontrolle der gesetzgeberischen Akte ergeben. Hier gebe es viel nachzuholen und auf regionaler Ebene müssten viele Normen noch implementiert werden. Es sei bis jetzt keine zielgerichtete Umsetzung einer einheitlichen Strategie für die Entwicklung des Gebietes Kaliningrad erkennbar und dieses führe zu einer gewissen Unsicherheit in der Wirtschaft, bei den potenziellen Investoren und der Bevölkerung und daraus resultierten u. a. Probleme, wie die fehlende regionale Wirtschaftsförderung und der fehlende Infrastrukturausbau im Gebiet. Eng verknüpft mit diesem Problemkomplex sei die ungelöste Transitfrage zwischen dem Gebiet Kaliningrad und dem Russländischen Kernland.

- Kaliningrad: Die Exklavenlage und der Transit

Ein wesentliches Problem, das nur im Gebiet Kaliningrad auftritt, sei die „*Insellage*“ des Gebietes im „*Meer der Europäischen Union*“. Man fühle sich von „Russland abgeschnitten“ (K_w) und, aufgrund des veränderten Grenzregimes, in der Mobilität, beeinträchtigt. Die administrativen Barrieren, insbesondere bei den Grenzformalitäten, beispielsweise durch die Notwendigkeit eines Reisepasses, auch wenn man innerhalb der Föderation reisen möchte, hätten deutlich zugenommen.

Die Situation des Transits, sowohl im Bereich des Güterverkehrs als auch des Personentransits wurde von allen Befragten als sehr problematisch und entwicklungshemmend dargestellt. Die regionale Wirtschaft im Gebiet unterliege ernsthaften zusätzlichen Belastungen, so die einhellige Meinung der Befragten. Diese Einschränkung beträfe nicht nur die Ökonomie, so einer der Befragten (K_A), sondern auch die gesellschaftliche soziale Ebene. Als Beispiele wurden Verwandtschaftsbesuche außerhalb des Gebietes in die Föderation, die Ukraine oder nach Weißrussland angeführt, die vor allem für ältere Bewohner des Gebietes heute wesentlich schwieriger zu organisieren seien. So könnten sich die Beziehungen zu den ehemaligen Herkunftsgebieten der Kaliningrader verschlechtern.

Ein weiterer nicht unerheblicher Faktor sei der Eindruck der Kriminalisierung der gesamten Bevölkerung des Gebietes durch die Auflagen der EU und ihrer Mitgliedsländer. „Der gesamte bürokratische Papierkrieg behindert den Aus-

¹⁰⁴ Diese Aussage steht nicht im direkten Widerspruch zu der vorangegangenen Aussage in Bezug auf die positive Entwicklung und die zunehmende Stabilität. Im Vergleich zu den 1990er Jahren hat die Stabilität und die Rechtssicherheit deutlich zugenommen, aber sie ist noch weit vom gewünschten Maß entfernt.

tausch von kulturellen und geistigen Werten“, so ein Beamter der Kaliningrader Gebietsverwaltung.

- o Kaliningrad und Murmansk: Die gesellschaftliche Polarisierung, soziale Probleme

Problematisch wurden, insbesondere von den befragten Verwaltungsbeamten und von Teilen der Wissenschaft in beiden Gebieten, die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft und die Einschränkungen im Sozialsystem gesehen. Es habe ein Zerfall der Gesellschaft stattgefunden. Eine große Anzahl der Menschen verfüge nur über ein Einkommen unter dem Existenzminimum und dies betreffe vor allem die Pensionäre. Zeitgleich erhöhten sich die Lebenshaltungskosten. Hinzu käme eine zunehmende Verwahrlosung der Jugend mit Kriminalität und Drogensucht, so eine große Anzahl der Befragten. In früheren Jahren sei die soziale Sicherheit durch den Staat bedeutend größer gewesen. Sowohl die Ökonomen als auch die staatliche Politik seien stärker sozial orientiert gewesen. „Die Neuverteilung der Produktionsmittel, das ist das ursächliche Problem Russlands und nicht nur des Murmansk-Gebietes. Früher waren der Gewinn und das Einkommen mehr oder weniger gleich verteilt. Heute gibt es wenige superreiche Unternehmer, die ganze Fußballklubs oder mehrere große Yachten einfach so kaufen. Der Gewinn des Unternehmens fließt direkt in die Taschen des Eigentümers“ (M_A).

Andererseits argumentierten vor allem die regionalen Unternehmer in beiden Gebieten nach dem Tenor: „*Jeder ist seines Glückes Schmied*“ und dass man mehr Eigeninitiative und Engagement zeigen müsse.

- o Murmansk: Demographische Entwicklung

Im Gebiet Murmansk wurden die zunehmenden regionalen Disparitäten innerhalb des Gebietes auch in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung als Problem thematisiert. Generell sei das gesamte Gebiet von starker demographischer Schrumpfung betroffen. Die Bevölkerung habe sich in den letzten Jahren um mindestens fünfunddreißig Prozent verringert (M_A). Ganze Siedlungen seien bereits wüstgefallen oder stehen kurz vor der Aufgabe. Als Beispiel wurde der Rayon Lovozero (siehe Karte 8, S. 126) im zentralen Bereich der Kola-Halbinsel genannt. Hier könne aufgrund der starken Abwanderung die soziale und technische Infrastruktur teilweise kaum aufrecht erhalten werden. Eine Versorgung sei sehr kostenintensiv, beispielsweise wegen fehlender Strassen und den dadurch notwendig werdenden Hubschrauber- bzw. Flugzeugeinsatz.

In anderen Bereichen des Gebietes, beispielsweise im Rayon Pečenga, gehe man in der Verwaltung von einem gegenläufigen Trend aus. Dank der Grenznähe und der erwarteten ökonomischen Entwicklung durch den Erdgassektor würde hier sogar eine Zuwanderung erwartet. Als ein Beispiel für die mögliche Entwicklung und die bereits einsetzende Spekulation, wurde der Preisanstieg bei Eigentumswohnungen angeführt. So hätten sich die Preise für eine „alte“ Neubauwohnung in Zapoljarnyj (Rayon

Pečenga) in den letzten Jahren vervierfacht (M_A). Diese regional sehr ambivalente Bevölkerungsdynamik wurde insbesondere von den befragten Verwaltungsvertretern als große Herausforderung gesehen.

In diesem Zusammenhang wurde auch der mehrfach von den befragten Unternehmern und Wissenschaftlern erwähnte Facharbeitermangel thematisiert. Einige Vertreter der Industrie und des produzierenden Gewerbes beklagten sich über die fehlenden qualifizierten Facharbeiter. Es fehle an entsprechenden Ausbildungsstätten und an motiviertem Personal. Die meisten jungen Menschen würden eine akademische oder eine dienstleistungsbezogene Karriere anstreben. „[...] [L]eider wollen alle nur die Manager und Geschäftsführer sein, keiner will in die Produktion [...]“ (M_W). Einige hätten keine Arbeit. Sie möchten aber nicht einfach nur eine Arbeit finden, sondern möchten in einem Beruf arbeiten, mit einem bestimmten Lohnniveau. Deshalb würden sie auf einen besseren Arbeitsplatz warten (K_W).

o Murmansk und Kaliningrad: Die ökologische Situation

Ein angesprochener Problemkomplex im Gebiet Murmansk ist die ökologische Situation, wobei die potenziell erhöhte Gefahr, die von den radioaktiven Quellen ausgeht, keine Rolle spielte. Vornehmlich wurde auf die bestehende Problematik im Bereich der Luft- und Gewässerverschmutzung durch die Industrie hingewiesen. Einer der befragten Akteure aus dem Bereich der Wissenschaft sah sogar ein gewisses Potenzial im Umgang mit radioaktiven Quellen und mit der Erfahrung im Umgang mit dieser Gefahr. Es sei ein regionales Überwachungssystem geplant, das alle radioaktiven Quellen sowie die Umweltsituation im Gebiet flächendeckend überwachen solle. Dieses Projekt könne, falls es erfolgreich arbeite, zukünftig für andere Staaten und andere Gebiete in der Föderation interessant werden. Des Weiteren bestünde ein vitales Interesse der Nachbarländer Norwegen, Schweden und Finnland sowie der EU an einer professionellen Lösung vor der „*eigenen Haustür*“ und man sei bereit sich die Dekontamination und „*das Aufräumen*“ der atomaren Altlasten im Gebiet einiges Kosten zu lassen und dieses käme der Wirtschaft im Gebiet zugute (M_W).

Im Gebiet Kaliningrad wurden die Problematik der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung als wichtiges ökologisches Problem benannt. Hinzu käme eine sehr geringe Energieeffizienz und Energie- und Wasserverschwendung durch marode Leitungen, Kraft- und Klärwerke, wie in beiden Gebieten angemerkt wurde. Einer der Befragten Wirtschaftsvertreter im Gebiet Murmansk hatte dieses Problem auch in Beziehung zur oben angeführten gesellschaftlichen Polarisierung gesetzt. Viele einkommensschwache Einwohner lebten in alten, zum Teil aus den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts stammenden Holzhäusern, oder in unsanierten Häusern der fünfziger Jahre mit desolater oder nicht vorhandener Ver- und Entsorgung. Hier sei die Energieeffizienz besonders gering, die Leitungen besonders marode und diese Mängel müssten von den Bewohnern zu meist mitfinanziert werden (M_W), während die ein-

kommensstarken Einwohner sich häufig Eigentum kaufen würden und dieses entsprechend sanieren oder neu bauen.

- o Murmansk: Der wieder zunehmende Einfluss der Großunternehmen auf kommunaler Ebene

Die industrielle Monostruktur im Gebiet Murmansk, insbesondere auf lokaler kommunaler Ebene, wurde ambivalent gesehen. Zurzeit, aufgrund des allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges und der anhaltend hohen Nachfrage auf dem Weltmarkt, sei die monostrukturelle Ausrichtung weniger problematisch aus Sicht der Befragten. Als problematisch wahrgenommen wurde die zunehmende Machtverschiebung auf kommunaler Ebene durch den wieder stärker werdenden Einfluss der großen Unternehmen. Die lokale Macht (*vlast'*) (kommunale Selbstverwaltung) müsse verstärkt mit der Wirtschaft kooperieren, um Unterstützung für die soziale Infrastruktur zu bekommen, die sie alleine zumeist nicht aufrecht erhalten könne und die ein wichtiger Stabilitätsfaktor im Gebiet sei. Die Unternehmen finanzierten, historisch bedingt, noch heute einen Großteil der sozialen Infrastruktur in den Monostädten und dominierten die lokale Selbstverwaltung. Der Einfluss der lokalen und regionalen politischen und administrativen Macht auf die Großunternehmen sei minimal. Da sie der alleinige Existenzgrund der Städte und Siedlungen seien, gebe es immer weitreichendere Zugeständnisse. Die Unternehmen erreichten ihren größer werdenden Einfluss nicht nur durch Steuerzahlungen, sondern auch zunehmend durch die weitere Übernahme sozialer und technischer Infrastruktur in den Kommunen und Rajonen. Damit würde die lokale und regionale Macht der Unternehmen gegenüber der Verwaltung gezielt ausgebaut. „Der Film läuft gerade rückwärts ab“, so ein befragter Journalist im Gebiet Murmansk.

6.3.7 Einschätzung der EU und der föderalen Ebene der RF als interregionale Akteurszentren

Im folgenden Teil der Zusammenfassung geht es um die persönliche Einschätzung der Akteure in Bezug auf den Einfluss und die zukünftige Rolle der EU und der föderalen Ebene der RF auf die jeweilige regionale Entwicklung. Bei der Befragung wurde in beiden Gebieten deutlich, dass sowohl die RF als auch die EU direkt, bzw. indirekt Einfluss auf die regionale Entwicklung nehmen, sei es direkt von Seiten der EU über die Strukturfonds (TACIS, INTERREG) und von Seiten der RF als übergeordnete Exekutive und Judikative durch Gesetze und Programme, oder indirekt durch Kommunikation und Adaption westlicher Lebensart bzw. durch die entsprechenden Gegentrends. Als wichtigste Aussage der Befragten kann festgehalten werden, dass die föderale Ebene die Schlüsselrolle sowohl im Gebiet Kaliningrad, als auch im Gebiet Murmansk in allen Fragen der regionalen Entwicklung innehat. Daneben sehen sich die befragten Akteure selbst, mit Ausnahme der meisten Wissenschaftler, auf lokaler und regionaler Ebene sowie die regionale Exekutive, als wichtige Kräfte in Fragen der regionalen Entwicklung. Der Gouverneur als regionale Exekutive zusammen mit der nationalen

Exekutive seien die Schlüsselakteure für die regionale Entwicklung. Erst an dritter Stelle wurden die EU oder die Nachbarregionen und -staaten benannt.

Auf die Frage, wer die anstehenden Probleme im jeweiligen Gebiet lösen könne, haben die Mehrzahl der Kaliningrader Befragten wieder an erster Stelle die regionale und föderale Ebene, d. h. die innerrussländische Ebene genannt. Ein vergleichbares Bild ergab die Befragung im Gebiet Murmansk. Erstens würden aller föderalen Gesetze in Moskau verabschiedet. Zweitens befände sich das „ganz große Business“ in Moskau und die grundlegenden Finanzflüsse seien dort konzentriert. In Russland würden die zentralen Behörden und die Staatsmacht seit je her eine große Rolle spielen. Natürlich hänge die Entwicklung des Gebietes auch davon ab, welches Investitionsklima die staatlichen Behörden erzeugen könnten.

Es stünde außer Frage, dass vor allem die Föderation selbst die Probleme lösen müsse und möglicherweise, über die föderale Ebene, die EU oder die direkten Nachbarländer in die Problemlösung einbezogen werden sollten. Dabei wurde mehrfach darauf verwiesen, dass die Probleme so komplex und mehrdimensional seien, dass nur die Akteure aller Ebenen gemeinsam eine zielgerichtete Lösung finden könnten.

o Kaliningrad: Dialog und Kooperation auf gleicher Augenhöhe

Wichtig sei ein ernstgemeinter und verlässlicher Dialog zwischen den unterschiedlichen Akteurebenen. Hier wurde von Kaliningrader Seite viel Kritik an den Mechanismen und den Strategien der EU und ihrer strikten Grenzpolitik geübt. In Kaliningrad sei man enttäuscht von der EU und wirft dieser übermäßigen Bürokratismus und Verschleppung, insbesondere in den ungelösten Transitfragen, vor.

„Wir sind nicht freiwillig hinter zwei Grenzen. Das ist keine Position von Bittstellern. Wir sagen nicht, bitte helft uns, sondern wir sagen, lasst uns zusammenarbeiten zum Vorteil beider Seiten.“ (K_A)

Auf Kaliningrader Seite wurden Defizite im Bereich der Kooperation mit der EU benannt. Einige der Befragten äußerten ihren Unmut und ihre Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit mit der EU. Es war bei einigen Befragten deutlich eine Enttäuschung über den Bürokratismus in der EU, der als „Eurobürokratismus“ bezeichnet wurde (K_A, K_W), festzustellen. Hier wurde vor allem wieder das Transitproblem thematisiert. Unter dem Begriff „Eurobürokratismus“ wurde im Wesentlichen der als langwierig und komplex angesehene Kommunikations- und Entscheidungsfindungsprozess der EU verstanden, wie auf Nachfrage deutlich wurde. Ein weiterer Bereich, der mit dem empfundenen Bürokratismus eng verknüpft ist, waren wieder die fehlenden Programme und Maßnahmen auf regionaler Ebene. Die Verabschiedung eines Gesetzes, wünschenswert wäre ein föderales, über die grundlegenden Prinzipien und Richtungen der föderalen Politik gegenüber dem Gebiet Kaliningrad, wäre hier ein wichtiger Schritt aus Sicht vieler Befragter. Wenn das Gebiet Kaliningrad in diesem Status gesichert werden wür-

de, als die Region, in der verschiedene Modelle der Zusammenarbeit mit der EU erarbeitet und umgesetzt würden, von der gesetzlichen, der kulturellen und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebene über das Visa Regime, dann wäre dies für das Gebiet ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Eine tragfähige und praktikable, mittelfristige Strategie zur Umsetzung der bestehenden föderalen, regionalen und europäischen Programme, so insbesondere die befragten Verwaltungsbeamten und Politiker, sei bisher nicht erarbeitet worden. In diesem Zusammenhang wurde auf die bestehende Förderung des Gebietes durch die föderale Ebene, als Beitrag der Föderation zur Zusammenarbeit, hingewiesen. Neben dem Bevollmächtigten des Präsidenten für das Gebiet Kaliningrad sei insbesondere das Gesetz über die Sonderwirtschaftszone (SWZ) von Bedeutung für die regionale Entwicklung (→ „Hongkong an der Ostsee“: Zwischen Freier Wirtschaftszone und Sonderwirtschaftszone - Aspekte der Entwicklung zwischen 1991 und 2000, S. 112ff).

Wenn die Russländische Föderation auf das Gebiet Kaliningrad als Pilotregion für die Zusammenarbeit der RF und der EU setze, dann müsse das auch praktikabel und realistisch geplant und vor allem konsequent umgesetzt werden. Man müsse entsprechende Übereinkünfte finden und bindende Verpflichtungen übernehmen. Dann wäre es ein wirkliches transnationales Projekt der RF und der EU. Dieser Dialog müsse von beiden Seiten (EU und RF) geführt werden. Er müsse intensiver sein und entsprechende organisatorische und verwaltungstechnische Strukturen haben für eine schnelle und effektive Lösung des Problems. Dies gäbe es, trotz intensiver Verhandlungen, im Grunde alles bishernicht, so einer der Verwaltungsbeamten aus dem Gebiet Kaliningrad.

6.3.8 Das Gebiet Kaliningrad und die SWZ

Aufgrund der Exklavenlage des Gebietes gäbe es ein Problem der Logistik und der Transportkosten. Hierauf waren die Befragten bereits in anderem Zusammenhang eingegangen. Der Warentransport sei wesentlich teurer und aufwendiger und die nächsten Nachbarn würden kein besonderes Interesse an einer Lösung des Transitproblems zeigen. Deshalb müsse das System der Sonderwirtschaftszone (SWZ), als staatlich regulierender Faktor, gleiche Bedingungen für die Wirtschaftsunternehmen, die sich im Gebiet Kaliningrad befänden, als auch für Wirtschaftsunternehmen in der übrigen Föderation schaffen und die besonderen Disparitäten, die aus der Exklavenlage entstünden, ausgleichen. Und im Prinzip müsse das System dahingehend optimiert werden, hinreichend gute Voraussetzungen für den Eintritt russischer Unternehmen in den europäischen und den internationalen Markt zu schaffen.

Das föderale Gesamtprogramm, insbesondere das Gesetz zur SWZ, sei ein zusätzlicher Stimulus für die Anziehung von Investitionen ins Gebiet. Dieses Instrument funktioniere im Bereich der Versorgung der Bevölkerung, des Transportes und der Energie, die lebensnotwendig für das Gebiet seien, bereits sehr effizient. Energie und

Transport müssten weiterhin gefördert werden, um mit dem industriellen Wirtschaftswachstum Schritt zu halten und um dieses zu unterstützen, damit keine Lücke entstünde, die die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes hemmen könne. Das gesamte regionale Wirtschaftssystem müsse staatlich reguliert ausbalanciert sein. Im Prinzip sei es richtig und politisch und ökonomisch gerechtfertigt, dass Kaliningrad eine besondere Förderung erfahren würde, um die negativen Folgen der Exklavenlage abzufedern. Es wurde von einigen Befragten auch deutlich gemacht, dass das Gebiet ein gleichberechtigtes Subjekt unter gleichberechtigten Subjekten der Russländischen Föderation, mit ökonomischen Sonderrechten zum Ausgleich der besonderen Disparitäten aber ohne politische Vorrechte, sei. Das Thema Separatismus wurde, wenn dann negativ kommentiert.

Das neue Gesetz über die SWZ unterscheide sich in einigen Punkten vom bisherigen Gesetz. Die Ausrichtung und Zielsetzung habe sich verändert ($K_{\text{Ö}}$, K_{A} , K_{W}). Es gehe weniger um die Unterstützung der Import substituierenden Industrie, wie in der bisherigen Förderperiode, als vielmehr um die Förderung der exportorientierten Produktion. Hier gebe es Defizite im Kaliningrader Gebiet. Es bestünde die Notwendigkeit möglichst schnelle und reibungslose Übereinkünfte mit den Nachbarn und der EU zu treffen, um schneller die Kooperation und regionale wirtschaftliche Ausrichtung festzulegen, obwohl dieses schwierig sein wird, da es auf regionaler Ebene bei einem stark geförderten und wachsenden Kaliningrader Gebiet zu Konkurrenz gegenüber den litauischen und polnischen Grenzregionen kommen könnte. Niemand möchte etwas abgeben, so ein befragter Unternehmer.

Von einigen Unternehmern wurde diese neue Ausrichtung der SWZ auch kritisiert, da insbesondere die KMU und Unternehmensneugründungen mit wenig Kapital nicht von den Vergünstigungen der SWZ bei Investitionsvorhaben profitieren könnten. Mit der 150 Mio. Rubel Mindestinvestitionsgrenze würden Unternehmer mit geringem Kapital aus der Förderung ausgeschlossen ($K_{\text{Ö}}$, K_{W}).

Es müssten sehr klare harte Spielregeln ausgearbeitet werden, in denen die SWZ nicht nur einfach existiere, sondern klare und vor allem gleiche Bedingungen für alle ökonomisch Tätigen schaffe, die für jeden Unternehmer, sei es im „*big business*“ sei es im Bereich des Mittelstandes, gelten müssten. Dieses System müsse gesetzgeberisch festgelegt werden.

6.3.9 Die Frage der grenzüberschreitenden Kooperation und Integration

o Das Gebiet Kaliningrad

Aus Sicht der Befragten spiele die eigenständige grenzüberschreitende regionale Kooperation im Gebiet Kaliningrad, als eigenständiges Instrument der regionalen Entwicklung und Problemlösung, zur Zeit der Befragung eine untergeordnete Rolle. Sie wurde

vielmehr als Teil der föderalen und regionalen Strategie eingestuft, die es auf russländischer Seite zu präzisieren gelte. Anschließend sei sie mit der EU zu verhandeln, um ein gemeinsames problemorientiertes Programm entwickeln zu können, dass rasch und effizient umgesetzt werden müsse. In den Interviews war immer wieder von „gleicher Augenhöhe“ die Rede. Eine Ausnahme bildete der humanitäre Bereich. Damit waren in erster Linie ökonomisch-ökologische Projekte der humanitären und technischen Zusammenarbeit, beispielsweise im Bereich des Baues von Kläranlagen, der Bereitstellung von Medizintechnik, Schulungen oder im Bereich der Fürsorge gemeint. Hier gebe es eine sehr enge Zusammenarbeit und die europäische Erfahrung und Initiative würde in diesem Fall positiv aufgenommen, wobei auch angemerkt wurde, dass durch die Hilfe soziale Probleme und Krisen, beispielsweise im Bereich der Straßenkinder und der Gesundheitsfürsorge in der internationalen Presse thematisiert würden und so in der internationalen Öffentlichkeit das Bild einer Krisenregion gefördert werden könnte (K_A, K_Ö).

Als weiterhin problematisch wurden die Beziehungen zwischen dem Gebiet und seinen Nachbarregionen angesehen. Politische Probleme würden die ökonomischen und kulturellen Beziehungen zu den Nachbarn beeinflussen. Dieses sei beispielsweise bei den Beziehungen zu Polen der Fall, so einer der Kaliningrader Befragten. Es habe eine Abkühlung in den zwischenstaatlichen Beziehungen gegeben und so könne man eine zunehmende Zurückhaltung im Bereich der Investitionstätigkeiten und bei der Zusammenarbeit spüren, seit das Verhältnis zwischen Polen und der Russländischen Föderation angespannt sei, obwohl sich alle regionalen Beteiligten sehr gut verstehen würden (K_W). Ähnliches gelte für Litauen.

Das Kaliningrader Gebiet bekäme außenpolitische Spannungen zwischen den jeweiligen Ländern und der eigenen Regierung sofort zu spüren.

Im Kaliningrader Gebiet wurden von den Befragten weitere Lösungen und verbindliche Verpflichtungen im Bereich der regionalen grenzüberschreitenden Kooperation gefordert. Die Programme TACIS und INTERREG wurden als zu kurzgreifend kritisiert. Neue gemeinsame Programme wären notwendig, die es gemeinsam „auf gleicher Augenhöhe“ ohne „missionarischen Charakter“ zu erarbeiten und von russländischer Seite umzusetzen gelte.

„Haben die Schweizer Probleme bei der Überquerung der Grenzen? Die sind auch keine Mitglieder der EU. Aber sie sind miteinbezogen. Aber welche Probleme haben die Kaliningrader? Welche Probleme gibt es bei ihnen? Ja, sie drängen sich an der Grenze in Schlangen, statt den Personalausweis an der Grenze zu zeigen und in eine beliebige Richtung zu fahren“ (K_A).

Bezüglich der Frage nach der persönlichen beruflichen grenzüberschreitenden Kooperation und Vernetzung sowie möglicher internationaler Partner haben die Kaliningrader Unternehmer mit einer Ausnahme festgestellt, dass sie im Bereich der direkten Nachbarschaft in erster Linie mit polnischen Partnern kooperieren würden. Mit litauischen Partnern eher weniger und mit lettischen und estnischen fände fast gar keine Kooperation statt. Begründet wurde dieses mit der langjährigen erfolgreichen Zusammenarbeit mit den polnischen Partnern, dem Bruch der Beziehungen mit den Baltischen Staaten im Zuge der Auflösung der Sowjetunion und mit unternehmensspezifischen Gründen. Desweiteren waren alle interviewten regionalen Unternehmer europaweit vernetzt und ökonomisch integriert. Hier wurden insbesondere Deutschland, aber auch Skandinavien, die USA, Frankreich oder Italien genannt.

o Das Gebiet Murmansk

Im Gebiet Murmansk wurde auf die funktionierende langjährige grenzüberschreitende Kooperation vor allem im Bereich des Umweltschutzes und des kulturellen Austausches verwiesen, wobei die Äußerungen im Bereich der wirtschaftlichen Kooperation eher skeptisch und verhalten waren. Dies gilt beispielsweise für den konflikträchtigen Bereich des Fischfanges und den grenzüberschreitenden Handel.

Der regionalen grenzüberschreitenden Kooperation im Rahmen der Barentsregion und der EU wurde im Bereich der technischen Infrastruktur (Ausbau der Grenzanlagen, Straßenbau, Gesundheitswesen) des Umwelt- und Naturschutzes (Problemkomplex Radioaktivität) sowie der Kultur (Bildung, Saami¹⁰⁵) durchaus ein wichtiges Potenzial und eine wichtige Funktion zur regionalen Entwicklung zuerkannt. Es wurde auf bisherige positive Erfahrungen verwiesen und diese bezögen sich nicht nur auf die heutige Zeit, sondern auf die gesamte bisherige Entwicklungsgeschichte des Gebietes. „Die Geschichte hat gezeigt, dass Murmansk immer mit Unterstützung aus dem Westen rechnen konnte“, so einer der befragten Ökonomen.

Es würde aktiv mit der EU und Norwegen zusammengearbeitet, beispielsweise im Rahmen von TACIS und dieses nicht nur in unmittelbarer Grenznähe. Die Grenzübergänge zwischen Finnland und dem Gebiet (Salla) und zwischen Norwegen und dem Gebiet seien ein gutes Beispiel, ebenso, wie der Straßenbau zwischen den Grenzübergängen und der Gebietshauptstadt. Beide Projekte wurden mit finanzieller Hilfe der EU und Norwegens modernisiert.

6.3.10 Die neue Form der Gouverneurswahl

Im Kontext der Frage nach der Bedeutung des föderalen Zentrums wurde nach der Einschätzung der Interviewten zum neuen Verfahren der indirekten Gouverneurswahl gefragt. Der Gouverneur als wichtiges Organ der Exekutive in den Gebieten¹⁰⁶ der RF

¹⁰⁵ Saami oder Saamen = indigenes Volk, dass grenzübergreifend in Nordschweden, Nordfinland und Nordwestrussland lebt.

¹⁰⁶ Gebiet (*oblast'*): Territorialeinheit in der RF. 49 der Föderationssubjekte sind Gebiete (*oblasti*). Die regionale Ebene der Fallbeispiele wird als Gebiet angesprochen.

wird im Zuge der Rezentralisierungskampagne seit 2004 nicht mehr direkt von der jeweiligen Gebietsbevölkerung gewählt, sondern wird auf Vorschlag des Präsidenten der Föderation von dem jeweiligen Gebietsparlament bestätigt bzw. abgelehnt. Hier herrschten in beiden Gebieten ambivalente Meinungen vor.

o Kaliningrad: Erste Erfahrungen mit dem neuen Wahlverfahren

Im Gebiet Kaliningrad kam das indirekte Wahlverfahren bei der Wahl Georgij Valentinovitsch Boos, dem ehemaligen Staatsdumavize und Unternehmer, bereits zur Anwendung. Daher stützen sich die meisten Aussagen auf die bisherigen Erfahrungen (Presse, persönliche Erfahrungen) mit dem neuen Gouverneur.

Die meisten Befragten im Gebiet Kaliningrad sahen mehr Vorteile für das Gebiet durch die indirekte Gouverneurswahl. Sie wiesen darauf hin, dass es für das Gebiet Kaliningrad als Exklave von entscheidender Bedeutung sei, dass jemand aus dem Kreis des föderalen Zentrums die Leitung der regionalen Exekutive innehat und über die notwendigen Beziehungen zum föderalen Machtzentrum verfügt. Sie kritisierten aber auch das persönliche Beziehungsgeflecht. Es sollte besser von einem institutionalisierten Beziehungsgeflecht (Machtverlagerung) abgelöst werden. „[...] [M]an hat [...] Boos geschickt, der wie man sagt, über einen Zugang zum föderalen Zentrum verfügt. Aber es wäre nötig, dass das institutionalisiert wird und generell zum Status des Gouverneurs gehören sollte, und nicht auf persönlichen Beziehungen basiert. Wenn er den Telefonhörer hebt, muss der Beamte ihm antworten, wie dem Präsidenten“ (K_A).

Die meisten Befragten waren sich der Einschränkung, die das indirekte Wahlverfahren für eine direkte Demokratie bedeute und der damit verbundenen Stärkung der föderalen Ebene sehr bewusst, sahen aber im Sonderfall Kaliningrad aus den o. g. Gründen und den bisherigen Erfahrungen mit den Gouverneuren eine positive Notwendigkeit in dieser Einschränkung.

o Murmansk: Vertrauen ist gut Kontrolle ist besser

Ähnliches gilt für das Gebiet Murmansk, obwohl man hier noch keine Erfahrungen mit der indirekten Wahl des Gouverneurs gemacht habe. So nahm man eher eine nationale Sicht der Dinge ein. Auch im Gebiet Murmansk wurde die Einführung der indirekten Wahl als Einschnitt in eine direkte Demokratie gesehen und die Notwendigkeit der guten und vor allem richtigen Kontakte zur föderalen Regierung als positiv für das Gebiet gesehen.

Angeführt wurde aber auch die bessere Kontrolle der regionalen Exekutive durch das neue Wahlverfahren, so könne ihrer Meinung nach einer „erkauften“ Gouverneurs- oder Republikpräsidentenwahl, wie sie vor allem in Sibirien und dem Fernen Osten oder dem südlichen Föderalen Bezirk vorkamen, besser vorgebeugt werden (M_A, M_W).

6.3.11 Auswirkungen der ehemaligen und bestehenden Geschlossenheit der Gebiete auf die regionale Entwicklung

o Das Gebiet Murmansk: Sicherheit statt Freiheit

Die ehemalige Geschlossenheit des Gebietes Murmansk und die heutigen ZATO sowie der Grenzstreifen zu Norwegen und Finnland als Außengrenze und die damit verbundenen Einschränkungen, wurden als Teil der Gebietsentwicklung gesehen und nicht hinterfragt. „Es gibt das Gesetz, es gibt die geschlossenen Städte und Grenzgebiete. Wir haben eine Außengrenze, warum sollten diese Einrichtungen und Anlagen zugänglich sein?“, so einer der Befragten im Gebiet. Eine Problematisierung von Seiten des Interviewers wurde nicht geteilt.

Die ZATO und die Restriktionen seien Teil des Alltags und würden als notwendig akzeptiert. Ganz im Gegenteil hatte ein befragter Verwaltungsbeamter im Gebiet beklagt, dass beispielsweise der Rayon Pečenga früher, als er geschlossen war, wesentlich weniger von Kriminalität betroffen und die öffentliche Sicherheit wesentlich höher gewesen wäre als heute. Der heutige Status, mit der Kontrolle des Passes bei der Ein- und Ausreise in das Gebiet für Bürger der Russländischen Föderation, und die gültigen Einreisebestimmungen für Ausländer wurden als notwendig und bereits als eine ausreichende Öffnung angesehen, schließlich wäre es früher fast überhaupt nicht möglich gewesen, als Ausländer in das Gebiet zu reisen. In die Bereiche, in die man heutzutage nicht ohne weiteres fahren könne, wie beispielsweise die Küste oder die ZATO, brauche man für eine gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit auch nicht zu fahren, so die Argumentation, und falls doch, gäbe es ja die Möglichkeit eine Genehmigung zu erhalten.

Ein wesentliches weiteres Argument war die nukleare Sicherheit. In den meisten Sperrzonen und ZATO des Gebiets Murmansk befände sich nukleares Material. Schon aus diesem Grund sei ein verschärftes Sicherheitsregime berechtigt und notwendig ja sogar erwünscht. Die Sperrzonen würden die Bewegungsfreiheit im Gebiet nicht beeinträchtigen.

o Das Gebiet Kaliningrad: Notwendigkeit und Hemmnis

Die Frage der negativen Auswirkungen der „Geschlossenheit“ wurde von einigen Kaliningrader Befragten ebenfalls, ähnlich wie im Gebiet Murmansk, nicht als wirkliche Einschränkung und Hemmnis empfunden und interpretiert. „Geschlossen“ war man nur aus westlicher Sicht, so einer der Befragten. Im Grunde sei man, durch den Hafen, die Hochseefischerei und die vielen Seeleute eher weltoffen und globaler orientiert, als andere zentralere Gebiete der ehemaligen Sowjetunion. Hier gibt es eindeutige Parallelen zu den Aussagen im Gebiet Murmansk. Trotzdem wurde im Gebiet Kaliningrad der Einfluss der Geschlossenheit wesentlich stärker thematisiert. Ohne Zweifel hatte die Geschlossenheit einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung. In erster Linie hätten sich die Sektoren entwickelt, die sich mit der Versorgung der Truppen beschäftigten. Diese seien der Lebensmittelsektor, der Textilsektor, der

Rüstungssektor sowie Reparaturbetriebe und Werften. Aber negativ wurde dieses nicht gesehen. Hierüber scheinen sich die Befragten in der Mehrzahl bisher keine Gedanken gemacht zu haben.

Nur ein kleinerer Teil der Kaliningrader Befragten aus dem Bereich der Wirtschaft und der Wissenschaft sahen durchaus negative Auswirkungen in der ehemaligen Geschlossenheit und der starken Militarisierung ihres Gebietes. Ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch der Kaliningrader Wirtschaft nach der Auflösung der Sowjetunion wurde in der starken Ausrichtung der Industriebetriebe auf die Rüstungsproduktion und auf die Versorgung und Instandhaltung der Armee und Flotte gesehen. Siebzig Prozent der Industrieunternehmen wären militärisch ausgerichtet gewesen, mit dem Resultat, dass als die sowjetische Planwirtschaft zusammenbrach die gesamte regionale Wirtschaft zusammengebrochen sei. Wobei das Ausmaß des Zusammenbruchs größer gewesen sei als im Durchschnitt der Russländischen Föderation. Der Rückgang der Produktion im Vergleich zum Jahr 1990 habe im Landesdurchschnitt bei vierzig Prozent, im Gebiet Kaliningrad dagegen, bei siebzig Prozent gelegen.

Ein weiterer negativer Aspekt, der nur im Kaliningrader Gebiet angesprochen wurde, ist der Konservatismus und die Trägheit des militärischen, staatlichen und administrativen Apparates, der auf dem Erbe der ehemaligen militärischen Dominanz im Gebiet beruhe. Diese würden die zivilwirtschaftliche Entwicklung im Gebiet behindern und hemmen, so zwei der Befragten. Das Verteidigungsministerium, das nicht einmal in der Lage sei, seinen Besitz, ihre Anlagen und Einrichtungen richtig und effektiv zu verwalten, gebe auch anderen nicht die Möglichkeit, darüber zu verfügen. Als Beispiel wurde die Hafenstadt Baltijsk angeführt. Erst jetzt und nur unter großen Schwierigkeiten seien die Anlegestellen, die faktisch von der Marine nicht genutzt würden, einer zivilen Nutzung übergeben worden, nachdem fast ein Jahrzehnt verstrichen sei. Es gebe viele solcher Beispiele, viel aufgegebene Ausrüstung, Anlagen und Militärsiedlungen, die man nutzen und privatisieren könne. Aufgrund der fehlenden Kooperationsbereitschaft des Verteidigungsministeriums werde dieses Potenzial bis heute nicht genutzt. Hier bestehen wesentliche Unterschiede zwischen den Gebieten. Im Gebiet Kaliningrad ist der Nutzungsdruck auf ehemalige und bestehende Militäranlagen wesentlich größer, da mit dem Hafen Baltijsk der wichtige Zugang zur Ostsee für die zivile öffentliche Nutzung nur begrenzt ermöglicht wird. Im Gebiet Murmansk fehlt dieser Nutzungsdruck zurzeit noch, dieses könnte sich aber beispielsweise im Bereich einiger Hafenanlagen und Küstengebiete ändern, sobald der zivilwirtschaftliche Nutzungsdruck (Tiefwasserhafen, Ausbeutung der Erdgasfelder in der Barentssee) zunimmt.

7. Spielball oder Spielmacher? –Raumrelevante Implikationen von Peripherisierungsprozessen am Beispiel der Gebiete Kaliningrad und Murmansk im Kontext der EU-Erweiterungen 1995 und 2004

Interpretation, Analyse, Bewertung

Das folgende und letzte Textkapitel widmet sich der Interpretation der vorangegangenen Ausführungen, insbesondere des sechsten Kapitels (→ Kaliningrad und Murmansk: Zwei Gebiete der Russländischen Föderation im Veränderungsprozess zwischen Integration, Kooperation und Adaption, S. 100ff) unter Bezug des zweiten Kapitels (→ Peripherie – ein Randphänomen, S. 19ff) und dem Versuch einer Beantwortung der Forschungsfrage am Beispiel der beiden Gebiete Kaliningrad und Murmansk im Kontext der bereits ausführlich beschriebenen Veränderungsprozesse im Bereich des europäischen Raumgefüges und der Transformationsprozesse innerhalb der Russländischen Föderation.

In einem ersten Schritt werden die zentralen Aussagen der Befragungen in Beziehung zur vorhandenen Literatur und den Expertengesprächen gesetzt und kommentiert. Anschließend wird auf die Determinanten und Faktoren von Prozessen der Peripherisierung am Beispiel der russländischen Grenzgebiete Kaliningrad und Murmansk eingegangen. Dabei wird der Versuch unternommen, aus der regionalen Perspektive heraus zu argumentieren.

Abschließend wird das Fazit der Arbeit gezogen, indem die Intensität und die Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen diskutiert werden und eine kurze Analyse der Verwendbarkeit des Zentrum-Peripherie Modells zur Erklärung räumlich funktionaler Wandlungsprozesse anhand der gewonnenen Erkenntnisse durchgeführt wird.

7.1 Mögliche Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen auf die regionale Entwicklung - Ergebnisse und Interpretation der Befragungen

Nachdem die subjektiven Aussagen der Befragten zusammenfassend wiedergegeben wurden, werden diese in den Gesamtkontext eingeordnet und anschließend in Bezug auf die Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen diskutiert und in die nachfolgende Darstellung der Faktoren von Peripherisierungen ab Seite 170ff einbezogen.

Die in den beiden Gebieten durchgeführten Einzelinterviews bilden eine wichtige Quelle für die durchgeführte Interpretation der Peripherisierungsprozesse auf regionaler Ebene. Mit Hilfe der Interviews sollen die im Einleitungskapitel (siehe S. 8f) aufgestellten Thesen überprüft und der Zusammenhang zwischen Zentrum-Peripherie Beziehungen und räumlich funktionalem Wandel auf regionaler Ebene beleuchtet werden.

7.1.1 Transformation und räumlich funktionaler Wandel

In Anlehnung an MYRDAL (1974) können die Prozesse nach 1990 und bis ca. 1999 in der Russländischen Föderation und ihren Subjekten durch die kumulativen Wirkungen eines Schrumpfungsprozesses (kumulative Verursachung) erklärt werden. MYRDAL eröffnet einen einfachen Zugang zum Verständnis der sich selbst verstärkenden Gegensätze zwischen Gebieten, der stark vereinfacht auf den Prozess in der Russländischen Föderation in den 1990er Jahren übertragen werden kann. Der Zusammenbruch des bis dahin geltenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems führte zu einem kumulativen Schrumpfungsprozess, der in Teilen bereits in den 1980er Jahren einsetzte (→ Von der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zur Russländischen Föderation, S. 81ff). Im Zuge dieses Schrumpfungsprozesses und insbesondere nach 2000, mit der zunehmenden Stabilisierung der Föderation, verstärkte sich im interregionalen Maßstab die räumliche Differenzierung in wachsende und stagnierende bzw. schrumpfende Gebiete. Die räumlichen Disparitäten innerhalb der Föderation nahmen deutlich zu. Zentripetale Entzugseffekte, u. a. durch den Verlust der Steuerungsfunktion durch die zentralen Machtstrukturen und den Zusammenbruch der zentralen Planwirtschaft sowie die abrupte Marktöffnung wirkten sich auf die bestehenden Zentrum-Peripherie Strukturen aus und führten zu einer Lockerung der ehemals starken Zentrum-Peripherie Beziehungen zwischen den Gebieten und der Zentralmacht. Eine staatliche Gegensteuerung fand nicht statt, da diese Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene für das gesamte Land galten. Temporär profitiert haben Gebiete, die aufgrund ihrer Faktorausstattung international wettbewerbsfähige Produkte erzeugten. Dabei handelt es sich in erster Linie um Produkte bzw. Zwischenprodukte mit geringer Fertigungstiefe oder Rohstoffe, die exportiert werden, wie es beispielsweise im Gebiet Murmansk im Bereich der Buntmetallförderung und -verhüttung der Fall ist (→ Militärische Dominanz und zivilwirtschaftliche Entwicklung, S.124f).

Ob diese stark auf Rohstoffausbeutung mit geringer Produktionstiefe ausgerichtete Entwicklung in einigen Gebieten langfristig tragfähig ist, bleibt abzuwarten. Aufgrund der heutigen und zukünftigen Verknappung existenzieller Rohstoffe und hier insbesondere fossiler Energieträger, scheint der wirtschaftliche Erfolg dieser Gebiete für die nächsten Jahrzehnte jedoch gesichert zu sein.

Zentrifugale Ausbreitungseffekte wurden anfangs, aufgrund fehlender interregionaler vertikaler Interaktion, behindert, so dass die Auswirkungen auf ökonomischer und gesellschaftlicher Ebene zumindest in den Subjekten der Föderation sich auf eine Lockerung der ehemaligen Zentrum-Peripherie Strukturen beschränkten.

Die Befragungen haben gezeigt, dass aus Sicht der Interviewten das Gebiet Kaliningrad zu den Subjekten der Föderation gehörte, die massiv von dieser Schrumpfungsphase betroffen waren.

Das Gebiet Murmansk dagegen war aufgrund seiner Ressourcen weniger stark von der ökonomischen Schrumpfung betroffen. Dafür hat eine starke Abwanderung aus

dem Gebiet stattgefunden, die sich in den Anfangsjahren aber eher stabilisierend als destabilisierend auswirkte. Das Gebiet Murmansk ist aber weiterhin in den rohstofforientierten Produktions- und Dienstleistungszusammenhängen verhaftet (vgl. Abbildung 12, S. 135), wohingegen sich im Gebiet Kaliningrad aufgrund des stärkeren Einschnittes, auf den im sechsten Kapitel ausführlich eingegangen wurde, ein stärkerer wirtschaftlicher Strukturwandel abzeichnet. Die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur im Kaliningrader Gebiet ist wesentlich weiter fortgeschritten, als im Gebiet Murmansk und in einigen Branchen (beispielsweise Einzelhandel, Import substituierende Produktion) haben regionale Kaliningrader Unternehmen den Sprung auf den gesamtrussischen Markt bereits vollzogen.

Im Gebiet Murmansk besteht ebenfalls ein zunehmendes Potenzial in einer Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur insbesondere zu Gunsten des Handels- und Dienstleistungssektors. Zum Einen erhöht sich mit dem zunehmenden Wohlstand einiger Bevölkerungsschichten im Gebiet die Kaufkraft und der Konsum, zum Anderen bieten die einzigen großen Agglomerationen im europäischen Norden durchaus Potenzial im Bereich des Konsums, der Dienstleistung aber auch der Kultur für die finnischen und norwegischen Nachbargebiete.

„Im Sinne einer qualifizierenden regionalen Entwicklung wäre es an der Zeit (in Grenzregionen) nicht vorrangig auf Betriebsansiedlungen von außen oder auf ein Angebot 'billiger' Arbeitskräfte zu setzen, sondern die Vernetzung der regionalen Produzenten zu fördern und ihre industrielle Kompetenz im Sinne von erweiterten Fertigungs- und Design-Fähigkeiten zu verbessern.“ (KRÄTKE 1998, S. 128). Dies gilt in besonderem Maße für das Gebiet Kaliningrad und wurde auch von einigen Interviewpartnern aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft angemerkt.



Foto 16: Südlicher Teil eines neuen Einkaufszentrum im Stadtzentrum Kaliningrads an der „ul. General-Lejtenanta Ozerova“nördlich des „Platzes des Sieges“ (Plošad' pobedy) und unweit des Nordbahnhofes. Das Gebietszentrum Kaliningrad verfügt trotz scheinbar geringer Kaufkraft (siehe Abb. 15, S. 159) über eine Vielzahl hochmoderner Einkaufszentren im Stadtzentrum.

Die Interviewten vermuteten, dass aus Konkurrenzgründen bei der EU und vor allem der direkten Nachbarn Polen und Litauen kein objektives Interesse an einem „Capacitybuilding“ im Gebiet Kaliningrad und einem wirtschaftlich starken Gebietes Kaliningrad bestünde. Die Skepsis bei den Kaliningrader Befragten gegenüber den direkten Nachbarn und der Europäischen Union ist groß.

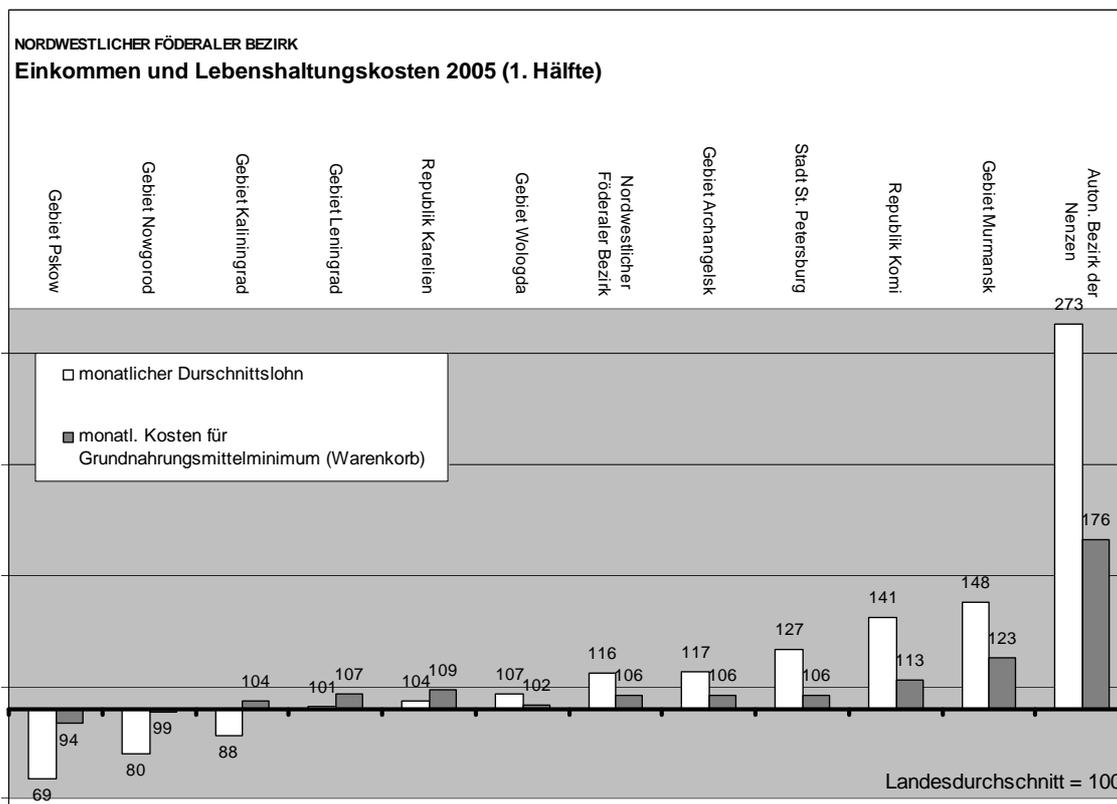


Abbildung 15: Da es sich hier um offizielle Zahlen handelt, sind die Einkommen aus der Schattenwirtschaft (Grenzhandel) nicht berücksichtigt, die vor allem in den dicht besiedelten Gebieten und Grenzregionen einen nicht unerheblichen Anteil an dem zur Verfügung stehenden Einkommen ausmachen können. Trotzdem wird deutlich, dass zwar die monatlichen Kosten in den abgelegenen dünn besiedelten Gebieten wesentlich höher als im Landesdurchschnitt sind, aufgrund des Ressourcenreichtums, das Lohnniveau aber ebenfalls weit über dem Durchschnitt liegt. Wohingegen in den Gebieten Pskow, Nowgorod und Kaliningrad vor allem die Löhne unter dem Landesdurchschnitt liegen.

Quelle: Rossijskaja gazeta vom 7. September 2005 (www.rg.ru), S. 10)

Die persönliche Einschätzung über die sozioökonomische Situation in den beiden Beispielgebieten soll anhand der Abbildung 15 auf der nächsten Seite in den überregionalen und nationalen Kontext gesetzt werden. In der Darstellung werden das durchschnittliche „offizielle“ Einkommen und die Lebenshaltungskosten für Grundnahrungsmittel interregional für den Nordwestlichen Föderalen Bezirk verglichen. Der russländische Landesdurchschnitt bildet die X-Achse (Index). Die Abbildung zeigt, dass vor allem in den rohstoffreichen Subjekten die durchschnittlichen Einkommen besonders hoch sind, gleichzeitig die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln wesentlich teurer als in den zentraleren Subjekten ist. Der Vergleich zwischen dem Gebiet Kaliningrad, in-

dem der offizielle Durchschnittslohn unter dem Landesdurchschnitt liegt und die Preise für Grundnahrungsmittel über dem Landesdurchschnitt liegen, mit den anderen weit entfernten und dünnbesiedelten Subjekten des Nordwestlichen Föderalen Bezirkes zeigt, dass das Gebiet benachteiligt ist. Dies mag einerseits an der Enklavenlage andererseits an dem relativen Wohlstand einiger Bevölkerungsschichten durch den „Grenzhandel“ oder die Schattenwirtschaft liegen, die in der Abbildung nicht erfasst und berücksichtigt werden. Deutlich wird, dies bestätigt die Abbildung, dass ein Zusammenhang zwischen der besonderen geopolitischen Lage des Gebietes und der sozio-ökonomischen Situation im Gebiet besteht.

7.1.1.1 *Aufschwung und Wohlstand*

Problematisiert wurde von den Befragten die zunehmende Kluft zwischen den Partizipanten des „Aufschwungs“ und den Verlierern der Entwicklung. So herrscht ganz nach dem Vorbild der Föderalregierung in Moskau ein Pragmatismus (vgl. EIMERMEIER, S. 64, BUHBE, S. 2) mit einem minimalen Gemeinschaftsgefühl und gesellschaftlicher Verantwortung vor, der sich auf allen Ebenen erkennen lässt. Der wirtschaftliche Aufschwung im Gebiet Murmansk, der in erster Linie auf den günstigen Weltmarktpreisen für Rohstoffe basiert und zunehmend auch der wirtschaftliche Aufschwung in Kaliningrad, der anfänglich der Importsubstituierung durch die Rubelkrise 1998 geschuldet war (BRADE, et. al. 2004, S. 67), wird genutzt, um punktuell und kurzfristig Probleme der Gegenwart zu lösen.

Dies wird auch in der Bevölkerung sichtbar. Nach Jahren der Stagnation und des Rückschritts geht es vielen Bewohnern um die Steigerung ihres Lebensstandards und den Konsum. Das westliche Auto, die Sorge um bessere Bildungs- und Berufschancen für die Kinder, aber auch ein erhöhtes Gesundheitsbewusstsein, „Eвроremont“ der Wohnungen, d. h. nach westlichem Standard und Geschmack ausgestattete Wohnungen, zeugen vom zunehmenden Wohlstand einiger Bevölkerungsschichten. Dazu gehören neben „Grenzgängern“, d. h. Kleinhändlern, vor allem gut ausgebildete Fachkräfte, wie Dolmetscher, Ingenieure, und Unternehmer. Hinzu kommen die Arbeiter und Angestellten in den großen Unternehmen der Rohstoffindustrie beispielsweise im Gebiet Murmansk im Bereich der Buntmetallverhüttung, die über ein überdurchschnittliches und vor allem stabiles Einkommen verfügen (siehe Abbildung 15, Seite 159). Selbst in den Nachbarländern und im weiteren europäischen Ausland spiegelt sich die zunehmende Kaufkraft der östlichen Nachbarn wider. Beispielsweise werben im norwegischen Grenzgebiet Multistores oder Geschäfte der Unterhaltungselektronik in Russisch für ihre Produkte. Hier wurde die zunehmende Kaufkraft der russländischen Nachbarn als wachsendes Potenzial erkannt. Verlierer dieser Entwicklung sind, wie überall in der Föderation, die Gestrandeten der Transformation.



Foto 17: Im Jahr 2005 wurde dieser norwegische Hypermarkt unweit der russländisch-norwegischen Grenze am Ortsrand von Kirkenes eröffnet. Dieser ist auf die russländische Kundschaft zugeschnitten und komplett zweisprachig ausgestattet.

7.1.2 Bedeutungs- und Imagewandel des Militärs auf regionaler Ebene

“New types of relationships between the local military commanders and politicians emerged in post-communist Russia. Some of them are based on dependency; others look like alliances.”
SERGOUNIN 2003, S. 112

In der Sowjetunion war das Image des Militärs, der Roten Armee und der für das Militär arbeitenden Einwohner, positiv. Obwohl die Truppen und Garnisonen stark gegenüber ihrem direkten Umfeld abgeschottet waren, war die Verzahnung zwischen dem Militär der Gesellschaft und der Ökonomie viel stärker als in vielen westlichen Ländern. Die starke militärische Präsenz wurde nicht als Hemmnis, sondern als Notwendigkeit angesehen. Aufgrund der Inszenierungen durch das Militär (Jubiläen und Jahrestage) die eigene Wahrnehmung insbesondere der älteren Bevölkerung war und ist die Rote Armee die siegreiche Verteidigerin der Sowjetunion im Kampf gegen den existenzbedrohenden Faschismus im Zweiten Weltkrieg. Hinzu kam, dass das Militär als wichtiger Arbeitgeber in den Regionen wahrgenommen wurde. Neben den Streitkräften spielte der militärisch industrielle Komplex als Arbeitgeber auf regionaler Ebene eine wichtige Rolle. Als Beispiel seien die Werften in den beiden Untersuchungsgebieten genannt. Sowohl in Kaliningrad als auch in Murmansk wurden die Erfolge des Zweiten Weltkriegs und der Roten Armee, die Kaliningrad erobert und Murmansk als Schlüsselstadt verlustreich gehalten hat, immer wieder thematisiert und der Bevölkerung ins Gedächtnis gerufen. Man denke nur an die zahlreichen Denkmäler, Orts- und Straßennamen in beiden Gebieten. Dieses positive oder zumindest neutrale Bild der Roten Armee änderte sich in den Gebieten schon Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts mit der Politik der *glasnost*. Jetzt wurden zunehmend die negativen Auswirkungen der hohen Militarisierung thematisiert und offenkundig. Der immense Ressourcenverbrauch des Militärs, das enorme Gefahrenpotenzial durch nukleare Antriebe und Waffen sowie das Afghanistanstandemma¹⁰⁷ führten in der Bevölkerung zu einem deutlichen Imageverlust des Militärs. Potenziert wurde der negative Stimmungsumschwung durch die ungewohnte plötzliche Offenheit von Presse und Partei (Wahrheitsschock), war man doch die Thematisierung und vor allem die öffentliche Diskussion von Problemen solchen Ausmaßes nicht gewohnt. Dieses galt nicht nur für den Bereich des Militärs, sondern für alle Bereiche des Lebens in der Sowjetunion und führte dazu, dass vor allem Gorbatschow selbst von seinen Landsleuten für die Misere des Landes verantwortlich gemacht wurde.

¹⁰⁷ Intervention und Einmarsch der UdSSR in Afghanistan 1979 zur Unterstützung des kommunistischen Regimes und Rückzug der Roten Armee 1989 aus Afghanistan nach zehnjähriger Besatzung und Zermürbungskrieg.

7.1.2.1 *Demilitarisierung und Versorgungskrise*

Seit dem Ende der 1980er Jahre wurde der militärische Sektor, inklusive des militärisch-industriellen Komplexes drastisch verringert. Dies ergab sich einerseits aus den Abrüstungsverträgen und der sich verändernden Drohkulisse, andererseits waren die exorbitanten Ausgaben für die Streitkräfte und den militärisch-industriellen Komplex nicht zu finanzieren. Aufgrund der jahrzehntelangen massiven Unterstützung des militärischen Sektors zu Lasten der zivilen Produktion war die Ökonomie der Föderation in den 1990er Jahren bei fehlender Finanzkraft vor die enorme Herausforderung der Konversion einer stark asymmetrischen Volkswirtschaft gestellt. Die Auswirkungen der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit und der Starrheit der Produktion mit ihrer militärisch-industriellen Ausrichtung sowie die Unfähigkeit die vorher unbekanntes logistische Probleme zu lösen, machten sich insbesondere in den Gebieten mit starker militärischer Ausrichtung, wie Kaliningrad und Murmansk bemerkbar.

Aufgrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion und mit der damit verbundenen Krise waren die Bezahlung, die Versorgung und die Steuerungsfunktion des Militärs und des militärisch-industriellen Komplexes durch das Zentrum nicht mehr gegeben. So kam der regionalen und lokalen Ebene eine besondere Bedeutung für die jeweils in den Gebieten stationierten Truppen und Betriebe zu, die sie früher nie besessen hatte (SERGOUNIN 2003, S. 112). Das jeweilige Gebiet übernahm eine Pufferfunktion in erster Linie in Bezug auf die Versorgung der Truppen mit Gütern des täglichen Bedarfes. Fehlende Leistungen durch das Zentrum galt es zu kompensieren (BAEV 2003, S. 120). Der spürbare Bedeutungsverlust des Militärs, der sich direkt „bis auf den leeren Teller der Soldaten“ auswirkte, führte zu einem drastischen Rückgang der Disziplin und der Moral innerhalb der Truppe. Die Kriminalität und das „Organisieren“ nahmen deutlich zu und dieses hatte negative Auswirkungen auf die Regionen, in denen die Truppen stationiert waren, das Ansehen des Militärs ging weiter zurück und die stationierten Truppen wurden zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Die regionalen Behörden reagierten und es wurde versucht, die Versorgungssituation der Truppen, trotz eigener finanzieller Probleme, zu verbessern. Die Versorgungsprobleme wurden pragmatisch und oftmals unbürokratisch gelöst.

Offiziell sind die regionalen Gebietskörperschaften nicht für die Versorgung der Streitkräfte zuständig. Aufgrund von fehlender Unterstützung durch das föderale Zentrum wurden auf lokaler Ebene aber Zugeständnisse an das Militär gemacht. So wurde die soziale Infrastruktur sowie die Ver- und Entsorgung zumeist kostenlos den jeweiligen Einheiten zur Verfügung gestellt. Dieser Mehraufwand für hoch militarisierte Gebiete wird häufig beim interregionalen Vergleich vernachlässigt.

Diese zwangsläufig notwendig gewordene Unterstützung hat die Interaktion zwischen Militär und Region nachhaltig verändert. Aufgrund der fehlenden zentralstaatlichen Unterstützung in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts haben viele Stützpunkte und Garnisonen heute Verträge mit regionalen Unternehmen und Lieferanten im Bereich der Ver- und Entsorgung und sind enger mit dem Gebiet verbunden

(JØRGENSEN 2001, S. 198, eigene Erhebungen). Bis Anfang der 2000er Jahre war die finanzielle Zuständigkeit für die stationierten Streitkräfte und militärischen Einrichtungen sowie der militärisch-industriellen Komplexe, hier für die beiden Fallbeispiele vor allem die Werften und ebenfalls die Häfen, ein wesentlicher Punkt der Verhandlungen zwischen Zentrum und Peripherie. Die Komplexität dieser spezifischen Situation und die sich verändernde Position der Peripherie gegenüber dem Zentrum als Beispiel sich verändernder Zentrum-Peripherie Strukturen jenseits klassischer Merkmale, soll am Beispiel der Verhandlungen zwischen dem föderalen Zentrum und dem Gebiet Murmansk im folgenden Unterkapitel verdeutlicht werden. Einerseits bestand für einige Bereiche bzw. Standorte ein großes Interesse der Gebietsadministration den Status eines ZATOs zu erhalten, da dann die Zuständigkeiten und die Finanzierung bei der föderalen Ebene lagen, andererseits bestand ein Interesse, mehr Einfluss auf einige Produktionsstandorte, wie die Häfen und Werften zu bekommen, um sie besser in die zivile regionale Ökonomie einbetten zu können.

7.1.2.2 *Regionale Strategien der Stabilisierung von militärischen Einheiten während der Krisenjahre am Beispiel Murmansk*

Dem Murmansker Gouverneur Evdokimov, der seit 1997 im Amt ist, gelang kurz nach seinem Amtsantritt ein besonderer Coup, der zum einen die Schwäche der Zentralmacht dokumentiert und zum anderen die Handlungsspielräume der Gouverneure in den 1990er Jahren deutlich macht. Evdokimov, der seit 1974 als Ingenieur im Gebiet lebte und arbeitete und, was für seine politische Karriere entscheidender ist, als Deputierter im Gebietssovjet saß und später zwischen 1994-96 in leitender Position in der Wirtschaft tätig war, gelang es im Rahmen einer groß angelegten Kampagne Sponsoren aus der regionalen Wirtschaft und Gesellschaft für die unterversorgten Militäreinheiten im Gebiet zu gewinnen¹⁰⁸. Das Sponsoring war unter anderem so erfolgreich, weil viele ehemalige Offiziere (Berufssoldaten) in die „freie Wirtschaft“ gewechselt waren und daher ein besonderes Verhältnis zu ihren alten Einheiten pflegten. Evdokimov machte aus der Not der Armee ein Instrument für seine relativ erfolgreiche Regionalentwicklung, dass sein Ansehen im föderalen Zentrum stärkte. In den 1990er Jahren bedienten sich einige Präsidenten und Gouverneure des Militärs, genauer gesagt der in ihrem Gebiet stationierten Einheiten, die auf ihre Unterstützung angewiesen waren, um ihre eigene Macht zu stärken und sich gegenüber dem föderalen Zentrum zu positionieren. Regionales Militär und regionale Politik gingen Hand in Hand, um ihre Interessen gegenüber dem schwachen Zentrum durchzusetzen. Dies galt weniger für Nordwestrussland, das als politisch stabil galt, als vielmehr für asiatische Gebiete, wie beispielsweise in Sibirien, wo das Militär für regionalpolitische Interessen eingespannt wurde. Evdokimov benutzte das Militär nur indirekt und schaffte es durch seine Adoptionskampagne die Situation des Militärs, das im Gebiet über Atomwaffen und moderns-

¹⁰⁸ Quelle: <http://gov.murman.ru>, Zugriff: 21.04.2006

te Militär- und Waffentechnik verfügte zu stabilisieren. Dies brachte ihm sehr viel Sympathie bei den örtlichen Militärs ein, wobei das Militär sich in seine hoheitlichen Aufgaben nicht hineinreden ließ und bezüglich militärischer Angelegenheiten das letzte Wort hat und gegebenenfalls intervenierte.

Im Gebiet Murmansk ging diese Initiative Mitte der 1990er Jahre soweit, dass man ein Sponsoring ähnlich einer Patenschaft für bestimmte Einheiten oder Schiffe übernehmen konnte. Diese Idee wurde dann Mitte der 1990er Jahre auf die U-Boote der Nordflotte ausgeweitet, wobei hier nur Regionen und Städte und die Russisch orthodoxe Kirche als Pate und Sponsor tätig werden konnten. Die U-Boote wurden dann dementsprechend umbenannt (siehe die „Kursk“ oder die „Heilige Daniel von Moskau“). Dieses Beispiel zeigt, welchen Einfluss und Handlungsspielraum die regionale Ebene gegenüber dem schwachen Zentrum während der 1990er Jahre hatte.

Mit der Währungskrise 1998 änderte sich die Situation erneut. Viele Regionen waren extrem hart von der Krise betroffen und konnten die örtlichen Einheiten nicht mehr unterstützen. Die regionalen Militärs orientierten sich zunehmend wieder Richtung föderativem Zentrum, dieses galt auch für die strategischen Kräfte im Gebiet Murmansk. Spätestens mit der Präsidentschaft Putins ist das Militär wieder zu einer staatlichen und größtenteils homogenen Institution geworden. Der Einfluss regionaler Eliten auf das Militär ist wieder stark zurückgegangen.

7.1.3 Die demographische Situation im Gebiet Murmansk

Das demographische Problem, dass nur im Gebiet Murmansk angesprochen wurde, ist tatsächlich von großer Bedeutung, wobei es ambivalent zu sehen ist. Die Depopulation einiger Bergbausiedlungen und monostrukturierten Industriesiedlungen, die eine unrentable Wirtschaftsstruktur aufweisen, kann analog zu den temporären Siedlungen in anderen rohstoffreichen Regionen der Welt gesehen werden. Sobald der „Rausch“ vorbei ist, „sterben“ einige der hoffnungsvoll gegründeten Siedlungen, da ihnen ihre wirtschaftliche Grundlage entzogen wurde, oder die Kosten für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur gegenüber dem Nutzen der Siedlung zu hoch erscheinen.

Im Gebiet Murmansk, das zum „Hohen Norden“ der Russländischen Föderation zählt, werden aus dem föderalen Haushalt Mittel bereitgestellt, um steuernd in die Abwanderung eingreifen zu können (M_A). Andererseits macht sich der beginnende „neue Rausch“ im Bereich der geplanten Offshore Aktivitäten in der Barentssee bereits bemerkbar und in einigen Teilen des Gebietes ist bereits wieder von Zuwanderung die Rede. Diese Phänomene sind charakteristisch für bergbaugeprägte Regionen am Rande der Ökumene. Sie stellen die Verwaltung und die Infrastruktur in den jeweiligen Gebieten vor große Herausforderungen.

Wie sich die demographische Situation im Gebiet Murmansk entwickeln wird, ist offen und sehr stark abhängig von den Projekten im Bereich der Rohstoffförderung und Ver-

arbeitung und damit sehr abhängig von den großen Bergbau- und Energiekonzernen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Anteil der älteren Bevölkerung zukünftig abnehmen wird, da aufgrund der anzunehmenden höheren Bezahlung der Arbeiter die temporäre Bevölkerung zunehmen wird und die Familien ihren Erstwohnsitz in klimatisch günstigeren Gebieten haben werden. Die Abwanderung wird weiter anhalten und ist aus ökologischer Sicht begrüßenswert, da der Nutzungsdruck auf das fragile Ökosystem durch die punktuell sehr hohe Bevölkerung enorm ist und die Versorgung der Bevölkerung mit erheblichem Aufwand verbunden ist (→ Militärische Dominanz und zivilwirtschaftliche Entwicklung, S. 124f).

7.1.4 Kooperation und Integration auf regionaler Ebene

Die Untersuchungen, d. h. die Befragungen und das Literaturstudium, im Gebiet Kaliningrad haben gezeigt, dass es wichtig ist, zwischen den Begriffen „*Region der Kooperation*“ und „*Pilotregion*“ zu differenzieren. Beide Begriffe finden oftmals in einem Atemzug und in gleichem Kontext Verwendung, sind in ihrer Bedeutung, Ausrichtung und Qualität aber zu unterscheiden. Hier liegt in einigen Bereichen ein Kommunikationsproblem vor, das zu missverständlichen Interpretationen der beteiligten Akteure führen kann. Beinhalten die Begriffe doch eine entsprechend abgestufte Intensität der räumlichen Bindungen.

So bedarf beispielsweise der Kooperationsraum keiner gemeinsamen Werte, um zu funktionieren. Hier stehen gemeinsame Interessen, die auch nur sektoral sein können, wie beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes oder in bestimmten ökonomischen Bereichen, im Vordergrund. Die Ziele der Kooperation können klar definiert und abgegrenzt werden. Der Einfluss auf den politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmen des jeweiligen Partners (EU oder Russländische Föderation) ist gering. Der Status quo wird akzeptiert und dient als Grundlage der Kooperation.

Der Begriff „*Pilotregion*“ beinhaltet wesentlich mehr. Hier geht es um mehr als reine Kooperation. Er umfasst die Erarbeitung neuer Konzepte der Zusammenarbeit und der Interaktion. Er ist visionär und ergebnisoffen ausgerichtet. Das Hauptanliegen der „*Pilotregion*“ ist nicht in erster Linie die ökonomische Stabilisierung eines Gebietes, obwohl dieses ein wesentliches Ergebnis sein könnte, sondern die Etablierung neuer Formen der Beziehungen zwischen den Partnern, in diesem Fall der Europäischen Union und der Russländischen Föderation. In Bezug auf das Gebiet Kaliningrad ist immer wieder von einer Pilotregion die Rede. Dabei sind die Ziele dieser „*Pilotregion*“ nicht klar definiert.

Anhand eines gemeinsamen Projektes „*Kaliningrad*“ mit gemeinsamer Planung, Finanzierung und Umsetzung würden die Beziehungen auf eine innovative Weise verändert werden können. Dies würde jedoch die Bereitschaft beider Seiten voraussetzen, transparent und gleichberechtigt miteinander zu arbeiten. Hier liegt die besondere Schwierigkeit, wie die Untersuchungen gezeigt haben, denn Vorurteile, Stereotypen, Ängste, Macht und Einfluss sowie das politische Tagesgeschehen verhindern heute auf beiden

Seiten die Umsetzung. Für die zukünftige Entwicklung des europäischen Raumes ist die Formulierung der Vision von der „*Pilotregion*“ ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Umsetzung ist in einer langfristigen Perspektive zu sehen. Eine „*Region der Kooperation*“ kann eine Vorstufe auf dem Weg zu einer *Pilotregion* sein. In den nächsten Jahren wird die „*Region der Kooperation*“ möglicherweise im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen einen Beitrag zu einer zukünftigen „*Pilotregion*“ leisten. Von einer „*Pilotregion*“ sind das Gebiet Kaliningrad vor allem aber die entscheidenden Akteurszentren die Europäische Union und die Russländische Föderation noch weit entfernt.

7.1.4.1 *Kooperations- und Integrationsformen und Transitproblematik im Gebiet Kaliningrad*

In Folge des politischen Umbruchs durch den Zerfall der Sowjetunion entstanden im Bereich der Ostseeregion und der Barentsregion, die z. T. selbst Ergebnisse dieses Umbruchs sind, Anfang der 1990er Jahre eine Fülle von Kooperationsmöglichkeiten, politischen Initiativen und grenzübergreifenden Einrichtungen, um die Kooperation auf unterschiedlichen Ebenen zu fördern und zu intensivieren. Neben den neuen Staaten im Ostseeraum (Estland, Lettland, Litauen), wurden auch die russländischen Grenzregionen intensiv in die unterschiedlichen Kooperationsformen eingebunden (→ Von der transnationalen Kooperation zur interregionalen Zusammenarbeit im nordöstlichen Europa, S. 69ff). Diese mehrdimensionale Einbindung auf unterschiedlichen Ebenen wurde von den Gebieten unterschiedlich genutzt und ausgefüllt. Wie die Befragungen gezeigt haben, gibt es im Gebiet Kaliningrad eine gewisse Ernüchterung und Enttäuschung in Bezug auf den Nutzen der Integration und Kooperation. Dies mag unter anderem auch an einer gewissen Form der „*Überintegration*“ liegen und natürlich an dem unzureichend gelösten Transitproblem.

Ob eine „*Überintegration*“, wie sie sich in Form der Euroregionen für den strukturschwachen Osten des Gebietes Kaliningrad abzeichnet (siehe Karte 10 auf Seite 168), hilfreich für die Schaffung einer vertrauensvollen Basis als Grundlage der angestrebten zukünftigen intensiveren Kooperation zwischen RF und EU ist, ist im Kontext der Aussagen der Kaliningrader Befragten fraglich. Ein entscheidender Faktor, der scheinbar oftmals, auch bei den Kaliningrader Befragten nicht ausreichend bewusst zu sein scheint, ist die Tatsache, dass Partnerschaft keine Einbahnstraße ist.

Die Beziehungen zwischen der föderalen Ebene der Russländischen Föderation, dem Gebiet Kaliningrad und der Europäischen Union sollten nicht allein auf die Lösung des Transitproblems fokussiert sein, obwohl dieses einen wesentlichen Schlüssel zum Erfolg beinhaltet. Die Befragungen haben gezeigt, wie dominierend das Transitproblem und die daraus resultierende Abhängigkeit des Gebietes sind. Es könnte die Gefahr bestehen, dass der gesamte Kooperationsprozess darüber weiter ins Stocken, ja sogar ins Stolpern gerät und das Gebiet Kaliningrad auch zu einer „*Pilotregion*“ der nicht

funktionierenden Beziehungen zwischen der Föderation und der Europäischen Union werden kann.

„Es gibt eine ziemlich ernsthafte Enttäuschung [in der Bevölkerung des Gebietes], die verbunden ist mit der Erfahrung der Zusammenarbeit mit der europäischen Bürokratie an den Grenzen. Deshalb gibt es schon keine ernsthaften Gründe für Separatismus mehr. Die Menschen bevorzugen es heute ihre Zukunft innerhalb der Russländischen Föderation zu sehen.“ (K_A)



Karte 10: Das Modell der Euroregionen wird auch im Bereich der grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen russländischen sowie weissrussländischen Grenzregionen und deren Nachbarregionen in der EU angewandt. Das Gebiet Kaliningrad ist in Teilbereichen gleich in vier Euroregionen vertreten. Quelle: RADVILAVICIUS, S. (2004, Hrsg.), eigene Zusammenstellung basierend auf EU-Quellen¹⁰⁹

7.1.5 Macht und Ohnmacht

In der theoretischen Diskussion im zweiten Hauptkapitel (→ Peripherie ein Randphänomen, S. 19ff) wurde der Einfluss von Macht und Kompetenz sowie Information als wichtige Faktoren von Zentrum-Peripherie Beziehungen diskutiert. Im Folgenden soll auf einige Punkte von Macht und Ohnmacht aus Sicht der Befragten eingegangen werden.

In beiden Gebieten wurde mehr oder weniger offen und auf unterschiedlichen Ebenen das Problem der Machtverteilung angesprochen. So regte einer der Kaliningrader Be-

¹⁰⁹ http://www.coe.int/t/e/legal_affairs/local_and_regional_democracy/areas_of_work/transfrontier_cooperation/euroregions/List_of_Euroregions.asp#TopOfPage. Zugriff: 12.01.2007

fragten an, dass die Vorteile des direkten Machtzugangs zur zentralen föderalen Ebene, wie sie der neue Gouverneur hat, vorteilhaft für die regionale Entwicklung zu nutzen seien. Dieser direkte Machtzugang sollte aber nicht auf persönlichen Beziehungen beruhen, sondern institutionalisiert werden.

Im Gebiet Murmansk wurde der zunehmende Einfluss der Großunternehmen auf die kommunale Selbstverwaltung kritisiert. Auch hier wurde indirekt auf fehlende Mechanismen und Kompetenzen der jeweiligen lokalen und regionalen Exekutive gegenüber machtvollen Akteuren hingewiesen. Gleiches gilt im Gebiet Kaliningrad, wenn die Problematik der Konversion militärischer Flächen angesprochen wurde. Auch hier sind es machtvolle Akteure des Zentrums, die eine regionale Entwicklung maßgeblich beeinflussen, indem sie wichtige Projekte, beispielsweise im Bereich der Hafenvirtschaft und des Tourismus verlangsamen, obwohl sie die benötigten Flächen (Hafenanlagen) nicht oder nur in Teilen nutzen.

Dabei wird das Verhältnis zwischen Gebiet und föderalem Machtzentrum als ambivalent gesehen. Einerseits wurde die fehlende Teilhabe und Einflussmöglichkeit der Gebiete im Bereich wichtiger Entscheidungen für die regionale Ebene kritisiert. Andererseits wurde die Übernahme der Verantwortung und der Entscheidungskompetenz durch das föderale Zentrum als entlastend und positiv dargestellt, um stabilisierend auf die regionale Ebene einzuwirken.

An diesem exemplarischen Punkt wird deutlich, dass sich die Akteure in der Peripherie ihrer Abhängigkeit bewusst sind und diese Abhängigkeiten argumentativ für ihre Interessen einsetzen können.

Die angeführten Punkte im Bereich der Bedeutung des Militärs, oder der sozio-ökonomischen Situation und der Kooperationsmöglichkeiten haben deutlich gemacht, was Peripherisierung jenseits der klassischen Ausprägungsmerkmale von Peripherien beinhalten kann und dass es sich bei Zentrum-Peripherie Systemen nicht um statische feste Strukturen handeln muss, sondern diese Strukturen immer wieder je nach Situation neu ausgehandelt werden müssen und einer ständigen Veränderung innerhalb des Zentrum-Peripherie Systems unterliegen können. Im Folgenden sollen die Determinanten von Peripherisierungsprozessen diskutiert werden.

7.2 Determinanten von Peripherisierungsprozessen in den beiden Untersuchungsgebieten

Die empirischen Untersuchungen am Beispiel Kaliningrads und Murmansk haben gezeigt, dass peripherisierte Gebiete unterschiedlich mit ihrer Peripherisierung umgehen und Strategien gegenüber dem Zentrum entwickelt werden, die positiv die regionale Entwicklung beeinflussen sollen. Wobei es nicht das Ziel zu sein scheint, das bestehende Zentrum-Peripherie Verhältnis zu durchbrechen, sondern innerhalb des bestehenden Zentrum-Peripherie Systems zu agieren. Dabei kann festgestellt werden, dass zwischen Peripherien mit gleichem Zentrum Differenzierungsprozesse im Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie stattfinden. HEIN (1998) beschreibt dieses Phänomen der Differenzierung in Bezug auf ungleiche und ungleichzeitige Entwicklung für die globale Maßstabsebene, d. h. „*im weltgesellschaftlichen Zusammenhang*“ (HEIN 1998, S. 238ff) im Kontext der entwicklungstheoretischen Diskussion. Diese Differenzierungsprozesse haben ihre Ursache in der unterschiedlichen regionalen Faktorausstattung, d. h. den internen Voraussetzungen als auch in den unterschiedlichen Beziehungen der Peripherien untereinander und vor allem in Bezug auf das Zentrum. Dabei sind diese Differenzierungsprozesse mehrdimensional.

Im folgenden Kapitel wird auf die erkannten Determinanten der Peripherisierung, die OKSA 1995 als Schlüsseldimensionen bezeichnet hat, eingegangen. Es werden ökonomische, strategische, administrative, politische und historisch genetische Faktoren sowie der Querschnittsfaktor Grenzraum erläutert¹¹⁰.

Diese Faktoren beeinflussen den Differenzierungsprozess, sind aber untereinander nicht klar abgrenzbar und in ihren Übergängen fließend und bedingen sich in vielen Bereichen gegenseitig. Das Geflecht der Einflussfaktoren ist kompliziert.

Im Vorfeld soll kurz die Besonderheit des räumlich funktionalen Wandels und die damit einhergehenden Zentralisierungs- bzw. Peripherisierungsprozesse in Bezug auf die Beispielgebiete beleuchtet werden.

7.2.1 Räumlich funktionaler Bedeutungswandel als Teil von Peripherisierungsprozessen

In beiden Gebieten, sowohl im Gebiet Murmansk, als auch im Gebiet Kaliningrad findet ein tiefgreifender Bedeutungswandel statt, der von der Transformation und dem sich fundamental veränderten europäischen Raumgefüge ausgelöst wurde (→ Der Systembruch als Auslöser des räumlich funktionalen Wandels, S. 13).

Für die Sowjetunion waren beide Gebiete nach dem Zweiten Weltkrieg und bis zum Zusammenbruch des bipolaren Ordnungssystems in Europa von entscheidender strategischer Bedeutung. Nach dem Systembruch wandelten sich diese Gebiete innerhalb nur eines Jahrzehnts von hoch militarisierten, abgeschotteten Grenzfestungen zu Re-

¹¹⁰ Daneben gibt es noch weitere mögliche Faktoren, wie beispielsweise kulturelle und gesellschaftliche Faktoren, die hier aber nicht weiter berücksichtigt werden konnten. Auf die jeweilige regionspezifische Mentalität wird im Abschlusskapitel kurz eingegangen.

gionen mit Schlüsselcharakter, sogenannten „gateway regions“ und zu „Regionen der Zusammenarbeit“ (TIMMERMANN 2001, S. 1061). Das heißt, sie werden vom potenziellen Konflikt- und Konfrontationsraum des 20. Jahrhunderts zu einem Integrationsraum des 21. Jahrhunderts transformiert. Dieser von außen bestimmte räumlich funktionale Wandel kann auch als Form der Peripherisierung verstanden werden. Der Wandel wird maßgeblich von den beiden Ordnungssystemen bzw. Zentren, der Europäischen Union und der Russländischen Föderation, bestimmt und beeinflusst. Diese Peripherisierung ist mehrdimensional und durch unterschiedliche Faktoren gekennzeichnet. Es können somit innerhalb des ablaufenden Prozesses der Peripherisierung unterschiedliche Teilprozesse erkannt werden. Dabei sind die Einflussfaktoren, ihre Ursachen und Implikationen sowie Interaktionen sehr komplex.

Eine erste Unterscheidung der Teilprozesse kann durch die beiden großen agierenden und peripherisierenden Ordnungssysteme EU und RF vorgenommen werden. Die Untersuchungsgebiete sind als Teil der Föderation direkt in das Ordnungssystem der Russländischen Föderation eingebunden¹¹¹, werden aufgrund ihrer heutigen Lage indirekt vom zweiten Ordnungssystem, der EU, beeinflusst (→ Der transnationale und nationale Kontext von Peripherisierungen auf regionaler Ebene, S. 59ff).

In Anlehnung an Michael BRADSHAW'S „Key axes of interaction“ (2003, S. 161) wurde, in Abbildung 16 auf der folgenden Seite, der Versuch der graphischen Umsetzung der heutigen Zentrum-Peripherie Beziehungen für die beiden Fallbeispiele unternommen. Die vertikale Achse repräsentiert die sehr starke Zentrum-Peripherie Beziehung zwischen dem föderalen Zentrum und dem jeweiligen Gebiet. Diese Beziehung ist dominant gegenüber allen weiteren Beziehungen und Interaktionen zwischen Zentrum und Peripherie und umfasst alle Faktoren der Peripherisierung. Die horizontale Achse, die die vertikale Achse durchschlägt, repräsentiert die hinzugekommenen Beziehungen des externen Zentrums Europäische Union, deren Einflussnahme in Form von Kooperationsangeboten und Fördermitteln direkt bis auf die lokale Ebene durchschlägt und die starken vertikalen Zentrum-Peripherie Beziehungen zwischen regionaler und lokaler Ebene und föderalem Zentrum beeinflusst.

¹¹¹ Alle Interviewpartner im Gebiet Murmansk sehen die zentrale föderale Ebene in Moskau als wichtigste Entscheidungsebene im Bereich der identifizierten potenziellen Entwicklungsrichtungen des Gebietes. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen MYLLYLÄ, ANDREEV (2006, S. 44 ff) bei ihren Untersuchungen im Gebiet.

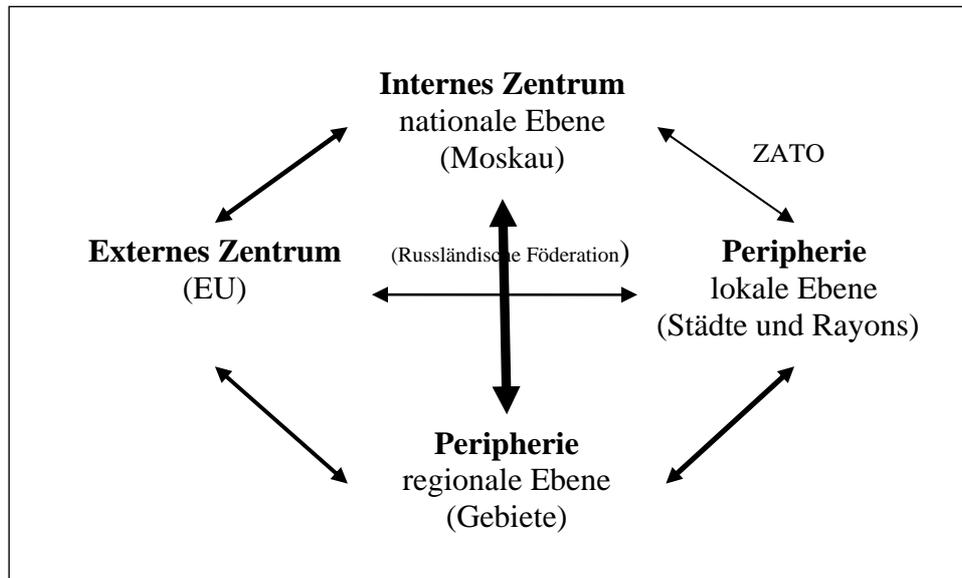


Abbildung 16: Schematische Darstellung der Schlüsselachsen der Zentrum-Peripherie Beziehungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen.
Quelle: stark verändert nach BRADSHAW 2003, S. 161.

Die Untersuchungen haben gezeigt, dass es unterschiedliche Teilaspekte der Peripherisierung gibt, die das Leben in den Gebieten beeinflussen. Es gibt ökonomische, kulturelle, administrative und militärische Faktoren der Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie. Im Folgenden soll auf die benannten Faktoren näher eingegangen werden. Vorab sollen die Peripherisierungsprozesse aus Sicht der Russländischen Föderation und der Europäischen Union nochmals kurz dargelegt werden.

7.2.1.1 *Peripherisierung durch das föderale Zentrum*

Beide Gebiete befinden sich innerhalb des russländischen Ordnungssystems und am Rand des expandierenden europäischen Ordnungssystems der EU und sind aus diesem Grund von wichtiger politischer und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Föderation. Nach einer Phase der Dezentralisierung auf die bereits in den vorangegangenen Kapiteln eingegangen wurde (→ Von der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zur Russländischen Föderation, S. 81ff) befindet sich die Föderation in einer Phase der Zentralisierung und damit im Umkehrschluss in einer Phase der Peripherisierung. Der direkte Einfluss der föderalen Strukturen nimmt seit dem Jahr 2000 beträchtlich zu und es ist ein erklärtes Ziel der russländischen Innenpolitik, das föderale Zentrum weiter zu stärken. Neben den rechtlich organisatorischen strukturellen Faktoren der Peripherisierung, wie die neue Form der Gouverneurswahl oder die Schwächung des Föderationsrates, auf die bereits im Kapitel über die Föderation (→ "The Empire strikes back": Putins Rezentralisierung und Stärkung der föderalen Bürokratie, S. 88ff) eingegangen wurde und auf die im nachfolgenden Abschnitt Bezug genommen wird, findet

in beiden Gebieten eine Peripherisierung durch Instrumentalisierung der Gebiete als notwendige Pufferzonen zwischen den Ordnungssystemen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation statt. Dies gilt insbesondere für das Beispielgebiet Kaliningrad. Die Idee das Gebiet Kaliningrad zu einem Experimentierfeld für die Beziehungen zwischen EU und Föderation zu stilisieren, ist ein Beispiel für diese Instrumentalisierung.

Der Einfluss des föderalen Zentrums im Gebiet Murmansk hat militärstrategische und ökonomische Ursachen. Als rohstoffreiches Gebiet in mittelbarer Nähe zum europäischen Absatzmarkt ist das Gebiet zukünftig von ökonomischer Bedeutung zumindest für den europäischen Teil der Föderation. Es sind im Wesentlichen diese Gründe im Kontext der zunehmenden Rezentralisierung in der Föderation, die vom föderalen Zentrum zur derzeitigen Instrumentalisierung und damit Peripherisierung der Gebiete führen.

7.2.1.2 *Peripherisierung durch die Europäische Union*

Entgegen der verbreiteten Meinung wird die westliche Welt [...] immer geschlossener, indem sie das Eindringen von Menschen und Waren aus den Peripherieländern verhindert. Brüssel – die Hauptstadt Europas (!) – diktiert immer strenger die Einführung der europäischen Standards.“

V. EGOROV damaliger Gouverneur des Gebietes Kaliningrad
in einem Interview mit W. BÖTTCHER 2004¹¹²

Aus eurozentristischer Sicht finden ebenfalls Prozesse statt, die man als Peripherisierungen identifizieren kann. In den Kapiteln 5.4 (→ Die Europäische Union und Russland, S. 65ff) und 5.7 (→ Die RF und Die EU zwischen nationalen Machtpolitiken und supranationaler Machtteilung, S. 73ff) wurde darauf schon näher eingegangen. Durch den Zusammenbruch des sowjetischen Ordnungssystems hat die Europäische Union als transnationaler Zusammenschluss auch auf die russländischen Grenzgebiete an Einfluss gewonnen. Insbesondere in den Jahren des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergangs in der RF nahmen die zentrifugalen Kräfte der EU vor allem im nordwestlichen Grenzraum der Föderation zu. Diese wurden in erster Linie durch die ökonomische Stärke und den Wohlstand innerhalb der Union hervorgerufen. Neben diesen Anziehungskräften hat die Europäische Union als externes Zentrum ihrerseits ein starkes Interesse auf die Gebiete mit „gateway“ Funktion außerhalb ihres Territoriums, Einfluss zunehmen. Unter Gebieten mit „gateway“ Charakter werden neben direkten Grenzgebieten auch Gebiete verstanden, die eine engere Kooperation zur Union anstreben bzw. den westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen offener gegenüberstehen, beispielsweise Gebiete mit international tätigen Großunternehmen oder wichtige Messestandorte, als andere Gebiete der Föderation. Auf diesen Aspekt wird im abschließenden Kapitel ab Seite 174ff näher eingegangen. Die ökonomischen und

¹¹² BÖTTCHER, W. 2004, Hrsg., S. 141

politischen Interessen sind ähnlich gelagert, wie bei der Föderation. Auch hier spielt die Pufferfunktion eine wichtige Rolle, wobei die Vorgehensweise und Perspektive der EU (Peripherisierung durch Regionalisierung) sich stark von der russländischen Perspektive unterscheidet (Peripherisierung durch Zentralisierung). Im Folgenden werden einige der erkannten Faktoren, die zur Peripherisierung auf regionaler Ebene führen anhand der Ergebnisse der Untersuchungen in den beiden Beispielgebieten zusammenfassend dargestellt.

7.2.2 Ökonomische Faktoren der Peripherisierung

„Geradezu ein Leitmotiv der neueren regionalökonomischen Theorie ist die Untersuchung der Interaktionen zwischen Zentrum und Peripherie. Die Art dieser Interaktionen entscheidet darüber, ob die regionale Wirtschaftsentwicklung konvergiert oder divergiert. [...] [B]ei hohen Transportkosten, einem hohen Anteil standortgebundener Bevölkerung und einem geringen Ausmaß der Kostendepression dominieren die Zentrifugal-, im umgekehrten Fall die Zentripedalkräfte.“
(MÖLLER 2000, S. 366)

Eine Veränderung der Zentrum-Peripherie Strukturen fand im Bereich der Wirtschaft statt. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der damit verbundenen Krise der großen staatseigenen Kombinate begann eine Phase der Zersplitterung der Unternehmen. Regionale Eliten und Behörden gewannen mehr Einfluss auf die kleineren privatisierten Unternehmensteile und dezentrale Strukturen etablierten sich. Zurzeit ist ein umgekehrter Prozess erkennbar. In zunehmendem Maße findet ein Konzentrationsprozess vor allem im Rohstoff- Energiesektor und in der Schwerindustrie statt. Dies kann insbesondere für das Gebiet Murmansk nachgewiesen werden (SYCHENKOVA 2003, S. 2). Große russlandweite und global agierende Unternehmen dominieren die regionale Wirtschaft, beispielsweise LUKoil im Kaliningrader Gebiet oder in viel stärkerem Maße im Gebiet Murmansk SuAl¹¹³, EvroKhim und GMK Norilsk Nickel’.

Deren Headquarter befinden sich zumeist in Moskau. Die Unternehmensentscheidungen sind unabhängig von der regionalen Ebene und teilweise wird die Abhängigkeit einiger kommunaler Selbstverwaltungen bereits genutzt, um ökonomische Interessen besser durchsetzen zu können. Dies gilt insbesondere in Gebieten, in denen ein Großunternehmen Produktionsstätten unterhält, von denen die gesamte kommunale Wirtschaft abhängt, wie es beispielsweise in Teilen des Gebietes Murmansk der Fall ist, wo ganze Großstädte aufgrund eines Betriebes existieren (vgl. Seite 124f und Seite 147f). Im Gebiet Kaliningrad haben die Diskussion und der Aushandlungsprozess um die Neufassung des Gesetzes über die SWZ sowie die Aussagen der Interviewten gezeigt, dass die ökonomische Entwicklung im Gebiet im Wesentlichen von der föderalen Ebene und in Teilen von der EU und dem direkten Nachbarn Litauen abhängt. Auch hier ist

¹¹³ Seit Anfang Oktober 2006 haben sich die russischen Aluminiumproduzenten Rusal und SuAl mit dem Schweizer Unternehmen Glencore unter dem bereits bestehenden Namen „Rossijskij Aljuminij“ zum größten Aluminiumkonzern der Welt zusammengeschlossen.

die regionale Ebene sehr stark abhängig von zentralen regionsexternen Entscheidungen. Der freie Zugang zum russländischen Binnenmarkt, der Wettbewerb der Ostseehäfen sind aufgrund der Enklavenlage in höchstem Maße von externen Entscheidungen abhängig.

Ein weiterer ökonomischer Faktor der Peripherisierung, der eng mit den Großunternehmen zusammenhängt, ist die Abhängigkeit rohstoffreicher Gebiete vom schwankenden Weltmarktpreis, wie es beim Gebiet Murmansk der Fall ist.

7.2.3 Militärische Faktoren der Peripherisierung

„Although there have been disputes over the status of territory in Russia Karelia and the Arctic Ocean, and over demarcation of borders with Estonia and Latvia, this subregion has been substantially demilitarised since the end of the soviet period and there is little prospect of serious conflict.“
SERGOUNIN 2001, S. 24f

In beiden Gebieten hat die Bedeutung des Militärs abgenommen. Im Vergleich zur sowjetischen Ära spielt das Militär im Gebiet Kaliningrad nur noch eine sehr untergeordnete Rolle. Im Gebiet Murmansk ist trotz Abrüstung und Demobilisierung die Bedeutung vergleichsweise höher als im Gebiet Kaliningrad, dies liegt vor allem an der weiterhin wichtigen strategischen Bedeutung des Gebietes. Bei der Betrachtung des Einflusses des Militärs auf die regionale Ebene gilt es zu beachten, die militärischen Einrichtungen, Siedlungen und Städte sowie deren Bevölkerung, ihre Ver- und Entsorgung losgelöst von dem sie umgebenden regionalen Kontext waren und zum Teil noch sind. Das Militär ist eine direkt dem Machtzentrum, der föderalen Ebene, unterstehende Institution, die von zentralen Strukturen bezahlt und gesteuert wird. Während der sowjetischen Ära gab es kaum Beziehungen zwischen dem Gebiet und den militärischen Standorten und geschlossenen Siedlungen. Zuständig, auch für die Städte und Siedlungen, waren nicht lokale oder regionale Behörden, sondern das Verteidigungsministerium oder bei zivilen Angelegenheiten, das jeweilige Ministerium auf Unionsebene. Auch geographisch waren die militärischen Einrichtungen mit ihrer Infrastruktur (Städte, Kultureinrichtungen, Bildung, Versorgungseinrichtungen) von der zivilen Bevölkerung und Infrastruktur klar getrennt (Stichwort ZATO). Man sprach von den sogenannten *gosudarstvennye ljudi* „staatlichen Menschen“ wie von *Außerirdischen*, so einer der Interviewpartner in Murmansk (M_w). Sie waren besser versorgt und wurden auch als etwas Besonderes im regionalen Umfeld außerhalb der geschlossenen Einheiten angesehen.

Diese Loslösung vom regionalen Kontext wurde mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der zentralen Machtstrukturen und der relativen Handlungsunfähigkeit des staatlichen Zentrums gegenüber den militärischen Siedlungen und Städte, die bis zu fünfzehn Prozent der Gesamtbevölkerung des Gebietes ausgemacht haben, zeitweise aufgehoben (siehe Seite 44). Heute, nach der Konsolidierung und der Neuformierung

der zentralen föderalen Ebene besteht diese Loslösung erneut. Dabei sind neue Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Militär und Zivilverwaltung entstanden. Ein Beispiel ist der zivile Zugriff auf ehemalige Militärf Flächen. Diese können nicht in die zivile Entwicklungsplanung der Gemeinde oder des Rayons einbezogen werden. Sie sind in föderalem Eigentum und es ist sehr aufwendig über alle Entscheidungsebenen hinweg einen Zugriff auf diese Flächen zu erhalten, vor allem, da das Militär, bzw. das zuständige föderale Ministerium, die Verantwortung und die Zuständigkeit über diese Flächen nur sehr ungern aufgibt (vgl. S. 155).

7.2.4 Administrative und politische Faktoren der Peripherisierung

Wichtige Faktoren, neben den oftmals nicht rechtlich fixierten und geregelten ökonomischen Faktoren der Peripherisierung sind die administrativen, politischen Determinanten von Peripherisierungsprozessen. Sie lassen sich, zumindest was die administrative Ebene angeht, an Gesetzen und Organisationsstrukturen festmachen. Die mehrfache Veränderung des Wahlverfahrens der Gouverneure der Gebiete (*oblasti*) und das Beispiel der Kompetenzabgrenzungsverträge¹¹⁴ sollen dieses verdeutlichen.

7.2.4.1 Die regionale Exekutive zwischen Regionalismus und Zentralismus

Die Einführung eines indirekten Wahlverfahrens an sich ist, im Kontext einer funktionierenden rechtsstaatlichen konsolidierten demokratischen Ordnung per se nicht ungewöhnlich, man denke nur an Frankreich oder die deutsche parlamentarische Demokratie. Im Falle der heutigen RF mit einem sehr mächtigen Präsidenten und einer immer geringer werdenden Kontrollinstanz (z. B. Parlament, Öffentlichkeit) und aus der Entstehungsgeschichte der „jungen“ Föderation heraus ist der mehrfache Wechsel des Wahlverfahrens im Kontext von Dezentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen zu sehen. Im Folgenden soll dieses näher erläutert werden.

In den Gebieten der neugegründeten RF waren die regionalen Politeliten und die Administration der sowjetischen Ära relativ stark verankert und einflussreich. Häufig übernahmen sie in ihrer alten Funktion die Aufgaben innerhalb der neugegründeten Föderation. Dieses war nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass es im Grunde keinen klaren Bruch mit den alten Strukturen gegeben hat. Dieses galt auch für die erste Amtsperiode der Gouverneure Kaliningrads und Murmansk. Es handelte sich um politische „Überlebende“ der turbulenten ersten Umbruchjahre, die zumeist konform mit dem föderalen Machtzentrum gingen und Konflikte mit der föderalen Ebene, sei es in Bezug auf mehr Autonomie, wie es die Republik Karelien versuchte, vermieden. In den Subjekten in denen die zentrifugalen Kräfte besonders stark waren versuchte Jelzin u. a. durch die Auflösung der Gebietssowjets und durch Absetzung von Gouverneuren die regionalen Strukturen aufzubrechen und vor allem die vertikale Exekutive, durch

¹¹⁴ Bilaterale Verträge zwischen den Subjekten der Föderation und der Föderalregierung. Eine Erläuterung findet sich auf Seite 85 der Arbeit.

Neubesetzung des Gouverneursposten im Sinne des Zentrums zu stärken. Den Gouverneuren und Dumaabgeordneten wurden zumeist ökonomisches Missmanagement und Bereicherung vorgeworfen und nachgewiesen, was in den Krisenjahren und der zeitweilig fehlenden rechtsstaatlichen Ordnung nicht schwer fiel und somit jeden Entscheidungsträger treffen konnte.

Die Gebietsduma, als regionale Legislative hatte, im Gegensatz zum Gouverneur, wenig Einfluss auf die regionale Politik und die Gebietsadministration und sowohl im Gebiet Kaliningrad als auch im Gebiet Murmansk waren die Gouverneure Jelzinanhänger, nicht zuletzt, da sie, im Gegensatz zu den Republikspräsidenten, von Jelzin eingesetzt wurden. Ein weiterer Grund war die historisch enge Bindung beider Gebiete an die Zentralmacht (→ Historisch-genetische Faktoren der Peripherisierung, S. 178f).

Die Gebiete Murmansk und Kaliningrad können aufgrund ihrer kurzen „sowjetischen“ Geschichte, die nur aufgrund der starken Unterstützung aus dem Zentrum möglich war, als ergebener Gebiete der jungen Föderation angesehen werden. Starke zentrifugale Kräfte, wie Separatismusbestrebungen und offenen Protest gegen das föderale Zentrum, wie in anderen Gebieten der Föderation, gab es in den 1990er Jahren in den Gebieten nur sehr begrenzt und im Gebiet Murmansk so gut wie nicht.

Erst im Jahr 1996, unter anderem wegen der anstehenden Präsidentschaftswahl, wurde statt der Amtseinsetzung die direkte Wahl der Gouverneure eingeführt. Dies hatte Folgen für die Zentrum-Peripherie Beziehungen, da nun die direkte persönliche Abhängigkeit des Gouverneurs gegenüber der Zentralmacht zurückging. Im Murmansk Gebiet fanden Ende 1996 die ersten Gouverneurswahlen statt und der Amtsinhaber Komarov verlor die Wahl, trotz oder gerade wegen der massiven Unterstützung des Zentrums, knapp gegen seinen Herausforderer Ewdokimov, den ehemaligen ersten Sekretär des Gebietskomitees der Kommunistischen Partei (BLAKKISRUDE 2001, S. 76) und derzeitigen Gouverneur des Gebietes. Auch in Kaliningrad war mit dem Direktor des Fischereihafens Gorbenko im Jahr 1996 ein neuer Gouverneur gewählt worden. Er setzte sich im zweiten Wahlgang gegen den amtierenden, von Moskau eingesetzten Gouverneur durch. Dabei kam ihm sein ökonomisch und weniger politisch ausgerichtetes Wahlprogramm zu Gute. Gorbenko distanzierte sich vom föderalen Zentrum und wollte seine Politik mehr auf eine eigenständige Region Kaliningrad hin ausrichten. Ein weiteres deutliches Zeichen für die zunehmende Stärke der regionalen Exekutive und die relative Schwäche des föderalen Zentrums kann in den Verhandlungen des Gebietes Murmansk mit der föderalen Ebene nach 1996 gesehen werden.

Im Oktober 1997 wurde zwischen dem föderalen Zentrum und dem Gebiet Murmansk einer der insgesamt 46 bilateralen Kompetenzabgrenzungsverträge der Föderation unterzeichnet. Diese besonderen Verträge können einerseits als ein äußerst flexibles Instrument zwischen Zentrum und Peripherie interpretiert werden, andererseits spiegeln sie aber auch die relative Machtlosigkeit des Zentrums gegenüber der Peripherie wider. Sie wurden notwendig, um regionales Recht, dies galt insbesondere in Bezug

auf die Republiken, die eine eigene Verfassung haben¹¹⁵, und föderales Recht zu koordinieren, bzw. nicht vorhandenes Recht und fehlende Rechtsvorschriften zu überbrücken. Im Laufe der Zeit schlossen auch die Gebiete solche Verträge mit dem Zentrum, insbesondere, wenn es um subjektübergreifende Fragen ging. Der Vertrag zwischen Murmansk und dem föderalen Zentrum sollte vor allem die Probleme der Abwanderung aus dem Gebiet und das Versorgungsproblem lösen und für eine planvolle Abwanderung aus dem Gebiet in südliche Gebiete der Föderation sorgen.

7.2.5 Historisch-genetische Faktoren der Peripherisierung

Beide Gebiete unterlagen in ihrer neueren Geschichte, d. h. in den letzten hundert Jahren, mehrfach Peripherisierungsprozessen unterschiedlicher Ausprägung. Sie waren „Randgebiete“ innerhalb ihres Staates und die Bedeutung des jeweiligen Gebietes war in höchstem Maße vom gesamtstaatlichen Interesse und von externen Faktoren abhängig (→ Kaliningrad und Murmansk: Zwei Gebiete der Russländischen Föderation im Veränderungsprozess zwischen Integration, Kooperation und Adaption, S. 100ff). Dabei kann im Grunde die vorsowjetische Geschichte beider Gebiete in Bezug auf ihre Implikationen auf das heutige Verhalten der regionalen Akteure mehr oder weniger vernachlässigt werden, da hier insbesondere für das Gebiet Kaliningrad ein starker historischer Bruch stattgefunden hat und die intensive Nutzung und Erschließung des Gebietes Murmansk mit einigen wenigen Ausnahmen im Zuge der Sowjetisierung stattfand. Trotzdem gilt es festzuhalten, dass beide Gebiete in den letzten hundert Jahren niemals unabhängig und die vorwiegende Zeit jeweils Teile eines nationalstaatlich zentralistischen (Deutsches Kaiserreich, Drittes Reich) bzw. föderalen zentralistischen (Sowjetunion) Staates waren. Die Abhängigkeit von zentralen Strukturen ist für beide Gebiete prägend. Dieses haben auch die Befragungen gezeigt. Die Akteure in beiden Gebieten sehen sich heute in einer direkten Abhängigkeit zum föderalen Zentrum und stellen diese Situation nicht in Frage.

In Bezug auf mögliche zentrifugale Kräfte des externen Zentrums der EU bzw. des europäischen Wirtschaftsraumes spielen neuere historische Faktoren eine wichtige Rolle, insbesondere, wenn es um die Einschätzung der Einfluss nehmenden westlichen Nachbarn geht, die sich auch auf die Kooperationswilligkeit in den beiden Beispielgebieten auswirken.

Wie sich bei der Befragung herausstellte, spielt für die heutige Einstellung der befragten Akteure die neuere historische Geschichte, d. h. das 20. Jahrhundert, eine wichtige Rolle. Sie prägt das eigene regionale Verständnis und Handeln maßgeblich. Anhand einiger Beispiele aus den Fallstudien soll dieses im Folgenden verdeutlicht werden.

Im Gebiet Murmansk wurde, trotz oder gerade wegen der extrem hohen Militarisierung und der direkten NATO-Außengrenze, trotz ständiger kleinerer Konflikte und Interaktionen zwischen den Marinen der NATO und der sowjetischen Nordmeerflotte, die an-

¹¹⁵ Es gab Republikverfassungen und Gebietsstatuten (*ustavy*), die in einigen Artikeln und Passagen im Widerspruch zur föderalen Verfassung standen (siehe vertiefend S. 81ff).

grenzenden skandinavischen Länder, d. h. vor allem Norwegen, nicht als potenzielle Aggressoren eingestuft. Zudem waren Finnland und Schweden neutral. Die historischen Erfahrungen mit den „nordischen Nachbarn“ und auch mit den westlichen Alliierten des ersten und zweiten Weltkrieges waren auf regionaler Ebene positiv und haben die Zeit des kalten Krieges zumindest auf der regionalen Ebene überstanden. Die jüngere Geschichte des Gebietes Murmansk und insbesondere des direkten Grenzgebietes, des heutigen Rayon Pečenga (siehe Karte 8, S. 126), finnisch Petsamo, ist geprägt von Intervention westlicher Staaten und Finnlands und Interaktion mit den westlichen Mächten, die aber durchweg als positiv für die Region gesehen werden. Beispielsweise sei hier die alliierte Intervention vom Juni 1918 bis Oktober 1919 am Ende des Ersten Weltkrieges genannt, wo Franzosen und Engländer während des russischen Bürgerkrieges zur Unterstützung der gegenrevolutionären Kräfte und zur Sicherung ihrer eigenen Interessen, als aktive Form der Peripherisierung, ins Gebiet einmarschierten und zeitweise das Gebiet stabilisierten (KESSLER 1991, S. 102).

Der heutige Rayon Pečenga war mit der Unabhängigkeit Finnlands (1917) und dem Friedensvertrag von Dorpat 1920 Finnland zugesprochen worden. Unter finnischer Herrschaft begann die systematische industrielle Erschließung und Entwicklung vor allem mit ausländischem Kapital (Kanada, USA). Von entscheidender prägender Bedeutung waren aber die Ereignisse im Zweiten Weltkrieg. Das Gebiet Murmansk wurde zu einer der wichtigsten Nabelschnüre und zum Nadelöhr der Versorgung der Roten Armee und der Bevölkerung. Hier kamen die Hilfslieferungen der Alliierten an und hier wurde gemeinsam die Sowjetunion gegen die vorrückenden Achsenmächte Finnland und Deutschland verteidigt. Es gab somit in der Geschichte des Gebietes vor allem im 20. Jahrhundert starke positive Eindrücke durch westliche Intervention und Hilfe. Auch das nachbarschaftliche Verhältnis zu den Nordnorwegern, die von der Roten Armee befreit wurden, ist zeitgeschichtlich gesehen positiv. Das Verhältnis zum finnischen Nachbarn war lange Zeit historisch bedingt ambivalent, entwickelte sich aufgrund der Neutralität und zunehmenden wirtschaftlichen Beziehungen seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts positiv und heute sind die finnischen Partner für das Gebiet Murmansk als Investoren und als Partner in grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten von großer Bedeutung.

Diese Grundeinstellung steht in starkem Kontrast zur Einstellung im Gebiet Kaliningrad, wie auch die Befragungen gezeigt haben. Das Verhältnis der Kaliningrader zu ihren Nachbarn und zur Europäischen Union ist zwispältig (vgl. Seite 147f). Einerseits ist die Bereitschaft und Notwendigkeit zur Kooperation gegeben und wird nicht in Frage gestellt, sondern begrüßt. Andererseits gibt es in Bezug auf die direkten Nachbarn und insbesondere Litauen, aber auch gegenüber der EU, Vorbehalte, die zeitgeschichtlich bedingt sind. Die Kaliningrader Wirtschaft ist in höchstem Maße vom Handel und von der Verbindung zum Kernland abhängig. Diese Situation und Abhängigkeit wird sowohl von Polen als auch von Litauen bei Verhandlungen mit der Russländischen Föderation genutzt. Das Gebiet Kaliningrad dient sozusagen als Faustpfand und wird von den

Nachbarstaaten für ihre Zwecke instrumentalisiert. Daher wurde von Kaliningrader Seite immer wieder die Notwendigkeit der Kooperation auf gleicher Augenhöhe betont. Die Gründe für das Verhalten der Polen und Litauer könnten ebenfalls zeitgeschichtlichen Ursprungs sein. Das hoch militarisierte Gebiet Kaliningrad wurde in der sowjetischen Zeit, sowohl von Polen, als auch von Litauen, als Bedrohung angesehen. Es fand eine strategische Peripherisierung statt, indem das Gebiet als Garnisons- und Aufmarschgebiet von der sowjetischen Zentralmacht benutzt wurde. Dies wirkte sich besonders bei den Demokratisierungsbestrebungen in Polen und bei der Loslösung der Baltischen Staaten von der Sowjetunion aus. Das Gebiet Kaliningrad war Aufmarschgebiet und möglicher Ausgangspunkt von militärischen Interventionen der Roten Armee. Diese Erfahrungen hatte Litauen bereits am Ende des Zweiten Weltkrieges machen müssen, als sowjetische Truppen, vom Gebiet Kaliningrad aus, den Aufstand der Litauer bekämpften.

Die Erfahrungen mit der Europäischen Union und ihrem Förderinstrumentarium, insbesondere in den ersten Jahren der Kooperation haben, ebenfalls Auswirkungen auf die heutige Situation im Gebiet Kaliningrad. Die erste Phase der grenzüberschreitenden Beziehungen war gekennzeichnet von hohen aber unterschiedlichen Erwartungen auf beiden Seiten und von einer Überforderung der russländischen kommunalen und regionalen Ebene. Fehlende Information und schlechte Koordination der russländischen Subjekte untereinander und mit der föderalen Ebene erschwerten die Kooperation maßgeblich und führten zu Enttäuschungen auf beiden Seiten. Auf Grund der innerföderalen politischen, territorialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation und der fehlenden bzw. unzureichenden rechtlichen Rahmenbedingungen ist dieses nicht verwunderlich (→ Zwischen Regionalismus und Zentralismus: Russlands Föderationsgefüge, S. 80ff). Dies gilt sowohl für das Gebiet Murmansk als auch für das Gebiet Kaliningrad, wobei im Gebiet Kaliningrad diese Phase nachhaltiger, intensiver und anhaltender war und im Gebiet Murmansk, vielleicht auch aufgrund des größeren Handlungsbedarfes (→ Die geschundene Natur: Ein schweres Erbe, S. 129f) und der informelleren Kommunikationskultur und geringerer Hemmschwellen der skandinavischen und vor allem finnischen Partner schneller überwunden werden konnte.

7.2.6 Querschnittsfaktor Grenzraum

Ein Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit war der Wandel von Grenzen in unterschiedlicher Intensität: Entlang der Grenzen der beiden Beispielgebiete hat sich in den letzten fünfzehn Jahren ein qualitativ entscheidender Wandel in Bezug auf die jeweilige westliche, im Gebiet Kaliningrad östliche und südöstliche Grenze vollzogen, der für die heute zu konstatierenden Peripherisierungen von Bedeutung ist, diese teilweise auslöst und zum räumlich funktionalen Wandel innerhalb der Gebiete maßgeblich beiträgt. Die Bedeutung der Grenze hat sich von einer linearen Barriere zu einem Grenzraum mit integrativem Anspruch transformiert, den es zukünftig noch einzulösen gilt. Die Grenze wird von beiden Seiten und allen Ebenen als Austausch- und Kontaktzone ver-

standen. Dieses wird immer wieder in offiziellen Dokumenten beider Seiten betont. Die grenzüberschreitende Kooperation der EU, als ein wesentliches Instrument der europäischen Integration zur Stabilisierung und regionalen Entwicklung in Europa, ist für die russländischen Grenzregionen von großer Bedeutung. Die Programme des Strukturfonds der Europäischen Union, TACIS (zukünftig ENPI) und INTERREG, die wirtschaftliche, rechtliche, sicherheitspolitische, kulturelle ökologische und bildungspolitische Bereiche umfassen, leisten für die russländischen Grenzgebiete einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und regionalen Entwicklung. Interstaatliche Institutionen, wie der Barents Rat, der Arktische Rat und der Ostsee Rat sind ebenfalls wichtige Plattformen der grenzüberschreitenden Kooperation (vgl. Seite 69f). Dabei geht die Initiative oftmals von externer und nicht regionaler Ebene aus. Die Rahmenbedingungen für die Kooperation werden durch die Zentren bzw. durch die transnationalen Institutionen festgelegt.

Die grenzüberschreitenden Beziehungen im Gebiet Murmansk sind institutionalisiert (BEAR) und zielen in erster Linie auf kulturelle, soziale, ökologische und zivilgesellschaftliche Aspekte der Zusammenarbeit ab. Die Koordination findet unter einem Dach statt und umfasst auch die jeweilige nationale Ministerebene.

Im Gebiet Kaliningrad gestaltet sich die Kooperation zwischen Europäischer Union bzw. ihren Mitgliedstaaten und Regionen und der Föderation bzw. dem Gebiet Kaliningrad schwieriger. Die unterschiedlichen Ebenen der Kooperation sind nicht oder nur unzureichend miteinander vernetzt. Entweder findet Kooperation über die föderale Ebene oder über die regionale administrative Ebene statt. Zivilgesellschaftliche Organisationen zum Beispiel im Bereich des Umweltschutzes oder im Bereich der humanitären Hilfe oder des Kulturaustausches sind weniger eingebunden und Initiativen mit *bottom up* Charakter sind weniger vertreten, als es eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erwarten ließe und wie es für das Gebiet Murmansk der Fall ist. Zurückzuführen ist dies sicherlich auch darauf, dass die Ostsee Region, die institutionell ähnlich aufgebaut ist wie die Barents Region, wesentlich größer als die vergleichsweise überschaubare Barents Kooperation ist. Hinzu kommt die größere Nähe des Gebietes Kaliningrad zum föderalen Zentrum und zum europäischen Kernraum, die möglicherweise zu einer stärkeren Abhängigkeit der Beziehungen vom Machtzentrum führen und interregionale Themen, wie grenzüberschreitender Umweltschutz oder Verbesserungen im Grenzverkehr schnell zu internationalen Themen werden. Dies haben auch die geführten Interviews gezeigt. Ein weiterer Grund kann in der relativ schlechten wirtschaftlichen Situation der direkten Nachbargemeinden Kaliningrads, insbesondere auf polnischer Seite gesehen werden. Der informelle Sektor und insbesondere der Grenzhandel spielen eine wesentliche ökonomische Rolle für diese Gemeinden, so dass das Interesse an transparenten institutionalisierten grenzüberschreitenden Beziehungen auf lokaler Ebene zurzeit und aus pragmatischen Gründen oftmals begrenzt ist. Des Weiteren fehlen der kommunalen Ebene zu meist die nötigen Finanzressourcen, die beispielsweise im Bereich von EU-Projekten zur Kofinanzierung notwendig sind. Nega-

tiv wirkt sich auch die fehlende Information der lokalen Bevölkerung über Projekte, Fördermöglichkeiten, aber auch über den rechtlichen Rahmen und die grenzüberschreitende Kooperation insgesamt. So werden zumeist die aktuellen Auswirkungen, beispielsweise das Transitproblem und das Visaregime, thematisiert und kritisiert, wobei die Ursache häufig beim anderen Partner (EU oder Föderation) gesucht wird. Die langfristigen Perspektiven und Möglichkeiten werden weniger thematisiert. Dies mag auch an der weit verbreiteten Enttäuschung vieler Kaliningrader liegen, die sich in den 1990er Jahren sehr viel von der Europäischen Union und der Ostseeregion vor allem in ökonomischer Hinsicht versprochen haben und deren Erwartungen von westlichen Experten oftmals geschürt wurden (→ „Hongkong an der Ostsee“ Zwischen Freier Wirtschaftszone und Sonderwirtschaftszone – Aspekte der Entwicklung zwischen 1991 und 2000, S. 112ff). Mit der EU-Osterweiterung und dem Transitproblem hat sich im Gebiet Kaliningrad ein bis heute noch nicht gelöster Widerspruch zu den Zielen der Kooperation und zum neuen Grenzverständnis ergeben. Aufgrund der neuen EU-Außengrenze und der damit verbundenen Auflagen und Bestimmungen bezüglich des Grenzverkehrs wurde eine weitere Peripherisierung des Gebietes Kaliningrad eingeleitet, die die Erreichbarkeit des Gebietes erschwert. Bis es zu einer positiven Lösung, die ohne Frage gefunden werden wird, kommt, wird das Gebiet aufgrund der gestiegenen Anforderungen an einen Grenzübertritt von Seiten der EU und insbesondere des Mitgliedslandes Litauen peripherisiert. Die Fragen des Transits werden hierbei instrumentalisiert und die bestehende faktische Abhängigkeit des Gebietes vom Transitland Litauen wird politisch genutzt, um eigene Interessen durchzusetzen.

7.2.7 Peripherisierung durch Wissen

In den ersten Jahren ging die Initiative im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation zumeist von den westlichen Partnern aus. Hier fand eine Peripherisierung aufgrund von Wissens- und Organisationsvorsprüngen auf regionaler und lokaler Ebene statt. Auf russländischer Seite fehlten entsprechende Institutionen und vor allem das Know-how internationaler Kooperation. Sowohl horizontale als auch vertikale Strukturen, die für eine effiziente zielgerichtete Kooperation notwendig sind, waren nur in Ansätzen vorhanden. Versierte europäische „Partner“, beispielsweise Consultings und Projektentwickler nutzten die Unwissenheit der russländischen Partner. Die Projekte waren europäisch, EU konform und weniger auf die spezifischen Bedürfnisse und Hintergründe der russländischen Partner angelegt. Dabei verfolgt die EU in Bezug auf ihre grenzüberschreitende Kooperation ein „Prinzip der politischen Konditionalität“ (SIEDSCHLAG 2002, S. 59), d. h. eine Perspektive (Förderung, Kooperation, Beitritt) wird stufenweise eröffnet und jeweils von der Erfüllung bestimmter Kriterien abhängig gemacht. Diese Vorgehensweise wurde in erster Linie von Kaliningrader Befragten, die bereits Projekte mit der EU durchgeführt haben angemerkt und kritisiert.

7.3 “ZwischenRäume” Kaliningrad und Murmansk?

„The problem of relations between Russia and Europe, Russia’s place in Europe and Europe’s role for Russia has occupied more than one generation of researchers both in this country and abroad. But at the turn of the 20th century the radical changes in the geographical map of the world have brought this problem into sharper focus.”

PAVLOV 2004, S. 110

Das folgende letzte Textkapitel bildet das Fazit der Arbeit, das aber nicht als abschließendes und allgemeingültiges Ergebnis, sondern vielmehr als Diskussionsgrundlage für weitere Überlegungen verstanden werden will. Neben den zusammenfassenden Schlussfolgerungen aus den vorangegangenen Überlegungen widmet sich das Kapitel der kritischen Auseinandersetzung mit der gewählten Forschungsperspektive und dem Zentrum-Peripherie Dualismus als Erklärungsmodell. Hierauf wurde bereits im Theoriekapitel (→ Kritik an der dualistischen Sichtweise von Räumen, S. 33f) eingegangen.

In den vorangegangenen Kapiteln wurden jeweils immer die Teilsysteme, entweder das „Zentrum“ oder die „Peripherie“ betrachtet. Zugleich wurde versucht, die Auswirkungen unterschiedlicher Veränderungsprozesse innerhalb des jeweiligen Zentrum-Peripherie Systems herauszuarbeiten. Dafür wurden innerhalb der Arbeit immer wieder Perspektivwechsel vollzogen, so dass in einigen Kapiteln aus der Sicht des jeweiligen Zentrums argumentiert wurde, in anderen Kapiteln aus Sicht der Peripherie. Im Folgenden sollen diese Teilsysteme Zentrum und Peripherie wieder zu einem, d. h. im vorliegenden Fall zu zwei Zentrum-Peripherie Systemen zusammengeführt werden.

Sowohl die Russländische Föderation als auch die Europäische Union können aus unterschiedlichen Gründen (→ Der transnationale und nationale Kontext von Peripherisierungen auf regionaler Ebene, S. 59ff) als Zentrum-Peripherie Systeme angesprochen werden, um bestimmte räumlich-funktionale Wandlungsprozesse innerhalb des jeweiligen großräumigen Ordnungsraumes zu verstehen.

Beide Zentrum-Peripherie Systeme befinden sich in einer Phase des Wandels ihrer inneren Strukturen und Beziehungen. Die Ursachen sind im Zusammenbruch des bipolaren europäischen Ordnungssystems und der dadurch hervorgerufenen tiefgreifenden Transformationsprozesse in den Ländern des östlichen und südöstlichen Europas zu sehen und in den fortschreitenden Entwicklungs- und Konsolidierungsprozessen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation. Die Russländische Föderation befindet sich seit dem Jahr 2000 in einer anhaltenden Rezentralisierungsphase (vgl. Seite 88ff). Es finden Machtverlagerungsprozesse innerhalb des Landes statt, auf die mehrfach eingegangen wurde. Ebenso sind die Veränderungsprozesse innerhalb der Europäischen Union von Macht- und Kompetenzverlagerungen gekennzeichnet, wobei hier Zentralisierungs- und Regionalisierungsprozesse zeitgleich, aber auf unterschiedlichen Ebenen ablaufen. Auch die Europäische Union befindet sich weiterhin in einer Entwicklungsphase, die zwischen Regionalisierungen und Zentralisierungen

schwankt. Die Europäische Ebene ist sektoral sehr unterschiedlich mit Kompetenzen und Machtbefugnissen ausgestattet. Es gibt bei unterschiedlichen Politikfeldern unterschiedliche hierarchische Strukturen (Entscheidungskompetenzen) zwischen den Gemeinschaftsorganen und den Mitgliedsstaaten. In einigen Politikfeldern werden Maßnahmen auf der nationalen Ebene beschlossen, wobei die Politik an gemeinsamen Zielen ausgerichtet wird, oder es werden Maßnahmen europäisch beschlossen, wobei die formale Entscheidungskompetenz weiterhin bei den Nationalstaaten liegt. Bei anderen Politikfeldern (z. B. Geldpolitik und Europäische Zentralbank) haben die einzelnen Nationalstaaten nur noch begrenztes Mitwirkungsrecht, hier liegen die Entscheidungskompetenzen weitgehend bei der EU.

Die Voraussetzungen und die Intentionen für die ablaufenden Zentralisierungs- bzw. Peripherisierungsprozesse in der Russländischen Föderation und der Europäischen Union sind sehr unterschiedlich und nicht vergleichbar. Die ablaufenden Prozesse in Bezug auf Veränderungen in den Zentrum-Peripherie Beziehungen innerhalb des jeweiligen Systems und ihre Auswirkungen auf die regionale Ebene, die Peripherie, lassen sich dagegen gut miteinander vergleichen.

Die Machtverlagerung innerhalb der EU von der Ebene der Mitgliedstaaten auf die Ebene der Gemeinschaftsorgane findet unter anderen Voraussetzungen und Intentionen als im Fall der Russländischen Föderation statt, dies haben die Ausführungen in Kapitel 5 der Arbeit (→ Der transnationale und nationale Kontext von Peripherisierungen auf regionaler Ebene, S. 59ff) gezeigt. Machtverlagerungsprozesse und insbesondere Zentralisierungsprozesse implizieren Peripherisierungen, die unterschiedlich intensiv, als notwendige Konsequenz oder als gezieltes und bewusstes Ergebnis interpretiert werden können (vgl. S. 6 und S. 34f). Werden Machtverlagerungsprozesse und insbesondere Zentralisierungsprozesse und damit Peripherisierungen identifiziert und finden diese zeitgleich unter verschiedenen Voraussetzungen und Intentionen statt und betreffen direkt oder indirekt die räumliche Ebene, dann lassen sich die Auswirkungen dieser Prozesse auf peripherisierte Räume untersuchen. Diese Prozesse der Peripherisierung bzw. Zentralisierung können unter einer räumlichen Perspektive somit einen räumlich funktionaler Wandel auf regionaler Ebene beinhalten¹¹⁶.

Dabei kann festgestellt werden, dass die Verwendung einer Zentrum-Peripherie Perspektive nur in einem vorab definierten Bedeutungsschema möglich ist. Das Zentrum und die Peripherie müssen unter vorher definierten Aspekten und Merkmalen bestimmt und die Betrachtungsperspektive des Zentrum-Peripherie Systems (sektoral, vertikal oder horizontal) muss offengelegt werden (→ Kritik an der dualistischen Sichtweise von Räumen, S. 33 sowie → Schlussfolgerungen: Zentrum und Peripherie als geographischer Forschungsansatz, S. 34). Dieser Einschränkungen und Prämissen muss man sich bewusst sein, wenn man mit den Begriffen „Zentrum“ und „Peripherie“ arbeiten möchte.

¹¹⁶ Auf der Grundlage der vorangegangenen Überlegungen kann für beide Untersuchungsgebiete ein räumlich funktionaler Wandel konstatiert werden.

7.3.1 Temporäre Peripherie oder „Einmal Peripherie – immer Peripherie?“ Der regionale Bezug: Konsequenzen für die beiden Untersuchungsgebiete

Angesichts der Multikausalität und der komplexen Dynamik der stattfindenden Veränderungsprozesse kann und will die Arbeit keine endgültigen Ergebnisse des tief greifenden Wandels innerhalb der Russländischen Föderation und der russländischen westlichen Grenzgebiete liefern. Die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Orientierungsprozesse sind bei Weitem nicht abgeschlossen und befinden sich z. T. noch in Phasen des Experimentierens (→ „ZwischenRäume“, S. 189f). Im Verlauf der Transformation hat sich die gesellschaftliche, politische und ökonomische Ordnung nicht einheitlich und zielgerichtet entwickelt. Der sich vollziehende Wandel änderte mehrfach seinen Charakter und ist durch Erfolge und Rückschläge gekennzeichnet. Dabei wurden und werden Richtungen eingeschlagen, die sich erst im Verlauf der Zeit als wenig tragfähig erweisen bzw. zu veränderten Einschätzungen führen. Daher kann diese Arbeit nur eine Momentaufnahme der heutigen Situation unter Berücksichtigung der besonderen Entwicklungsspezifika liefern. Durch die Betrachtung zweier auf den ersten Blick sehr unterschiedlicher Gebiete der Russländischen Föderation, die jedes für sich einen Sonderfall darstellen, soll die Komplexität von regionaler Entwicklung im Kontext unterschiedlicher neuer und alter Abhängigkeitsbeziehungen beleuchtet werden. Es steht bewusst der Prozess im Vordergrund und nicht das Ergebnis, denn die Richtung, in die sich die Russländische Föderation und insbesondere ihre Grenzgebiete entwickeln, ist bis heute nicht klar.

Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Dynamik hat sich der Vergleich einer rohstoffreichen und einer rohstoffarmen „*Peripherie*¹¹⁷ am Rande“ des Russländischen Ordnungssystems zum europäischen Ordnungssystem (EU) als sehr spannend und fruchtbar erwiesen, da sich die regionalen Potenziale und naturräumlichen Rahmenbedingungen zwischen den Gebieten sehr stark unterscheiden, die ablaufenden Prozesse der regionalen Entwicklung unter dem Aspekt von Peripherisierungen aber starke Parallelen aufweisen und teilweise das entfernungs determinierte Peripherieverständnis umkehren. Im Folgenden soll diese Erkenntnis erörtert und aufgrund der Ergebnisse der Arbeit belegt werden.

Definiert man die beiden Gebiete Kaliningrad und Murmansk unter rein entfernungs determinierten Gesichtspunkten und in Relation zum europäischen Wirtschaftsraum als europäische Peripherien, dann wird deutlich, dass das Gebiet Kaliningrad innerhalb der prosperierenden Ostseeregion und in einer „gewissen räumlichen Nähe“ zum europäischen Kernraum liegt. Das Gebiet Murmansk hingegen gehört aus dieser Perspektive unbestreitbar zu einem der periphersten Gebiete Europas. Somit könnte man zu dem Ergebnis kommen, aufgrund der räumlichen Nähe ist Kaliningrad als weniger peripher einzustufen als das Gebiet Murmansk. Die Einbeziehung weiterer Faktoren der Peripherisierung, wie Abhängigkeitsbeziehungen, Einflussnahme von außen durch das

¹¹⁷ Die Definition des Peripheriebegriffs findet sich auf S. 34.

oder die Zentren und Instrumentalisierungen (Stichwort „Pilotregion“), lässt deutlich werden, dass das Gebiet Kaliningrad zum Zeitpunkt der Untersuchung wesentlich stärker peripherisiert wird als das Gebiet Murmansk und dass die regionalen Akteure wesentlich gehemmter agieren und die Handlungsspielräume der regionalen Akteure in dem Gebiet wesentlich stärker eingeschränkt zu sein scheinen (→ Mögliche Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen auf die regionale Entwicklung - Ergebnisse und Interpretation der Befragungen, S. 156ff). Das heißt, unter Berücksichtigung weiterer Faktoren der Peripherisierung jenseits der entfernungs determinierten Faktoren kann das Ergebnis der Bewertung von Gebieten als Peripherie völlig anders ausfallen. Dies wiederum macht deutlich, wie wichtig es ist, klar herauszuarbeiten, unter welchen Gesichtspunkten man Raumeinheiten kategorisiert und in Beziehung zu einander setzt und dass diese Kategorisierung auch nur in diesem vorab definierten Kontext gelten kann (→ Schlussfolgerungen: Zentrum und Peripherie als geographischer Forschungsansatz, S. 34). Der Begriff „*Peripherisierung*“ wurde unter anderem gewählt, um die oftmals beim Begriff „*Peripherie*“ mitschwingende statische, unausweichliche und in Ansätzen negative Konnotation zu vermeiden (vgl. S. 6f). Der dynamische Begriff soll verdeutlichen, dass es sich um einen aktiven und reversiblen Prozess und nicht um ein zu beschreibendes Faktum handelt.

7.3.1.1 *Peripherisierung als Herausforderung und Chance für die beiden Untersuchungsgebiete*

„In short, a physically defined periphery is not an isolated one without a character of its own. It consists of a set of populated sites which offer a variety of opportunities to, and impose a number of constraints upon, their inhabitants. In this sense, a periphery can also be described as an opportunity structure, that is, as a space offering several possibilities of action to those people living and working within it.“
(ROKKAN, S. & D. URWIN, 1983, S. 3)

Um diese Überlegungen zu untermauern soll im Folgenden, unter Bezugnahme der beiden Fallbeispiele, auf die möglichen Herausforderungen und Chancen, die Peripherisierungen für regionale Entwicklung bieten können, abschließend eingegangen werden sowie die Frage diskutiert werden, wie die regionale Ebene mit Peripherisierungen umgeht, sie bewertet und möglicherweise für ihre Zwecke nutzt.

ROKKAN und URWIN sprechen von einer *opportunity structure*, einer Möglichkeits- oder Gelegenheitsstruktur, in dessen festen, durch das Zentrum vorgegebenen Rahmen den Akteuren Spielräume des Handelns gegeben sind (1983, S. 3). Dabei werden die extern stark beeinflussten Handlungsräume (Peripherisierung) von den Akteuren in der Peripherie unterschiedlich ausgefüllt und genutzt. Diese unterschiedliche Nutzung der Möglichkeits- und Gelegenheitsstruktur, d. h. das Erkennen und Ausfüllen von sich ergebenden Handlungsspielräumen in der Interaktion zwischen Zentrum und Peripherie, bei zeitgleicher Akzeptanz der Zentrum-Peripherie Beziehungen, kann auch für die

beiden Beispielgebiete konstatiert werden (→ Mögliche Auswirkungen von Peripherisierungsprozessen auf die regionale Entwicklung - Ergebnisse und Interpretation der Befragungen, S. 156ff). Dabei werden diese Handlungsspielräume von den jeweiligen regionalen Akteuren unterschiedlich genutzt und bewertet. Die Nutzung und Bewertung ist wiederum abhängig von Determinanten (siehe S. 170ff) und damit in ihren Ursachen und Wirkungen mehrdimensional.

In Anlehnung an die von der OECD 1995 eingeführten Regionstypisierung für die Russländische Föderation (MAURSETH 2001, S. 110 zit. n. OECD 1995), kann ein „*introvertierter*“ bzw. „*extrovertierter*“ Aktionstypus in Bezug auf die Inwertsetzung der stattfindenden Peripherisierungsprozesse erkannt werden. Die OECD führte 1995 zur Beschreibung und Unterscheidung russländischer Regionen im Transformationsprozess die Begriffe „*introvert*“ und „*extrovert regions*“ ein. Unter „*introvert regions*“ wurden die Regionen zusammengefasst, die durch den militärisch-industriellen Komplex oder den agroindustriellen Komplex und die Nahrungsmittelproduktion dominiert wurden. Aufgrund ihrer Ausrichtung und der Größe der Kombinate, die oftmals hochspezialisierte Erzeugnisse nicht für den regionalen Markt, sondern für die gesamte Sowjetunion produzierten, und des Verlustes ihres gesicherten Absatzmarktes sowie der erhöhten Transportkosten drohten diese Regionen sich von der ökonomischen Entwicklung abzukoppeln. Den „*extrovert regions*“ gehörten die ressourcenreichen Peripherien, die beiden Zentren St. Petersburg und Moskau und Regionen mit „*gateway*“ Funktion wie beispielsweise Küstenregionen mit wichtigen Hafenstandorten an. Interessanterweise wurde neben der ökonomischen Spezialisierung und Funktion auch die Zusammensetzung und Ausrichtung der gesellschaftlichen und politischen Eliten der jeweiligen Region einbezogen und in engem Zusammenhang mit der ökonomischen Ausrichtung gesehen. So wurde den „*extrovertierten Regionen*“ ein liberaleres, offeneres, reformfreudiges Regionalmanagement zugeschrieben, wohingegen die „*introvertierten Regionen*“ eher konservativ geführt würden. Akteure in „*extrovertierten Regionen*“ verfügen über ein wesentlich höheres Potenzial, die Herausforderungen der Transformation zu meistern, als in „*introvertierten Regionen*“, so eine These der OECD Studie. Obwohl diese Kategorisierung in zwei Typen relativ grob und holzschnittartig ist, liefert sie mit ihrer Typisierung ein erstes Strukturierungsschema zur Erklärung und Abschätzung der ablaufenden unterschiedlichen Entwicklungsprozesse von Gebieten im Kontext der russländischen Transformation.

Sowohl die wirtschaftliche Ausrichtung einer Region als auch das politische Klima haben eine wichtige Rolle für die Überwindung der Krise gespielt, und eine Vielzahl von Faktoren, analog zu den Faktoren der Peripherisierung, haben Einfluss auf die Ausrichtung der Regionalpolitik und den räumlich funktionalen Wandel gehabt. Greift man die Regionsbezeichnungen mit allen ihren Vereinfachungen für die Zusammenfassung der Ergebnisse auf und bezieht neben den historisch-genetischen ökonomischen Faktoren, die bereits im Vorfeld der Schlussfolgerungen dargelegten Faktoren von Peripherisierungen ein, so kann festgestellt werden, dass man in Bezug auf Kooperation und Integ-

ration bei den Aushandlungsprozessen und Interaktion zwischen der regionalen Ebene und der beiden Zentren, der föderalen Ebene der Russländischen Föderation und der EU, im Gebiet Kaliningrad eher eine introvertierte Situation vorherrscht, wobei sich die Qualität und die Ursachen im Laufe der letzten fünfzehn Jahre verändert haben. In den 1990er und noch in den Anfangsjahren des 21. Jahrhunderts waren die Akteure im Gebiet Kaliningrad und insbesondere die politische Elite mit sich selbst beschäftigt. Machterhalt und persönliche Bereicherung standen oftmals im Vordergrund wichtiger Entscheidungen hinzu kam die allgegenwärtige Korruption und die extreme Trägheit der Behörden (→ „Hongkong an der Ostsee“ Zwischen Freier Wirtschaftszone und Sonderwirtschaftszone - Aspekte der Entwicklung zwischen 1991 und 2000, S. 112ff). Ein heutiges Beispiel für diese „Introvertiertheit“ kann in den Aussagen der Befragten im Gebiet Kaliningrad gesehen werden, die eine Forderung nach mehr föderaler Intervention und nach mehr föderaler Rahmensetzung beinhalten (S. 144) und eine fehlende Kaliningradstrategie beklagen.

Ein weiterer Aspekt, der eine mögliche Introvertiertheit belegt, ist die fehlende Informationsstrategie und Transparenz gegenüber den Medien, insbesondere den westlichen Medien. Aufgrund der besonderen Stellung, die das Gebiet Kaliningrad als rusländische Exklave und Enklave in der Europäischen Gemeinschaft und der NATO einnimmt, rückt das Gebiet immer wieder in den Fokus westlicher Politik, der Medien und nicht zuletzt der Wissenschaft. Dabei wird oftmals aus westlicher Sicht auf die Ereignisse in dem Gebiet geblickt. Die Hintergründe rusländischer Kaliningradpolitik werden selten angesprochen und berücksichtigt, obwohl sie doch entscheidend für die Entwicklung des Gebietes sind. KARABESHKIN und WELLMANN beschreiben das vorherrschende Bild der rusländischen Kaliningradpolitik im Westen mit den Worten: „*Russia's Kaliningrad-related activity (or inactivity) is mainly dealt with, as [if] it [...] emanated from a black box and is the result of more or less spontaneous decisions taken by a few top-level institutions*“ (KARABESHKIN, WELLMANN 2004, S. 8). Der Eindruck einer spontan reagierenden und teilweise konzeptlosen Politik der regionalen und föderalen Ebene wird unterstellt. Dabei wurde genau dieser Vorwurf gegenüber der EU von Seiten der Kaliningrader Befragten erhoben. Eine defensive Kommunikationsstrategie der regionalen, aber auch der föderalen Ebene in Bezug auf das Gebiet Kaliningrad, die in gewisser Weise die „Introvertiertheit des Gebietes“ spiegeln, tragen zu diesem Phänomen bei.

Die Situation im Gebiet Murmansk kann dagegen eher als „extrovertiert“ beschrieben werden. Hier wird aufgrund der besonderen regionalen Situation, der relativen Abgelegenheit und dem besonderen Engagement der nordischen Länder und den daraus resultierenden positiven Erfahrungen mit der grenzüberschreitenden Kooperation, (Infrastrukturausbau, ökologische Sicherheit), trotz enormer militärischer Präsenz eine progressive Zusammenarbeit betrieben (→ Regionale Strategien der Stabilisierung von militärischen Einheiten während der Krisenjahre am Beispiel Murmansk, S. 164f und

S. 178f). Dabei spielt, wie sich gezeigt hat, das Verhältnis zu den Nachbarregionen und Ländern eine wesentliche Rolle.

7.3.1.2 „ZwischenRäume“

Beide Gebiete können aufgrund ihres tiefgreifenden räumlich-funktionalen Wandels und der besonderen Lage und Beziehungen zwischen zwei Ordnungssystemen als „ZwischenRäume“ definiert werden. Dabei ist dieser Begriff mehrdimensional zu verstehen. Einerseits soll er den Veränderungsprozessen Rechnung tragen, die zum Zeitpunkt der Untersuchung nur ein Zwischenergebnis bzw. eine Momentaufnahme zulassen (→ Der Systembruch als Auslöser des räumlich funktionalen Wandels, S. 13f). Andererseits soll der Begriff dem Phänomen der besonderen Beachtung der Gebiete durch die Europäische Union und die Russländische Föderation, die mit ihren sehr unterschiedlichen Strukturen, unterschiedlichen politisch-kulturellen Visionen und Realitäten (→ Die RF und die EU zwischen nationalen Machtpolitiken und supranationaler Machtteilung, S. 73f) auf die Entwicklung in den Gebieten Einfluss nehmen, Rechnung tragen.

Der externe Einfluss von Seiten der EU und anderer internationaler Institutionen darf aber nicht überbewertet werden. Wichtigstes Zentrum in ökonomischer, kultureller, militärischer und administrativer Hinsicht ist das föderale Zentrum. Dies gilt sowohl für das Gebiet Kaliningrad, als auch für das Gebiet Murmansk. Im Bereich der Ökonomie und Kultur nehmen die zentrifugalen Kräfte vor allem im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich jedoch zu, hier ist in beiden Gebieten eine verstärkte Westorientierung spürbar wobei als Reaktion auf diese Orientierungsprozesse auch Gegentrends zu beobachten sind.

Problematisch gestaltet sich die Umsetzung der von der EU propagierten Werte und Normen gerade in Staaten ohne Beitrittsperspektive. Die Instrumente, die der Europäischen Union zur Verfügung stehen sind begrenzt und wie im Fall der Beziehungen zur Russländischen Föderation, die sich zunehmend auf gleicher Augenhöhe mit der Union sieht und eine globale schleichende internationale Aufwertung dank ihrer Rohstoffe erfährt, zum Teil kontraproduktiv. Hinzu kommt, dass viele der Mitgliedsstaaten der EU bilaterale Beziehungen mit der Föderation pflegen, die in erster Linie wirtschaftlichen Interessen dienen und die multilateralen Elemente der Beziehungen überlagern. Diese Westorientierung sowohl im ökonomischen als auch im kulturellen Bereich ist aber kein alleiniges Phänomen der untersuchten Grenzregionen. Diese Prozesse finden in sehr vielen Gebieten bzw. Subjekten der Föderation statt.

Beide Gebiete, als Teile der Russländischen Föderation, stehen in einem besonderen Spannungsfeld zwischen Europäischen Wirtschafts- und zunehmend auch Sozialraum und einer immer stärker zentralistisch ausgerichteten Föderation, und möglicherweise führt diese besondere Situation in den „ZwischenRäumen“ zu neuen Formen der Beziehungen zwischen den beiden Ordnungssystemen. Und schließlich und letztendlich entwickeln sich nicht „Pilotregionen“ mit Vorbildcharakter, sondern temporäre Sonder-

formen, also „*ZwischenRäume*“, aus denen man dann Konsequenzen für mögliche Kooperationsformen ziehen kann.

Europa ist wesentlich mehr als die Europäische Union. Auch wenn sich die meisten Staaten Europas aus verständlichen und nachvollziehbaren Gründen um eine Mitgliedschaft bemühen, wird es auf absehbare Zeit kein monoinstitutionelles Europa geben. Auch bei der EU steht die Vielfalt im Vordergrund und die Krise in den peripherisierten Gebieten Nordwestrusslands birgt auch die Chance neuer Formen der Organisation und der Integration.

7.3.2 Schlussbemerkung

Aus den vorangegangenen Überlegungen wird deutlich, dass eine Peripherie, wie immer man sie definiert, nicht a priori marginal oder gar exkludiert ist.

Räumliche Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse sind Teil unserer gesellschaftlichen Entwicklung und mit dieser stark gekoppelt (vgl. BARTELS 1978). Die kulturelle und ökonomische Entwicklung einer arbeitsteiligen Gesellschaft auf den unterschiedlichsten Maßstabsebenen ist von Unterschieden, Ungleichheit - eben Disparitäten - geprägt, die man positiv formuliert als Vielfalt und Verschiedenartigkeit definieren kann. Regionale Disparitäten sind eine Konstante in der gesellschaftlichen Entwicklung (Wirtschaft, Kultur, Politik, Zusammenleben) (vgl. BARTELS, 1978). Die Gründe für diese Differenzierungsprozesse liegen im primären Entwicklungspotenzial (z. B. Naturressourcen, Lagegunst), der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Statusdifferenzierung, der kumulativen Prozesse (vgl. MYRDAL 1974) und einer auf Konzentration (Wachstumspole, *polarisation reversal*) ausgerichteter Raumwirtschaftspolitik. Aufgrund dieser räumlich und zeitlich ungleichförmig verlaufenden Entwicklung werden disparitäre Entwicklungen auch zukünftig die Raumstruktur als Teil unserer gesellschaftlichen Entwicklung wesentlich prägen.

Neutral formuliert stellen die Begriffe „Zentrum“ und „Peripherie“ ein funktionales, von Arbeitsteiligkeit geprägtes Gebilde dar. Die Begriffe Zentrum und Peripherie sind Teil desselben Systems. Sie bedingen und beeinflussen einander. Jedes Zentrum braucht eine Peripherie, um als Zentrum existieren zu können. Zentrum und Peripherie sind somit keine gegensätzlichen Begriffe. Zu jedem Zentrum gehört eine Peripherie und die Bewertung des jeweiligen Teilsystems bzw. -begriffes ist subjektiv (→ Schlussfolgerungen: Zentrum und Peripherie als geographischer Forschungsansatz, S. 34f).

Die Differenzierung in Zentrum und Peripherie kann aber sehr hilfreich sein, um raumstrukturelle Veränderungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen zu beschreiben und zu verstehen. Dabei ist eine klare Definition und Operationalisierung der Begriffe für jede Maßstabsebene notwendig.

8. Literatur

Aufgrund der Tatsache, dass einige Autoren in englischer, deutscher bzw. in russischer Sprache publiziert haben und die Transkription bzw. Transliteration unterschiedlich verwendet wurden, kommt es zu unterschiedlichen Schreibweisen der Autorennamen. Dies gilt analog für die benannten Quellen im Text.

- ADMINISTRAZIJA KALININGRADSKOJ OBLASTI (2001, Hrsg.): Model' rasvitija Kaliningradskoj oblasti rossii do 2010 goda (Modell der Entwicklung des Kaliningrader Gebietes Russlands bis 2010). Kaliningrad.
- AKADEMIJA NAUK SSSR (1989, Hrsg.): Geografija i problemy regional'nogo razvitija (Geographie und Probleme der regionalen Entwicklung). Moskau.
- AUSWÄRTIGES AMT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (2005, Hrsg.): Wirtschaftsdatenblatt Russische Föderation. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?typ_id=24&land_id=140. Zugriff: 17.01.2006.
- AVERRE, D. (2003): Transborder security and regionalism. In: HERD, G., P., A. ALDIS (2003, Hrsg.): Russian regions and regionalism: Strength through weakness, London, New York. S. 63-81.
- BAEV, P. (2003): Military aspects of regionalism. In: HERD, G., P., A. ALDIS (2003, Hrsg.): Russian regions and regionalism: Strength through weakness, London, New York. S. 120-137.
- BALLAS, D., T. KALOGERESIS, L. LABRIANIDIS (2003): A comparative study of typologies for rural areas in Europe. <http://www.jyu.fi/ersa2003/cdrom/papers/515.pdf>. Zugriff am: 19.05.2004.
- BANGO, J. (1998): Auf dem Weg zur postglobalen Gesellschaft. Verlorenes Zentrum abgebaute Peripherie, „erfundene“ Region. Berlin.
- BANGO, J. (2003): Theorie der Sozio-region. Einführung durch systemische Beobachtungen in vier Welten. Berlin.
- BARTELS, D. (1978): Raumwissenschaftliche Aspekte sozialer Disparitäten. Hans Bobek zum 75. Geburtstag In: Mitteilungen der österreichischen Geographischen Gesellschaft 120, S. 227-242. Wien.
- BATHELT, H., J. GLÜCKLER (2002): Wirtschaftsgeographie. Stuttgart.
- BEER, B. (2003, Hrsg.): Methoden und Techniken der Feldforschung. Berlin.
- BEREND, I. T. (2005): Globalisierung und ihre Auswirkungen auf Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländer. In: SÜDOSTEUROPA. MITTEILUNGEN, H. 3. München, S. 5-15.
- BERNARD, H. R. (1995): Research Methods in Anthropology. Walnut Creek.
- BIRCKENBACH, H.-M., C. WELLMANN (2003): Kaliningrad im Brennpunkt. Empfehlungen der Kieler internationalen ad-hoc Expertengruppe zu Kaliningrad. In: OSTEUROPA, H. 2-3. Stuttgart, S. 376-380.
- BLAKKISRUUD, H. (2001): The Russian Regionalisation Process: Decentralisation by Design or Disintegration by Default? In: HØNNELAND, G., H. BLAKKISRUUD (Hrsg.): Centre-Periphery Relations in Russia. The case of the Northwestern regions. Aldershot, S. 61-89.
- BLOTEVOGEL, H. H. (1991, Hrsg.): Europäische Regionen im Wandel Strukturelle Erneuerung, Raumordnung und Regionalpolitik im Europa der Regionen. Dortmund.
- BOGNER, A., B. LITTIG, W. MENZ (2002, Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen.
- BOGNER, A., W. MENZ (2002): Das theoriegenerierte Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: BOGNER, A., B. LITTIG, W. MENZ (2002, Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, S. 33-70.
- BOHLE, D. (2002): Europas neue Peripherie. Polens Transformation und transnationale Integration. Münster.
- BOOCKMANN, H. (1995): Ostpreußen und Westpreußen. In: Deutsche Geschichte im Osten Europas. Berlin.
- BORSODORF, A. (1999): Geographisch denken und wissenschaftlich arbeiten: Eine Einführung in die Geographie und in Studientechniken. Gotha.
- BÖTTCHER, W. (2004, Hrsg.): JAHRBUCH 03/04 Subsidiarität-Regionalismus-Föderalismus. Schwerpunkt: Kaliningrad. In: REGION - INTERNATIONALES FORUM FÜR LOKALE UND GLOBALE ENTWICKLUNG, Bd. 2. Aachen.
- BØHMER, N., et. al. (2001): The Arctic Nuclear Challenge. In: Bellona Report Vol. 3. Oslo.
- BRADÉ, I. M. SCHULZE (1997): Rußland – aktuell. In: KNAPPE, E., S. LENZ (Hrsg.): Daten. Fakten. Literatur zur Geographie Europas, Bd. 4, Leipzig.
- BRADÉ, I. F.-D. GRIMM (1998, Hrsg.): Städtesysteme und Regionalentwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Leipzig.
- BRADÉ, I., J. PERZIK, D. PITERSKI (1998): Die Raum-, Regional- und Städteplanung in der früheren UdSSR. Voraussetzungen für die Herausbildung des gegenwärtigen Städtesystems in der Russischen Föderation. In: BRADÉ, I. F.-D. GRIMM (1998, Hrsg.): Städtesysteme und Regionalentwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Leipzig, S. 7-71.
- BRADÉ, I. (2002, Hrsg.): Die Städte Russlands im Wandel. Raumstrukturelle Veränderungen am Ende des 20. Jahrhunderts. Leipzig.
- BRADÉ, I., D. PITERSKI (2002): Zur Raum- und Regionalplanung in der UdSSR und in Russland. In: Standort, 26. Jg., H. 4, S. 166-172.

- BRADSHAW, M. (2003): Sakhalin oblast. Sectoral globalisation. In: HERD, G., P., A. ALDIS (2003, Hrsg.): Russian regions and regionalism: Strength through weakness, London, New York. S. 141-163.
- BRÖMS, P. (1995): Living on the Edge: The „Russian Problem“ of the Barents Region's Security Problem-atique. In: CERUM (Hrsg.): Northern Studies Working Paper No. 7. Umeå.
- BRUNSTAD, B., et. al. (2004): Big Oil Playground, Russian Bear Preserve or European Periphery? The Russian Barents Region towards 2015. Delft.
- BUHBE, M. (2004): Zwischen Transformation und Sowjetunion. Eine Umfrage zum Gesellschaftsbild der Russen. In: FORSCHUNGSSTELLE OSTEUROPA (Hrsg.): RUSSLANDANALYSEN, Nr. 51, auf: <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen51.pdf>. Zugriff: 27.01.2005.
- BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN (1999, Hrsg.): Wirtschaftstransformation in Osteuropa. Globalisierungstendenzen und Sonderwege. Köln.
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (2006, Hrsg.): Russland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 11/2006). <http://www.bpb.de/files/HM5NZ3.pdf>. Zugriff: 11.04.2006.
- BUSYGINA, I. (2004): Der russische Föderalismus: wichtige Ergebnisse (1990-2003). In: BÖTTCHER, W. (2004, Hrsg.): JAHRBUCH 03/04 Subsidiarität-Regionalismus-Föderalismus. Schwerpunkt: Kaliningrad. In: REGION - INTERNATIONALES FORUM FÜR LOKALE UND GLOBALE ENTWICKLUNG, Bd. 2. Aachen, S. 19-33.
- CLAVAL, P. (1980): Centre / periphery and space: Models of political geography. In: GOTTMANN, J. (Hrsg.): Centre and Periphery. Spatial Variations in Politic. Beverly Hills, London. S. 63-71.
- COPUS, A. K. (1999): Peripherality and Peripherality Indicators Deciding what is central and what should be called peripheral is a highly debated - and a highly political - issue. In: NORTH. THE JOURNAL OF NORDREGIO., Vol. 10. Jg., H. 1, S. 11-15.
- CYFFKA, B., M. ZIERDT (1997): Industrieagglomerationen auf der Halbinsel Kola. Zu den Auswirkungen von Bergbau und Industrie auf die Umwelt. In: ZEITSCHRIFT FÜR DEN ERDKUNDEUNTERRICHT, H. 5, S. 196-204.
- CYFFKA, B. (2001): Möglichkeiten der dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung einer stark belasteten Landschaft in Russisch-Lapland durch gezielten strukturellen Landnutzungswandel. In: Göttinger Geographische Abhandlungen, H. 108. Göttingen.
- DOIBAN, V., M. PRETES, A. SEKAREV (1992): Economic development in the Kola region, USSR: an overview. In: POLAR RECORD 28 (164). S. 7-16.
- DÖNHOF, M. (1988): Kindheit in Ostpreussen. München.
- ECKERT, D. (2004): Le monde russe, Paris.
- EHLERS, K. (2005): Russland: Aufbruch oder Umbruch? Zwischen alter macht und neuer Ordnung. Gespräche und Impressionen. Dornach.
- EIMERMACHER, K. (2004): Staatsmacht ohne Volk. Das System Putin und die Zukunft Russlands. In: OST-EUROPA, H. 3. Stuttgart, S. 59-66.
- EISINGER, A. (1999): Architektur und Städtebau im postindustriellen Zeitalter. Einige Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung vor dem Hintergrund der schweizerischen Debatten seit dem II. Weltkrieg. In: Werk, Bauen und Wohnen, Nr. 11/1999. Zürich.
- EKSPERT (2004): Invesizionny potenzial rossiiskich regionov v 2003-2004 gg. (Investitionspotenzial der russischen Regionen 2003-2004). <http://www.expert.ru/expert/ratings/regions/reg2004/tab5.htm>. Zugriff: 22.02.2005.
- ESKELINEN H., F. SNICKARS (1995) (Hrsg.): Competitive European Peripheries. In: BATTEN, D., et. al. (Hrsg.): Advances in Spatial Science. Berlin.
- ESKELINEN, H. (2000): Cooperation Across the Line of Exclusion: The 1990s Experience at the Finnish-Russian Border. In: VAN DER VELDE, M., H. VAN HOUTUM (Hrsg.): Borders, Regions, and People. London, S. 137-150.
- ETTNER, H. (2005): Föderalismus – To be or not to be? Das Gebiet Sverdlovsk in Rußlands Föderationsgefüge. In: OSTEUROPA, H. 2. Stuttgart, S. 58-74.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999, Hrsg.): EUREK. Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union. Luxemburg.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2001, Hrsg.): Zweiter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004, Hrsg.): Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2006, Hrsg.): Kaliningrad and EU enlargement: a border, not a barrier. http://www.delrus.cec.eu.int/en/cis_8.htm. Zugriff: 11.04.2006
- EUROSTAT (2005): diverse Pressemitteilungen. <http://europa.eu.int/comm/eurostat/>. Zugriff: 16.01.2006.
- FASSMANN, H. (1997): Regionale Transformationsforschung. Theoretische Begründung und empirische Beispiele. In: MAYR, A. (Hrsg.): Regionale Transformationsprozesse in Europa. Festveranstaltung und Tagung anlässlich der 100-Jahr-Feier des Instituts für Länderkunde und Jahrestagung der Deutschen Akademie für Landeskunde. Beiträge zur Regionalen Geographie, Bd. 44. Leipzig. S. 30-47.
- FISCHER, S. (2006): Der Russland-EU Gipfel in Sotschi. In: FORSCHUNGSSTELLE OSTEUROPA (Hrsg.): russlandanalysen 102/06 online: www.russlandanalysen.de. Zugriff: 12.09.2006
- FJODOROW, G. (2004): Das Kaliningrader Gebiet – Eine Region der Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union. In: KALININGRADER STAATLICHE UNIVERSITÄT (Hrsg.): Region der Zusammenarbeit, H. 7 (25). Kaliningrad.

- FRIEDLEIN, G., L. RUDENKO (2002): Die Relativität des Strukturbegriffs „Peripherer Raum“ in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. In: *Europa Regional*, H. 3. Leipzig. S. 96-99.
- FRIEDMANN, J. (1973): *Urbanization, Planning and National Development*. Beverly Hills, London.
- FROBARTH, V. (2001): Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Rußlands 1991-2000. Berlin.
- GANUŠENKO, N. (1999): Westeuropa und der Osten I. Die EU-Osterweiterung. In: BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN (Hrsg.): *Wirtschaftstransformation in Osteuropa. Globalisierungstendenzen und Sonderwege*. Köln, S. 6-10.
- GINZBURG, S. (2003): Die Interessen der Kaliningrader sind die Interessen Rußlands. In: *OSTEUROPA*, H. 2-3. Stuttgart, S. 387-393.
- GLÄSER, J., G. LAUDEL (2004): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden.
- GLÄSER, E., R. LINDEMANN, J.-F. VENZKE (2003, Hrsg.): *Nordeuropa*. Darmstadt.
- GÖLER, D. (2002a): Rückzug aus der nördlichen Peripherie. Räumliche Konsequenzen der Abwanderung aus dem Hohen Norden Sibiriens. In: *PRAXIS GEOGRAPHIE*, 32, H. 1, S. 10-13.
- GÖLER, D. (2002b): Russlands nördliche Peripherie – Raum ohne Perspektive? Regionale Transformationsforschung im sibirisch-fernöstlichen Norden. In: RUPPERT, G. (Hrsg.): *uni.vers Das Magazin der Otto-Friedrich-Universität Bamberg*, H. 03. Bamberg, S. 48-49.
- GÖLER, D. (2004): Rückzug aus der nördlichen Peripherie Russlands? Jüngere räumliche Entwicklungen im hohen Norden Ostsibiriens und des Fernen Ostens – ein Beitrag zur peripheren Transformationsforschung. Leipzig.
- GÖTZ, R. (2006): Deutschland und Russland – „strategische Partner“?. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): *APuZ 11/2006*. Bonn, S. 14-23.
- GÖTZ, R. (2003): Die Reform der öffentlichen Wirtschaft in Rußland. in: *OSTEUROPA-WIRTSCHAFT*, 48. Jhg, H. 3. Stuttgart, S. 214-243.
- GÖTZ, R. (2003): Rußland und seine Unternehmer. Der Fall Chodokowskij. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=467&PHPSESSID=133cb42c5e4f329455685ba3ddb1e1fc. Zugriff: 7.09.2004.
- GÖTZ, R. (2002): Rußlands mittel- und langfristige Wirtschaftsentwicklung. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=241. Zugriff: 5.4.2004.
- GRIZAJ, O. V., G. V. IOFFE, A. I. TREJVISH (1991): *Zentr I periferija v regional'nom razvitii*. Moskau.
- HALLER, M., F. HÖLLINGER (1995): Zentren und Peripherien in Europa. Eine analyse und Interpretation der Verschiebungen zwischen dem ersten und dritten Viertel des 20. Jahrhunderts. In: *HISTORICAL SOCIAL RESEARCH*, Vol. 20-1995-No. 2. S. 8-54.
- HANSEN, J., J. NAUSTDALSLID, J. SEWEL (1983, Hrsg.): *Periphery: Theory and Practice*. 6th International Seminar on Marginal Regions. Bergen, Sogndal.
- HARD, G. (2002): *Landschaft und Raum. Aufsätze zur Theorie der Geographie*, Band 1, Osnabrück.
- HEIN, W. (1998): *Unterentwicklung, Krise der Peripherie. Phänomene – Theorien – Strategien*. Opladen.
- HEIN, W. (1998): *Unterentwicklung – Krise der Peripherie*, Opladen.
- HEINEMANN-GRÜDER, A. (2001): Der asymmetrische Föderalismus Russlands und die Rolle der Regionen. In: HÖHMANN, H.-H., H.-H. SCHRÖDER (2001, Hrsg.): *Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Meppel, S. 78-86.
- HEINTEL, M. (1998): *Einmal Peripherie - immer Peripherie? Szenarien regionaler Entwicklung anhand ausgewählter Fallbeispiele*. Wien.
- HERD, G., P., A. ALDIS (2003, Hrsg.): *Russian regions and regionalism: Strength through weakness*, London, New York.
- HILLENBRAND, O. I. KEMPE (2003, HRSG.): *Der schwerfällige Riese. wie Russland den Wandel gestalten soll*, Gütersloh.
- HÖHMANN, H.-H., H.-H. SCHRÖDER (2001, Hrsg.): *Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Meppel.
- HØNNELAND, G., H. BLAKKISRUUD (2001, Hrsg.): *Centre-Periphery Relations in Russia. The case of the North-western regions*. Aldershot.
- HUBEL (2002, Hrsg.): *EU Enlargement and Beyond: The Baltic States and Russia*. Berlin.
- ICKES, B., G. OFER (2005): *The political economy of structural change in Russia*. <http://www.econ.psu.edu/~bickes/pescr.pdf>. Zugriff: 18.01.2005.
- INFORMAZIONNO-ANALITIČESKOE UPRAVLENIE PRAVIT'ELSTVO MURMANSKOI OBLASTI, et. al. (2004, Hrsg.): *Murmanskaâ oblast' 2004*. <http://2004.murman.ru>. Zugriff: 14.06.2005.
- IOFFE, G., T. NEFEDOVA (1997): *Continuity and Change in Rural Russia. A Geographical Perspective*. Colorado, Oxford.
- JOENNIEMI, P. (2002): Kaliningrad – A 'Little Russia' within the European Union. In: HUBEL (2002, Hrsg.): *EU Enlargement and Beyond: The Baltic States and Russia*. Berlin. S. 417-446.
- JOHANSSON, E. (2002): EU Foreign Policy and Subregionalization in North-Eastern Europe. In: HUBEL (2002, Hrsg.): *EU Enlargement and Beyond: The Baltic States and Russia*. Berlin. S. 371-392.
- JØRGENSEN, A.-K. (2001): HØNNELAND, G., H. BLAKKISRUUD (Hrsg.): *Centre-Periphery Relations in Russia. The case of the Northwestern regions*. Aldershot, S. 187-210.
- JUSSILA, H., R. MAJORAL, B. CULLEN (2002, Hrsg.): *Sustainable Development and Geographical Space. Issues of population, environment, globalization and education in marginal regions*. Aldershot.
- KALININGRADSKIJ GOSUDARSTVENNYJ UNIVERSITET (2002, Hrsg.): *Geografičeskij atlas Kaliningradskoj oblasti (Geographischer Atlas des Kaliningrader Gebiets)*. Kaliningrad.

- KARABESHKIN, L., C. WELLMANN (2004): The Russian Domestic Debate on Kaliningrad. Integrity, Identity and Economy. In Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, Bd. 11. Kiel.
- KARGER, A. (1987, Hrsg.): Sowjetunion, FISCHER LÄNDERKUNDE, Bd. 9, Frankfurt am Main.
- KEEBLE, D. P. L. OWENS, C. THOMPSON (1981): The Influence of Peripheral and Central Locations on the Relative Development of Regions. Cambridge.
- KEEBLE, D. (1991): Core-Periphery Disparities and Regional Restructuring in the European Community of the 1990s In: BLOTEVOGEL, H. H. (Hrsg.): Europäische Regionen im Wandel Strukturelle Erneuerung, Raumordnung und Regionalpolitik im Europa der Regionen. Dortmund. S. 49-68.
- KESSLER, W. (1991): Rußland-PLOETZ. Russische und sowjetische Geschichte zum Nachschlagen. Freiburg, Würzburg.
- KIBELKA, R. (2001): Ostpreußens Schicksalsjahre. 1944-1948. Berlin.
- KISMUL, V., J. JERRE, E. LØBERSLI (1992, Hrsg.): Effects of air pollutants on terrestrial ecosystems in the border area between russia and norway. Oslo.
- KLEIN, M., K. ARZHEIMER (1999): Ranking- und Rating-Verfahren zur Messung von Wertorientierungen, untersucht am Beispiel des Ingelhart-Index. Empirische Befunde eines Methodenexperiments. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 51, H. 3, S. 550-564.
- KLEMEŠEV, A. P. (2005): Problema eksklavnosti v kontekste globalizazii (Das Problem der Exklave im Kontext der Globalisierung). St. Petersburg.
- KLÜTER, H. (1992): Russland und die Auflösung der Sowjetunion. Ursachen und Folgen aus wirtschafts-geographischer Sicht. In: GEOGRAPHISCHE ZEITSCHRIFT, H. 1. Stuttgart, S. 20-38.
- KLÜTER, H. (2000): Der Norden Russlands – vom Niedergang einer Entwicklungsregion. In: Geographische Rundschau, H. 12. Braunschweig, S. 12-20.
- KNAPPE, E. (2004): Kaliningrad aktuell. In: KNAPPE, E., S. LENZ (Hrsg.): Daten. Fakten. Literatur zur Geographie Europas, Bd. 7, Leipzig.
- KNAPPE, E. (2003): Eine schwierige Zukunft - Landwirtschaft und ländlicher Raum im Gebiet Kaliningrad. In: OSTEUROPA, H. 2-3. Stuttgart, S. 336-351.
- KÖNIG, H. (1998): Rußland und die Neuordnung Europas. Bericht über die erweiterte Redaktionskonferenz 1997. In: OSTEUROPA, H. 5. Stuttgart, S. 467-484.
- KOPMANN, M. (2005): Kaliningrad – Identitätssuche zwischen Ost und West, Vergangenheit und Zukunft. Unveröffentl. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen des 1. Staatsexamens. Münster.
- KOSTYASHOV, J. (2004): Zum Umgang mit dem deutschen Erbe nach dem Krieg in der Oblast Kaliningrad. In: BÖTTCHER, W. (2004, Hrsg.): JAHRBUCH 03/04 Subsidiarität-Regionalismus-Föderalismus. Schwerpunkt: Kaliningrad. In: REGION - INTERNATIONALES FORUM FÜR LOKALE UND GLOBALE ENTWICKLUNG, Bd. 2. Aachen, S. 75-86.
- KOUZNETSOVA, O. (2004): Gegenwart und Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets Kaliningrad. In: BÖTTCHER, W. (2004, Hrsg.): JAHRBUCH 03/04 Subsidiarität-Regionalismus-Föderalismus. Schwerpunkt: Kaliningrad. In: REGION - INTERNATIONALES FORUM FÜR LOKALE UND GLOBALE ENTWICKLUNG, Bd. 2. Aachen, S. 61-73.
- KRÄTKE, S. (2001): Regionale Wirkungen der EU-Osterweiterung. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12, Bonn, S. 769-778.
- KRÄTKE, S. (1998): Regionale Integration oder fragmentierte Entwicklung? Die deutsch-polnische Grenzregion im Transformationsprozeß. In: ZEITSCHRIFT FÜR WIRTSCHAFTSGEOGRAPHIE. Jg. 42, H. 2, Bad Soden, S. 117-130.
- KRÄTKE, S., S. HEEG, R. STEIN (1997): Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen „Ost“ und „West“, Frankfurt/Main.
- KROMREY, H. (2000): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung. Opladen.
- KUZNETSOV, N. (2003): Russian-International Collaboration on Kaliningrad's Borders. Online unter: <http://www.iiss.org/publications/russian-regional-perspectives-journal/volume-1---issue-3/rus-intl-collaboration-on-kaliningrads-border>
- LABRIANIDIS, L. (2004, Hrsg.): The Future of Europe's Rural Peripheries
- LAPIN LIITTO (2004): Lapland by figures 2004. <http://www.lapinliitto.fi/julkaisut/tt2004eg.pdf>. Zugriff: 24.01.2005.
- LEHNDORFF, H. (2002): Ostpreussisches Tagebuch. München.
- LESER, H., et. al. (1993): Diercke Wörterbuch der Allgemeinen Geographie. Band 2 N-Z. 7. Auflage. Braunschweig.
- LINDROOS, A. J. (1998): The effect of emissions from the Cu-Ni smelters in the Kola Peninsula on the chemical properties of forest soil. Finnish Forest Research Institute, Research Papers 676, 73. Helsinki.
- LUTTER, H. et. al. (1992): Accessibility and Peripherality of Community Regions: The Role of Road, Long Distance Railway and Airport Networks, Report to the Commission of the EU. Brüssel.
- LUZIN, G., M. PRETES, V. VASILIEV (1994): The Kola Peninsula: Geography, history and Resources. In: ARCTIC, Vol. 47, Nr. 1, S. 1-15.
- MADE, V. (2004): Foreign Policy of the Post-Enlargement European Union: Russian Dimension. In: ESTONIAN SCHOOL OF DIPLOMACY RESEARCH REPORTS 1. Tallinn.
- MAIER, G., F. TÖDTLING (2002): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. Wien, New York.
- MAIN, S. (2003): Kaliningrad. A pilot region? In: : HERD, G., P., A. ALDIS (2003, Hrsg.): Russian regions and regionalism: Strength through weakness, London, New York. S. 224-245.

- MAJOR, V. (2001): Kaliningrad / Königsberg: auf dem schweren Weg zurück nach Europa. Bestandsaufnahme und Zukunftsvisionen aus einer europäischen Krisenregion. In: HAHN, K., et. al. (HRSG.): EUROPA 2000. STUDIEN ZUR INTERDISZIPLINÄREN DEUTSCHLAND- UND EUROPAFORSCHUNG, Bd. 20. Münster, Hamburg, London, Berlin.
- MASKELL, P., H. ESKELINEN, I. HANNIBALSSON, A. MALMBERG, E. VATNE (1998): Competitiveness, Localised Learning and Regional Development. Specialisation and prosperity in small open economies, New York.
- MASSEY, D. (1985): New Directions in Space. In: GREGORY, D., URRY, J. (Hrsg.): Social Relations and Spatial Structures. Basingtoke. S. 9-19.
- MATTHES, E. (1999, Hrsg.): Als Russe in Ostpreußen. Sowjetische Umsiedler über ihren Neubeginn in Königsberg/Kaliningrad nach 1945. Ostfildern.
- MATTHES, E. (2004): Regionales Bewußtsein der Bevölkerung im Gebiet Kaliningrad – Stufen seiner Entwicklung seit 1945. In: BÖTTCHER, W. (2004, Hrsg.): JAHRBUCH 03/04 Subsidiarität-Regionalismus-Föderalismus. Schwerpunkt: Kaliningrad. In: REGION - INTERNATIONALES FORUM FÜR LOCALE UND GLOBALE ENTWICKLUNG, Bd. 2. Aachen, S. 87-100.
- MAURSETH, P. B. (2001): Russian Regions in Transition: Centralisation through Decentralisation? In: HØNNELAND, G., H. BLAKKISRUUD (Hrsg.): Centre-Periphery Relations in Russia. The case of the Northwestern regions. Aldershot, S. 91-129.
- MAYRING, P. (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim, Basel.
- MEIER KRUKER, V., J. RAUH (2005): Arbeitsmethoden der Humangeographie. In: HAAS, H.-D. (Hrsg.): Geowissen Kompakt. Darmstadt.
- MEUSER, M., U. NAGEL (2002): EperInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: BOGNER, A., B. LITTIG, W. MENZ (2002, Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, S. 71-93.
- MINPROM (2006, Hrsg.): Kaliningrad Region. Investor's Handbook. Kaliningrad.
- MISCHKE, J. (2003): Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Deutsche Unternehmen in Kaliningrad. In: OSTEUROPA, H. 2-3. Stuttgart, S. 368-375.
- MOMMSEN, M. (2004): Autoritarismus oder Demokratie? Putins Russland am Scheideweg. In: OSTEUROPA, H. 3. Stuttgart, S. 49-53.
- MOROZOV, V. (2005): The Baltic States and Russia in the new Europe: a neo-Gramscian perspective on the global and the local. In: SMITH, D. (Hrsg.): The Baltic States and their Region. New Europe or old? Amsterdam, New York, S. 275-292.
- MOSHES, A. (2002): Russia, EU Enlargement, and the Baltic States. In: HUBEL (2002, Hrsg.): EU Enlargement and Beyond: The Baltic States and Russia. Berlin. S. 309-320.
- MošES, A. (2003): Pilotregion oder doppelte Peripherie? Ein Kommentar zu Guido Müntel. In: OSTEUROPA, H. 2-3. Stuttgart, S. 265-268.
- MÖLLER, J. (2000): Spezialisierung und räumliche Konzentration der Wirtschaft in einem Europa der Regionen. In: RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG, Jg. 58, H. 5. Köln, S. 363-373.
- MOLTZ, J. C. (1996): Core and Periphery in the Evolving Russian Economy: Integration or Isolation of the Far East? In: POST-SOVIET GEOGRAPHY AND ECONOMICS, 37/3. S. 175-194.
- MÜNTEL, G. (2003): Kaliningrads Weg aus der Isolation? Eine Analyse des Transitkompromisses zwischen der EU und Rußland. In: OSTEUROPA, H. 2-3. Stuttgart, S. 249-261.
- MUNZINGER ARCHIV (2003, Hrsg.): Internationales Handbuch – Länder aktuell. Ravensburg
- MYLLYLÄ, Y., O. ANDREEV (2006): The Development of the north-West Russia and the Delphi-method – evaluation of the industrial, social and logistical developments in the Murmansk Oblast. In: MÖNKKÖNEN, M. (Hrsg.): NORDIA GEOGRAPHICAL PUBLICATIONS Yearbook 2005. Theme issue on regional development, Vol. 34:4. Oulu, S. 37-48.
- MYRDAL, G. (1974): Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Stuttgart.
- Nevalainen, P. (1996): Historical connections of the economy and population of eastern Finland and St. Petersburg. In: VARIS, E., S. PORTER (Hrsg.): Karelia and St. Petersburg. From Lakeland interior to European Metropolis. Jyväskylä, S. 57-69.
- NICHOLSON, M. (2003): Characterising centre-periphery relations in the Yeltsin era. In: HERD, G., P., A. ALDIS (Hrsg.): Russian regions and regionalism: Strength through weakness, London, New York, S. 3 -18.
- NIES, S. (2003): Ach, Kaliningrad. Eine ungewöhnlich gewöhnliche Enklave. In: OSTEUROPA, H. 2-3. Stuttgart, S. 394-409.
- NOHLEN, D. (1999): Raúl Prebisch (1901-1986). Das Zentrum-Peripherie-Modell der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 11. Frankfurt/ Main. S. 316-319.
- NORWEGIAN RADIATION PROTECTION AUTHORITY (2004): Dismantling of RTGs on the Kola Peninsula. NRPA Bulletin Nr. 7, Østerås.
- OECD (1995, Hrsg.): The Russian Federation. In: OECD Economic Surveys. Paris.
- OKSA, J. (1995): Are Leaping Frogs Freezing? Rural Peripheries in Competition. In: ESKELINEN, H., F. SNICKARS (Hrsg.): Competitive European Peripheries. Berlin. S. 183-204.
- OLDBERG, I. (2003): Kaliningrad in der Sicherheits- und Militärpolitik Russlands. In: OSTEUROPA, H. 2-3. Stuttgart, S. 270-285.
- ORLÉNOK, V. (2005, Hrsg.): Geografija jantarnogo kraja Rossii (Geografie der Bernsteinregion Russlands). Kaliningrad.
- PALMOWSKI, T., G. FEDOROV, V. KORNEEVETS (2003, Hrsg.): Economic, Geopolitical and Social Problems of Co-operation between Kaliningrad and Poland. Gdynia.

- PAASI, A. (1995): The Social Construction of Peripherality: The Case of Finland and the Finnish-Russian Border Area. In: ESKELINEN, H., F. SNICKARS (Hrsg.): *Competitive European Peripheries*. Berlin. S. 235-258.
- PAASI, A. (1996): *Territories, Boundaries and Consciousness: The Changing Geographies of the Finnish-Russian Border*. Chichester.
- PAASI (1999): *Boundaries as Social Practice and Discourse: The Finnish-Russian Border*. In: *Regional Studies Association (Hrsg.): Regional Studies*, Vol. 33.7. S. 669-680.
- PAVLOV, N. (2003): *Russia and Europe: Pros and Cons*. In: *INTERNATIONAL AFFAIRS (A Russian Journal of World Politics, Diplomacy & International Relations)*, 49(6). S. 110-26.
- PEDERSEN, J. (1993): *The Baltic Region and the New Europe*. In: CAPPELLIN, R., P.W.J. BATEY (Hrsg.): *Regional Networks, Border Regions and European Integration*. London, S. 135-156.
- PEROVIĆ, J. (2001): *Die Regionen Russlands als innenpolitische Kraft, Chancen und Gefahren des Regionalismus für Russland*, Bern.
- PHILIP, L., TEWDWR-JONES, M., WHITE, S., ALDEN, J. (2001): *Peripherality and spatial planning in Europe: problems of definition, conceptualization and policy applicability*. Aberdeen Papers in Land Economy Nr. 01. Aberdeen.
- PKO KARTOGRAPHIA FEDERAL SERVICE OF GEODESY AND CARTOGRAPHY OF RUSSIA (2000): *Ekologičeskaâ karta Rossii (Ökologische Karte Russlands)*. Moskau.
- PREBISCH, R. (1959): *Commercial Policy in the Underdeveloped Countries*. In: *American Economic Review*, H. 49. S. 251-273.
- RADVILAVICIUS, S. (2004, Hrsg.): *Cross-border Cooperation in the Baltic countries and North-West Russia*. Kopenhagen.
- RAUTIO, V. (2004): *The Potential for Community Restructuring – Mining Towns in Pechenga*. Saarijärvi.
- RISNES, B. (2001): *Relations Between Moscow and the Regions of Northwestern Russia – The Legal Aspect*. In: HØNNELAND, G., H. BLAKKISRUUD (2001, Hrsg.): *Centre-Periphery Relations in Russia. The case of the Northwestern regions*. Aldershot, S. 35-60.
- ROKKAN, S., D. URWIN (1983): *Economy Territory Identity. Politics of West European Peripheries*. London, Beverly Hills, New Delih.
- ROSSISKOJE EKOLOGITSCHESKOJE FEDERALNOJE INFORMAZIONNOJE AGENSTWO (2003, Hrsg.): *Gossudarstvenny doklad. O sostojanii i ob ochrane okruschajuschtschei sredy Rossiskoi Federazii w 2001 gody (staatlicher Bericht. Über den Zustand und über den Schutz der Umwelt in der RF im Jahr 2001)*, Moskau.
- ROSSTAT GOSKOMSTAT ROSSII (2002, Hrsg.): *Rossiski statističeski ježegodnik 2002 (Russländisches statistisches Jahrbuch 2002)*, Moskau.
- ROSSTAT GOSKOMSTAT ROSSII (2004, Hrsg.): *Rossiski statističeski ježegodnik 2004 (Russländisches statistisches Jahrbuch 2004)*, Moskau.
- ROSSTAT GOSKOMSTAT ROSSII (2005a, Hrsg.): *Rossiski statističeski ježegodnik 2005 (Russländisches statistisches Jahrbuch 2005)*. Moskau.
- ROSSTAT (2005b, Hrsg.): *Čislennost' naselenija rossijskoj federazii po gorodam, poselkam gorodskovo tipa i rajonom na 1 janvarja 2005 goda (Bevölkerungsverteilung der Russländischen Föderation nach Städten, Siedlungen städtischen Typs und Raions am 1. Januar 2005)*, Moskau.
- ROSSTAT (2006): *Rossija v zifrah*. Moskau.
- RUDOLPH, R. (2004): *Aufbruch oder Niedergang? Die Zukunft rußländischer Wissenschaftsstädte*. In: *OST-EUROPA*, 54. Jg., 3/2004. S. 82-96.
- RUSSLÄNDISCHE FÖDERATION (2000, Hrsg.): *The Foreign Policy Concept of the Russian Federation*. <http://www.ipolitics.ru/lnk/240.htm>. Zugriff: 20.12.2005.
- SAPPER (2002): *Ein Diener seines Herrn. die zweifelhaften Verdienste von Michail Kalinin*. In: *OSTEUROPA*, H. 2-3. Stuttgart, S. 244-248.
- SAPPER, M., V. WEICHSEL (2004): *Drei Etüden über Rußlands Neoautoritarismus*. In: *OSTEUROPA*, H. 3. Stuttgart, S. 48.
- SCHÄTZL, L. (1996): *Wirtschaftsgeographie 1. Theorie*. Paderborn.
- SCHERRER, J. (2001): *Das Erbe: Geschichte und Gesellschaftskultur*. In: HÖHMANN, H.-H., H.-H. SCHRÖDER (2001, Hrsg.): *Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Meppel, S. 21-31.
- SCHERRER, J. (2003): *Kulturologie. Rußland auf der Suche nach einer zivilisatorischen Identität*. In: *Essener Kulturwissenschaftliche Vorträge*, Bd. 13. Göttingen.
- SCHLEHE, J. (2003): *Formen qualitativer ethnographischer Interviews*. In: BEER, B. (2003, Hrsg.): *Methoden und Techniken der Feldforschung*. Berlin, S. 71-93.
- SCHLÖGEL, K. (2005): *Die Wiederkehr des Raumes – auch in der Osteuropakunde*. In: *Osteuropa*, H. 3, März 2005. Berlin, S. 5-18.
- SCHMITT-EGNER, P. (2005): *Handbuch zur Europäischen Regionalismusforschung*. Wiesbaden.
- SCHNEIDER, E. (2004): *Die Kompetenzabtreungsverträge zwischen der Föderation und den Föderations-subjekten. Dynamik und Asymmetrie*. In: BRUNNER, G. (Hrsg.): *Der russische Föderalismus. Bilanz eines Jahrzehnts*, Münster, S. 61-75.
- SCHNEIDER, E. (2004): *Putins Rezentralisierungsmassnahmen*. In: BÖTTCHER, W. (2004, Hrsg.): *JAHRBUCH 03/04 Subsidiarität-Regionalismus-Föderalismus. Schwerpunkt: Kaliningrad*. In: *REGION - INTERNATIONALES FORUM FÜR LOKALE UND GLOBALE ENTWICKLUNG*, Bd. 2. Aachen, S. 35-47.
- SCHRÖDER, H.-H. (1998): *"...it's good for America, it's good for Europe, and it's good for Russia..."*. *Rußland und die NATO nach der Unterzeichnung der "Grundakte"*. In: *OSTEUROPA*, H. 5. Stuttgart, S. 439-450.
- SCHÜRMAN, C., A. TALAAT (2000): *Towards a European Peripherality Index. Final Report*. Dortmund.

- SCHWARZE, T. (1995): Die Entstehung peripherer Räume in Deutschland: regionale Images in der Spätphase des Alten Reiches und Untergang „überlebter“ Territorialstrukturen um 1800. In: Münstersche Geographische Arbeiten, Bd. 38. Münster.
- SCHWARZE, T. (1996): Peripherien als geographischer Forschungsansatz. In: NEUMANN, P., P. SCHNELL, P. WEBER (Hrsg.): Perspektiven und Strategien für die Peripherie. Vorträge einer Tagung der Regionalen Arbeitsgruppe des DVAG und der AAG. Münster. S. 5-14.
- SERGOUNIN, A. (2003): Russia's regionalisation. The interplay of domestic and international factors. In: HERD, G., P., A. ALDIS (Hrsg.): Russian regions and regionalism: Strength through weakness, London, New York, S. 101-119.
- SHEVTSOVA, L. (2006): Bürokratischer Autoritarismus – Fallen und Herausforderungen. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): APuZ 11/2006. Bonn, S. 6-13.
- ŠEVCOVA, L. (2001): Das neue Russland. Von Jelzin zu Putin. In: HÖHMANN, H.-H., H.-H. SCHRÖDER (2001, Hrsg.): Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts. Meppel, S. 33-43.
- ŠEVCOVA, L. (2006): Garantiert ohne Garantie. Rußland unter Putin. In: OSTEUROPA, H. 3. Stuttgart, S. 3-18.
- SIEVERTS, T. (1998): Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Berlin.
- SKARZINSKAITE, A. (2001): Migration and forced migration in the Kaliningrad oblast of Russia. Flensburg.
- SMITH, D. (2005, Hrsg.): The Baltic States and their Region. New Europe or old? Amsterdam, New York.
- SMITH, M. (2003): Putin: an end to centrifugalism? In: HERD, G., P., A. ALDIS (Hrsg.): Russian regions and regionalism: Strength through weakness, London, New York, S. 19-38.
- SMITH, N. (1995): Remaking Scale: Competition and Cooperation in Prenational and Postnational Europe. In: ESKELINEN, H., F. SNICKARS (Hrsg.): Competitive European Peripheries. Berlin. S. 59-74.
- SÖKEFELD, M. (2003): Strukturierte Interviews und Fragebögen. In: BEER, B. (2003, Hrsg.): Methoden und Techniken der Feldforschung. Berlin, S. 95-118.
- SPIEKERMANN K., J. NEUBAUER (2002): European Accessibility and Peripherality: Concepts, Models and Indicators. Stockholm.
- STADELBAUER, J. (1996): Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Großraum zwischen Dauer und Wandel. Darmstadt.
- STADELBAUER, J. (2000): Räumliche Transformationsprozesse und Aufgaben geographischer Transformationsforschung. In: EUROPA REGIONAL, H. 3-4. Leipzig, S. 60-71.
- STADELBAUER, J. (2001): Russland-Naturraum, Ressourcen und Bevölkerung eines Großraums. In: HÖHMANN, H.-H., H.-H. SCHRÖDER (2001, Hrsg.): Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts. Meppel, S. 10-20.
- STATISTISCHES BUNDESAMT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (2004, Hrsg.): Datenreport 2004. Bonn.
- STEIN, S. (2003): Aufstieg, Fall und Neuanfang. Zehn Jahre Sonderwirtschaftszone Kaliningrad. In: OSTEUROPA, H. 2-3. Stuttgart, S. 353-367.
- STORPER, M. (1997): The Regional World. Territorial Development in a Global Economy. New York, London.
- SÜNNEMANN, A. (2001): Das Problem nachhaltiger Regionalentwicklung in extrem peripheren Räumen. Die Region Pečenga – Oblast' Murmansk – in der Barents Region. Unveröffentl. Diplomarbeit Universität Hannover.
- SÜNNEMANN, A. (2005): Zwischen Goldgräberstimmung und Apokalypse. Räumlich-funktionaler Wandel im Gebiet Murmansk in der Barentsregion. In: LINDEMANN, R. A. PRIEBIS, K. STEINECKE, J.-F. VENZKE (Hrsg.): NORDEN 17. Beiträge zur geographischen Nordeuropaforschung. Bremen, S. 11-17.
- SVEREV, J. (1996): Russlands Gebiet Kaliningrad im neuen geopolitischen Koordinatenfeld. In: BERICHT DES BUNDESINSTITUTS FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN, Nr. 6/1996, Köln.
- SYCHENKOVA, E. (2004): Murmansk oblast and Integration with Northern Europe. Online auf: <http://www.iiss.org/index.asp?pgid=3359>. Zugriff: 12.04.2006.
- TERRITORIAL'NYJ ORGAN FEDERAL'NOJ SLUŽBY GOSUDARSTVENNOJ STATISTIKI PO KALININGRADSKOJ OBLASTI (2005, Hrsg.): Kaliningradskaja Oblast' v zifrach 2005 (Das Kaliningrader Gebiet in Zahlen 2005), Kaliningrad.
- TERRITORIAL'NYJ ORGAN FEDERAL'NOJ SLUŽBY GOSUDARSTVENNOJ STATISTIKI PO KALININGRADSKOJ OBLASTI (2006, Hrsg.): Osnovnye pokazateli rasvitija ekonomiki i sozial'noj sfery administrativno-territorial'nych obrazovanij Kaliningradskoj oblasti 2005 (Hauptmerkmale der Entwicklung des ökonomischen und sozialen Bereiches der administrativen territorialen Einheiten des Kaliningrader Gebietes), Kaliningrad.
- THEISEN, H. (2004): Überdehnung oder Überwindung. Europas kulturelle Grenzen. In: OSTEUROPA, H. 3. Stuttgart, S. 34-46.
- TIMMERMANN, H. (2000): Russlands Strategie für die Europäische Union. Aktuelle Tendenzen, Konzeptionen und Perspektiven. In: BERICHT DES BUNDESINSTITUTS FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN, Nr. 5/2000, Köln.
- TIMMERMANN, H. (2001): Kaliningrad. Eine Pilotregion für die Gestaltung der Partnerschaft EU-Rußland?. In: OSTEUROPA, H.9. Stuttgart, S. 1037-1066.
- TIMMERMANN, H., S. GÄNZLE (2002): The European Union's Policy towards Russia. In: HUBEL (2002, Hrsg.): EU Enlargement and Beyond: The Baltic States and Russia. Berlin. S. 145-171.
- TIMMERMANN, H. (2004): Kaliningrad – eine Enklave in der EU. In: BÖTTCHER, W. (2004, Hrsg.): JAHRBUCH 03/04 Subsidiarität-Regionalismus-Föderalismus. Schwerpunkt: Kaliningrad. In: REGION - INTERNATIONALES FORUM FÜR LOKALE UND GLOBALE ENTWICKLUNG, Bd. 2. Aachen, S. 49-59.

- TUNANDER, O. (1998): Die Zusammenarbeit der Staaten Nordeuropas. In: Utenriksdepartementet (Hrsg.) online auf. http://www.dep.no/odin/tysk/om_odin/adresser/032005-990117/dok-bu.html. Zugriff: 08.09.2006.
- VAMPILOVA, L. (1996): Natural potential for tourism in Northwestern Russia. In: VARIS, E., S. PORTER (1996, Hrsg.): Karelia and St. Petersburg. From Lakeland interior to European Metropolis. Jyväskylä, S. 143-150.
- VARIS, E., S. PORTER (1996, Hrsg.): Karelia and St. Petersburg. From Lakeland interior to European Metropolis. Jyväskylä.
- VARWICK, J. (2004): Fragezeichen Europa. Probleme und Perspektiven der erweiterten Europäischen Union. In: STREITKRÄFTEAMT, INFORMATIONS- UND MEDIENZENTRALE DER BUNDESWEHR (Hrsg.): Reader Sicherheitspolitik. Zugriff am 12.12.2005.
- VENZKE, F.-J. (1996): Geschichte und heutige Umweltsituation der Kola-Halbinsel (Nord-Rußland). In: GEOGRAPHISCHE RUNDSCHAU, Jg. 48, H. 5, Braunschweig. S. 275-279.
- VORAUER-MISCHER, K. (2004): Regionen der EU. Problemgebiete und Möglichkeiten der Regionalförderung. In: Geographische Rundschau, Jg. 56, H. 5, Braunschweig. S. 4-8.
- WEGENER, M., H. ESKELINEN, F. FÜRST, C. SCHÜRMAN, K. SPIEKERMANN (2001): Criteria for the spatial Differentiation of the EU Territory: Geographical position, Bonn.
- WEIN, N. (1999): Sibirien. Gotha, Stuttgart.
- WENGER, A., J. PEROVIĆ (1998): Rußlands Sicherheitspolitik vor der Neubestimmung? Die Herausforderung der NATO-Osterweiterung. In: OSTEUROPA, H. 5. Stuttgart, S. 451-466.
- WISCHNEWSKI, A. (2002, Hrsg.): Nasselenije Rossii 2001 (Die Bevölkerung Russlands 2001), Moskau.
- ZÖLLTER, B.-U. (2003): Der Ausbau der logistischen Infrastruktur des Gebietes Kaliningrad. Möglichkeiten für eine internationale Kooperation. In: OSTEUROPA, H. 2-3. Stuttgart, S. 304-319.
- ZUBAREVIČ, N. (2003): Gossudarstvo i raswytije tschelowscheskowo potenziala w regionach Rossii (Der Staat und die Entwicklung des Humankapitals in den Regionen Russlands), in: Doklad o raswitii tschelowscheskowo potenziala w Rossiskoi Federazii 1002/2003, Moskau 2003
- ZUBAREVIČ, N. (2005, Hrsg.): Rossija regionov: v kakom social'nom prostranstve my žiwëm? (Russlands Regionen: In welchem sozialen Umfeld leben wir?). Moskau.

8.1 Internetquellen, die im Rahmen der Arbeit Verwendung fanden

Die Internetquellen, auf die im Rahmen der Arbeit zugegriffen wurde, werden ebenfalls im Literaturverzeichnis oder als Fußnote im Text dokumentiert.

Institution, Autor	Internetadresse	Quartal und Jahr des letzten Zugriffs
Gouverneur des Gebietes Murmansk (offizielle Seite der Gebietsadministration)	http://gov.murman.ru	III/2006
IPolitics	http://www.ipolitics.ru	IV/2005
Eurostat	http://epp.eurostat.ec.europa.eu	III/2006
Gouverneur des Gebietes Kaliningrad (offizielle Seite der Gebietsadministration)	www.gov.kaliningrad.ru	III/2006
Daten und links zu den Subjekten des Nordwestlichen Föderalen Bezirkes	http://www.bruecke-osteuropa.de/Russland/Nord-West/info.htm	II/2006
Institut für Europäische Politik	http://www.iiep-berlin.de/	III/2006
Newsportal des Gebietes Murmansk	http://www.murmannews.ru	IV/2006
Newsportal der BEAR	http://www.barentsobserver.com/	IV/2006
Offizielle Seite der Regierung des Murmansk Gebietes	http://www.gov-murman.ru	IV/2006
Levada-Zentrum	http://www.levada.ru	II/2006
Forschungsstelle Osteuropa Bremen	http://www.russlandanalysen.de	IV/2006
Offizielle Seite des Präsidenten der Russländischen Föderation	http://president.kremlin.ru	IV/2006
Westliches Russland	http://www.westrus.org	III/2006
Das Kaliningrader Gebiet		
Internetzeitung Kommersant'	http://www.kommersant.ru	IV/2006
Internetzeitung Ekspert	http://www.expert.ru/	IV/2006
Friedrich-Ebert-Stiftung in der RF	http://www.fesmos.ru	IV/2006
Europäische Union	http://www.europa.eu/	III/2006
The International Institute for Strategic Studies	http://www.iiss.org	III/2006
Delegation der Europäischen Kommission in Russland	http://www.delrus.cec.eu.int/en/index.htm	IV/2006
Föderales Amt staatlicher Statistiken	http://www.gks.ru	IV/2006

9. Anhang

9.1 Liste der Interview- und Gesprächspartner in alphabetischer Reihenfolge

In der folgenden Liste finden sich die Interview- und Gesprächspartner, die im Laufe der Arbeit von wichtiger Bedeutung waren. Es wurden auch die Gesprächspartner aufgelistet, die im Rahmen der Arbeit am Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig im Rahmen von Gesprächen einen wichtigen Beitrag zum Entstehen dieser Arbeit geleistet haben. Die Codierung der befragten Akteure findet sich ausschließlich in den Prüfungsexemplaren der Arbeit.

Vorname Nachname	Institution
Oleg Andreev Vladimir Beljaev	Direktor des Barents Centre for Social Research, Murmansk Stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „Murmanskij Vestnik“
Anatoli Čuikin	Redakteur des „Who is who“ im Murmanskier Gebiet Dekan der Ökonomischen Fakultät der Kaliningrader Universität
Vladimir Denisov	Stellvertretender Direktor des MMBI des Kola Wissenschaftszentrums (Geograph)
Genadi Fedorov Svetlana Frolova Timur Gareev	Prorektor der Kaliningrader Universität Gebietsadministration Kaliningrad Kandidat der Ökonomischen Wissenschaften, Kaliningrader Universität
Aleksandr Ivanov	Direktor der Filiale der Energotransbank im Gebiet Kaliningrad Abgeordneter in der kommunalen Selbstverwaltung
Elke Knappe Valentin Korneev Al'бина Krasnošekova Valentin Kusin Judith Miggelbrink Evgeny Morocov	Leibniz-Institut für Länderkunde Staatliche Universität Kaliningrad Chefredakteurin der Wochenzeitung Strana Kaliningrad Gebietsadministration Kaliningrad Leibniz-Institut für Länderkunde Präsident Megapolis Bauunternehmen Vorsitzender des Verbandes des Baugewerbes im Gebiet Kaliningrad
Aleksandr Musevič	Generaldirektor NIMAX Polstermöbelproduktion Deputierter der Stadt Kaliningrad Vizepräsident des Verbandes der Fabrikanten
Tatiana Nefedova	Institut für Geographie der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau
Thomas Nilsen	The Barents Euro-Arctic Region Barentssekretariat, Kirkenes
Jurij Onišenko	Erster stellv. Leiter für kommunale Angelegenheiten des Pečengaer Rayons im Bereich Ökonomie und Finanzen
Jurij Pedorenko	Direktor der Bernsteinmanufaktur ALK (Svetlogorsk), Kaliningrad Abgeordneter der Kaliningrader Gebietsduma
Vesa Rautio	Helsinki School of Economic Universität Joensuu, Finnland
Aleksandr Sajučkovski Aleksandr Šamšiev	Dekan der Juristischen Fakultät der Kaliningrader Universität Generaldirektor Anjuta Touristikunternehmen, Kaliningrader Gebiet

Vorname Nachname	Institution
Vladimir Selin	Leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des ökonomischen Instituts des Kola Wissenschaftszentrums RAN, Murmansk
Sergej Semenov	Erster stellv. Leiter der Abteilung für ökonomische Entwicklung des Murmansk Gebiets (Administration)
Aleksei Serbulov	Baltische Universität Kaliningrad
Leonid Sergeev	Berater des Kaliningrader Gouverneurs
Mihail Smolskij	Direktor Holmrock Computerfirma, Kaliningrad
Jurij Tatarskij	Ehemaliger Leiter für kommunale Angelegenheiten im Pečengaer Rayon, Murmansk
Boris Tregubov	Leitender Angestellter im Bereich Makroökonomie, strategische Planung und Prognose der Gebietsverwaltung Kaliningrad
Andrey Treyvish	Institut für Geographie der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau
Marina Trusova	Direktorin der Pečengaer Zentralbibliothekssysteme, Murmansk
Christoph Waack	Leibniz-Institut für Länderkunde

9.1.1 Codierung der Interviewpartner der Einzelinterviews in Kaliningrad 2005/06 und Murmansk 2006

K= Kaliningrad

M= Murmansk

A= Administration, Verwaltung

P= Presse

Ö= regionale Wirtschaft

M= Militär

W= Wissenschaft, Universität

9.2 Fragebogen für die Einzelinterviews (russisch)

Wie bereits in der Methodik (zur ausführlichen Begründung vgl. S. 46ff) dargelegt, wurde ein teilstandardisierter Fragebogen als Grundlage der Einzelinterviews verwendet. Es werden im Folgenden die wichtigsten Fragen, die jedem Probanden auf jeden Fall gestellt wurden, dokumentiert. Die deutsche Übersetzung findet sich auf Seite 209f).

Da es in einigen wenigen Teilbereichen, beispielsweise im Bereich der SWZ und der Sonderrolle Klainingrads zu unterschiedlichen Fragen gekommen ist, werden hier beide Fragebögen im russischen Original dokumentiert.

Der erste Teil des jeweiligen Fragebogens enthält eine kurze Einführung und Zusammenfassung über das Forschungsvorhaben sowie einige technische Details. Dieser Teil ist für beide Fragebögen gleich und wird deshalb vorab hier dokumentiert.

О проекте

Настоящий научно-исследовательский проект посвящён изучению процессов развития отдельных пограничных регионов России в контексте изменений европейской пространственной структуры по направлению от регионов конфронтации времён холодной войны к регионам сотрудничества между Востоком и Западом.

В центре внимания исследования находится анализ основополагающих пространственных процессов в российских приграничных регионах Калининградской и Мурманской областей, на которые оказывают свое воздействие европейское экономическое пространство, европейское региональное развитие, а также российская экономика и региональное развитие переходного периода.

На основе экспертных интервью, опросов региональных деятелей и оценки статистических данных и других важнейших документов необходимо изучить, в соответствии с чьими интересами, доводами и целевыми установками действуют участники региональной стратегии развития.

При этом необходимо изучить влияние различного опыта, знаний действующих лиц, а также их воздействие на известные примеры развития.

В отличие от регионов Евросоюза, процессы развития в российских приграничных областях в меньшей степени проистекают в рамках единой территориальной концепции, но можно исходить из того, что выбранные регионы исследования находятся в состоянии специфической зависимости и периферийности по отношению к национальному и международному уровню.

Это отражается, например, в закрытом или полужакрытом статусе отдельных частей рассматриваемых областей, в доминировании внешних, внерегиональных предприятий и организаций, а также объектов военного назначения.

Как Калининградская, так и Мурманская область продемонстрировали в своих специфических территориально-функциональных взаимодействиях между периферией и центром интенсивную форму периферизации.

В рамках проекта необходимо выявить возникновение в результате данной ситуации особых структур (участники регионального развития, сетевые структуры), оказывающих в ходе трансформационного процесса, роста открытости и усиления горизонтальной кооперации регионов

воздействие на процессы принятия решения и региональное развитие и определяющих динамику развития и дальнейших перемен.

На этой основе проект может внести свой вклад в осмысление динамики регионального развития в специфических условиях бывших закрытых территорий Российской Федерации.

В рамках постановки цели и выбора теоретического и методического инструментария, исследовательский коллектив может опереться на имеющиеся соответствующие глубокие познания, накопленные в Институте страноведения им. Лейбница (Лейпциг) в области различных специальных дисциплин (политика, экономика, сельское хозяйство, география).

В дальнейшем, используя международный состав проектного коллектива и запланированное привлечение российских и немецких студентов, данная научная работа может внести вклад в укрепление сотрудничества между российскими и немецкими исследователями и молодыми учёными.

Заверяем Вас, что вся полученная от Вас информация рассматривается нами как сугубо конфиденциальная и анонимная.

Цитирование полученной от Вас информации в публикациях проводимого исследования будет производиться лишь по согласованию с Вами или без указания Вашего имени.

Обращаем Ваше внимание на то, что собираемся записать нашу беседу.

9.2.1 Fragebogen Kaliningrad

Начну с вопросов о развитии Калининградской области, её взаимодействии с федеральным центром и с Европейским Союзом.

1. Как Вы оцениваете современную экономическую ситуацию в области по сравнению с другими субъектами Российской Федерации (хуже или лучше, чем отличается)?
2. Что реально изменилось в области в лучшую сторону и что ухудшилось?
- 2a. Какие изменения начиная с 1991 года Вы считаете самыми главными для Вашей области и для России?
3. Какие отрасли народного хозяйства, по Вашему мнению, самые важные для развития области (до 1991 года, сейчас и в перспективе)?
4. Каковы наиболее серьезные современные проблемы развития области?
5. Что нужно изменить, чтобы преодолеть эти проблемы?
6. Кто сможет решить эти проблемы – 1) ЕС, Россия, ближайшие соседи, местное сообщество, 2) власть, бизнес, общество?
7. От кого, от каких конкретных партнеров, деятелей может зависеть развитие области?
8. Как Вы оцениваете надежду на успех решения проблем?
9. Какое значение имеет Москва как федеральный центр для развития области?
10. Как Вы оцениваете новые правила выбора губернатора?
11. Что может дать для развития области инициатива местных властей, в том числе Ваша?

12. Должна ли область иметь особый статус среди субъектов Российской Федерации?

Разрешите пару вопросов об особой экономической зоне?

13. Каким образом особая экономическая зона влияет на развитие региона?
- 13а. Каким образом местная власть или деятели влияют на развитие СЭЗ?
14. Что нужно сделать, чтобы СЭЗ приносила больший эффект?
15. Как тот факт, что область до 1991 года была закрытой зоной, влияет на её современное развитие?

Несколько вопросов о Вашей оценке взаимодействия Российской Федерации и Европейского Союза:

16. Какое значение имеет Калининградская область для сотрудничества России и ЕС?
- 16а. Как Вы понимаете выражение «остров сотрудничества»?
17. Считаете ли Вы, что Калининградской области должен помочь Европейский Союз?

Ещё несколько вопросов о Вашем сотрудничестве:

18. Прошу Вас рассказать об учреждении/фирме, в которой Вы работаете, Вашей деятельности, о целях и задачах Вашей работы.
19. Какие партнеры в Калининградской области наиболее важны в Вашей профессиональной и общественной деятельности? Почему?
20. Какие партнеры в России важны в Вашей профессиональной и общественной деятельности?
21. Какие партнеры в Европейском Союзе важны в Вашей профессиональной и общественной деятельности?
22. Есть ли изменения в Вашем сотрудничестве с Польшей, Литвой, Латвией, Эстонией после их вступления в Европейский Союз?
23. Существуют ли другие учреждения, партнеры, которые важны в Вашей профессиональной и общественной деятельности?
24. Какое значение для Вас имели или имеют контакты, установленные до 1991 года?

Разрешите в заключении несколько личных вопросов:

25. Какое у Вас образование?
26. Кем Вы работали до 1991 года?
27. В каком городе проживаете?
28. Как давно Вы и Ваша семья проживаете в области?
29. Откуда приехала Ваша семья?
30. По каким причинам Вы сюда переехали?
31. Собираетесь ли Вы покинуть область?
32. Как часто Вы ездите в другие регионы России? В какие? С какой целью (по делам, на отдых, к родственникам)?

33. Как часто Вы ездите в другие страны? В какие? С какой целью (по делам, на отдых, к родственникам?)

На конец прошу вас отмечать крестиком ваше представление о Калининградской области (страница 5):

Еще раз благодарю Вас за беседу. Если Вы заинтересованы в получении результатов нашего исследования, то мы будем рады прислать Вам экзemplяр.

9.2.2 Fragebogen Murmansk

*Начну с вопросов о развитии **Мурманской области**, её взаимодействии с федеральным центром и с Европейским Союзом.*

1. Как Вы оцениваете современную экономическую ситуацию в области по сравнению с другими субъектами Российской Федерации (хуже или лучше, чем отличается)?
2. Что реально изменилось в области в лучшую сторону и что ухудшилось?
- 2а. Какие изменения начиная с 1991 года Вы считаете самыми главными для Вашей области и для России?
3. Какие отрасли народного хозяйства, по Вашему мнению, самые важные для развития области (до 1991 года, сейчас и в перспективе)?
4. Каковы наиболее серьезные современные проблемы развития области?
5. Что нужно изменить, чтобы преодолеть эти проблемы?
6. Кто сможет решить эти проблемы – 1) ЕС, Россия, ближайшие соседи, местное сообщество, 2) власть, бизнес, общество?
7. От кого, от каких конкретных партнеров, деятелей может зависеть развитие области?
8. Как Вы оцениваете надежду на успех решения проблем?
9. Какое значение имеет Москва как федеральный центр для развития области?
10. Как Вы оцениваете новые правила выбора губернатора?
11. Что может дать для развития области инициатива местных властей, в том числе Ваша?
12. Должна ли область иметь особый статус среди субъектов Российской Федерации?
13. (...)
14. (...)
15. Как тот факт, что область до 1991 года была закрытой зоной, влияет на её современное развитие?

Несколько вопросов о Вашей оценке взаимодействия Российской Федерации и Европейского Союза:

16. Какое значение имеет Мурманская область для сотрудничества России и ЕС?

17. Считаете ли Вы, что Мурманской области должен помочь Европейский Союз?

Ещё несколько вопросов о Вашем сотрудничестве:

18. Прошу Вас рассказать об учреждении/фирме, в которой Вы работаете, Вашей деятельности, о целях и задачах Вашей работы.
19. Какие партнеры в Мурманской области наиболее важны в Вашей профессиональной и общественной деятельности? Почему?
20. Какие партнеры в России важны в Вашей профессиональной и общественной деятельности?
21. Какие партнеры в Европейском Союзе важны в Вашей профессиональной и общественной деятельности?
22. (...)
23. Существуют ли другие учреждения, партнеры, которые важны в Вашей профессиональной и общественной деятельности?
24. Какое значение для Вас имели или имеют контакты, установленные до 1991 года?

Разрешите в заключении несколько личных вопросов:

25. Какое у Вас образование?
26. Кем Вы работали до 1991 года?
27. В каком городе проживаете?
28. Как давно Вы и Ваша семья проживаете в области?
29. Откуда приехала Ваша семья?
30. По каким причинам Вы сюда переехали?
31. Собираетесь ли Вы покинуть область?
32. Как часто Вы ездите в другие регионы России? В какие? С какой целью (по делам, на отдых, к родственникам)?
33. Как часто Вы ездите в другие страны? В какие? С какой целью (по делам, на отдых, к родственникам)?

На конец прошу вас отмечать крестиком ваше представление о Мурманской области (страница 5):

Еще раз благодарю Вас за беседу. Если Вы заинтересованы в получении результатов нашего исследования, то мы будем рады прислать Вам экземпляр.

9.3 Übersetzung des Fragebogens bzw. Leitfadens (deutsch)

Nachfolgend ist eine deutsche Übersetzung des Leitfadens bzw. des Fragebogens für die Einzelinterviews angefügt. Dabei handelt es sich um die zum Zeitpunkt der Vorbereitung der Empirie aktuelle Fassung. Veränderungen, die sich im Zuge des Arbeitsprozesses ergeben haben finden hier keinen Niederschlag.

Einleitende Worte:

Dieses Gespräch wird im Rahmen der Forschungsarbeit „*Russlands Peripherien auf Westkurs? Räumlich funktionaler Wandel zwischen Integration, Adaption und Kooperation in den Gebieten Kaliningrad und Murmansk*“ des Leibniz-Institutes für Länderkunde Leipzig, der Russischen Staatlichen Universität Kaliningrad mit Namen Immanuel Kant durchgeführt.

Das Forschungsprojekt untersucht den Bedeutungswandel der beiden westlichen russländischen Grenzregionen von geschlossenen militärisch, geprägten Regionen zu offenen Kooperationsräumen unter besonderer Berücksichtigung der Akteure. Aus diesem Grund haben wir uns an Sie als Akteur und Experten gewandt, um Sie zur Entwicklung des Gebietes, zu Ihrer Institution, Ihrer Stellung, Ihren Ziele und Ihrer Einschätzung zu befragen.

Wir versichern Ihnen, dass die von Ihnen gemachten Angaben vertraulich und anonym behandelt werden. Sollten Zitate in Publikationen Verwendung finden, werden wir diese nur in Absprache mit Ihnen oder in anonymisierter Form verwenden.

Wir weisen Sie daraufhin, dass wir das Gespräch gerne aufzeichnen würden.

Das Gespräch wird maximal 2 Stunden dauern.

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen mit mir/uns zu sprechen und unsere Fragen zu beantworten.

Ich möchte gerne mit Fragen, die sich auf das Gebiet Kaliningrad/Murmansk, auf die Entwicklung des Gebietes, auf die Wechselwirkungen des Gebietes mit dem föderalen Zentrum Moskau und der Europäischen Union beziehen beginnen. Vorab möchte ich Sie aber bitten mir kurz etwas über die Institution (den Betrieb) in dem Sie tätig sind, über Ihre Stellung und Tätigkeit und über die Aufgaben und Ziele Ihrer Arbeit zu erzählen.

Nun zu den Fragen die die Entwicklung des Gebietes betreffen:

Wie schätzen Sie die momentane wirtschaftliche Situation des Gebietes im Vergleich zu anderen Subjekten der Föderation ein?

Welche Veränderungen seit 1991 sind für Sie von entscheidender Bedeutung?

Welche Wirtschaftsbereiche sind für die Zukunft des Gebietes von entscheidender Bedeutung?

Wo sehen Sie die größten Probleme der Entwicklung des Gebietes?

Welche Veränderungen müssten eintreten, damit die Probleme überwunden werden?

Wer kann diese Probleme lösen?

Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten ein?

Welche Bedeutung hat das Föderale Zentrum Moskau für die Entwicklung des Gebietes?

Wie schätzen Sie das neue Verfahren der Gouverneurswahlen ein?

Für wie wichtig schätzen Sie Ihre Arbeit für die Entwicklung des Gebietes ein?

Von wem, welchen Institutionen, Akteuren wird zukünftig die Entwicklung des Gebietes abhängen?

Sollte das Gebiet einen Sonderstatus unter den Föderationssubjekten innerhalb der Russländischen Föderation erhalten?

Gestatten Sie zwei Fragen zur Sonderwirtschaftszone (gegebenenfalls an anderer Stelle, falls Stichwort Sonderwirtschaftszone vom Gesprächspartner früher fällt):

Welchen Einfluss hat die Sonderwirtschaftszone auf die regionale Entwicklung?

Welchen Einfluss hat die Gebietsverwaltung, die Politik und Wirtschaft auf die Ausgestaltung der Sonderwirtschaftszone?

Welchen Einfluss auf die heutige Entwicklung hat die Abschottung (Geschlossenheit) des Gebietes vor 1991?

Ich würde Ihnen nun gerne einige Fragen zu Ihrer Einschätzung der russländischen Föderation und der Europäischen Union stellen:

Wie sehen Sie das Verhältnis zur EU und was verstehen Sie unter dem Schlagwort Insel der Zusammenarbeit?

Nun noch einige Fragen zu Ihren Kooperationen:

Welche Partner im Gebiet Kaliningrad sind für Ihre berufliche (ehrenamtliche) Tätigkeit wichtig und warum?

Welche Partner in Russland sind für Ihre berufliche (ehrenamtliche) Tätigkeit wichtig und warum?

Welche Partner in der EU und in den Ländern der EU sind für Ihre berufliche (ehrenamtliche) Tätigkeit wichtig und warum?

Falls Polen, Litauen, Lettland, Estland genannt werden, dann:
Hat sich an der Zusammenarbeit nach dem EU-Beitritt etwas verändert?

Gibt es andere Partner die für Ihre berufliche (ehrenamtliche) Tätigkeit wichtig sind und warum?

Wie wichtig sind oder waren für Sie Kontakte aus der Zeit vor 1991?

Gestatten Sie mir zum Abschluss einige persönliche Fragen:

Welche Schulbildung haben Sie?

Welchen Beruf übten Sie vor 1991 aus?

In welchem Ort wohnen Sie?

